



18. bis 20. Heft | 12. September 1912

GUSTAV NOSKE · ZUM SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG 1912

NACH einer ganz außergewöhnlich erfolgreichen Wahlbewegung tritt der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Chemnitz zusammen. Rückblick wird gehalten, auch manche Kritik wird geübt werden. Wie es dem Wesen einer ausgesprochenen Kampfpartei entspricht, wird jedoch das Hauptinteresse bei den Beratungen sich darauf zu richten haben, wie in Zukunft noch erfolgreicher als bisher der Kampf gegen die Gegner geführt, rascher durch zäheste Ausdauer und gesteigerten Opfermut die hohen Ziele erreicht werden können, denen die Partei zustrebt.

Wenn der Chemnitzer Parteitag eine Tagung ruhiger, ernster Arbeit sein wird, konnte kein zu solchem Tun mehr anregender Verhandlungsort gewählt werden. Chemnitz war seit jeher und ist noch heute die Stadt rührigsten Strebens und fleißigster Arbeit. Von der Natur ist die Stadt nicht mit besonderen Reizen ausgestattet, auch besitzt sie keine günstigen Vorbedingungen, die es ihr erleichtert hätten zu einer industriellen Metropole zu werden. Trotzdem wuchs die kleine Weber- und Bleicherstadt zum *sächsischen Manchester* mit einer Häufung großer und kleiner industrieller Betriebe der verschiedensten Art empor, wie kaum noch eine andere Stadt Deutschlands. Nur unter Überwindung außerordentlicher Widerstände und Schwierigkeiten ist es auch erst in jahrzehntelanger mühevollster Arbeit gelungen aus Chemnitz eine der festesten Hochburgen der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu machen. Wenn auf dem Parteitag über die Schärfung unserer Waffen, über etwa mögliche neue Kampfmethoden Verhandlungen stattfinden, wird das Sausen vieler Tausender Webstühle, das Surren von Millionen von Spindeln, das Rattern unzähliger Maschinen sowie das Dröhnen der von sehnigen Fäusten oder der Dampfkraft bewegten Hämmer in den vielen Fabriken die denkbar passendste Begleitmusik dazu abgeben.

Der in Chemnitz mit brutaler Kraftentfaltung sich regende Kapitalismus lehrt das Proletariat und auch den Parteitag in eindrucksvoller Weise, daß es für die Sozialdemokratie kein Rasten geben darf. Als absurd wird dem Kenner der scharf ausgebildeten Klassengegensätze in Chemnitz der Gedanke erscheinen, die vernünftige, zur Erreichung politischer Gegenwartsziele geschaffene und zu schaffende Kooperation mit anderen politischen Parteien (wie sie das Wahlabkommen unseres Parteivorstands mit den Liberalen darstellt) könnte jemals zu einer *Anlehnung* der Sozialdemokratie an das Bürgertum oder gar zu einer Aufhebung des Klassenkampfes führen. In seinen tausend-

fältigen Erscheinungen zeigt der Kapitalismus in Chemnitz aber auch, wie unendlich groß die vom Sozialismus zu überwindenden Schwierigkeiten sind, welche Fülle der Probleme ihrer Lösung harren. Schade, daß den Delegierten nicht ein genauer Einblick in das gesamte vielverzweigte Chemnitzer industrielle Leben gegeben werden kann. Wer heute noch glaubt die soziale Frage auf einige knappe Formeln bringen zu können, würde dann wohl etwas nachdenklich werden.

Den Gefühlen der Freude und des Stolzes über das bisher von der deutschen Sozialdemokratie Geleistete und Erreichte darf und soll auf dem Parteitag Ausdruck gegeben werden. Ohne jede Ruhmredigkeit verfaßt, bildet der Bericht des Parteivorstands an den Parteitag in Chemnitz doch ein Triumphlied auf glänzende Siege und gewaltige organisatorische Erfolge, schon durch die angeführten nackten Zahlen. Ohne uns etwas zu vergeben, können wir ganz ruhig zugestehen, daß der Gang der Entwicklung unserer Partei ein anderer war als wir ihn uns etwa vor 25 oder 30 Jahren vorstellten. Jedenfalls haben die meisten Parteigenossen zu jener Zeit sich keine klare Vorstellung davon zu machen gewußt, daß die Partei sich so entwickeln würde, wie wir es jetzt zu unserer großen Genugtuung sehen. Rechneten wir doch mit einem viel raschern Sieg des Sozialismus. Der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung erschien viel einfacher, die Gewinnung der Mehrheit des Volkes für die sozialistischen Ideen viel leichter. Daher auch die, gelinde gesagt, Unterschätzung von Betätigungen und Kampfesmitteln, auf die heute großer Wert gelegt wird. Der Hoffnung auf den nahen, allumfassenden Sieg folgte die schrittweise Eroberung von Terrain auf allen Gebieten. Mit einem Gemisch von Neid, Bewunderung und Grauen sehen jetzt die Gegner der Sozialdemokratie auf die Erfolge der unermüdlichen sozialistischen Organisations- und Aufklärungsarbeit, von der im Vorstandsbericht wieder nur Erfreuliches zu sagen ist. Kein Mittel der Bekämpfung ließen die Herrschenden und Besitzenden gegenüber dem aufstrebenden, kämpfenden Proletariat unversucht. Wohl hemmten sie damit zeitweise die sozialdemokratische Bewegung, aber sie stählten dadurch auch zugleich wieder die Kräfte, deren Erstarkung sie um jeden Preis verhindern wollten.

In 470 Städten wirken 2531 Stadtverordnete, in 2680 Gemeinden 7593 Vertreter für die Verwirklichung sozialdemokratischer Ideen, unterstützt durch 104 Stadträte in den Magistraten von 50 Städten und 204 Gemeindevorständen in 157 Orten. Wieder um 37 Abgeordnete, auf nun 245, stieg die Zahl der Sozialdemokraten in den Landtagen, von denen nun nur noch 5 *sozialistenrein* sind, nachdem in den letzten Tagen auch in Schwarzburg-Sondershausen der erste sozialdemokratische Landtagsabgeordnete gewählt worden ist. Der über Erwarten große Wahlsieg vom Januar vermehrte die Zahl der Reichstagsabgeordneten auf 110 Mann. Auf gelegentliche Rückschläge, einzelne Schlappen mögen unsere Gegner noch hoffen; der Einsichtsloseste unter ihnen darf auf die Überwindung einer solchen Macht, wie die deutsche Sozialdemokratie ist, nicht mehr rechnen. Fast 1 Million neuer Wähler hat die Sozialdemokratie seit dem Jahr 1907 gewonnen. Für ihre Kandidaten konnte sie 4 250 329 Stimmen zählen. Jeder dritte über 25 Jahre alte Mann in Deutschland brachte am 12. Januar durch die Abgabe seines Stimmzettels zum Ausdruck, daß er Fortschritte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet nur noch von der Sozialdemokratie erhofft. Eine Millionenpartei ist die deutsche

Sozialdemokratie nicht allein nach der Zahl ihrer Wähler. Rund 1 Million Personen wird zurzeit den sozialdemokratischen Organisationen angehören; weit über 1 Million Auflage hat die sozialdemokratische Parteipresse. Und mit besonderm Respekt nimmt die gesamte bürgerliche Presse davon Notiz, daß für den letzten Reichstagswahlkampf weit über 1 Million Mark ausgegeben werden konnte. Jede einzelne dieser Millionenziffern bedingt die anderen.

Beim Nachdenken über die imponierenden Zahlen im Vorstandsbericht ist rasch zu erkennen, wie unendlich mühevoll Organisationsarbeit der Parteigenossen noch harret. Den $4\frac{1}{4}$ Millionen Wählern standen am 30. Juni 970 112 Mitglieder der Kreisorganisationen gegenüber, darunter die stattliche Zahl von 130 371 weiblichen. Unter den 839 741 männlichen Mitgliedern befanden sich nicht wenige unter 25 Jahren. Ein gewaltiger Ausbau der Organisationen ist noch zu leisten. Überraschend glänzend ist der Aufschwung der Parteipresse. Aber Millionen von Wählern werden erst dann zu den sozialdemokratischen Kerntruppen gerechnet werden können, wenn erreicht wird, daß sie Tag für Tag ihre politische Belehrung durch ein Parteiblatt empfangen. Selbsttäuschung wäre es, wollten wir verkennen, daß die Partei trotz glänzender Fortschritte erst am Anfang einer sozialdemokratischen Frauenbewegung steht. Die Bestrebungen auf dem Gebiet des Bildungswesens und der Jugendpflege sind bisher in vielen Orten über tastende Versuche nicht weit hinaus gekommen. Es heißt die Bedeutung des Erreichten ganz gewiß nicht verkleinern, wenn auf die Größe der noch zu bewältigenden Aufgaben hingewiesen wird.

Um so rascher wird es in Zukunft vorwärts gehen, je einmütiger und geschlossener die Partei allen bevorstehenden neuen Kämpfen und Aufgaben entgegensieht. Zum zweitenmal nach überraschend glänzenden Siegen der Sozialdemokratie findet in Sachsen ein Parteitag statt, 1903 in Dresden, 1912 in Chemnitz. Die Urteile über die Bedeutung der Dresdener Tagung für die Partei werden auch jetzt noch weit auseinandergehen. Daß sehr viel böses Drum und Dran vermeidbar war, wird ernstlich von niemandem mehr in Abrede gestellt werden können. Die Meinungsverschiedenheiten in der Partei sind seit Dresden nicht verschwunden. Auseinandersetzungen nach Dresdener Muster sind jedoch in Chemnitz kaum zu erwarten. Zwischen den Wahljahren von 1903 und 1912 liegen die Wahlen des Jahres 1907, deren bittere Lehren nicht so bald vergessen sein werden, wegen der schweren Schäden für die Volksmassen, die sie im Gefolge hatten. Deren bedeutendster, die Steuergesetzgebung des konservativ-ultramontanen Blocks, ist zum Beispiel allein infolge des Mandatsverlustes der Sozialdemokratie möglich geworden. Wohl wurde durch die Torheit unserer Gegner viel Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen geleitet. Aber wir möchten doch schließlich die Erfolge unserer Partei nicht immer wieder zu einem erheblichen Teil der Einsichtslosigkeit der Gegner sondern sie am liebsten ganz der Aufklärung der Volksmassen über die Schäden des Kapitalismus und den Segen des Sozialismus zu verdanken haben.

Neuaufauchende Probleme werden immer wieder in der Partei von einander abweichende Meinungen hervorrufen. Davon wird in Zukunft die Entwicklung der Sozialdemokratie keinen Schaden erleiden, wenn nur jeder Genosse es sich zur Pflicht macht nie zu vergessen, daß er mit Kameraden, mit Kampfgenossen sich auseinandersetzt, die wie er nur von dem Bestreben geleitet

fanden die Reichstagswahlen statt; warum aber berief man den preußischen Parteitag nicht Ostern 1912 zusammen? Eine eingehende öffentliche Erklärung dafür ist nicht erfolgt und (was für die Freudlosigkeit der Bewegung in Preußen vielleicht noch bezeichnender ist) kaum vermißt worden. Von Eingeweihten kann man hören, daß hier die preußischen Landtagswahlen von 1913 ihre Schatten vorauswerfen; das Zusammentreten des preußischen Parteitags in nicht zu langer Frist vor den Landtagswahlen ist sicher notwendig. Aber soll die dringende Besprechung preußischer Angelegenheiten durch die maßgebende Vertretung der Massen über die an sich schon lange Frist von 2 Jahren hinaus verzögert werden? Wäre es nicht zweckmäßiger gewesen, ja jetzt noch zweckmäßiger die zahlreichen wichtigen preußischen Angelegenheiten außer den Wahlen auf einem ordentlichen Parteitag zu erörtern und die Vorbesprechung der Wahlen einem außerordentlichen Parteitag vorzubehalten? Niemand kann sagen, wann und mit welcher Frist die preußische Regierung die Wahlen des Jahres 1913 anberaumt; um so wichtiger wäre es den außerordentlichen Parteitag ohne die im § 7 des Statuts vorgeschriebene 6wöchentliche Frist (§ 8) und, was im Jahr der Wahlbewegung vielleicht noch wichtiger ist, mit der auf die Wahlen beschränkten Tagesordnung nur für 1, höchstens 2 Tage zusammenrufen zu können. Wollte man aber einen außerordentlichen Parteitag durchaus vermeiden, so ist zu beachten, daß sowohl die Reichstagswahlen 1912 wie die Landtagswahlen 1913 vor auszusehen waren; eine umsichtige Parteileitung für Preußen hätte also eine zweckmäßige Verteilung der Parteitage herbeiführen, etwa den 4. im Sommer 1911 stattfinden lassen können; eine geringe Verkürzung der Frist widerspricht dem demokratischen Gedanken sicherlich weit weniger als eine Verlängerung. Aber gerade an einer wirklichen Parteileitung fehlt es in Preußen. Im Organisationsstatut heißt es noch verschämt: »Die Landeskommission und ihr geschäftsführender Ausschuß haben die Parteigeschäfte im Einverständnis mit dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erledigen.« Bei der Beratung des Statuts aber wurde von den Vertretern der Mehrheit ganz unumwunden erklärt, die Leitung der preußischen Bewegung müsse dem preußischen Parteivorstand überlassen bleiben ³⁾, und wer die §§ 3 und 4 des preußischen Organisationsstatuts kennt, wird ohne weiteres zugeben, daß dieses Ziel erreicht ist. Der deutsche Parteivorstand aber kann die preußischen Angelegenheiten höchstens im Nebenamt und deshalb nur ungenügend führen. In der Tat spielen die rein preußischen Dinge bei seinen Geschäften eine ganz untergeordnete Rolle. Hat doch der Genosse Dittmann bei seinen Vorschlägen für die »Ressortenteilung« des deutschen Parteivorstands ein »Ressort« für die preußischen Angelegenheiten gar nicht vorgesehen ⁴⁾; das fällt um so schwerer ins Gewicht, als gerade Genosse Dittmann bei Beratung des preußischen Organisationsstatuts die Führung der preußischen Angelegenheiten durch den deutschen Parteivorstand in Wort und Schrift verfocht. Freilich findet sich im Vorschlag des Genossen Dittmann das Ressort III, dessen beiden sich gegenseitig vertretenden Sekretären »1. Landespolitik, 2. Kommunalpolitik« zugeschrieben werden. Es ist ersichtlich, daß es sich hierbei nicht etwa um die Leitung der Politik in Preußen handelt sondern um die Tätigkeit und die Aufsicht, die der Parteivorstand naturgemäß in allen Einzelstaaten ausübt. »Das Organisationsstatut der Gesamtpartei sieht die Landesverbände seit der Reform von 1905 ausdrücklich vor. Inzwischen

³⁾ Siehe das in Note 2 zitierte Protokoll, pag. 8 ff.

⁴⁾ Siehe Dittmann *Die Reorganisation der Parteileitung im Vorwärts* vom 14. Juli 1912.

hat sich jedoch durch den größern Einfluß unserer Tätigkeit auf die Landespolitik ihre Bedeutung innerhalb der Gesamtpartei noch erheblich gesteigert. Sie haben ihren eigenen Vorstand, halten ihre eigenen Parteitage ab . . . und gehen in großen politischen Unternehmungen selbständig vor.«⁵⁾ Nur in Preußen fehlt der eigene Vorstand, und damit ist auch der Einfluß des Parteitags erheblich herabgedrückt, da das ihm allein verantwortliche Exekutivorgan fehlt.

Ein Bild vom Verhalten der Massen und ihrer Vertreter in Preußen fällt denn auch nicht gerade glänzend aus. Anerkennend ist der Straßendemonstrationen und ihrer Organisierung zu gedenken und rühmend hervorzuheben, daß sie, trotz vielfachen Drängens, namentlich auch auswärtiger Genossen, nicht ins Blaue hinein fortgesetzt wurden.⁶⁾ Besonders glänzend und eindrucksvoll verliefen diese Demonstrationen natürlich in den großen Industriezentren. Noch nachhaltiger und eindrucksvoller aber hätten die Beteiligung an den Landtagswahlen 1908 und der Erfolg des Schnapsboykotts wirken müssen. In den parteioffiziellen und -offiziösen Kundgebungen kam und kommt freilich nur eine ruhige Zufriedenheit mit beiden zum Wort, ohne erheblichem Widerspruch zu begegnen; auch das ist ein Zeichen für den Mangel an jenem frisch-fröhlichen Geist, jenem übersprudelnden Mut, mit dem sonst die deutsche Sozialdemokratie in den Kampf zieht.

Es ist richtig, daß der erste Eindruck des Wahlergebnisses von 1908 ein erfreulicher sein konnte. Zum erstenmal zogen Sozialdemokraten (in der Stärke von 7 Mann) in den preußischen Landtag ein. Die Wahlbeteiligung war von 23,6 % im Jahr 1903 auf 32,8 % gestiegen. Die Sozialdemokratie zählte 598 522 Urwähler gegen 314 149 im Jahr 1903. Aber eine genauere Betrachtung der im Jahr 1909 veröffentlichten amtlichen Statistik führt zu dem Schluß, daß die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen von 1908 (abgesehen von Berlin und verschwindend wenigen anderen Bezirken) keineswegs die Gestalt einer *gewaltigen Demonstration* angenommen hatte.⁷⁾ Durfte die Sozialdemokratie wirklich mit der erreichten Wahlbeteiligung zufrieden sein, wenn diese noch nicht einmal die Höhe des Jahres 1862 in der Konfliktzeit erreicht hatte? Durfte sie zufrieden sein, wenn die weitaus größte Wahlbeteiligung in solchen Wahlkreisen stattgefunden hatte, in denen die Sozialdemokratie völlig bedeutungslos war, in solchen nämlich, in denen die so gern als belanglos übersehenen nationalen Gegensätze die Gemüter erregten? Wenn die Zahl der Kreise, in denen mit einigem Recht von einer Demonstration durch Wahlbeteiligung gesprochen werden konnte, bestenfalls 16 unter 236 betrug, während in einer weitaus größern Zahl von Kreisen die Massen, die bei den Reichstagswahlen 1907 für die Sozialdemokratie gestimmt hatten, unter dem Druck der öffentlichen Stimmabgabe, die ja gerade die Möglichkeit der *Demonstration* gab, völlig versagten?

Das gleiche gilt für den Schnapsboykott. Gewiß zeigen die Zahlen der Statistik eine Abnahme im Verbrauch von Trinkspiritus; gewiß können sich sozialdemokratische Blätter und Redner auf Zeugnisse aus bürgerlichen Kreisen berufen,

⁵⁾ Siehe Weill *Parteiorganisation und politische Aktion in den Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 2. Band, pag. 831.

⁶⁾ Siehe meinen Artikel *Der Stand der preußischen Wahlrechtsbewegung in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1179 und 1183.

⁷⁾ Siehe meinen Artikel *Die Lehren der preußischen Landtagswahlen 1908 in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 1. Band, pag. 83.

daß der Schnapsboykott einen günstigen Einfluß übe. Was besagt das aber alles, wenn wir erfahren, daß in früheren Jahrzehnten eine rein ethische, von bürgerlichen Kreisen entfachte Bewegung zeitweilig weit größere Erfolge erzielte. Hier sei nur ein Beispiel angeführt.⁸⁾ Jene Bewegung gründete Vereine, deren Mitglieder sich jeden Alkoholgenusses enthielten; in der folgenden kleinen Tabelle sind für das Königreich Hannover neben den Jahreszahlen die Zahl der Vereine und der Ertrag der Branntweinsteuer aufgeführt:

Jahr	Zahl der Vereine	Einnahme aus der Branntweinsteuer (in Mark)
1838	8	1 653 000
1843	261	1 176 000
1847	400	790 581

Soll ich glauben, daß wir ähnliches erreichen werden, wenn ich sehe, wie führende Parteigenossen trotz Erinnerns öffentlich ihr Schnäpschen trinken und andere dazu auffordern? Wichtiger ist es, daß, wie ich wenigstens glaube, bei der Einleitung des Schnapsboykotts ein politischer Fehler begangen wurde. Mit vollem Recht betonte die Genossin Zietz, Mitglied des Parteivorstands, auf dem preußischen Parteitag von 1910 wieder und wieder, daß der politische Zweck beim Schnapsboykott im Vordergrund zu stehen habe: der sittliche, wirtschaftliche und hygienische Nutzen werde sich ganz von selbst ergeben. Dieser politische Zweck hätte aber nicht, wie es im Leipziger Beschluß von 1909 heißt, die Bekämpfung der Steuererhöhung auf Branntwein sein sollen. Als ich im Sommer 1908 den Vertretern von Groß Berlin, die nach § 3 des preußischen Organisationsstatuts gleichzeitig als geschäftsführender Ausschuß der Landeskommission fungieren, den Schnapsboykott vorschlug, gab ich ihm die Fassung: »Keinen Tropfen Schnaps, ehe nicht mindestens das Reichstagswahlrecht für Preußen errungen ist.« Der Ausschuß ging darauf nicht ein; in seinem Bericht an den preußischen Parteitag 1910 findet sich der vielsagende Satz: »Einer Anregung für Preußen einen Schnapsboykott zu inszenieren konnte der geschäftsführende Ausschuß nicht Folge geben, da diese Frage vor das Forum des deutschen Parteitags gehörte.«⁹⁾ Und doch glaube ich, daß meine Losung in ihrer Zuspitzung auf die wichtigste Frage der preußischen und, wie allgemein anerkannt wird, der deutschen Politik, in ihrer zunächst zeitlich beschränkten Form mit ganz anderer Wucht gezündet hätte. Es war ein Beschluß für den preußischen Parteitag (handelt es sich doch auch im deutschen Reichstag wesentlich um preußischen Schnaps), und durch den nach und nach erfolgenden Beitritt der übrigen bundesstaatlichen Parteitage hätten diese zum erstenmal durch die Tat ihre oft erklärte Bereitwilligkeit beweisen können den preußischen Genossen in ihrem schweren Kampf beizustehen. Auch aus diesem Beispiel scheint mir hervorzugehen, wie stark die preußischen Angelegenheiten unter dem Mangel eines wirklichen preußischen Parteivorstands leiden. Mir scheint es im höchsten Grad wünschenswert, daß sich ein bald zusammentretender preußischer Parteitag von neuem mit der Frage beschäftigt, ob nicht ein besonderer preußischer Landesvorstand zu schaffen ist, und zwar möglichst vor den nächsten Landtagswahlen.

Die Landtagswahlen könnten zwar zurzeit noch nicht Gegenstand der Verhandlungen eines preußischen Parteitags sein: Ist es doch nicht einmal völlig

⁸⁾ Siehe Grotjahn *Der Alkoholismus* / Leipzig 1898/, pag. 329.

⁹⁾ Siehe das Protokoll des preußischen sozialdemokratischen Parteitags von 1910 / Berlin 1910 /, pag. 13.

ausgeschlossen, daß die Regierung noch in der bevorstehenden Tagung mit dem Vorschlag zu einer Wahlrechtsänderung hervortritt; im November 1911 wußte die *Frankfurter Zeitung* zu melden, daß ein Entwurf für das preußische Landtagswahlrecht mit mehreren Varianten den Landräten und mehreren Gemeindeverwaltungen zur Begutachtung zugestellt worden sei, und, soviel ich weiß, ist diese Meldung nicht bestritten worden. Wohl aber hätte ein baldigst zusammenberufener preußischer Parteitag alle Veranlassung sich mit der bisherigen und künftigen Haltung der kleinen Landtagsfraktion zu beschäftigen. Jedermann ist überzeugt, daß bei der Beurteilung des Verhaltens der 6 Sozialdemokraten im preußischen Abgeordnetenhaus die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten ihrer Stellung immer wieder in Rechnung gezogen werden müssen. Noch auf dem Parteitag von 1910 wurde der Fraktion ausschließlich Lob und Bewunderung zuteil. Seitdem hat sich das Urteil in weiten Parteikreisen aber wesentlich geändert. Sehr ernst zu nehmende Parteigenossen sind der Meinung, daß die Zwischenfälle, die sich schließlich bis zur gewaltsamen Entfernung des Genossen Borchardt aus dem Sitzungssaal steigerten, zum großen Teil zu vermeiden gewesen wären, und daß sie für die Gesamtpartei keineswegs förderlich waren. Es dürfte schwer sein im einzelnen Fall nachzuweisen, wo der Fehler gemacht wurde, und gar der Versuch der Staatsanwaltschaft dem Genossen Borchardt strafrechtlich zu Leibe zu gehen muß elend scheitern. Es ist vielmehr die Gesamthaltung, die oft genug verriet, daß die Genossen im Abgeordnetenhaus (bedauerlicherweise ausschließlich parlamentarische Neulinge) ihre Aufgabe nicht klar genug erkannten. Ein Beispiel: Ganz kurze Zeit nach jener Billigung durch den Parteitag, am 10. Februar 1910, empfingen die 6 sozialdemokratischen Abgeordneten den Ministerpräsidenten, der die Wahlrechtsvorlage der Regierung einbringen wollte, mit einem wohl vorbereiteten Regen von Pfuirufen. Erscheint diese Art der Demonstration schon an sich durchaus fragwürdig, so erwies sie die Fraktion selbst als völlig unangebracht, indem sie sich sachlich an der Beratung der Vorlage sowohl im Haus selbst wie in der Kommission beteiligte: das einzig würdige Verhalten gegenüber jener Vorlage wäre gewesen ihr nach einer agitatorisch wirksamen Schilderung der Geschichte und Lage der Wahlrechtsfrage schon in der Generaldiskussion ein kurzes *Unannehmbar* entgegenzustellen. Die Begründung für ein derartiges Vorgehen habe ich bereits vor den Verhandlungen gegeben¹⁰⁾ und der Fraktion zugehen lassen.

Sehr verbreitet ist die Überzeugung, daß die Fraktion durch allzu häufige und allzu lange Reden nicht nur ihre Stellung im Abgeordnetenhaus sondern auch die agitatorische Wirksamkeit ihres Auftretens nach außen abschwächt. Nun zeigt sich freilich das überschwengliche Redebedürfnis in allen Körperschaften, vom Reichstag bis zur Gemeindestube; es wirkt aber im Abgeordnetenhaus schlimmer, weil die kleine Zahl der sozialdemokratischen Redner eine besonders auffällige Eintönigkeit herbeiführt. Den im Gefecht stehenden Genossen wird dieser Übelstand nicht so leicht klar wie den außerhalb befindlichen; um so wichtiger wäre es, daß ein Parteivorstand die nötigen Winke geben könnte.

Die Besprechung der bevorstehenden Landtagswahlen ist, wie schon oben ausgeführt wurde, zweckmäßig einem mit kurzer Frist und für kurze Dauer einzuberufenden außerordentlichen Parteitag vorzubehalten. Dagegen sollte über zwei Punkte so bald als möglich Klarheit geschaffen werden.

¹⁰⁾ Siehe meinen Artikel *Die Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 1. Band, pag. 149.

Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß, falls die nächsten Wahlen noch mit öffentlicher Stimmabgabe stattfinden, die Sozialdemokratie genau das gleiche Verfahren, nur in noch ausgedehnterem Maß üben wird, das die Gegner als sozialdemokratischen Terrorismus zu brandmarken suchten. Gerade weil die Sozialdemokratie die geschworene Feindin des Terrorismus ist, bekämpft sie das öffentliche Stimmverfahren selbst mit Mitteln, die ihrem Wesen an sich fremd, ja entgegengesetzt sind.¹¹⁾ Auch im Abgeordnetenhaus muß eine Erklärung in diesem Sinn erfolgen. Sollte sich eine andere Gelegenheit nicht bieten, so hätte die Fraktion möglichst bald einen Antrag zu stellen, der sich auf die Einführung der geheimen Abstimmung schon für die nächsten Wahlen beschränkt: an Unterstützung dürfte es nicht mangeln. Freilich ist bei geheimer Abstimmung unter heutigen Verhältnissen die indirekte Wahl nicht mehr möglich, wie ich in einem früheren Aufsatz darlegte.¹²⁾ Das ist eine spätere Sorge, die schlimmstenfalls durch Annahme des Verfahrens erledigt werden kann, mit dem die Regierung in ihrer Vorlage aus dem Jahr 1910 die indirekte Wahl beseitigte, ohne das Wesen des Dreiklassenwahlsystems irgendwie zu verletzen. Bei der schleunigen Einführung der geheimen Abstimmung soll es sich ja nicht um die Wahlrechtsreform handeln, wie sie auch die Thronrede vom 20. Oktober 1908 als wichtigste Aufgabe der preußischen Politik bezeichnete, sondern um eine Art Genfer Konvention für den Wahlkampf zur Beseitigung seiner brutalsten Härten.

Eine zweite Entscheidung für den Fall, daß das indirekte Wahlverfahren für die nächsten Landtagswahlen noch beibehalten werden sollte, müßte jetzt zum mindesten vorbereitet werden. Abweichend vom Genossen Eisner, dessen Anregung zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien Genosse Bernstein in den *Sozialistischen Monatsheften* eingehend gewürdigt hat¹³⁾, bin ich der Meinung, daß entsprechend den früheren Beschlüssen für die Urwahlen an allen Orten und in allen Abteilungen sozialdemokratische Wahlmannskandidaten aufgestellt werden müssen, wo solche überhaupt gefunden werden können. Dieser Grundsatz kann nicht früh genug festgelegt werden; das Aufsuchen geeigneter Wahlmannskandidaten erfordert an den meisten Orten eine schwierige, langwierige, aber auch in hohem Grad organisationsfördernde Arbeit. Winke für die Stichwahlen bei den Urwahlen können dem Parteitag unmittelbar vor den Landtagswahlen überlassen werden. Anders steht es mit der Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner. Auch hier wird man im allgemeinen vorschreiben, daß im ersten Wahlgang für einen sozialdemokratischen Abgeordnetenkandidaten gestimmt werden muß; schon aus statistischen Gründen: die politische Stellung der Urwähler wird trotz der Vorschrift häufig im Protokoll des Urwahlbezirks gar nicht oder nicht genau bezeichnet; die amtliche Statistik macht dann ihre Rückschlüsse aus der Stimmabgabe der gewählten Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl. Der Ausfall der Urwahl kann aber unter Umständen eine andere Stellungnahme angebracht erscheinen lassen, und zwar eine Stellungnahme, die durch das gegenseitige Stärkeverhältnis der Wahlmänner in verschiedenen Wahlkreisen bedingt wird. Hier bedarf es des Eingreifens einer Zentralstelle. Und das selbe gilt für die Vorschriften bei den

¹¹⁾ Siehe Heine *Terrorismus* und meinen Artikel *Terrorismus* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 2. Band, pag. 847 ff., und 1909, 2. Band, pag. 611 ff.

¹²⁾ Siehe meinen Artikel *Wahlrechtsvorlage und Herrenhaus* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 1. Band, pag. 409.

¹³⁾ Siehe Bernstein *Landtagswahlpolitik in Preußen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 2. Band, pag. 1026 ff.

Abgeordnetenstichwahlen, die entweder unmittelbar auf den Hauptwahlgang folgen oder dort, wo nach dem Gesetz von 1906 Fristwahl stattgefunden hat, erst einige Tage später vor sich gehen. Namentlich für die letzterwähnten können Abmachungen zwischen den Parteien über die Wahlkreisgrenzen hinaus von Bedeutung sein. Ihre Natur wird sich nach den vorliegenden Ergebnissen der Hauptwahl sehr mannigfaltig gestalten können. Die Zentralstelle, durch deren Vermittlung die Abmachungen zu treffen sind, darf nicht ängstlich gebunden sein; das können auch die *Radikalsten* der *Radikalen* einräumen; für sie ist ja die eigentliche Bedeutung der Wahl mit den Urwahlen erschöpft. Bei früheren preußischen Wahlen hat man sich mit der Notbestimmung beholfen: als Zentralwahlinstanz gilt der deutsche Parteivorstand. Das ist ein Fehler. Die Zentralwahlinstanz muß ein besonderer preußischer Parteivorstand sein, der durch seine fortlaufende und ausschließliche Beschäftigung mit den preußischen Angelegenheiten eine viel engere Fühlung besitzen würde, durch Rücksichtnahme auf andere Verhältnisse viel weniger eingeengt wäre als der deutsche Parteivorstand, und der vor allen Dingen dem preußischen Parteitag verantwortlich ist, was der deutsche Parteivorstand mit Recht ablehnt. Freilich wird ein neuer preußischer Parteivorstand bis zu den nächsten Wahlen nicht lange Zeit finden sich einzuarbeiten; um so dringender ist es ihn recht bald ins Leben zu rufen. Nichts hindert überdies daran das eine oder das andere bewährte Mitglied des deutschen Parteivorstands auch in den preußischen zu wählen, und an rat- und tatkräftiger Hilfe wird es ihm in Berlin ganz gewiß nicht fehlen.

Bei der erkonservativen Gesinnung weiter preußischer Parteikreise, namentlich in den alten Provinzen, in denen der *preußische Geist* sich am wenigsten verleugnet, ist zu befürchten, daß man geneigt ist es noch eine Reihe von Jahren beim alten zu lassen. Auf der Tagesordnung des diesjährigen deutschen Parteitags steht von neuem die Organisationsfrage. Wie wäre es, bei der großen Bedeutung, die der Fortschritt in Preußen für das gesamte Reich hat, wenn nach berühmtem Muster in das neue Organisationsstatut der deutschen Partei die Bestimmung aufgenommen würde: In jedem größern Bundesstaat muß ein Parteivorstand vorhanden sein, der von einem mindestens alle 2 Jahre zusammentretenden Parteitag gewählt wird.

XX

WILHELM KOLB · HERAUS AUS DEM TOTEN GELEISE!



W N einem parlamentarisch regierten Land wäre die schwere Niederlage, die die Reaktion bei den letzten Reichstagswahlen erlitten hat, von entscheidender politischer Bedeutung gewesen. Bei uns in Deutschland ist im wesentlichen alles beim alten geblieben. Und das wäre auch nicht anders, wenn die neue Mehrheit über erheblich mehr Mandate verfügte als es tatsächlich der Fall ist. Eine aktionsfähige Mehrheit gegen die Reaktion ist so lange ausgeschlossen als die Sozialdemokratie an einer Taktik festhält, die der Reaktion das politische Übergewicht geben muß. Der Erfolg der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen war enorm. Sie hat weit über 4 Millionen Stimmen erzielt und ist damit nicht nur die stärkste Partei Deutschlands sondern der ganzen Welt geworden. Mit ihrer Mandatszahl hat sie das Zentrum überflügelt und steht damit im Reichstag

ebenfalls an erster Stelle. Noch nie hat eine Partei einen auch nur annähernd so großen Wahlgewinn gehabt. Man hätte nun meinen sollen, ein derartig außergewöhnlich großer Erfolg müßte sich auch ohne weiteres in der Politik geltend machen. Im Ernst wird aber wohl niemand behaupten wollen, daß die Mandatsverschiebung bei den letzten Reichstagswahlen die politische Signatur geändert hätte. Im einzelnen machen sich die 110 sozialdemokratischen Mandate wohl bemerkbar, ihr Einfluß auf die politische Gesamtlage dagegen ist äußerst gering, sofern man da von einem Einfluß überhaupt reden kann. Die Sozialdemokratie bestimmt die wirkliche Politik heute so wenig wie sie es vor den Wahlen getan hat, und dabei bliebe es auch, wenn sie noch mehr Stimmen und noch mehr Mandate erobert hätte. Ihre politische Macht ist in der Hauptsache negativ-abwehrend, positiv kann sie so lange sich nicht in entsprechender Weise durchsetzen als die Sozialdemokratie an ihrer grundsätzlichen Negierung des heutigen Staates festhält. Ohne die positive Mitwirkung der Sozialdemokratie kann aber in den politischen Verhältnissen des Reichs keine durchgreifende Änderung vorgenommen werden. Wäre Deutschland ein parlamentarisch regierter Staat, so wäre die Sozialdemokratie im neuen Reichstag vor die Alternative gestellt worden ihre grundsätzliche Intransigenz preiszugeben oder sich vor aller Welt für politisch unzureichend zu erklären. Jedenfalls wäre in England, Frankreich, Italien eine Stellung wie die der deutschen Sozialdemokratie unter gleichen oder ähnlichen parlamentarischen Machtverhältnissen einfach ausgeschlossen; weil die Sozialdemokratie es dort politisch nicht verantworten könnte die Reaktion am Ruder zu lassen, nachdem diese in die Minderheit gedrängt ist. Auch in Deutschland kann diese *grundsätzliche* Intransigenz gegenüber dem heutigen Klassenstaat auf die Dauer unmöglich aufrechterhalten werden, wenn wir nicht zu geradezu absurden Zuständen kommen sollen.

Diese in der Dresdener und Amsterdamer Resolution festgelegte *grundsätzliche* Negierung des heutigen Staates lähmt die politische Aktionskraft des Proletariats und führt zu immer neuen Konflikten. Unter der Herrschaft dieser *prinzipiellen* Auffassung von der Stellung der Sozialdemokratie zum heutigen Staat kann und muß sich deren Politik in der Hauptsache auf den Protest beschränken. Seit Jahrzehnten protestieren wir ohne Unterlaß gegen den *Militarismus* und *Marinismus*, gegen die Kolonial- und Klassenpolitik, gegen den *Zollwucher* und wie die Agitationswendungen alle lauten, aber ganz ohne Erfolg. Das neueste Schlagwort ist der *Imperialismus*, gegen den im selben Augenblick protestiert wird, wo man ihn für eine notwendige Begleiterscheinung des Kapitalismus erklärt. Wir reduzieren alle diese, zum Teil sehr komplizierten politischen und wirtschaftlichen Probleme in unserer praktischen Politik auf ein Agitationswort und lösen sie durch Resolutionen, auf die wir uns *prinzipiell* festlegen. Wer sich unterfängt diesen Problemen tiefer auf den Grund zu gehen und durch seine Studien mit den Parteidogmen in Widerspruch kommt, muß sich entweder aus der aktiven Politik zurückziehen, oder er läuft gar Gefahr, daß ihm der Stuhl vor die Tür der Partei gesetzt wird. Mit dieser ebenso einfachen wie bequemen Methode Politik zu treiben haben wir es aber nur so weit gebracht, daß die sozialdemokratische Partei trotz ihrer imposanten Stärke, die uns alle mit Freude und Stolz erfüllt, politisch sich auf einem toten Geleise bewegt und in fast allen großen Fragen der allgemeinen und Wirtschaftspolitik keinen festen Boden mehr unter den Füßen hat.

Denn daß unsere *prinzipielle* und taktische Stellung zu den Fragen der Zoll-, Handels-, Agrar-, Kolonial- und Weltpolitik auf wissenschaftlich unanfechtbarer Basis beruht, wird heute auch der strenggläubigste *Marxist* nicht mehr zu behaupten wagen. Streiten sich doch neuerdings gerade die *Marxisten* darüber, ob wir für die Abrüstung eintreten dürfen oder nicht. In der praktischen Politik führt diese allgemeine Festlegung in den schwierigsten politischen Fragen dahin, daß wir trotz unserer Stärke auf jeden maßgebenden Einfluß verzichten müssen. Dabei steht diese Auffassung in stärkstem Gegensatz zu der parlamentarischen und sonstigen Taktik der ganzen Arbeiterbewegung. Wir pendeln beständig zwischen der *sozialrevolutionären* Theorie von dem nicht zu umgehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft und der auf halbem Weg stehen bleibenden reformistischen Taktik hin und her. Jedesmal, wenn unsere Partei einen kleinen Schritt auf dem Weg einer wirklichen Politik vorwärts machen will, müssen wir erst einen innern Konflikt durchkämpfen, um das *prinzipielle* Hindernis zu beseitigen.

Nur so ist auch der neueste Streit um das vom Parteivorstand mit den Liberalen für die Reichstagsstichwahlen getroffene Abkommen zu erklären. Anstatt sich darüber zu freuen, daß der in Verwaltungsgeschäften sonst fast völlig eingekapselte Parteivorstand sich endlich auch einmal zu einer politischen Tat aufgegriffen hat, versetzt man ihn gerade darum noch in Anklagezustand. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man ihm in Chemnitz den Prozeß machen und ihm dadurch womöglich die Lust austreiben wird bei künftigen Gelegenheiten wieder den Tugendpfad der prinzipiellen Abstinenz zu verlassen. Dabei war dieses Stichwahlabkommen geradezu eine Notwendigkeit, und es ist, ganz abgesehen von seiner allgemein politischen Bedeutung, allein schon durch seinen Erfolg bei den Wahlen selbst gerechtfertigt. Dem Zweck des Abkommens entsprach auch der viel umstrittene *Dämpfungserlaß*. Für den politisch geschulten Wähler war dieser Erlaß eine Selbstverständlichkeit; denn große politische Aktionen lassen sich nicht vom Standpunkt der Interessen einzelner Wahlkreise aus beurteilen und durchführen. Die aber nur auf den Agitationserfolg dressierten Wähler erblicken in einer solchen Taktik eine Verletzung und Verhöhnung des zielbewußten proletarischen Klassenkampfes. Gerade bei der Diskussion über das Stichwahlabkommen hat sich eine der bedenklichsten Folgen unserer in der Hauptsache nur auf den agitatorischen Erfolg eingestellten politischen Propaganda mit aller Deutlichkeit gezeigt: der große Mangel an politischer Erziehung, ohne die man große Erfolge niemals erzielen kann. Wo immer wir durch die Logik der Tatsachen gezwungen werden aus dem Rahmen unserer Agitationsschablone herauszutreten, stoßen wir auf Widerstände in unseren Reihen, die wir selbst verschuldet haben. Daß der proletarische Klassenkampf eine konsequent reformistische Taktik und Politik irgendwie verbietet, ist eine naive Unlogik, die wir endlich überwinden müssen, wenn wir nicht immer wieder neue Konflikte in der Partei heraufbeschwören wollen. Wir müssen klare Bahn schaffen und aus dem Widerspruch, in dem wir uns bewegen, herauskommen.

Der Standpunkt, das Proletariat dürfe sich aus prinzipiellen Gründen des heutigen Staats nicht bedienen, um seine ökonomischen und politischen Ziele zu verwirklichen, ist nicht aufrechtzuerhalten. Wenn es wahr wäre, daß der Klassenkampf eine Anteilnahme an der politischen Verantwortung innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung ausschließt, dann müßte dieser Stand-

punkt in einer nicht fernen Zukunft zu den absurdesten Konsequenzen führen, und unsere ganze bisherige parlamentarische und sonstige Taktik wäre unverstänlich. Entweder hat die auf die reformistische Entwicklung eingestellte parlamentarische Mitarbeit der Sozialdemokratie einen vernünftigen Sinn und Zweck: dann muß man auch den Mut haben die logischen Schlußfolgerungen daraus für die praktische Politik überhaupt zu ziehen. Oder die Teilnahme an den Wahlen und der parlamentarischen Arbeit erfolgt lediglich zum Zweck der *Revolutionierung der Köpfe*: dann ist die jetzige Methode bei unseren Wahlkämpfen, der ungeheure Kraftaufwand für die Erringung von Mandaten sinnlos. Um von der Parlamentstribüne herab revolutionäre Propaganda zu treiben, wählt man keine 110 Abgeordneten und läßt sich auch nicht so in den parlamentarischen Krieg hineinverstricken wie es tatsächlich geschieht. Diese ins einzelne gehende parlamentarische Mitarbeit bis herunter zu den kleinsten Verwaltungskörpern kann doch nur dann einen vernünftigen Zweck haben, wenn man grundsätzlich auf den Boden des heutigen Staats sich stellt und mit den Mitteln, über die er verfügt, vorwärtszukommen sucht. Ist dem so, welchen Sinn hat es dann aber noch diesen Staat auf der andern Seite wieder grundsätzlich zu negieren und in der Theorie die Auffassung zu vertreten, er könne überhaupt nicht demokratisch reformiert werden? Diese *sozialrevolutionäre* Theorie von dem nicht zu umgehenden Zusammenbruch des kapitalistischen Klassenstaats bringt uns ständig in Widerspruch mit der von uns praktisch geleisteten politischen Arbeit. Der offensichtliche Bankrott dieser Theorie wird in dem selben Augenblick zutage treten, in dem wir vor die Alternative gestellt werden entweder aus ihr die praktischen Nutzenwendungen für unsere Politik zu ziehen oder sie endlich in die Rumpelkammer zu werfen. In dieser Theorie wurzelten alle die Resolutionen, die uns in der Politik wie Bleigewichte an den Füßen hingen und hängen: die Dresdener gerade wie die Nürnberger respektive Magdeburger, die die *prinzipielle* Budgetverweigerung vorschreibt. Kürzlich haben unsere Parteigenossen in Rudolstadt im Landtag die Mehrheit erobert. Es handelt sich hier zwar nur um einen der kleinsten deutschen Bundesstaaten, allein das spielt *prinzipiell* keine Rolle. Kein irgendwie politisch zurechnungsfähiger Mensch wird annehmen können, daß unsere Rudolstädter Genossen jetzt nach dem *sozialrevolutionären* Rezept Politik treiben und ein *grundsätzlich* nicht zu beanstandendes Budget konstruieren können. Sie werden froh sein, wenn sie auch nur einige durchgreifende Reformen erzielen. In Rudolstadt wird unsere Fraktion, wenn sie sich nicht für politisch bankrott erklären will, das Budget genehmigen und ihrem Präsidenten auch gestatten müssen ins Schloß zu gehen. Damit aber wäre der Dresdener und der Magdeburger Resolution der *prinzipielle* Boden entzogen, und es bestände kein vernünftiger Grund mehr den Genossen in anderen Bundesstaaten generell das zu verbieten, was man den Rudolstädtern *nolens volens* gestatten mußte. In solchen Situationen muß man eben die Scheuklappen der *sozialrevolutionären* Theorie ablegen. Mit dieser und dem, was sie politisch zur Folge hat, besorgen wir *de facto* nur die Geschäfte der Reaktion. Welches Vergnügen müssen die preußischen Konservativen haben, solange unsere preußischen Genossen ihren Kampf um die Wahlrechtsreform nur mit Demonstrationen, Protestversammlungen und Resolutionen zu führen gedenken, und man sie ängstlich davor bewahrt ihre *revolutionäre Energie*, wie sie sich in den *Protestaktionen* äußert, durch eine Taktik zu schwächen, mit der die süddeutschen Genossen die Feinde der Wahl-

rechtsreform zur Kapitulation gezwungen haben. Die preußische Wahlrechtsfrage kann und wird nur durch eine großzügige politische Kooperation, niemals aber mit der jetzigen, lediglich auf den agitatorischen Erfolg hinzielenden Taktik einer Lösung entgegengebracht werden können.

Die jetzige Taktik führt regelmäßig, wie die Erfahrungen beweisen, in eine Sackgasse. Die süddeutschen Genossen haben nicht nur das Recht sondern die Pflicht in dieser Sache auch für Preußen ein Wort mitzureden, denn die in Preußen maßgebenden Grundsätze werden auf das Reich und schließlich auch auf die anderen Bundesstaaten übertragen. Um unsern politischen Einfluß in den süddeutschen Staaten ja in kein allzu großes Mißverhältnis zu der Einflußlosigkeit der preußischen Sozialdemokratie kommen zu lassen, hat man uns süddeutsche Sozialdemokraten gegen unsern Willen und gegen unsern energischen Protest mit der Übermacht der Zahl an Händen und Füßen politisch gebunden und uns so den Kampf für die politische Gleichberechtigung aufs äußerste erschwert. Man zwang uns die *prinzipielle* Budgetverweigerung auf und trieb unsere Regierungen damit geradeswegs in die Arme der Reaktion, die durch dieses *Prinzip* für die Regierungen eine unentbehrliche Stütze geworden ist; denn schließlich muß doch jede Regierung sich auf diejenigen stützen, die die Staatsmaschinerie in Gang halten. Sie kann in diesem Fall sogar gegen den Willen der politischen Mehrheit der Volksvertretung regieren, ohne Gefahr zu laufen in schwierige Konflikte zu kommen. Unsere Budgetverweigerung aber wirkt wie ein Hieb in die Luft. Wir lehnen das Budget zwar *prinzipiell* ab, da uns aber nicht gleichzeitig auch das Steuerzahlen *prinzipiell* verboten ist, geben wir *de facto* dem Klassenstaat doch die Mittel, um seine *verfaulte* Existenz weiterzuführen. Die Angst vor der politischen Mitverantwortlichkeit spielt uns einen Streich um den andern, die Reaktion aber ist zufrieden und hegt die Hoffnung, daß wir noch recht lange uns von solcher Theorie leiten lassen. Wir treiben mit dieser Taktik die Liberalen immer wieder nach rechts anstatt sie links festzuhalten. Wir lehnen es ebenso *prinzipiell* ab die Monarchie *anzuerkennen*; sie bleibt aber indessen ruhig weiterbestehen und übt ihre in der Verfassung garantierte Macht aus, während wir auf unsere verfassungsmäßige Anteilnahme am Präsidium und damit auf eine wichtige Einflußmöglichkeit verzichten. Jene Negierung des Klassenstaats und seiner Einrichtungen hat also nur den *Erfolg*, daß wir uns selbst politisch isolieren und damit den Konservatismus immer wieder zum ausschlaggebenden Faktor machen. Kein Wunder, wenn die innere Politik des Reichs stagniert.

Glaubt man denn wirklich mit dieser Methode auf die Dauer auskommen zu können? Unsere (angeblich marxistischen) Dogmatiker können von Glück sagen, daß sie noch nie Gelegenheit bekommen haben mit ihrer Theorie die praktische Probe aufs Exempel zu machen. Denn diese Theorie läßt sich nur so lange verteidigen als ihre Folgen nicht in die Erscheinung treten können: weil wir in der Minderheit sind. In dem Augenblick, wo die Verhältnisse sich ändern, und wir durch die Macht der Entwicklung, vielleicht gegen unsern Willen, in eine politisch ausschlaggebende Stellung hineingeschoben werden, pfeift der Wind aus einem andern Loch und wir müssen allen jenen Resolutionen zum Trotz die politische Mitverantwortung für den Gegenwartsstaat übernehmen. Deshalb müssen wir aus dem toten Geleise, in das man die Partei hineingebürgert hat, herauszukommen versuchen. Das geht nicht so rasch, aber

um die Notwendigkeit kommen wir nicht herum. Die Ablehnung der politischen Verantwortung durch unsere Partei hat auch zur Folge, daß das Gefühl der Verantwortung überhaupt bedenklich nachgelassen hat. Jeder in der Partei einigermaßen erfahrene Genosse weiß darüber Bescheid. Man lese nur die Parteiblätter der *überra-dikalen* Richtung und verfolge die Polemik, wie sie gegen die eigenen Parteigenossen geführt wird. Daneben vergegenwärtige man sich die Vorgänge in Stuttgart, Göppingen und stelle damit den Ausschlußantrag gegen den Genossen Hildebrand in Vergleich: und man wird nicht bestreiten können, daß es sich hier um symptomatisch höchst bedenkliche Erscheinungen handelt. Gegen jeden unbequemen Genossen werden (auch wenn er sein Leben lang nur für die Partei gearbeitet hat) die *Massen* in demagogischer Weise mobil gemacht. Tüchtige Kräfte werden für die Partei lahmgelegt, und damit wird deren Ansehen sehr gemindert. Es ist kein Zufall, daß der Zuzug von Intelligenzen für die praktische Arbeit in der Partei seit Dresden sehr nachgelassen hat. Wenn diesen Erscheinungen nicht auf den Grund gegangen wird, und wenn ihre Ursachen nicht mit rücksichtsloser Energie bekämpft werden, können wir sehr unliebsame Überraschungen in den nächsten Jahren erleben.

Das radikalste Mittel dagegen ist die Befreiung unserer Partei von dem Zwang des Dogmenglaubens. Je früher wir die Partei aus dem toten Geleise, das sie zu verlassen im Begriff steht, und in das man sie wieder hineinschieben will, endgültig herausbringen und die in ihr schlummernden riesenhaften Energien in lebendige und gestaltende politische Arbeit umsetzen, desto schneller werden wir auch aus dem Zustand der permanenten inneren Konflikte herauskommen und im Leben des Reichs diejenige Stellung einnehmen, die uns schon lange gebührt.

XX

MAX SCHIPPEL · IMPERIALISMUS UND MAN- CHESTERTUM

I



MEHR und mehr hat das Manchestertum, als eine besondere geistige Richtung in der Auffassung auch der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und weiter als entsprechendes politisches Verhalten, seine letzte Zufluchtsstätte in der Arbeiterdemokratie suchen müssen. Es ist hier der Arbeiterbewegung, die sich, vor allem bei uns in Deutschland, zunächst um das Banner ganz anderer Interessen und Probleme sammeln und organisieren mußte, wie so viele *herrschende Zeitan-schauungen* ungewollt und ungerufen von außen her angefliegen und überkommen: zumeist aus der nächststehenden und in allen allgemein-politischen Fragen anfangs vorbildlich maßgebenden bürgerlichen Demokratie. Dieses weltpolitische Manchestertum hat an sich, wie allein schon sein Ursprung lehrt, nicht das geringste mit einer spezifischen Klassenauffassung der Arbeiter zu tun. Ganz im Gegenteil, nach seiner ganzen Entstehung, Ausbreitung und zeitweiligen Verwirklichung ist es die denkbar ausgeprägteste bürgerliche Theorie und Politik, die einer bestimmten, erst glänzend aufsteigenden, dann wieder überwundenen Entwicklungsstufe der kapitalistischen Produktionsweise entspricht.

Aber je mehr, in einem Land nach dem andern und nicht zum wenigsten in England selber, der großbürgerliche Liberalismus und schließlich sogar der kleinbürgerliche Radikalismus unter dem unwiderstehlichen Druck ganz neuartiger Weltwirtschaftsentwickelungen seinen alten manchesterlich-prinzipiellen Standpunkt verließ und verlassen mußte, desto mehr scheint es einem Teil unserer Parteigenossen geradezu zu einer gefühlsmäßigen Ehrensache geworden zu sein an dem überlieferten Prinzip festzuhalten, und wenn dieses von noch so stockbürgerlicher Herkunft ist. Bamberger, Dr. Barth und Eugen Richter waren in Deutschland die ersten berufenen parlamentarischen Preisfechter gegen die Abschwenkung auch des jüngsten europäischen Großstaats zum Imperialismus. Wir selber saßen damals, was solche Dinge anlangt, lediglich als bescheidene Schüler und eifrig Lernende zu ihren Füßen; unser kleines parlamentarisches und journalistisches Fähnlein hatte sich mit ganz anderen Fragen und fragwürdigen Erscheinungen herumzuschlagen. Wer von uns in Wählerversammlungen sprach oder Zeitungen leitete, hielt sich für die uns fernerliegenden Probleme immer wieder im wesentlichen an das in seinen alten Ausgaben in der Tat mustergültige *Freisinnige ABC-Buch* und an die Richtersche *Freisinnige Zeitung* selber. Man lese die dürftigen kolonial- und weltpolitischen Abschnitte in unseren ersten Parteihandbüchern und Agitationschriften nach und vergleiche damit die rührige, zu jener Zeit noch lebensvoll blühende fortschrittliche Angriffs- und Werbeliteratur, und man wird gern nach dem ersten Blick auf jede weitere *recherche de la paternité* verzichten. Dann freilich bröckelte es zusehends in dem freisinnigen Bollwerk gegen allen weltpolitischen Großmachtstizel. Bamberger war aus dem öffentlichen parlamentarischen Leben ausgeschieden; Barth war durch seine alten Verbindungen mit den Seestädten allmählich zu vollkommen veränderten Anschauungen gelangt, in der *Nation* trat das immer häufiger unzweideutig zutage; die Kraft Richters erlahmte; die Naumann, Payer und Storz brachten vollends einen ganz andern weltpolitischen Einschlag in das überlieferte freisinnig-demokratische Ideengefüge. So sind wir denn schließlich mit unserer vermeintlichen prinzipiellen Gegnerschaft mutterseelenallein geblieben.

Und sagen wir es ganz offen heraus: So recht behaglich ist dabei vielen von uns nicht zumute. Nicht wegen des Alleinseins, das wir in den eigentlichen Arbeiterklassenangelegenheiten oft als unbedingt unvermeidlich, wenn nicht gar als eine willkommene Bestätigung für die Richtigkeit unserer Stellung hinzunehmen gewohnt sind. Sondern weil wir uns in die seltsam verschrobene Lage gedrängt sehen: allein noch ein bürgerlich-individualistisches Prinzip hochhalten zu müssen, dessen Anwendung auf andere Gebiete des sozialen Lebens wir selber gar nicht genug beförden konnten und dessen Widerlegung und Überwindung wir uns insoweit sogar gern als einen gewaltigen Triumph unserer Bewegung anzurechnen pflegen. Das Vertrauen und Bauen auf das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, auf die alles am besten ordnende und regulierende freie Konkurrenz haben wir seit Lassalle jederzeit als fortschrittliche m e n d e , im Grunde arbeiterfeindliche Einbildung zerzaust und verspottet. Daß wir die Staatsgewalt ermuntert und gezwungen haben in den *sich selbst überlassenen* Verkehr nach bestimmten Richtungen einzugreifen, rühmen wir sonst unserer Partei als eines ihrer größten historischen Verdienste nach. Sollte nun in dem internationalen Ringen der Völker, in dem immer lebhaftern wirtschaftlichen Aneinanderprall von Nation gegen Nation, von moderner

Nation und Gesellschaft gegen rückständigere Wirtschaftsordnungen und Völkernschaften mit einemal die bloße Beseitigung von Verkehrsschranken, das einfache *Öffnen der Türen* und im übrigen der von allen Staatseinflüssen und jeder Machtbetätigung ganz freie Wettbewerb, sollte vor allem das entsprechende Nichthinübergreifen der modernen organisierten Staatsgewalt in überseeische wirtschaftskulturlose Zonen sich zu einem Klassenevangelium der selben, sonst so kritisch ablehnenden Arbeiter umbilden können? Unsere Vorbilder hierbei, die Barth, Bamberger, Eugen Richter nannten sich bewußt Jünger Cobdens und Bastiats; sie münzten gleich diesen die schwereren Barren des Adam Smithschen Ideensystems in leichter umlaufendes Kleingeld aus. Doch seit wann ist das *Zurück auf Cobden-Smith!* eine sozialdemokratische Losung?

II

INE unbefangene Erörterung innerhalb unserer Partei wird glücklicherweise dadurch erleichtert, daß Schlagworte wie *radikal* oder *reformistisch* hierbei gar nicht in Betracht zu kommen vermögen. Die Scheidungslinie für die differierenden Urteile und Auffassungen läuft hier vielmehr, wie sich aus zahllosen Reden, Artikeln und Schriften nachweisen ließe, in fast gleicher Weise quer durch beide Parteiflügel. Daß es Reformisten gibt, die in handels- und weltpolitischen Fragen, und in allen internationalen Fragen überhaupt, ganz zum wirtschaftsliberalmanchesterlichen, freihändlerisch-pazifistischen Leitartikel geworden sind, ist bekannt; indes nicht minder bekannt ist, daß in den *Sozialistischen Monatsheften* einige ihrer Hauptmitarbeiter, des Inlands wie des Auslands, solchen ganz unangebrachten und ganz hoffnungslosen Renaissanceversuchen entgegentraten. Ich persönlich stehe in dieser Beziehung sogar der *Bremer Bürgerzeitung* und meinestwegen auch der *Leipziger Volkszeitung* überaus nahe, obwohl ich gewünscht hätte, unser Bremer und Leipziger *Radikalismus* wäre bereits ein paar Jahre oder noch lieber ein kleines Jahrzehnt früher glücklich so weit wie heute gewesen. Weshalb immer nur nachhinken? Doch wird es besser sein, wenn ich ausschließlich aus dem *radikalern* Lager zwei schnurstracks entgegengesetzte, programmatisch zugespitzte Kundgebungen anführe.

In der *Weltpolitischen Skizze*, die Franz Mehring 1900 zuerst im *Vorwärts*, dann in einer selbständigen Schrift veröffentlichte, versucht er die Entstehungsgeschichte und die richtungbestimmende wirtschaftshistorische Umwelt des Smithianismus mit ein paar knappen, scharfen Strichen zu kennzeichnen¹⁾: Das großindustrielle Kapital, die revolutionär umgestaltende Kraft jenes Zeitraums, fliehe nach Möglichkeit Tumult und Streit, durch die ihm andere Nationen als Käufer seiner Waren auf jeden Fall nur entfremdet und selbst im Fall des Sieges nur in ihrer Kaufkraft geschwächt würden. Diesem, auch in der Politik die Herrschaft erringenden, absatzbegehrenden großindustriellen Kapital gelte es nur noch »die Schranken des freien Handels niederzubrechen«:

»Freihandel und Frieden schreibt es auf seine Fahne. . . . Es produziert unter so günstigen Bedingungen, daß ihm unendlich viel mehr daran liegt in *a n d e r e n* Nationen Käufer seiner Waren zu finden als ihnen den Schädel einzuschlagen. . . . Gleich sein erster Theoretiker, Adam Smith, spricht ebenso geringschätzig über Kolonien wie er die Arbeit als die Quelle des Völkerreichtums feiert. Ganz in dem

¹⁾ Siehe Mehrings Artikelserie *Weltpolitik* im *Vorwärts* vom Februar und März 1900, dann *Weltkrach und Weltmarkt* /Berlin 1900/, pag. 25 ff. und 38.

selben Sinn sagte der englische Minister Disraeli, der bekannte imperialistische Sozialist, also nicht einmal ein schwärmerischer Freihändler: »Die Kolonien sind Mühlsteine um unsern Hals.« Die 3 Kriege, die England 1840, 1856 und 1860 siegreich gegen China führte, hatten nur den Zweck das chinesische Reich dem Handel aller Nationen zu öffnen; einzig im ersten wurde noch ein Hafensplatz erworben, die beiden anderen, in denen Frankreich der Bundesgenosse Englands war, begnügten sich mit der Sicherung freien Handels in gewissen Plätzen. . . . Freilich nannte sich die Theorie dieser Weltpolitik — *Manchesterium*. Allein so verrufen das Schlagwort bei den deutschen Arbeitern sein mag, so wenig ist es die Art der deutschen Arbeiter sich durch Schlagworte ins Bockshorn jagen zu lassen. . . . Es ist unbillig das Manchesterium nach deutschen Manchesterleuten zu beurteilen. Sie waren immer, auch in ihrer verhältnismäßig frühesten Zeit, verwaschene Kopieen nicht einmal des englischen Originals sondern der auch schon verwaschenen französischen Kopie. Wer das Manchesterium in der ihm eigentümlichen historischen Bedeutung kennen lernen will, lese sein bedeutendstes Geschichtswerk, Buckles *Geschichte der Zivilisation in England*. . . . Es ist sehr leicht in dem monumentalen Bau verwitternde Steine auszuspuhen, es ist noch viel leichter den praktischen Manchesterleuten, etwa einem Cobden, diesen oder jenen Widerspruch, diesen oder jenen Rückfall in überlebte Anschauungen nachzuweisen; trotz alledem bleibt es dabei, daß, wer das Manchesterium überwinden will, sich zunächst einmal mit dem durchdringen muß, was es historisch geleistet hat.«

Für unsern bedeutendsten deutschen Parteivertreter der marxistischen Geschichtsauffassung ist alsdann folgerichtig die neuerliche Wiederabkehr der bürgerlichen Weltpolitik vom Manchesterium, mit anderen Worten der Imperialismus, das Wiederauftauchen der einst verdrängten Staatsmacht auf dem internationalen Wirtschaftskampffeld, lediglich ein Merkzeichen des Niedergangs der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Nicht um eine höhere, für die gesellschaftliche Fortentwicklung etwa unentbehrliche Wirtschaftsstufe handle es sich, wenn das weltpolitische Manchesterium, die Manchesterauffassung in ihrer Anwendung auf das internationale Völkerleben treulos vom Bürgertum verraten und verlassen werde. Die Arbeiterklasse dagegen wolle »nicht hinter Cobden und Bright zurück« sondern halte die Grundzüge von deren internationaler Wirtschaftspolitik weiter hoch, allerdings, um schließlich »über sie hinaus« zu streben und zu gelangen. Dieser, auf den ersten Blick bestechende Gedankengang ist bei Mehring, wie immer, klar und eindeutig durchgeführt, und die ganze Schrift ist deshalb noch heute ein lehrreicher Beitrag zum Verständnis der geistigen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie.

Ganz anders jedoch eine Reihe jüngerer Marxisten, die sich nicht mit Unrecht eines hohen Ansehens in ihren Kreisen erfreuen. So Dr. Renner, der Mitherausgeber der österreichischen marxistischen Revue. Er erkennt die manchesterlich verleugnete Rolle der staatlich-politischen Macht nicht nur an, er feiert sie geradezu:

»Wie unpolitisch sie [die österreichischen Industriellen] sich bisher benommen haben, übersteigt alle Vorstellungen. Für Deutschland handelt es sich in Marokko um einen kaum nennenswerten Absatz, um keinen Rohstoffimport. Trotzdem reist der deutsche Kaiser nach Tanger, trotzdem ringt man um die Organisation einer Truppenmacht in dem Land, trotzdem möchte man es bis zum Krieg treiben. . . . Unsere Industriellen und Kaufleute werden rasch lernen, daß der Handel der Flagge, die Ware der politischen Macht folgt. Mit Deutschlands Kaufleuten würden die Magyaren nicht also spielen können. Deutschland hat Konsuln in Ungarn, hinter dem Konsul steht der Gesandte und die Militärmacht. Nur unser Industrieller und Kaufmann ist rechtlos. . . . Es wird nicht zu lange dauern, und diese Kreise werden die Dinge im rechten Licht sehen.«⁷⁾

⁷⁾ Siehe Springer (Renner) *Grundlagen und Entwicklungsstadien der österreichisch-ungarischen Monarchie* (Wien 1906), pag. 219 und 220.

In der theoretischen Zuspitzung noch weiter geht Rudolf Hilferding, auf den sich die *Bremer Bürgerzeitung* und die *Leipziger Volkszeitung* mit Vorliebe bei ihren, mitunter etwas komisch wirkenden Steckenpferdanritten gegen die ungenügenden kolonial- und weltpolitischen Fraktionsredner befeuern. Für Hilferding ist, genau gegenteilig wie bei Mehring, der Imperialismus beileibe kein gesamt-kapitalistischer Rückschritt sondern umgekehrt eine höhere Phase der kapitalistischen Wirtschaftsentfaltung, so daß die unbedingt freie internationale Konkurrenz, die manchesterliche Freiheit des Weltverkehrs und der Weltproduktion von allen bewußten, selbstverständlich entsprechend machtpolitisch geschützten Staatseingriffen, lediglich als Überbleibsel einer überwundenen Wirtschaftsstufe, im marxistisch-historischen Sinn demnach, trotz alles gefälligen liberalen Außenscheins, als reaktionär zu bewerten sei. Ihren Gipfel erreicht diese Betrachtungsweise und geschichtliche Würdigung von Manchestertum und Imperialismus in folgenden, abermals ganz programmatisch gefaßten Sätzen:

»Kann das Kapital keine andere Politik machen als die imperialistische, so kann das Proletariat der imperialistischen nicht eine Politik entgegensetzen, die die Politik der Zeit der Alleinherrschaft des industriellen Kapitals war. Es ist nicht Sache des Proletariats der fortgeschrittenen kapitalistischen Politik gegenüber die überwundene der Freihandelsära und der Staatsfeindschaft entgegenzusetzen. Die Antwort des Proletariats auf . . . den Imperialismus kann nicht der Freihandel, kann nur der Sozialismus sein. Nicht das reaktionär gewordene Ideal der Wiederherstellung der freien Konkurrenz, sondern völlige Aufhebung der Konkurrenz durch Überwindung des Kapitalismus kann jetzt allein das Ziel proletarischer Politik sein. Dem bürgerlichen Dilemma *Schuttsoll oder Freihandel?* entrinnt das Proletariat mit der Antwort: Weder Schutzzoll noch Freihandel sondern Sozialismus, Organisation der Produktion, bewußte Regelung der Wirtschaft.«³⁾ Die letzterwähnten praktischen Folgerungen sind wohl kaum ganz klar, meines Erachtens sogar recht konfus. Aber der Widerspruch der Grundauffassungen bei Mehring und Hilferding tritt in der Tat schlagend klar zutage. Für den einen ist die Preisgabe des internationalen *laissez aller, laissez faire* ein Verfallszeichen und der Rückschritt selber; für den andern wiederum ist Reaktion eben der Verzicht auf staatlichen Machtgebrauch zugunsten der kapitalistischen Expansion. Obwohl sie beide *darüber hinaus* wollen, wertet der eine Marxist als fortgeschrittenste kapitalistische Weltpolitik das alte Manchestertum, der andere dagegen den jungen Imperialismus.

Man sieht, mit der Etikettierung *radikal* und *reformistisch* ist hier bei diesen grundlegenden Meinungsverschiedenheiten nichts, aber auch gar nichts anzufangen.

III

FERNER versagt die nicht minder beliebte, beschwichtigende Behauptung: nur alles bezweifelnde oder alles beweisende, niemals zufriedenzustellende Theoretiker gestatteten sich auf unserm Gebiet noch solche überflüssigen, der wirklichen Parteibewegung jedoch sehr gleichgültigen Seitensprünge; die Parteipraxis habe dafür um so unbeirrter und einheitlicher jederzeit ihren gewiesenen Weg verfolgt. Abgesehen davon, daß die Parteipraxis, noch dazu wenn sie nur eine von außen her entlehnte und übernommene ist, immer von neuem der theoretischen Nachprüfung und Berichtigung unterworfen werden und somit genügend

³⁾ Siehe Hilferding *Das Finanzkapital* (Wien 1910), pag. 471 ff.

wandlungsfähig bleiben muß: tatsächlich hat auch sie niemals die prinzipiell streng ablehnende Auffassung einschränkungslos geteilt, die manche, in der Parteigeschichte weniger erfahrene Parteigenossen heute als hochheilig und unverletzlich hinstellen möchten.

Gänzlich fremd vor allem war uns in unserer und der Partei Jugendzeit die seit Eugen Richter beliebte sauerköpfig-philiströse Einschätzung aller fernländischen überseeischen Kulturaufgaben, jenes jämmerlich mutlose, hämische Leugnen und Verkleinern aller und jeder Entwicklungsmöglichkeit für weiteste Erdstriche, und hätten sie die Ausdehnung ganz Europas und ganzer europäischer Reiche. Geschweige denn, daß ein solcher Kleinmut sich als Beweis besonders sozialistischen Gesinnungsschwungs hätte aufspielen dürfen. Eher und viel lieber hielten wir und unsere Leute es zu jener Zeit noch mit den alten sozialistischen Utopisten, die nach einigen kräftigen Zukunftsstaatsbemühungen die Sahara in tropischer Überfruchtbarkeit ersticken und selbst die Walfische in Meeren von Limonade sich ergötzen ließen. Einen Niederschlag dieser ehemaligen glaubens- und schaffensfreudigern Stimmung, gerade im Hinblick auf noch junge und unerschlossene Länder, findet man besonders in Bebel's *Frau*:

»Die üppigsten und fruchtbarsten Länder der Erde liegen heute noch vollständig oder fast vollständig wüst, weil ihre Urbarmachung und Ausbeutung nicht mit einigen hundert und einigen tausend Menschen in Angriff genommen werden kann, sondern Massenkolonisation von vielen Millionen erheischt, um der überüppigen Natur einigermaßen Herr werden zu können. Dazu gehören zum Beispiel Zentral- und Südamerika, also ein Terrain von Hunderttausenden von Quadratmeilen. Carey behauptet (ob mit Recht, lasse ich dahingestellt), daß allein das einzige, 360 Meilen lange Orinokotal Nahrungsmittel in solcher Menge zu liefern imstande sei, daß die ganze heutige Menschheit davon erhalten werden könnte. Nehmen wir nur die Hälfte an, so ist das überreichlich genug. . . . Zentral- und Südamerika, und insbesondere Brasilien, welch letzteres nahezu so groß wie ganz Europa, . . . strotzt von einer Üppigkeit und Fruchtbarkeit, welche das Staunen und die Bewunderung aller Reisenden erregt, und ebenso sind diese Länder an Erzen und Metallen unerschöpflich reich. Aber sie sind bis heute für die Welt so gut wie unerschlossen, weil ihre Bevölkerungszahl gänzlich außerstande ist der gewaltigen Natur Herr zu werden. Wie es im Innern Afrikas aussieht, darüber haben uns die Entdeckungen der letzten 10 Jahre belehrt; und andererseits gibt es in Asien nicht allein weite fruchtbare Länder, die neue Tausende Millionen von Menschen ernähren könnten. . . . Zivilisierte Menschen millionenweise herbeigeschafft, und unerschöpfliche Nahrungsquellen werden erschlossen. Die Frucht der Dattelpalme gedeiht in kaum glaublicher Fülle und braucht dabei so wenig Platz, daß 200 Dattelbäume kaum einen Morgen Landes bedecken. . . . Welche großartigen Resultate mitteleuropäischer Acker- und Gartenbau in allen diesen Ländern [Zentral- und Südamerika, Asien und Afrika] erzielte, entzieht sich jeder Berechnung. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas können, nach dem heutigen Stand der Ackerbauproduktion gemessen, bequem das 25- bis 30fache ihrer gegenwärtigen Bevölkerung (40 Millionen), also 1000 bis 1200 Millionen ernähren. Kanada könnte in dem selben Verhältnis statt seiner $4\frac{1}{2}$ Millionen wenigstens 700 bis 800 Millionen Nahrung geben. Und nun haben wir noch Australien, die zahlreicheren, zum Teil großen und meist außerordentlich fruchtbaren Inseln des Großen und Indischen Ozeans usw., wobei endlich auch noch zu beachten ist, daß ein großer Teil der jetzt auf niederster Kulturstufe lebenden Menschen die höhere Zivilisation nicht vertragen können sondern allmählich aussterben und den höher kultivierten Platz machen werden.«⁴⁾

Ähnlich löste Friedrich Engels durch *Massenkolonisationen* die Ernährungsfrage der mittel- und westeuropäischen Industriestaaten. Am 29. März 1865 schreibt er beispielsweise an Friedrich Albert Lange:

⁴⁾ Siehe Bebel *Die Frau und der Sozialismus* (Zürich 1879), pag. 172 ff.

»Sie stellen die Frage auf, wie Bevölkerungszunahme und Zunahme der Subsistenzmittel in Einklang zu bringen . . . Wir [Engels und Marx] gehen davon aus, daß die selben Kräfte, welche die moderne bürgerliche Gesellschaft geschaffen (die Dampfmaschine, die moderne Maschinerie, die Kolonisation in Masse, die Eisenbahnen und Dampfschiffe, der Welthandel), . . . daß diese Produktions- und Verkehrsmittel auch hinreichend sein werden in kurzer Zeit das Verhältnis umzukehren und die Produktionskraft jedes einzelnen so zu steigern, daß er eben für die Konsumtion von 2, 3, 4, 5 und 6 Individuen produziert, . . . daß die Ausbeutung der für uns unerschöpflichen, von der Natur selbst gedüngten Gebiete Südosteuropas und Westamerikas auf einem ganz anders großartigen Maßstab betrieben werde wie bisher. Sind diese Gebiete erst alle umgepflügt, und es tritt dann Mangel ein, so wird es Zeit sein *Caveant consules* zu sagen.«³⁾

Manche Erwartungen, vor allem bei Bebel, sind hier, dem Zug der Zeit und unserer damaligen Parteigewöhnung folgend, allzu reichlich bemessen. Aber ist schließlich nicht die ganze Kolonialgeschichte ein fortlaufender Beweis dafür, daß die engbrüstige kleinliche Nörgelei zuletzt immer durch die Tatsachen aufs Haupt geschlagen wurde, daß vor der Zukunft und vor dem Urteil der Geschichte viel eher die Schwärmer und Phantasten, und jedenfalls immer die Männer des tatkräftigen Zugreifens unbestritten recht behielten?

Was wären, um nur ein paar Belege aufs Geratewohl herauszugreifen, heute die Vereinigten Staaten, und wo stände infolgedessen heute die europäisch-amerikanische Menschheit, wenn der sogenannte *prinzipielle Kolonialgegner* auch nur seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts ihr Schicksal in der Hand gehabt hätte? Als die Vereinigten Staaten kaum ein Vierteljahrhundert nach ihrer Unabhängigkeitserringung schon wieder vor der Entscheidung standen zu kolonialen Erwerbungen, über den Vater der Flüsse hinüber, weiterzuschreiten, erschallten sofort die uns geläufigen Verwahrungen gegen Länderraub, uferlose Abenteuerpolitik, Schändung des Eingeborenenrechts, Verschwendung öffentlicher Gelder. Für 15 Millionen Dollars, für einige 60 Millionen Mark, war 1803 von Frankreich, dem Erben Spaniens, das ganze ungeheure Ländergebiet zwischen dem Mississippi und den Felsengebirgen (Louisiana im damaligen Wortsinn) zu kaufen, das heute gut ein Dutzend der reichsten und größten Baumwoll-, Mais-, Weizen-, Vieh-, Holz- und Metallgewinnungsstaaten mit Groß- und Riesenstädten wie Saint Louis, New Orleans, Minneapolis, Kansas City, Denver, Helena-Butte umfaßt. Dennoch zeterte damals der Abgeordnete White (Delaware):

»Wenn Louisiana jemals in die Union aufgenommen werden sollte, so würde ich das für das größte Unheil [curse] halten, das uns befallen könnte. . . . Wir haben gerade Land genug. . . . Lieber würde ich dies Gebiet an Frankreich oder Spanien oder an sonstwelche Nation verschenkt sehen, bloß unter der Bedingung, daß kein Bürger der Vereinigten Staaten sich jemals dort ansiedeln darf.«

Und noch ein Mitglied des Kongresses fürchtete, daß dieses, von anderen gepriesene Paradies »sich am Ende als ein großer Kirchhof für die Leiber unserer Mitbürger entpuppen« werde. Man habe mit den Indianern innerhalb der alten Bundesgrenzen übergenug zu schaffen und dürfe sich den Gefahren von Indianerkriegen jenseits des großen Flusses erst recht nicht aussetzen. Als

³⁾ Siehe Engels' Brief, abgedruckt in Mehrings Neuherausgabe von Lange *Die Arbeiterfrage* (Berlin 1910), pag. 174. × Die Neuerweckung der Donauländer durch deutsche Massenkolonisation bildete überhaupt einen Lieblingsgedanken der alten, meist recht imperialistisch angehauchten 1848er deutschen Demokratie. Auch Rodbertus sah »die türkische Erbschaft an Deutschland fallen, und deutsche Arbeiterregimenter am Bosphorus stehen«, worauf ihm Lassalle enthusiastisch zurückantwortete: »Wir scheinen im Geist als siamesische Zwillingbrüder zur Welt gekommen zu sein.« Siehe Lassalles *Reden und Schriften*, herausgegeben von Bernstein, 1. Band (Berlin 1892), pag. 53.

Texas gewonnen wurde, hatten ähnliche Schichten nichts als moralische Verachtung für die Flibustierzüge im Süden übrig, und Kalifornien und Oregon-Washington westlich der Felsengebirge, die heute blühenden pazifischen Küstenstaaten, fanden sie, in den vierziger Jahren, höchstens aus dem Grund verdaulicher, weil die Neuländer ein Gegengewicht gegen die älteren südlichen Sklavenstaaten zu werden versprochen. Noch nach Jahrzehnten, seit dem Louisianavertrag bewiesen sie die Unsinnigkeit des Vorschlags in die *endlosen Wüsteneien* jenseits des mittlern und obern Mississippi mit großen Schienenwegen vorstoßen zu wollen. Noch vor reichlich einem Menschenalter bejammerten sie den Ankauf des Goldlands Alaska für etwas über 7 Millionen Dollar (sage und schreibe knapp 30 Millionen Mark) als ausgepichteste Narrheit. Welche Partei hatte hier nun dem weltwirtschaftlichen Fortschritt eine Gasse gebrochen, und wer hatte bei allen radikal klingenden Verwahrungen schließlich doch nur wie ein richtiger Reaktionär *das Weltenrad in seinem Lauf aufzuhalten* versucht? ⁶⁾

Das gleiche in England. Die richtigen Manchesterer Männer (man lese nur Rogers' *Cobden*) sahen in allen britischen Kolonien und gerade in Indien lediglich eine hemmende Last für England, eine unwillkommene Erbschaft, die man der peinlichen Unaufgeklärtheit früherer Generationen zu danken hatte. Heute stottert sogar K. Kautsky, trotz des drohend erhobenen Fingers von Rosa Luxemburg, gelegentlich ein paar schüchterne Worte über »die glänzenden Ergebnisse der englischen Kolonialpolitik« im allgemeinen, und speziell darüber, daß »das angloindische Reich bis heute eine der reichsten Einnahmequellen der Bourgeoisie Englands gebildet hat«. »England verdankt in der Tat seinen Reichtum und die Höhe der ökonomischen Entwicklung, die es vor anderen Nationen Europas erklimmen, zu großem Teil seinem Kolonialbesitz«⁷⁾, also dem strikten Gegenstück zum bloßen *freien Verkehr*, den das Manchesterium auf diesem Gebiet predigte und von dessen überragender Höhe aus es allen solchen überseeischen *Besitz* als Last und Krebschaden radikal verwarf — auch und erst recht vom Standpunkt der Bourgeoisie aus verwarf. Nach der *Leipziger Volkszeitung* beruht nunmehr sogar »Britanniens Größe als Weltmacht auf Indien. . . . Sollte England die indische Dependenz verlieren, so würde es auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinken.«⁸⁾ Welch eine Wandlung der Anschauungen, von der bürgerlich-radikalen Negation bis zur wenn auch bedingten sozialdemokratischen Wertanerkennung.

Noch 1847, 6 Jahre nach der Eröffnung Hongkongs als ostasiatischem Handelsvorposten Englands, wollte der eigene Gouverneur Sir John Davis das zukunftslose, nur zum Geldhinauswerfen geeignete Experiment entschlossen beendet sehen. Wieder ein paar Jahre später schrieb selbst der Kolonialstaatssekretär in Lord John Russells Kabinett, Lord Grey:

»Wenn man hätte voraussehen können, wie hoch sich die Ausgaben belaufen würden, und wie geringe Vorteile dieser Platz unserm Handel bieten konnte, so wäre wohl niemand auf den Gedanken gekommen den Platz zu besetzen.

⁶⁾ Ich habe in den *Sozialistischen Monatsheften* schon mehrmals (zuletzt wieder in meinem Artikel *Kolonialpolitische Glossen zu den Putumayogreueln*, 1912, 2. Band, pag. 1038 ff.), darauf hingewiesen daß man zu ganz drohlichen Vorstellungen über Kolonialpolitik und zu einer ziemlich närrischen Kolonialkritik gelangen muß, wenn man Gebiete gerade der gewaltigsten kolonialen Expansion und Leistungsfähigkeit wie die Vereinigten Staaten gedankenlos beiseite läßt.

⁷⁾ Siehe das bekannte *Kannegießerflugblatt* (um mit Rosa Luxemburg zu sprechen) und Kautsky *Ältere und neuere Kolonialpolitik in der Neuen Zeit*, 1897-1898, 1. Band, pag. 779 und 777.

⁸⁾ Siehe den Leitartikel *Indien* in der *Leipziger Volkszeitung* vom 2. Januar 1903.

Das war jedoch lange vor der Bildung unseres Kabinetts geschehen; es blieb uns deshalb nichts anderes übrig als die Kosten einer Niederlassung zu verringern, die man nach der vorausgesetzten Bedeutung Hongkongs bemessen hatte, zu einer Zeit, als man zuversichtlich darauf rechnete, daß es das große Emporium des Handels mit China werden würde.«

Montgomery Martin, der in Kolonialfragen damals für die ganze englische öffentliche Meinung etwa ebensowohl als Autorität galt wie heute Genosse Ledebour für Berlin VI, sprach von Hongkongs »äußerster Wertlosigkeit, nach jeder Beziehung, für England.«⁹⁾ Heute heißt es bei uns umgekehrt: Ja, wenn Kiautschau jemals nur ein Hundertstel der Bedeutung von Hongkong gewinnen könnte, dann lohnte sich allenfalls der Erwerb und Ausbau. Sydney Smith verwarf 1803 in der *Edinburgh Review* die ganze australische Anwartschaft und sonstige Kolonialerbschaft: sei man auf *barren islands* versessen, so könne man sie in größerer Nähe haben, und wenn das noch nicht ausreiche, so finde man in Kanada, auf Westindien oder an der afrikanischen Küste noch genug von mörderischem Klima und sterilem Boden, um sich durch die Strafverbannung von Taschendieben, Räubern und Hallunken grausam genug für deren Schandtaten zu rächen.¹⁰⁾ Noch 1865 empfahl eine offizielle parlamentarische Kommission die Preisgabe aller westafrikanischen Besitzungen, mit Ausnahme von Sierra Leone. John Bright, Cobdens Mitkämpfer, glaubte »die Ehre und das Interesse des Reichs am besten wahrgenommen, wenn wir uns ganz von der Küste zurückziehen in nicht zu ferner Zeit«. Heute dagegen spricht ein Sachkenner wie Sir Harry Johnston die Hoffnung aus, daß »Nigerien eines Tages nach Ausdehnung, Bevölkerung und Wohlstand mit Indien rivalisieren werde.«¹¹⁾ Die als Organ des deutschen Liberalismus angesehene Brockhausche *Gegenwart* gab nur einer kaum angefochtenen, damals unwiderstehlich scheinenden, von England nach Deutschland sich fortpflanzenden Zeitströmung Ausdruck, wenn sie 1853 sich den Schlager gestattete:

»Amerika wurde erst ein Gewinn für England, nachdem es politisch verloren war. Das selbe gilt von Australien und den anderen Kolonien. . . . England wird mit der Zeit alle seine Kolonien verlieren und dadurch viel Geld und Ärger sparen. Es wird dann mit den Kaffern einen kultivierenden Handel treiben statt sich von diesen, wie jetzt, Schafe und Ochsen und Leben nehmen zu lassen.«¹²⁾ Ganz wie Eugen Richter es noch 1898, in der Reichstagssitzung am 12. Dezember, beschwor: »Das fehlte gerade noch, daß wir Kolonien [die Karolinen] kaufen; lieber verschenken Sie doch einen großen Teil davon.«

So ist die wirkliche Kolonialgeschichte der letzten Jahrzehnte vielfach zu einer fortlaufenden Widerlegung jenes Kolonialpessimismus geworden, den die Manchester-school hier wie gegenüber jeder andern staatlich gelenkten und beeinflussten Wirtschaftsentwicklung zu einem überall verbreiteten bürgerlichen Massenvorurteil, zu einer politischen Grundanschauung ganzer Parteien und einer ganzen, erst in jüngster Zeit allmählich wieder versinkenden politischen Epoche steigerte. Wenn im Gegensatz dazu in diesem expansionsfeindlichen, antiimperialistischen Zeitraum sozialistische Wortführer gar nicht selten einen felsenfesten Glauben an die Vervollkommnungsfähigkeit, die Aufschwungsmöglichkeit und den Kulturwert von überseeischen Ländern und Gemeinwesen wei-

⁹⁾ Siehe Colquhoun *China in Transformation* (London 1898), pag. 310. Hier auch Beispiele für die heutige Bewertung durch England.

¹⁰⁾ Australien hatte zunächst, wie später das große Siedlungsgebiet Sibirien, nur als Deportationsland Bedeutung, als Abladestelle für den Menschenmüll Englands. Die Urteile, auch die folgenden über Westafrika, bei Greswell *British Colonies* (London 1897), pag. 44 und 49.

¹¹⁾ Siehe Johnston *History of the Colonization of Africa* (Cambridge 1899), Vorrede.

¹²⁾ Siehe *Großbritannien seit dem Jahre 1848* in der *Gegenwart*, 1853, pag. 340.

ter offen bekundeten, so mag das mitunter umgekehrt zu optimistischen Übertreibungen fortgerissen haben, im Grunde entsprach es jedoch dem revolutionären, alles überholenden Sturmschritt des kolonialen Aufstiegs während der letzten Jahrzehnte viel eher. Die ausschweifenden Erwartungen der Schwärmer haben sich mit der wirklichen Entwicklung viel eher gedeckt als die Warnungen der schwunglosen, obwohl formelfesten *Freihandelshausierburschen*, die überall nur Unheil witterten, wo noch andere soziale Mächte wie der sich selbst überlassene Verkehr, der freie Austausch und das *laissez aller* sich Geltung verschafften.

IV



EHREN wir nach dieser Abschweifung zu den prinzipiell durchaus nicht unbedingt ablehnenden kolonialpolitischen Äußerungen aus unserer Parteipraxis zurück.

Noch im Dezember 1906 hieß es in einer Kundgebung von denkbar größter Bedeutung, nämlich in dem offiziellen Wahlauf Ruf der Fraktion:

»Wir machen einen Unterschied zwischen einer Kolonialpolitik, die zu den fremden, tiefer stehenden Völkern kommt, um sie in ehrlicher Weise zu erziehen, sie zu lehren die Schätze ihres Bodens für ihren und der gesamten Menschheit Vorteil zu heben und auszunutzen und ihnen alle Errungenschaften der Kultur in der ihrem Wesen entsprechenden Weise zuzuführen, und jener Kolonialpolitik, die auf Unterdrückung, Ausbeutung oder gar Ausrottung der Eingeborenen abzielt, in denen wir trotz ihres viel tiefern Kulturzustands immer noch den Menschen sehen, der menschlich behandelt werden muß.«¹³⁾

Und in den Erläuterungen und breiteren Ausführungen des damaligen Wahlhandbuchs, herausgegeben vom Parteivorstand, wurde, eher noch weniger absolut negierend, dargelegt:

»Denkbar ist sicherlich eine Kolonialpolitik, der auch wir unsere Zustimmung geben könnten: Wenn nämlich, die wirtschaftliche Rechtfertigung des Erwerbs von Kolonialgebieten vorausgesetzt, bei der Verwaltung der Kolonien von jeder Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen Abstand genommen und nur auf deren kulturelle Hebung hingearbeitet würde; wenn die deutschen und anderen europäischen Kolonisatoren den Eingeborenen nicht als grausame Feinde und ausbeutungssüchtige Herren entgegentreten sondern als Freunde, Schützer und Berater zur Seite treten würden, wie das vereinzelt Europäer auch in unserer Zeit mit Erfolg getan haben.«¹⁴⁾

Etwa gleichzeitig und offenbar gleichlaufend mit der ebenerwähnten Kundgebung bemühte sich Bebel im Reichstag die Partei gegen den Vorwurf absoluter Kolonialfeindlichkeit zu verwahren:

»Daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu treiben kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird. Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik sein soll, und wie sie ist. Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften, wie es zum Beispiel die europäischen Nationen und die nordamerikanische sind, zu fremden Völkern als Befreier, als Freunde und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in dieser edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozial-

¹³⁾ Siehe den Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im *Vorwärts* vom 16. Dezember 1906.

¹⁴⁾ Siehe das *Handbuch für sozialdemokratische Wähler* (Berlin 1907), pag. 27. In dem Handbuch folgt alsdann, um nichts unerwähnt zu lassen, eine abweisende Kritik der ganz andersartigen »deutschen Kolonialpolitik, die diesem Ideale« schroff gegenüberstehe. Ein Parteiblatt schrieb damals im Anschluß hieran: Wiederholt das überall und sagt den Wählern, daß wir »nur die Berliner Sorte« von Kolonialpolitik verwerfen!

demokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind. Wenn Sie also zu den fremden Völkerschaften als Freunde kommen, als Wohltäter, als Erzieher der Menschheit, um ihnen zu helfen die Schätze ihres Landes, die andere sind als die unsrigen, heben zu helfen, um dadurch den Eingeborenen und der ganzen Kulturmenschheit zu nützen, dann sind wir damit einverstanden.«

An der selben Stelle hatte schon vorher Genosse Ledebour, dessen *Radikalismus* sicherlich den weitestgehenden Ansprüchen genügt, das gleiche geflüstertlich betont:

»Wir haben niemals erklärt, daß Kolonien an sich verwerflich sind, wir haben niemals erklärt, daß, wenn wir die Möglichkeit hätten nach unserm Wunsch und Willen die Bevölkerungsbewegung zu beeinflussen und die Kulturentwicklung fremder Gebiete zu beeinflussen, wir dann nicht daran denken würden auch auf unsere Weise zu kolonisieren. Wogegen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gewandt haben, das ist das Kolonialsystem, das vom Deutschen Reich getrieben wird, das von allen sogenannten *Kolonialstaaten* der Gegenwart in den Tropen getrieben wird, und das, wie wir sogar zugeben, unter der gegenwärtigen kapitalistischen Ära gar nicht viel anders betrieben werden kann, weil eben die kapitalistische Ära auf der Ausbeutung der arbeitenden Volksmasse beruht.«

Selbst das skeptische »gar nicht viel anders betrieben werden kann« war, wie die Fortsetzung der Rede ergab, durchaus nicht so schroff absprechend gemeint wie es zunächst noch immer klingen mochte. Im Gegenteil wartete Ledebour seinen Hörern mit einer ganzen Liste kulturfördernder bürgerlicher Kolonisationsleistungen auf, wobei an der Spitze wieder einmal der Radscha Brooke von Saráwak glänzte, der vor den Augen des sonst so unerbittlichen Vertreters des Berliner Intransigententums nicht nur Gnade sondern geradezu Wohlgefallen fand (meines Erachtens eher in zu weitgehender Weise):

»Meine Herren, ich möchte noch, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, betonen, daß einzelne Personen auch heute schon in den Kolonien ganz in dem Sinn, wie wir es von Kolonisatoren verlangen, als Kulturträger, als Zivilisatoren wirken können. Und trotzdem wir gegen den Verdacht vollkommen geschützt sind, daß wir eine Pfaffenherrschaft erstreben [*Sehr richtig!* im Zentrum!] erkenne ich doch bereitwillig an, daß unter diesen wirklichen Kulturträgern sich auch Missionare befinden haben, prozentual wahrscheinlich in höherem Maß als Beamte und Kaufleute [*Sehr gut!* im Zentrum]. Ich erinnere nur (aus der Gegenwart kann ich augenblicklich kein Beispiel nennen) an den englischen Missionar Livingstone. Ich kann auch aus den Beamten, die draußen tätig sind, aus meiner Kenntnis der Kolonialgeschichte solche Beispiele anführen . . . Mir sind Beispiele von wirklichen Leistungen aus der Kolonialgeschichte bekannt; ich verweise auf den Deutschen Schnitzler, der in ägyptischen Diensten unter dem Namen Emin Pascha als wirklicher Kulturträger in den nubischen Gegenden gewirkt hat, ich verweise ferner auf das meines Erachtens beste Beispiel europäischer Zivilisationstätigkeit in fremden Ländern, auf die Wirksamkeit des Radscha Brooke von Saráwak, eines Engländers, der als Privatmann auf der Insel Borneo sich niederließ, sich das Vertrauen der Bevölkerung erwarb und dann als Vasall des Sultans von Brunai ein Staatswesen in Saráwak errichtete, wo er nun die Eingeborenen unter ihrer Mitwirkung und mit ihren eigenen Mitteln zu einer höheren Kultur führte. Wenn wir jemals so etwas erleben könnten, wenn die Herren Arendt oder Goller oder Storz nach der Methode des Radscha Brooke von Saráwak hinausgehen wollten, *à la bonne heure*, dann sollen sie unsern Glückwunsch mit auf die Reise haben. Vielleicht begeistern Sie sich noch zu einem solchen Zug [*Heiterkeit bei den Sozialdemokraten*]. Da können Sie noch etwas wirken. [*Zuruf links*]. Ich weiß nicht, Herr Kollege Storz, ob Sie die Geschichte des Radscha Brooke von Saráwak kennen [*Erneuter Zuruf*]. Na, lesen Sie sie nur mal, Sie werden vielleicht das Werk irgendwo finden.«¹⁴⁾

Mit den oft genug wiederholten, eingehend begründeten Anschauungen von Kols, Bernsteins sind gerade die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* ver-

¹⁴⁾ Siehe die Reden Bebels und Ledebours in den Reichstagsitzungen vom 3. Dezember und vom 19. Januar 1906.

traut.¹⁶⁾ Ihnen ließen sich ähnlich gerichtete Äußerungen Hues, Davids, Sindermanns, Fräbldorfs, zahlreicher Parteiblätter anschließen. Doch genügt es hier die herausgegriffenen paar Stichproben zu geben, und zwar aus Kreisen, die dem sogenannten *Revisionismus* in jeder Beziehung durchaus fernstehen. Von einer prinzipiell kolonialfeindlichen Parteipraxis kann demnach nur reden, wer sich niemals die geringste Mühe genommen hat diese parlamentarische, agitatorische und journalistische Praxis überhaupt eingehender kennen zu lernen.

V

NUN bleibt jedoch immer noch die am Anfang skizzierte Hauptfrage wirklich und selbständig zu beantworten. Spiegelt sich in dem Übergang vom kolonialfeindlichen, als Weltverkehrsprinzip lediglich die offene Tür, den freien internationalen Austausch predigenden Manchestertum zum Imperialismus, zum vielgestaltigen Staatseingreifen übersee, allenfalls bis zur politischen Unterwerfung und zur wirtschaftlichen, mit den mannigfaltigsten staatlichen Machtmitteln geförderten Unterordnung weiter kulturferner Gebiete und ganzer Erdteile, spiegelt sich entsprechend in der Wandlung der Theorien, der Köpfe und der großen politisch-geistigen Zeitströmungen ein Weitervorwärtsschreiten zu einer historisch notwendigen höhern kapitalistischen Entwicklungsstufe wider? Oder handelt es sich, wie andererseits behauptet, um einen bloßen Rückfall in überlebte Politik und Auffassung, um eine bloße Verlegenheitsausflucht des Kapitals, das mit allem vernünftigen Latein am Ende ist? Oder gar nur des unheimlichen *Finanzkapitals*, das bei einigen unserer *Radikalen* eine verzweifelt ähnliche allgewaltige Rolle zu spielen anfängt wie beim rabiaten Bierbankantisemitismus der guten alten Tage die Börse und die jüdische Bankokratie, die bekanntlich gleichfalls die ganze Weltgeschichte, wenn man dieser nur hinreichend hinter die Kulissen zu schauen vermochte, an den Drähten hatte und sie nach ihren gemeingefährlichen Interessen zurecht modelte?¹⁷⁾

Ich glaube, man gelangt sehr rasch zu einer sichern Entscheidung, wenn man sich nur erst einmal von vornherein über die gänzlich veränderte, bereits vollkommen unvergleichliche frühere und heutige Bedeutung der überseeischen¹⁸⁾ Gebiete als Absatzfelder oder Lieferquellen, als Kauf- und Kundschafsländer oder Produktionsstätten klar geworden ist. Überseeischer Absatz oder überseeische Produktion? Was bildet die durchschlagende primäre ökonomische Anziehungskraft für die, elementar alle alten Völkerschranken überspringende Vorwärtsbewegung des europäischen Wirtschaftskulturkreises und seiner persönlichen Träger, bis nach den fernsten und letzten Außenzonen, mit denen der europäische Kapitalismus vorher nur sehr lose in Verbindung stand? Mit der Antwort auf diese Grundfrage ist meines

¹⁶⁾ Siehe zum Beispiel van Kol *Über Kolonialpolitik* und *Die kolonialpolitischen Aufgaben der sozialistischen Parteien*, sowie Bernstein *Die Kolonialfrage und der Klassenkampf* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, 2. Band, pag. 605 ff., 1910, 2. Band, pag. 1047 ff., und 1907, 2. Band, pag. 988 ff.

¹⁷⁾ Aber auch dieser Antisemitismus hatte seine bewunderten Theoretiker und produzierte materialienespickte Schriften und Bücher. × Vielleicht lohnt es sich bei Gelegenheit einmal aus den neuesten radikalen Legenden vom *Finanzkapital* einige der schönsten Perlen, wahre ökonomisch-politische Kinoschauerbilder, vorzuführen, vor allem über die Kartelle, die auswärtigen Kapitalanlagen und die Preisbildung unter Aufhebung aller Marx'schen Wertgesetze, wie uns das seit einiger Zeit glücklich alles zu glauben zugemutet wird.

¹⁸⁾ Wie früher gebrauche ich diesen abgekürzten, an sich etwas schiefen Ausdruck, da der sonstige sachliche Zusammenhang der Darlegungen keine Nachteile befürchten läßt.

Erachtens die *prinzipielle* Stellungnahme zum manchesterlichen weltpolitischen Gehenlassen und zum imperialistischen stärkern Staatseingreifen ganz unausweichlich gegeben. Für Radikale wie für Reformisten gleich unausweichlich; denn dieser Gegensatz kann alsdann hierbei vernünftigerweise keineswegs mehr von Einfluß sein.

Die traditionelle altbürgerliche Auffassung antwortete auf die aufgeworfene Frage seit Adam Smith ganz vorwiegend oder ganz ausschließlich: Absatz. Leider verbieten heute Raumrücksichten weitere Zitate hierfür. Bei Sismondi, und ähnlich bei Rodbertus, finden wir dann meines Wissens zuerst jene halbsozialistische Um- und Fortbildung des Leitgedankens: das von den Vertretern des herrschenden Systems gern hervorgehobene Bedürfnis nach überseeischem Absatz sei rein kapitalistisch-vorübergehend, sei künstlich daraus hervorgewachsen, daß der heimische Konsum und Absatz, an einer idealern, durchaus möglichen Wirtschaftsordnung gemessen, künstlich niedergehalten werde. Nach Sismondi »verengt sich durch die Vereinigung der Vermögen auf eine kleine Zahl von Eigentümern der innere Markt immer mehr«; die Industrie werde deshalb »genötigt auf fremden Märkten ihre Absatzwege zu suchen«; man strebe nach Indien, den Barbareskenstaaten, Kleinasien, man verlange nach Kolonien.¹⁰⁾ Die noch kräftigeren sozialistischen Variationen dieses Grundgedankens dürfen wir vollends als bekannt voraussetzen. So bei K. Kautsky:

»Das Gebiet, über das die kapitalistische Produktion ihren Markt ausdehnen kann, ist ein ungeheures; sie überspringt alle lokalen und nationalen Schranken, sie darf den ganzen Erdball zu ihrem Markt machen. Aber sie hat den Erdball sehr klein gemacht. Noch vor 100 Jahren bildeten außer den westlichen Teilen Europas nur verschiedene Küstenländer und Inseln in den fremden Erdteilen den Markt für die kapitalistische Industrie, die hauptsächlich in England betrieben wurde. So gewaltig war jedoch die Tatkraft und Habgier der Kapitalisten und ihrer Vorkämpfer und Helfershelfer, und so riesenhaft die Mittel, die ihnen zu Gebote standen, daß seitdem fast alle Länder der Erde den Waren der kapitalistischen, nicht mehr bloß englischen sondern gesamteuropäischen Industrie erschlossen wurden, so daß beinahe nur noch solche Märkte zu eröffnen sind, in denen nicht viel mehr zu holen ist als das Fieber und — Prügeln.«¹¹⁾

Der Kapitalismus erstickt im eigenen Fett, er jagt die ganze Erde ab nach neuen Absatzmöglichkeiten, so dürften wir alle schon den Imperialismus historisch begründet und damit zugleich kritisch vernichtet haben.

Aber spielte sich die koloniale Expansion der letzten Jahrzehnte tatsächlich, und sei es auch nur halbwegs, nach dieser und ähnlicher Schablone ab? Statt auf das Unbestimmte über die gewiß denkbaren, aber deshalb noch lange nicht wirklichen Zusammenhänge zwischen der kapitalistischen Überproduktion (die wir ja neuerdings überhaupt mit ganz anderen Augen anzusehen gelernt haben) und dem halb oder ganz erzwungenen Absatz zu philosophieren, bleiben wir doch lieber einmal einfach bei den sattsam festgestellten kolonialen Vorgängen selber.

Alle die heutigen großen nordamerikanischen Mittelwest- und pazifischen Staaten (und weiter so gut wie alle kanadischen Provinzen) waren in den vierziger und sogar in den sechziger Jahren noch fast ganz unerschlossen und

¹⁰⁾ Siehe Sismondi *Neue Grundsätze der politischen Ökonomie*, deutsch von Prager, 1. Band (Berlin 1901), pag. 279.

¹¹⁾ Siehe Kautsky *Das Erfurter Programm*, 3. Auflage (Stuttgart 1892), pag. 99.

selbst in den siebziger und achtziger Jahren noch Schauplätze von Indianeraufständen; die erste große Überlandbahn wurde nicht vor 1869 eröffnet. Wie haben wir uns die Aufschließung, die Angliederung dieser ungeheuren Neuländer an den europäoamerikanischen Wirtschaftskulturkreis vorzustellen? Jagte der Pedlar, der Hausierer unablässig mit seinem Kramkasten und seinem Planwagen hinter der widerspenstigen, kaufunlustigen Rothaut her, erst über den Mississippi und Missouri hinüber, dann bis an den Yellowstone- und Schlangenfluß, schließlich über das Felsengebirge hinweg zum Kolumbia-, Sacramento- und Joaquinstrom? Nahmen Indianer und Büffel Reißaus, weil sie den *Absatz* nicht vertragen konnten? Und legte das Handels- und Industriekapital oder zuletzt gar das dreimal vermaledeite Finanzkapital schließlich deshalb Beschlag auf die Dutzende von Innen- und Westküstenstaaten, weil es (der Zusammenhang bleibt freilich vollkommen unverstänglich) nunmehr den nirgends merkbaren Absatz, koste es was es wolle, Kopf und Kragen, erzwingen wollte? Ach nein, wir wissen ganz genau: Die Geschichte des einen Staates ist erst die der Holzfällerei und Schneidemüllerei, die von den unberührten Riesenwäldungen angezogen werden, dann die des Weizenbaus und der Riesenmühlen, die die offene Prärie oder große fruchtbare Täler als Basis ihrer Produktion vorfinden. Die Geschichte des andern Staates, und damit abermals die Geschichte des kolonisatorischen Vordringens der Weißen, ist die Geschichte der fast ganz sich selbst überlassenen Steppenweidewirtschaft, dann des Maisbaus und der beginnenden Futtererzeugung für eine geordnete Vieh- und Fleischproduktion, und in einzelnen großen städtischen Mittelpunkten die Geschichte der darauf sich aufbauenden Schlächtereien und Fleiszurichtereien. Die Geschichte eines dritten Gebiets ist halb die des Waldschlags, der Holzgewerbe und vielleicht schon der Papierfabrikation, halb die des Bergbaus, der mit sensationellen Einzelentdeckungen einsetzt, bald einen starken Zuwandererstrom herbeilockt und schließlich alle benachbarten Bergländer mit Wäschereien und Schächten, Poch- und Schmelzwerken bepflanzt. Alle Richtlinien des Vorschreitens der ersten Pioniere und der folgenden Massen, der zerstreuten und der dichteren, massigeren Siedelungen, bis zur Bildung der städtischen Knotenpunkte für die rings erstandene Produktionswelt lassen sich mit fast lächerlicher Einfachheit nach diesen Gesichtspunkten in die inneramerikanische Landkarte einzeichnen. Selbst die prinziplosesten bürgerlichen Geschichtsschreiber werden hier unbewußt und unwillkürlich zu Marxisten, die alles staatliche Werden, alle politischen Kämpfe auf die greifbar zutage liegenden Interessenschichtungen und Interessenkonflikte zurückführen, wie sie aus dem einfachen Produktionsunterbau emporsprießen. Man begreift die ökonomische und politische Entwicklung Kaliforniens nur, wenn man sich ein Bild der ersten spanisch-mexikanischen Vieh ranchos, dann der Goldgewinnung, weiter des Riesenfarmbetriebs für Weizen und der neuen Viehgroßwirtschaft, endlich des kleinern Ackerbaus und der Obstkultur, neben dem verbleibenden Bergbau (Petroleum usw.) verschafft, und wenn man sich die mancherlei gegensätzlichen und sogar grundfeindlichen Interessen dieser, sich gegenseitig entweder anpassenden oder verdrängenden Produktionsschichten zum Bewußtsein bringt. Man würde sich aber selbst den letzten Weg zur Einsicht verrammeln, wenn man darauf versessen wäre nachzuspüren und nachzuweisen, wie der Kampf der europäoamerikanischen Überproduktion für ihren *Absatz* hier eine neue Welt erstmals erwarb und dann zu höheren Stufen emporhob.

Und der *Absatz*, für den die Innen- und Fernweststaaten doch unbestreitbar von hohem Wert waren und sind? Ja du lieber Himmel, dieser Absatz ist eben eine Folge der neuen Produktionsbürgerungen. Solange nur Indianer und Büffel zur Stelle waren, konnte man anbieten, zwingen, annektieren (oder gar auch noch ausrotten), soviel man wollte und vermochte, es entfaltete sich selbstverständlich kein erlösender Absatz, die Überproduktion und das Ersticken im eigenen Fett blieb. Aber der Absatz kam ganz von allein, wenn sich breite Landstriche des Weizenbaus, der Viehproduktion, des Waldschlags, des Bergbaus mehr und mehr aus der ehemaligen Wildnis und den indianischen Jagd- und Nomadenrevieren ausschieden.

War es anderwärts anders? Hatte es jemals Sinn und Verstand den Kaffern und Hottentotten in Südafrika mit der europäischen Überproduktion nachzulaufen? Ist Südafrika etwa nach diesen närrischen Lauflinien erschlossen und kolonisiert worden? Oder geschah die erste schrittweise, dann rapide Erschließung nach den Marschlinien der burischen Farmproduktion, dann vor allem des Goldbergbaus, der Diamantengewinnung? Folgte der *Absatz* nicht dieser Entfaltung der Produktionszweige, die ihrerseits wieder eine Kaufkraft auch der Eingeborenen (durch Heranziehung zur Lohnarbeit oder zur Lebensmittellieferung) erst schufen? Ist Australiens Aufschluß eine Geschichte des immer hartnäckigern Vorstoßes der Exporteure, Kaufleute und Hausierer gegen Australneger und Maori? Oder eine Geschichte der Goldlagerausbeute, der Schafzucht, des Ackerbaus, die wiederum ihrerseits ein reiches kommerzielles Leben und blühenden Absatz erstmals ermöglichten? Zinn- und Kautschukproduktion bestimmen wesentlich die englische Ausbreitung nach den Verbündeten Malaienstaaten. Der Kautschuk der Tropen (die Lieferung nach Europa, nicht der Absatz Europas dorthin) entschied über die Schicksale äquatorialer Flußgebiete wie Amazonenstrom und Kongo; was die bloße Unterbringung des europäischen Überfetts anlangt, so hätten diese Erdstriche noch lange in alter Ruhe und Unberührtheit dahinträumen können. Und so könnte man alle größeren und wichtigeren Kolonialerdstriche im einzelnen durchgehen, das Bild ihrer Erwerbung und Entfaltung bliebe im Grunde überall das selbe. Die ganze *Absatzphilosophie* entpuppt sich bei näherem Zusehen überall als kindlichste Gedankenlosigkeit.

Ist dieses, über das Verhältnis von Produktion und Absatz Gesagte aber zutreffend, dann ist es wahrlich kein Wunder, daß die holde manchesterliche Botschaft der kapitalistischen Jugendzeit: Nichtintervention, *laissez faire*, bloßer freier Verkehr und Austausch mit solchen überseeischen Außenzonen, hilflos zusammenknickte, oder, wirklich aufrechterhalten, in der Tat zu einem reaktionären Hindernis der Höherentwicklung des modernen Wirtschaftslebens hätte werden müssen. Europa braucht für seine Industrien, für seinen persönlichen Konsum und seinen Münzumschlag Gold, und das Manchestertum antwortet ihm darauf: warte, bis die südafrikanischen Kaffern und die Australneger aus sich selber heraus die großen Goldfundstätten bergmännisch ausbeuten, und tausche dann südafrikanisches und australisches Gold gegen europäische Waren an den Hafenplätzen ein, aber verzichte auf tieferes Eingreifen in koloniale Erdstriche. Europa brauchte Baumwolle und Wolle für seine beiden größten Textilindustrien. Aber wenn es nach der Manchesterdoktrin gegangen wäre, dann hätte in den Südstaaten der Union niemals, wie vor allem seit 1840-1850, ein weißes Pflanzertum, Territorium um Territorium, Staat

um Staat, die Jagdnomadenvirtschaft rothäutiger Eingeborener durch den Baumwollanbau verdrängen dürfen; vielmehr hätte man sich gedulden müssen, bis die südstaatlichen Indianer aus eigenem Antrieb heraus Baumwolle in großem Maßstab produziert und in Savannah oder New Orleans für den Weltmarkt und Europa angeboten hätten. Oder bis die australischen, argentinischen und südafrikanischen Eingeborenen millionenköpfige Schafherden besessen und geschoren und den europäischen Bedarf im freien Handel gedeckt hätten. Die europäische Schifffahrt wäre in hilflosester Verlegenheit, wenn auch die australischen, südafrikanischen und westkanadischen Häfen und Weltverkehrsstraßen lediglich auf die Fernheranfuhr von englischer, deutscher und sonstiger europäischer Kohle angewiesen wären. Das Manchestertum empfahl im Grunde Vertagung dieser Lebensfrage, bis Australneger, Natalkaffern und Kanadaindianer sich bis zu einer eigenen Kohलगewinnung im Großbetrieb und zu einer kommerziellen Versorgung der abgelegeneren Weltmarktsecken aufgeschwungen hätten. Was wäre aus der Holzversorgung (und den Holzpreisen!) des Weltmarkts seit den sechziger und siebziger Jahren geworden, wenn Europa sich bis zu der freiwilligen Massenzufuhr seitens der Indianer in den nordamerikanischen Waldstaaten (Wisconsin, Minnesota, Montana, Oregon-Washington, Kalifornien, Britisch Kolumbien) hätte getrösten sollen?

VI



IT diesen, entweder ganz neu entstehenden oder doch immer gewaltiger anschwellenden und in keinem Fall jemals wieder abzuschüttelnden Produktions- und Lieferinteressen ist demnach der Zusammenbruch des alten weltpolitischen Systems der Enthaltksamkeit von Staatseingriffen und Gebietserwerbungen, der bloßen gegenseitigen Tausch- und Handelsbeziehungen endgültig und unwiderfürlich besiegt.

Bei näherem Zusehen ist es nicht einmal unbedingt zutreffend, daß der einfache Eintausch kolonial-fremder Produkte durch den Handel die europäischen Staatsgewalten so wenig in Tätigkeit gesetzt habe wie das die Manchesterwortführer stillschweigend anzunehmen geneigt waren. Schon der bloße Handel verlangt oft, wenn er sich dauernd in halbwegs berechenbaren Bahnen bewegen will, festere Rechtsgrundlagen, Sicherungen des Vertragsinhalts und der Vertragserfüllung, Unabhängigkeit der Rechtsprechung und Rechtsvollstreckung, wie sie zurückgebliebene und barbarische Staaten und Völker aus eigener Entwicklung heraus in absehbarer Zeit niemals bieten. So schritten die europäischen Staaten seit jeher in zahllosen Fällen, sei es durch bloßen diplomatischen Druck sei es durch ernstliche Machtandrohung und Machtanwendung, zur Aufzwingung ihres Fremdrechts für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihren europäischen Staatsangehörigen und den nichteuropäischen Eingeborenen: Man denke an die noch immer geltenden türkisch-ägyptischen Kapitulationen, an die selbst heute noch fortbestehende Ausnahmestellung der Europäer in China, bis vor kurzem in Japan, an die verschiedenartigsten Konsularrechte in allen möglichen Erdstrichen. Ganz abgesehen davon, daß selbst bei der bloßen Öffnung der Häfen und Handelswege die Sprache der Schiffskanonen und der sonstigen Machtmittel sehr oft die Überredungskunst der Freihandelsdiplomaten unterstützen mußte, weil auch der Freihandel dem ökonomisch Schwächern gar nicht selten

von dem Stärkern aufgezwungen werden mußte. Aber immerhin behält beim bloßen Austausch Europa meist nur die Klinke der fremden Tür in der Hand. Selbst wo der Handel in den überseeischen Außenzonen Einbruchsstellen und Faktoreien, an der Küste und den inneren Umschlagplätzen, erwirbt und besetzt (was er auch zur Manchesterzeit reichlich genug tat), kolonisiert er, wie die Wirtschaftsgeographen es häufig ausdrücken, gewöhnlich nur punktweise, nicht flächenhaft in großen Gebietsangliederungen.

Produzieren dagegen heißt im Innern an Ort und Stelle wirken; heißt, wie bei der Siedelungskolonisation (in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Sibirien, Australien, Argentinien), den fremden Grund und Boden wirklich besitzen und bestellen; heißt, wie in Minen- und Plantagendistrikten, neuartige, den Eingeborenen zunächst ganz unverständliche Produktionsbetriebe mühsam aufbauen und oft noch mühsamer in regeltem Gang halten; heißt, wie oft bei großen Eisenbahn- und Transportanlagen, die ringsum brandende Barbarei bändigen und im Zügel halten. Und selbst, wenn nicht gleich europäisch-kapitalistische Produktionsgroßbetriebe sondern lediglich stärkere Umbildungen der *Eingeborenenkulturen* in Frage kommen (oft bei Baumwolle, Kakao, Erdnüssen usw.), setzt sich dennoch an die Stelle der bloßen Außenberührung wie beim Handel naturnotwendig mehr und mehr die gegenseitige Durchdringung, wobei natürlich immer Europa der aktiv führende Teil sein wird. Der gelegentliche Übergreif in der Handelsperiode wird zur dauernden Angliederung und Unterordnung in der Produktionsperiode; er muß es werden, wenn die neuen großen Produktions- und Lebensinteressen der europäischen, der höherstehenden Wirtschaftsordnung zielbewußt gewahrt bleiben sollen. Der immer weiter ausgreifende Imperialismus entthront das alte weltpolitische Manchestertum, weil dieses für die erreichte höhere Weltwirtschaftsstufe ungenügend erscheint und sogar ganz kläglich versagt. Der Imperialismus wird zur ökonomisch vorwärtstreibenden, im Marxschen Sinn *revolutionären* Kraft, die Manchesterweltpolitik wird *reaktionär*. So weit wäre dem Genossen Hilferding der *Marxstudien* zuzustimmen.

Aber wenn man insoweit über die endliche, obwohl noch immer schwache Erleuchtung unserer jüngsten *Radikalen* sich nur freuen kann, so muß man umsomehr ihre klägliche Inkonsequenz in der Fortentwicklung dieses Grundgedankens bedauern. Nachdem sie zu ihrer nicht geringen Genugtuung *neu entdeckt* haben, daß die *heutigen* überseeischen Vorstöße sich viel weniger aus dem Absatzbedürfnis für überflüssige Waren erklären als aus dem Bedürfnis nach überseeischer Produktionsausdehnung und Produktionsvervollkommnung, aus der, nach Befriedigung schreienden Nachfrage für außereuropäische Rohstoffe und außereuropäische Lebens- und Genußmittel: da taufen sie, in gewohnter Phrasologie, diese recht robuste und reale Kraft mit einmal in *Anlage- und Verwertungsbedürfnis für überschüssige Kapitalien* um. Und diese dürre Formel ermutigt sie alsdann zu den kindlichsten Kapriolen, bei denen sie alle sachlich wirklichen Zusammenhänge glücklich wieder aus den Augen verlieren. Am Ende erscheint diesen neugebackenen Halbimperialisten die ganze Weltpolitik zwar unabänderlich, aber gleichsam als ein diabolischer Trick, durch den sich das Kapital seinen heimischen Verlegenheiten entzieht. Schneiden wir ihm den perfiden Ausweg der kolonialen *Verwertung* ab, so ist es (zum wievieltenmal wohl?) zu Ende mit seinen Künsten.

Da steht denn alles wieder einmal auf dem Kopf statt auf den Beinen. Erringt

das Kapital schon an und für sich eine Verwertung, wenn es irgendwie darauflosproduziert, Arbeitskräfte anwirbt und ausbeutet? Selbst wenn es Halb- und Ganzsklaven bis aufs Blut ausbeutet? Ach nein, man kann sein Geld auch für Sklavenankäufe und Hungerlöhne glattweg zum Fenster hinauswerfen; und nach der bekannten Marx'schen Regel wird man sogar im allgemeinen erwarten müssen, daß die koloniale, weil rohere Ausbeutung durchaus nicht eine höhere Mehrwertsrate als daheim ergibt. Warum verwertet sich also das Kapital nicht gegen heimische Arbeitskräfte, an denen es doch kaum fehlt? Und ferner, verwertet ist das Kapital am Schluß der Produktion nur, wenn es sich in einem begehrten Produkt niederschlägt. Sonst ist, selbst bei der geriebensten Regelung der Arbeitsweise, abermals alles Geld glattweg zum Fenster, in diesem Fall zum kolonialen Fenster, hinausgeworfen. Das in Kautschukplantagen angelegte Kapital verwertet sich also, weil die europäische Elektrotechnik, Automobil- und Fahrradindustrie, die Herstellung von Gummischuhen, wasserdichten Stoffen, Kämmen, Pfropfen, chirurgischen Artikeln Kautschuk brauchen. Und weil der Weltbedarf an Kautschuk die Weltproduktion zeitweise so gewaltig übertraf, drängte sich das Kapital mit verdoppelter Kraft in die betreffenden tropischen Raubbau- und Anbaugebiete. Sollen wir dem Kapital diesen Trick abschneiden? Wenn das Zinn oder das Kupfer im Preis steigt, weil der Aufschwung unserer zinn- und kupferverbrauchenden Gewerbe die Zinn- und Kupferzufuhr überholt, gründet das europäische Kapital, mit fast automatischer Zuverlässigkeit, neue Zinnwäschereien in Malakka oder in Holländisch Indien, neue Kupferbergwerke an den Großen Seen, in Australien, in Süd- und Westafrika. Sollen wir ihm in den Arm fallen? Aber die selben Radikalen zetern doch sonst nicht schlecht über die arbeiterfeindlichen Wirkungen jeder Kupfernot, wie sie gelegentlich künstlich durch Börsenringe verursacht wurde? Jedem Emporwachsen eines neuen Textilfabrik- und Hausindustriereviers in Lancashire, in Sachsen, Württemberg, Baden, in Elsaß-Lothringen, in Böhmen-Mähren muß jedesmal eine Neuausdehnung und Höherentfaltung der kolonialen Rohstoffplantagen jenseits des Weltmeers parallel laufen. Müssen wir nicht geradezu dafür eintreten, daß sich das Kapital nach dieser Seite verwertet, anstatt daß es unter solchen Voraussetzungen die Lüneburger Heide auf Sand und Schafbohnen kolonisiert?

Anlage heißt also meist Produktion. *Verwertung* heißt Produktion in der Richtung des gegebenen Bedarfs. Die immer stärkere überseeische Anlage beweist also, wie wenig uns die rein europäischen Produktionsquellen noch genügen, um unsere Industrien mit den nötigen Rohstoffen (Baumwolle, Wolle, Jute, Kautschuk, Kupfer, Gold, Zinn) und unsere ärmeren und reicheren Massen mit den unentbehrlichen Lebens- und Genußmitteln (Kaffee, Tee, Kakao, Rohrzucker für England und Amerika, Reis, Tabak, Gewürzen) zu versorgen. Und für diese höhere internationale Entwicklungsstufe des Kapitalismus sollten wir kein Verständnis gewinnen können? Wir, die wir als Erben der heutigen Gesellschaft selber doch nur berufen sein würden durch die sozialistische Wirtschaftsordnung die Bedarfe nach diesen kolonialen Rohstoff-, Lebens- und Genußmittelzufuhren noch enorm zu steigern, weil jede höhere Lebenshaltung der Massen dies bedingt; wir sollten diese wirtschaftliche Entwicklungsnotwendigkeit nur als lächerliches Zerrbild, als bloße, mit dem Kapitalismus selber wieder vorübergehende kapitalistische Verirrung und Niederträchtigkeit verstehen können? Wir sollten diese unentbehrlichen Stufen zu

der freilich neben seinen Fanatikern, die selbst Friedrich und Napoléon den Feldherrnruhm abschwören, auch seine lauen Laodizäer hat, die auf die Praxis der Innenpolitik gerichtet, in ihr aber auch ausschließlich befangen, alle auswärtige Politik nach ihren tatsächlichen Leistungen sich in Trinksprüchen erschöpfen sehen, die man während der Zusammenkunftsbankette hielt, und in Leitartikeln, die man danach schreibt,

Jeder erkennt, daß hier von den neunziger Jahren die Rede ist, die den richtigen äußern Rahmen zu einer solchen Wertung der internationalen Politik boten. Mit Bismarck hatte Deutschland die Führung der europäischen Dinge verloren, England sie noch nicht gewonnen. Der Weltgeschichte lag sozusagen die Mittelmäßigkeit der Handelnden als Hindernis auf dem Weg. In ihrer beschäftigungslosen Gelangweiltheit lauschte sie auf Reden, die im Guten und Bösen ein Gewicht bekamen, das uns heute rückerinnernd lächeln macht. Der Burenkrieg brachte die auswärtige Politik, die sich auf die Rednertribüne verirrt hatte und vor Amateurphotographen Pose stand, in die heiße Rennbahn des Wettkampfs zurück. England leitete die neue große Kampfperiode seiner neuern Geschichte ein, die eine Geschichte des Erringens und Behauptens der Weltherrschaft ist. Es war von größtem erzieherischen Wert, daß England (dabei einige Zeit wirksam von Japan unterstützt) es übernahm einen durch Taten lebhaft veranschaulichten Kursus über auswärtige Politik zu halten. Zur Zeit, als es sein Lehramt antrat, hatte es bei allen freiheitlich gerichteten Europas die besten Referenzen. Wäre etwa Rußland in die pädagogische Rolle geraten, so hätte sich das Anschauen der dargebotenen Wirklichkeiten in den Fluten der sittlichen Entrüstung verloren. Die fehlte jetzt auch nicht, das Mitleid mit den Burenfreistaaten gab ihr eine weithinhallende Stimme. Aber am Ende war doch England der Unterdrücker, England, das neue Israel, durch das über die Menschheit das konstitutionelle und wirtschaftliche Heil kommen soll. Solch altgewurzelttes Ideal gibt den Prozeß nicht so rasch verloren; doch seine Advokaten waren nun gezwungen den Fall aus den Nebeln der Empfindung, aus den Allgemeinheiten der Begriffe *Freiheit* und *Unterdrückung* zur Betrachtung der politischen und wirtschaftlichen Motive der britischen Politik in Südafrika hinüberzuführen.

Das Ergebnis war zunächst nicht eben sehr fruchtbringend. Man erinnerte sich in der Regel, daß die Engländer doch auch das *Krämervolk* des populären Vorurteils waren, und entschloß sich deshalb die Gründung des südafrikanischen Reichs ebenso als Nebenprodukt der Minenspekulation der Veith und Wernher zu betrachten wie man das Heraustreten Amerikas in das Karaibische Meer und in den Stillen Ozean als einen Geschäftskniff von Zuckerinteressenten bereits erkannt hatte. Doch England setzte unbekümmert darum seinen Lehrkursus fort. Die Guten, die im japanischen Krieg den Kampf des Lichts gegen die Finsternis sahen, und entschlossen waren nicht nur Togo und Oyama sondern selbst Mutsuhito mit Nachsicht seiner 2500 Jahre alten Dynastie und seiner Abstammung von der Sonnengottheit Amateras Okami als Ehrenmitglieder der *Ethischen Gesellschaft* oder des *Monistenbundes* zu empfehlen, die aber besonders daran ihre Freude hatten, daß sich jetzt das wahre England offenbare, das England, das weder seinen wirtschaftlichen noch seinen politischen Welt-herrschaftstendenzen sondern den Ratschlägen seiner humanistischen Vereine folgt: sie alle erlebten bald den Schmerz die lichtvollen Briten gerade in dem Augenblick um die russische Freundschaft werben zu sehen, als die *echtrussi-*

schen Leute und ihre Regierung damit beschäftigt waren die Revolution unter dem Galgen zu verscharren und durch Inszenierung von Pogromen das Volk auf andere Gedanken zu bringen. Noch tröstete ein wenig der Protest gegen den ersten Staatsstreich. Doch als dann in Reval Eduard die *blutbefleckte Hand* des Zaren brüderlich drückte, unter dem entfesselten Jubel der englischen Presse, da wagten nur noch die ganz genauen Kenner des britischen Lebens uns anzuweisen, wir sollten die englische Wirklichkeit bei Shaw und Graham Wallas suchen, und nicht bei Grey und den *Times*. Die anderen aber gaben dem Druck der Tatsachen nach.

Verloren indes so die ethischen und freiheitlichen Illusionisten des Kontinents ihr liebstes Spielzeug, das noch aus Großvaters Kinderstube stammte, so wurde dem denk- und lebensfähigern Teil der bürgerlichen Demokratie und den Sozialdemokraten an der Selbstentfaltung des Wesens der britischen Weltmacht zweierlei bedeutsam. Weder die ideologische noch die rein wirtschaftliche noch die bloß um Personen bewegte Geschichtsbetrachtung konnte sich gegenüber dieser gewaltigen Manifestation eines Weltstaatswillens behaupten. Ein in seinen Motiven unendlich kompliziertes, von Trieben und Erkenntnis vielfach gegensätzlich Bestimmtes offenbarte sich, das gleichwohl im Handeln planvoll sich vereinigte, unter der Oberleitung von Machtideen, deren gleichartige Fortwirkung seit 3 Jahrhunderten (bei aller Anpassung an geänderte Verhältnisse, bei allem Wechsel der sie tragenden Volksschichten, bei der schwankenden Mischung militärischer, ökonomischer, religiöser und nationaler Antriebe, bei dem innern Fortschritt von ahnendem Erfassen zur klaren weitschauenden Bewußtheit) das eigentliche Phänomen war. Was die Geschichte (die Geschichte in ihrem beobachteten Tatsachenverlauf, nicht die spekulative Vergewaltigung der Vergangenheit) als Lehrerin des Lebens bedeutet, leuchtete da mit einemal wieder vor unserm Geschlecht auf. Denn wie nur noch der römische Staat so ist der englische seit den Tagen der Elisabeth einen sichern Gang zur Höhe gegangen, mit gleichen Richtlinien, die man von der Gegenwart 3 Jahrhunderte zurück mühelos konstruieren kann. Dieses Aufwärts und in die Weite, dieses Unterwerfen der Welt unter die angelsächsische Herrschaft, dieses Besäen ganzer Weltteile mit angelsächsischem Samen ist das in die fernste Zukunft der Menschheit Nachwirkende der englischen Geschichte und gleicht im Wesentlichen ihres Wirkens die Freistaaten aus den Tagen der Stuarts und die auswandernden Sekten mit der südafrikanischen Eroberungspolitik eines Cecil Rhodes aus. Und was man früher Demokratisierung der britischen Politik nannte, auch das verstehen wir aus dem Kern erst heute. Es ist der Wechsel der Form bei gleichbleibendem Gehalt, das Eindringen ins Volksbewußtsein von solchen Staatsaufgaben und letzten Volkszielen, die zuerst intuitiv von den Größten der Nation geschaut worden waren, die jedoch im persönlichen Entstehen schon überpersönlichen Wert hatten, weil sie aus den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der grundlegenden Tatsache des englischen Lebens, der Insellage des Landes, gedacht waren. Wenn Großbritanniens unbeschränktester Herrscher Cromwell sein Land in den Wettkampf mit den Niederlanden jagte und seine Hand nach dem Karaibischen Meer ausstreckte, so bildete seine persönliche Tat vor, was heute die allgemeinste Überzeugung der Briten ist, daß Englands Flagge den Wogen gebieten müsse, die stärkste an Schiffen und in allen Meeren die reichste an Stützpunkten. Gewiß, die Meinung der parlamentarischen Naiven, das Unterhaus erstrecke über die aus-

wärtige Politik seine Kontrolle, ist nie gründlicher widerlegt worden als in unseren Tagen, da schicksalschaffende Verträge geschlossen wurden, von denen in England so wenig als außer England die Öffentlichkeit das mindeste erfuhr (was weiß das englische Unterhaus heute noch über die geheimen Marokkoabmachungen Englands und Spaniens?), und da das berühmte Recht der Anfrage zu einem verabredeten Spiel für das Ausland herabgesunken ist. Deshalb gibt es in England doch nur eine Politik des Volkes, weil die großen Linien des auswärtigen gerichteten Handelns in Gedanken festgelegt sind, die bereits die Kraft und Allgemeinheit von Volksgefühlen gewonnen haben. Das englische Volk ist ein heischendes Volk, zitternd bis in die Fingerspitzen von den Instinkten des Herrschens. Als sein Schauplatz ist ihm die Welt gerade groß genug. Australien, herrschend beeinflusst von den Arbeiterorganisationen, rechnet über den ganzen Stillen Ozean hin ängstlich jedes Schwanken an der Wage der Macht nach.

Das Ergebnis der englischen Geschichte für die auswärtige Politik bezeichnet die Einheit der Staatszwecke mit den Volksinstinkten: eine Einheit in dem großen Ganzen, was nicht ausschließt, daß die einzelnen Äußerungen des Weltmachtwillens Gruppen zu Trägern haben, die sich und ihr augenblickliches Handeln im Kampf gegen andere durchsetzen. Allein der erreichte Erfolg, wer ihn auch erreicht habe, geht geistig wie tatsächlich in den politischen Allgemeinbesitz über.

Daß indes England der Lehrmeister der letzten 13 Jahre wurde, hatte für uns schon darum seine Bedeutung, daß es bei Betrachtung der auswärtigen Dinge den Blick von dem ausschließlichen Anschauen und Werten der deutschen Politik löslöste, die heute doch wohl schon von jedem, soweit die letzten 20 Jahre in Ansatz kommen, als eine Politik geräuschvoller Untätigkeit erkannt ist, als eine Nichtpolitik mit Lärm, der allerdings abnimmt, und mit Geldaufwand, der stets noch wächst. Die Beurteilung der deutschen Dinge konnte sich nur in reiner Verneinung bewegen: zunächst als man noch unter den Ausstrahlungen der Bismarckschen Machtzeit lebte, weil der Partei, die kaum aus den Verfolgungen hervorgegangen war, das Gefühl des Gegensatzes gegen den verfolgenden Staat alles andere verschlingen mußte; hernach weil das Handeln der Epigonen nur negative Wertungen zuließ, von welchem Punkt aus man auch den Maßstab anlegte. Doch beirrender als all dieses war an den heimischen Dingen, was man etwa das *Irrationale* deutscher Entwicklung nennen könnte: ein unter europäischen Verhältnissen nie erlebtes Aufwärtssteigen der Wirtschaftsmacht in rasendem Tempo, ein nie aussetzendes Rüsten und Ausgestalten der militärischen Machtmittel im Zusammensein mit einem unaufhaltsamen Sinken der Macht und des Ansehens, ja des internationalen Einflusses Deutschlands. Diesen Gegensatz vermag man wohl denkend zu erfassen, ihm handelnd zu begegnen erscheint fast unmöglich. Doch schon das bloße Wachsen der wirtschaftlichen Größe ist zu schwindelnd schnell gewesen, um im Erkennen und Fühlen völlig nachgewogen werden zu können; zumal von denen, die, mit diesem wirbelnden Werden selbst fortgerissen, der zurückgelegten Abstände sich nicht rein bewußt werden. Wer in Deutschland weiß so recht, daß Wertungen, die er etwa 20 Jahre mit sich trägt, gemessen an dem Gang der sozialen Verhältnisse etwa 100 Jahre alt geworden sind? Wie sonst nirgends sind die Dinge den Menschen über den Kopf gewachsen. Die Gedankenbilder und die Gefühlsreaktionen vermögen mit der Wirklichkeit nicht mehr Schritt zu halten.

Darum ist für den Deutschen so heilsam, daß ihm die englischen Dinge wieder so nahe vor Augen rücken; denn hier sieht er seinen Zustand wieder doch nicht als plötzlich entstanden, als Geschehnis von gestern, sondern als das in einem Jahrhundert Gereifte, das sich seiner Art nach die Empfindungen und Denkgewohnheiten der Menschen zugebildet hat. Die Übereinstimmungen wie die nicht geringeren Unterschiede werden bei solcher Vergleichung erst ins Licht des Bewußtseins treten.

Doch soll hier bloß von der einen Frage des Zusammenhangs der Volksinteressen mit den Schicksalen des Staates gesprochen werden. Wir haben es als englische Eigentümlichkeit erkannt, daß dieser Zusammenhang überaus lebendig empfunden wird, und in dem lebendigen Gefühl für die Abhängigkeit beider Größen von einander sahen wir das Eigentliche der Demokratisierung der auswärtigen Politik Englands. Wie weit Deutschland von einer solchen Gefühlsgeschlossenheit entfernt ist, wissen wir alle. Allein nur wenige wissen, daß diese Gefühlsgeschlossenheit mit Vaterlandsliebe (einmal das Wort in dem edelsten Gerade in dem Demokraten lebendigen Sinn genommen) nichts zu schaffen hat. Auch ein russischer Patriot (und die russischen Revolutionäre waren in überwiegendem Maß russische Patrioten) mochte sich über die Niederlage in der Mandschurei beinahe freuen: berührten doch die Verluste im Osten nicht die Lebenssphäre Rußlands, während andererseits der Zusammenbruch der zarischen Waffenherrlichkeit im Innern die Kräfte freimachte, die ein neues, reicheres Rußland gestalten sollten. Das ist nun freilich der extremste Fall. Allein auch in Europa hat die Vorstellung von der heilsamen Niederlage lange Völker beherrscht, die im Kampf mit ihren Regierungen lagen. Und diese Vorstellung ist nicht bar der Vernunft, sofern man den ältern europäischen Staat in Betracht zieht, mit seiner agrarischen, auf Selbstversorgung gegründeten Wirtschaft, wo den Lebensbedingungen des Volkes ein äußeres Schicksal nichts Wesentliches rauben konnte. Allein im modernen Staat, und ein moderner Staat im Vollsinn ist im kontinentalen Europa eigentlich bloß Deutschland, wird diese Vorstellung zum Irrsinn. Das begreift nicht jeder, weil die meisten den großen Wandel in den Lebensbedingungen des deutschen Volkes seit den letzten 20 Jahren nicht sich ganz zur Erkenntnis gebracht haben. Zum Glück haben nun die Engländer es übernommen das deutsche Volk aufzuklären. Die stets in englischen Reden und Artikeln wiederholte Erwägung, daß es in Englands Macht läge Deutschland von der See abzudrängen, es aus den Märkten zu werfen, in einem Seekrieg seine Lebensadern, den Rhein und die Elbe, abzubinden, mußten in Deutschland die Erkenntnis erzeugen, daß ein auf den Export angewiesener, in die Weltwirtschaft eingeflochtener, mit Millionen seiner Arbeiter für den Weltmarkt tätiger Staat keine Niederlage erleiden darf. Er ist kein Ackergut, gegründet in der ewigen Erde und sich nährend aus den Kräften der Erde, sondern ein Großhandlungshaus, weithin glänzend im Schein seiner Größe, das jedoch, bricht es in einem Bankrott zusammen, sich und alle seine Mittätigen in der Nacht des Elends begräbt.

In einem Weltwirtschaftsstaat kann keine Revolution mit ihren Segnungen, wie reich man sich diese auch denke, die Zerstörungen der Niederlage, mindestens für das lebende Geschlecht, je ausgleichen. Denn die heilsamste Änderung der Verfassung, so viel wunderbare Entfaltung der geistigen Kräfte und wohl auch der wirtschaftlichen sie bringen mag, ist in ihren Folgen auf die Grenzen des Landes beschränkt, in denen sie sich auswirkt. Wenn aber das

Volk mit einem Viertel seines Bestands vielleicht in internationale Zusammenhänge eingewoben ist, weltwirtschaftlich existiert, so vermag keine innere Zustandsänderung sein Elend zu bannen, solange es nicht Zustandsänderungen nach außen zu tragen vermag; das aber ist ein besiegter Staat am wenigsten imstande. Die siegreichen Konkurrenten, siegreich durch Gewalt und gestärkt durch den Goldsegen der Kriegskostenentschädigung, setzen sich an den Plätzen fest, aus denen sie die besiegten verschleucht haben, und werden nicht williger den gewonnenen Vorteil preiszugeben, wie ideal auch der niedergetrete Nebenbuhler seine innere Verfassung möchte eingerichtet haben.

Ja, im Weltwirtschaftsstaat hat niemand die Niederlage mehr zu fürchten als der Arbeiter. Den anderen geht es vielleicht (aber nur schlimmstenfalls) um die Krone; doch bleibt ihnen ein höchstangesehenes Grandseigneurdasein mit schönen Erinnerungen beschieden. Wie behaglich fühlen sich die Entthronten, wenn sie sich dann im gastlichen England sammeln. Dem Arbeiter geht es ans Leben: doppelt, dreifach. Er vergießt das Blut der Schlachten, aus seinen Taschen holt der Feind die Kriegskontribution und macht ihn arbeitslos, heimlos mit den stillgelegten Fabriken, mit den Märkten, die sich den Waren der Verdrängten verschließen. Über einem verkrüppelten, zum Verkümmern verdammten, an seinem Wirtschaftsgebiet um wichtige Provinzen geschmälereten, vom Weltmarkt abgeschnürten Volk, das außerhalb der Weltwirtschaft kein Dasein mehr hat, weil es einmal in sie mit allen Wurzeln seiner Existenz hineingewachsen ist, vermag keine Zaubermacht einen Bau der Freiheit und des Glücks zu errichten, oder es müßten die politischen Schicksale, es müßte die Kulturentwicklung, ja es müßte die äußere Lebenswohlfahrt eines Volkes von den wirtschaftlichen Grundlagen seiner Existenz ablösbar sein.

Ein Weltwirtschaftsvolk ist unabtrennbar von den äußeren Schicksalen seines Staates: Diese von England den Deutschen eingeprägte Wahrheit leuchtet ja von Parteitag zu Parteitag immer klarer aus den Reden der deutschen Sozialdemokratie hervor, nicht am wenigsten dann, wenn sie die Unzulänglichkeiten und Unfähigkeiten der gegenwärtigen deutschen Auslandspolitik ihrer Kritik unterzieht. Die Demokratie des Weltwirtschaftsstaats hat von den Katastrophen des Vaterlands nichts mehr zu hoffen und alles zu fürchten. Aber sie bedarf der vagen Hoffnung auf Katastrophen auch nicht mehr. Sie ist keine begeisterte, schwärmende Ohnmacht, keine Minderheit mit den Siegeserwartungen des Zufalls, sie ist die Gewalt der Zahl und die unendlich sich vielfältigende Energie des Stadtlebens; sie ist die Kraft der aufwärtswirbelnden Entwicklung. Ihre Politik ist kein Abenteuer der Zukunft sondern der zwingende Schluß aus der Logik der gegebenen Zustände.

XX
**LUDWIG QUESSEL . DER WERT UNSERER
 KOLONIEEN**



Es ist hinreichend bekannt, daß die reformistisch gesinnten Sozialdemokraten keine prinzipiellen Gegner der Kolonialpolitik sind. Weniger bekannt dürfte dagegen sein, daß auch das quasimarxistische Zentrum und die radikale Linke der deutschen Sozialdemokratie in den lebhaften Debatten über Kolonialfragen, die 1907 auf dem Stuttgarter internationalen Kongreß stattfanden, dem kolonialen Gedanken manches

Zugeständnis machen mußten. Genosse K. Kautsky, der zurzeit in seinem verdienstvollen Kampf gegen Pannekoeks übermarxistische Schwarmgeisterei wieder einmal haltlos zwischen der radikalen Linken und dem quasimarxistischen Zentrum hin und her schwankt, hat am Vorabend der für uns so ungünstigen Reichstagswahlen von 1907, die bekanntlich im Zeichen der Kolonialfrage standen, die prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik in einer *Sozialismus und Kolonialpolitik* betitelten Broschüre niedergelegt, die unter einem Wust kolonialpolitischer Einfälle, die penetrant nach der Studientlampe riechen, auch einige leidlich verständige Ansichten enthält. K. Kautsky unterscheidet nämlich 2 Arten von Kolonien: Ausbeutungs- und Arbeitskolonien. So sehr er nun die einen verabscheut, so begeistert ist er für die anderen. Die Gründung von Arbeitskolonien durch Besitzergreifung und Urbarmachung dünnbevölkerter Territorien durch Angehörige der europäischen Rassen erscheint ihm nicht nur vom ethischen Standpunkt des Sozialismus aus völlig zulässig, sondern er erkennt ein solches Vorgehen auch als einen »gewaltigen Hebel menschlicher Entwicklung« an:

»Kommen Ansiedler europäischer Zivilisation in ein fast unbevölkertes Land, an dessen Bearbeitung sie sich machen, so erhöhen sie natürlich sofort seine Produktivkraft. An Stelle der rückständigsten Wirtschaft, die kaum schon produziert sondern vorwiegend nur sammelt, was die Natur frei bietet, setzen sie die höchsten Produktionsmethoden ihrer Zeit [1]. Ja noch mehr: Befreit vom heimischen Druck und den heimischen Lasten, von Grundrenten, Steuern, Kriegsdienst usw. können sie ihre geistigen und materiellen Kräfte viel freier entfalten als im Mutterland. Sie setzen nicht bloß die ihrer Kulturstufe entsprechende hohe Produktivkraft in der Kolonie an Stelle der winzigen Produktivkraft der Wilden sondern können auch ihre eigene Produktivkraft viel rascher als das Mutterland entwickeln und so zu einer der mächtigsten Triebkräfte der Entfaltung der allgemeinen Produktivkraft der Menschheit werden. Das glänzendste Beispiel dieser Art bilden die Vereinigten Staaten von Amerika. Gegen diese Art von Kolonialpolitik dürfen wir uns sicherlich nicht ablehnend verhalten.«

Man wird zugeben müssen, daß eine ähnlich begeisterte Apologie der bürgerlichen Kolonialpolitik selten geschrieben wurde. Der Kenner der Geschichte der Kolonisation der Vereinigten Staaten wird sogar nicht umhin können etliches Wasser in den schäumenden Wein der Kolonialbegeisterung K. Kautskys zu schütten. Es ist nämlich gar nicht wahr, daß die europäischen Kolonisten in Amerika eine »ihrer Kulturstufe entsprechende Produktivkraft« in Amerika entfaltet hätten. Ganz im Gegenteil. Sie trieben einfach Raubbau, solange und soweit es ging, und verwüsteten in oft geradezu barbarischer Weise den natürlichen Reichtum des Landes. Noch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts konnte Sering auf seiner Studienreise in den Vereinigten Staaten konstatieren, daß »infolge des jahrhundertelangen Raubbaus Hunderttausende von Quadratkilometern brach liegen«. Nichtsdestoweniger ist das Lob, das K. Kautsky den bürgerlichen Siedlungskolonien in so überreichem Maß spendet, durchaus berechtigt, und auch seine Ansicht, daß die vielfach gänzliche Vernichtung der Eingeborenen »nicht eine unbedingte Folge dieser Methode der Kolonialpolitik« zu sein braucht, kann man mit gewissen Einschränkungen gelten lassen. Das Zugeständnis, das er hier dem kolonialen Gedanken macht, wird aber an einer andern Stelle seiner Schrift wieder aufgehoben. K. Kautsky wußte nämlich 1907 noch nichts davon, daß in Kanada jene Art der Kolonialpolitik, die er verherrlicht, gerade gewaltige Erfolge zeitigte; er hatte auch keine Kenntnis davon, daß dank der russischen Kolonialpolitik in Asien von gewaltigen Scharen zuwandernder nationalrussischer An-

siedler alljährlich ein weites Territorium dem Ackerbau und der Viehzucht neu erschlossen wird. So kam es, daß er in einer Zeit, die Zeuge einer Siedlungskolonisation ist wie sie die Welt bisher noch nicht gesehen, seinen gläubigen Verehrern erzählte, es gäbe »eine Möglichkeit zu kolonisatorischer Tätigkeit dieser Art kaum noch irgendwo, sicher nirgends mehr in einem auch nur einigermaßen ins Gewicht fallenden Maß«. Angesichts solch grotesker Behauptungen ist es wirklich schwer über den Theoretiker K. Kautsky keine Satire zu schreiben. Auch wenn man von den Ländern, die schon dem Imperium europäischer Nationen unterworfen sind, gänzlich absieht, findet man noch zahlreiche Gebiete, die alle diejenigen Merkmale aufweisen, die K. Kautsky für richtige Arbeitskolonien anführt. Ich verweise nur auf die fast menschenleeren Territorien der chinesischen Mongolei, die bei einer Ausdehnung von 2,7 Millionen Quadratkilometer (mehr als 5mal so groß wie das Deutsche Reich) keine größere Volkszahl aufweist als die Stadt Berlin. Übrigens hat schon das Leiborgan des Genossen K. Kautsky, die *Leipziger Volkszeitung*, seine Ansicht, daß es Gebiete, die sich zu Arbeitskolonien eignen, kaum noch irgendwo gibt, *ad absurdum* geführt. In deutschen kolonialen Kreisen ist bekanntlich sehr lebhaft der Wunsch geäußert worden das alte Babylonien und Mesopotamien durch großartige Bewässerungsarbeiten der Kultur zu erschließen und mit deutschen Auswanderern zu besiedeln. Da das heute fast menschenleere Gebiet am Euphrat und am Tigris, das zur Perser- und Araberzeit 24 Millionen Einwohner hatte, ein Mittelmeerklima mit bis zu 4 und 6° Kälte im Winter aufweist, so stehen seiner Besiedelung mit Nordeuropäern keine klimatischen Hindernisse im Weg. Über dieses politisch und historisch interessante Gebiet äußerte sich nun die *Leipziger Volkszeitung* am 15. Juni dieses Jahres wie folgt:

»Es ist bekannt, daß das Projekt der Bagdadbahn im engsten Zusammenhang steht mit dem großartigen Plan ein uraltes Kulturland, das unter der Herrschaft der Türken verkommen ist, zu neuem Leben zu erwecken. Die Bahn erschließt vor allem Kleinasien, und es ist heute bereits sicher, daß in diesem Gebiet die landwirtschaftliche Produktion sich enorm heben wird. Aber in ihrem zweiten Teil soll die Bahn das alte Babylonien und Mesopotamien erschließen, das heutige Irak Arabi. Vor Jahrtausenden war dieses ein überaus fruchtbares Gebiet, aber es verdankt seine Fruchtbarkeit vor allem dem unendlichen Fleiß, mit dem die Bevölkerung die segenspendende Feuchtigkeit der Ströme Euphrat und Tigris durch ein Netz von Kanälen über die Ebene leitete. 200- und 300fache Frucht soll damals das Getreide getragen haben, während wir in Europa froh sind, wenn der Weizenacker das 7fache der Aussaat liefert. Die Fruchtbarkeit ging zugrunde, als die Horden barbarischer Völker, die vom Iran über Persien hereinbrachen, der alten Kultur ein Ende bereiteten. Die Kanäle versandeten, der Acker verdorrte, Mesopotamien ward zur Wüste, in der heute nur spärliche Nomadenstämme ein kümmerliches Dasein führen. Aber der Boden ist geblieben, das Klima ist unverändert, der Tigris und Euphrat wälzen ihre Wogen zum Meer, wie vor Jahrtausenden. Der Gedanke liegt nahe den *Garten Eden* von neuem entstehen zu lassen.«

Wie nun, wenn Deutschland das Recht eingeräumt bekäme den *Garten Eden* zu bewässern und ihn mit deutschen Ackerbauern zu besiedeln? Dürfte die Sozialdemokratie die Gründung einer deutschen Arbeitskolonie am Euphrat und Tigris gutheißen? Oder müßte sie ihr Veto dagegen einlegen, daß hier das, was Goethe als die edelste Kultursehnsucht der Menschheit verherrlicht: zu öffnen »Räume vielen Millionen, nicht sicher zwar, doch tätig frei zu wohnen«, durch deutsche Arbeit, deutsche Intelligenz und deutsches Kapital verwirklicht wird? Und wenn, wo bliebe unsere Negation aller kapitalistischen Kolonialpolitik? Denn ohne Kapital und ohne Aussicht auf Kapitalgewinn ließe sich dieses Kulturwerk nicht ausführen.

Wenn K. Kautsky von all diesen Dingen im Jahr 1907 noch nichts wußte und deshalb einfach dekretierte, daß Bebels Bekenntnis zur zivilisatorischen Kolonialpolitik »nur noch akademische, nicht programmatische Bedeutung« habe, so ist das gewiß recht merkwürdig. Noch sonderbarer aber ist es, daß er in einer für die deutsche Sozialdemokratie geschriebenen Broschüre über Kolonialpolitik es gar nicht der Mühe wert hielt zu untersuchen, ob unter den afrikanischen Territorien, die der deutschen Staatshoheit unterstehen, es nicht vielleicht Gebiete gibt, die zu Arbeitskolonien gemacht werden könnten. Da er diese Frage gar nicht berührt hat, soll sie hier erörtert werden. Nach K. Kautsky sind Arbeitskolonien »für europäische Nationen nur möglich in gemäßigten Klimaten«. In der heißen Zone, so meint er, »vermag der Europäer nicht jene schwere Arbeit zu leisten, die die Kultivierung einer Kolonie erfordert«. Die erste Frage, die also entschieden werden muß, ist die, ob eine oder mehrere unserer Kolonien ein gemäßigtes Klima aufweisen.

Bei der Prüfung dieser Frage wird unser Blick naturgemäß zuerst auf Deutsch Südwestafrika gelenkt, das schon seiner geographischen Lage nach die Vermutung rechtfertigt, daß es dauernd von deutschen Landwirten besiedelt werden könnte. Zum größten Teil liegt ja unser südwestafrikanisches Schutzgebiet unter dem selben Himmelstrich wie die Gebiete, die von den Buren besiedelt worden sind. Die wissenschaftliche Erforschung des Klimas von Deutsch Südwestafrika ist nun heute so weit gediehen, daß wir darüber ein hinreichend sicheres Urteil gewinnen können. Lassen wir das völlig unfruchtbare Küstengebiet und den äußersten Norden der Kolonie mit seinen tropischen Temperaturen außerhalb unserer Betrachtung, so kann man sagen, daß im deutschsüdwestafrikanischen Hochland, das heißt im Herero- und im Namaland, das Verhalten der Wärme den deutschen Landwirten weit mehr zusagt als beispielsweise das Klima Italiens. In einer zusammenfassenden Darstellung der klimatologischen Forschungen sagt der Professor der Geographie Dr. K. Dove:

»Wenn auch die durchschnittlichen Tagestemperaturen in den genannten Hauptländern unserer Kolonie etwa denen von Mittelitalien entsprechen, so ist die Wärme der heißesten Monate wenigstens in den hohen Landschaften geringer als in den Tiefländern Italiens, und der Winter gleicht etwa demjenigen des südlichen Italien und Sizilien. Dafür aber ist die tägliche Wärmeschwankung selbst in der heißesten Sommerzeit so beträchtlich, daß die Wirkung der Nacht auf den Körper stets in hohem Grad erfrischend ist, und selbst nach dem heißesten Tag kaum jemand durch die Wärme der Nacht an einem erquickenden Schlaf gehindert wird. Außerdem aber ist es der selbst in der Regenzeit sehr geringe Feuchtigkeitsgehalt der Luft, der zur Ursache einer lebhaften Verdunstung von der Hautoberfläche aus wird, und der damit selbst bei hohen Wärmegraden den Eindruck starker Hitze in viel geringerem Maß aufkommen läßt als ein viel weniger heißer, dafür aber schwüler Sommertag in Deutschland.«

Dies Urteil der Wissenschaft wird durch die koloniale Praxis bestätigt, so daß kein Zweifel daran sein kann, daß das Herero- und Namaland ein Gebiet ist, auf dem Deutsche dauernd leben und sich fortpflanzen können. Aber auch die zweite Frage K. Kautskys, ob Europäer dort jene schwere Arbeit zu leisten vermögen, die die Kultivierung einer Kolonie erfordert, ist zu bejahen. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß der Nordeuropäer im Herero- und Namaland »unbedingt körperlich tätig sein kann, ohne bei dieser Arbeit größere Gefahr für seine Gesundheit zu laufen als bei einer etwaigen Ansiedlung in ebenfalls unentwickelten Gebieten unseres Vaterlands (wie zum Beispiel in den der Kultur eben geöffneten Moordistrikten)«. Wenden wir uns nun den produktiven Kräften des Landes zu, so muß betont werden, daß die

Niederschläge im Schutzgebiet so gering sind, daß eine andere als die Vegetation der Steppe nicht aufkommen kann. Der natürliche, unzerstörbare Reichtum des Schutzgebiets besteht in seinen ungeheuer ausgedehnten Viehweiden, die in Verbindung mit dem milden Winter für eine extensive Viehzucht wie geschaffen sind. Nun darf man freilich an die Qualität des südwestafrikanischen Weidelands nicht mit in Deutschland gewonnenen landwirtschaftlichen Begriffen herantreten. Im Durchschnitt sind in unserer Kolonie nicht weniger als 10 Hektar Land für den Nahrungsbedarf eines einzigen Stücks Großvieh erforderlich. Daher rührt es, daß die landwirtschaftlichen Betriebe Deutsch Südwestafrikas eine für deutsche Begriffe geradezu phantastische Größe erhalten müssen. Das Gebiet von 50 deutschen Großgütern zu je 100 Hektar reicht im Durchschnitt gerade aus, um einen landwirtschaftlichen Betrieb mittlerer Größe zu begründen. Die geringe Ertragsfähigkeit der natürlichen Weiden infolge der Wasserarmut des Landes wird aber durch ihre gewaltige Ausdehnung kompensiert. Dr. Paul Rohrbach kommt auf Grund sehr vorsichtiger Berechnungen zu dem immerhin erfreulichen Ergebnis, daß die in unserer Kolonie vorhandenen Weiden, ganz abgesehen von den unsicheren Vegetationsgebieten, fähig seien 3 Millionen Rinder und 20 Millionen Stück Kleinvieh zu ernähren. Um die Bedeutung dieser Zahlen für die Milderung der sich ständig verschärfenden Fleischnot der deutschen Bevölkerung zu würdigen, muß man die deutsche Vieh- und Schlachtstatistik zum Vergleich heranziehen. Nach der Viehzählung von 1907 wiesen die 3 preußischen Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen einen Rindviehbestand von 3 Millionen Stück auf. Demnach ist unsere Kolonie in Südwestafrika trotz der außerordentlich geringen Ertragsfähigkeit der Weiden nach den Berechnungen Rohrbachs immerhin doch imstande einen Rindviehbestand dauernd zu erhalten, der dem 3 fruchtbarer Provinzen Preußens gleichkommt. Weit günstiger stellt sich aber ein Vergleich beim Kleinvieh. Während in ganz Preußen im Jahr 1907 22,6 Millionen Schafe, Schweine und Ziegen ernährt werden konnten, allerdings nur mit Hilfe großer Mengen ausländischer Futtermittel, ist unsere südwestafrikanische Kolonie nach der durchaus nüchternen Schätzung Rohrbachs in der Lage noch 20 Millionen Stück Kleinvieh auf der vorhandenen Weidefläche neben den 3 Millionen Rindern zu erhalten, und zwar ohne Inanspruchnahme von Futtermitteln, die außerhalb der Kolonie gewachsen sind. Die große Bedeutung, die Deutsch Südwestafrika bei zielsicherer und planmäßiger Entwicklung der agrikolen Produktionskräfte für die Fleischversorgung des deutschen Volkes gewinnen kann, ergibt sich aber erst, wenn wir uns der Frage zuwenden, wie viel Stück schlachtreifes Rind- und Kleinvieh die Kolonie auf Grund der vorhandenen Weideflächen jährlich zu produzieren vermag. Wo, wie in Deutschland, das Rind hauptsächlich als Milchtier gehalten wird, ist die Zahl der Schlachtungen verhältnismäßig kleiner als da, wo das Ziel der Viehzucht die Gewinnung nicht von Milch und Molkereiprodukten sondern von Fleisch ist. Behält man dies im Auge, so wird man sich nicht wundern, wenn Rohrbach, selbst bei hoher Veranschlagung des innern Konsums und unter Anwendung eines erheblichen Sicherheitskoeffizienten zu dem Resultat kommt, daß unsere Kolonie jährlich 1 Million Stück Rindvieh und 10 Millionen Stück Kleinvieh zur Ausfuhr bringen kann. Das bedeutet, zu heutigen Weltmarktpreisen berechnet, selbst bei der denkbar vorsichtigsten Schätzung einen Exportwert von rund 100 Millionen Mark. Erwägt man freilich, daß am 1. April 1911 die ganze Kolonie nur 144 000 Stück Großvieh aufwies, so werden Rohr-

bachs Berechnungen wie Zukunftsmusik klingen. Allein es liegt kein Grund vor an der Entwicklungsfähigkeit der südwestafrikanischen Viehzucht zu zweifeln, wenn dafür Sorge getragen wird, daß der deutsche Markt unseren Ansiedlern geöffnet wird. Als Dernburg Deutsch Südwestafrika bereiste, hatte die *Deutsche Farmgesellschaft*, der die Erfahrungen der Liebiggesellschaft in Argentinien zur Seite stehen, gerade 300 000 Hektar fest gekauft und bezahlt, um darauf Vieh zu züchten, was wohl als ein Beweis dafür angesehen werden darf, daß auch Fachleute die Überzeugung haben, daß sich in unserer Kolonie mindestens ebenso billig produzieren läßt wie in den südamerikanischen Gebieten extensiver Viehzucht. Nach Dernburg sind die Farmer alle darin einig, daß bei einer etwas weiter vorgeschrittenen Wirtschaft sich ein 3jähriges Rind zum Preis von 80 Mark noch mit Nutzen in unserm Schutzgebiet produzieren läßt, womit die Fähigkeit der Kolonie zur Linderung der Fleishteuerung in Deutschland durch Einfuhr von lebendem Vieh und gefrorenem Fleisch in steigendem Maß beizutragen gegeben ist.

Wenn es nun feststeht, daß Deutsch Südwestafrika als richtige Arbeitskolonie für die Fleischversorgung des deutschen Volkes eine große Bedeutung erlangen kann, so bleibt noch die Frage zu untersuchen, ob das deutsche Volk *moralisch* berechtigt ist an die Stelle der winzigen Produktivkraft der Herero und Hottentotten, die bisher als Viehzüchter in der Kolonie lebten, die weit größere Produktivkraft deutscher Ansiedler zu setzen. K. Kautsky steht bekanntlich auf dem Standpunkt, daß da, wo deutsche Ansiedler von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können, sie selbst nach der strengen Ethik des Sozialismus berechtigt wären so viel Land in Besitz zu nehmen wie sie bewirtschaften können, sofern sie nur dafür sorgen, daß die Eingeborenen dabei nicht vergewaltigt werden. Wer nun aber die Geschichte unserer Kolonien kennt, weiß, daß die Herero und Hottentotten den weißen Ansiedlern, sowohl den Deutschen wie den Buren, das Recht sich Teile ihres Landes anzueignen immer sehr energisch bestritten haben. Soweinig sie irgendwelche Neigung zeigten die größere Produktivkraft der deutschen Ansiedler sich anzueignen, so wenig bereit waren sie auch sich mit den Reservaten zu begnügen, die die deutsche Regierung ihnen als unveräußerlichen Grundbesitz zuweisen wollte. Und man kann nicht einmal sagen, daß sie von ihrem Standpunkt aus unrecht hatten. Die Aneignung einer höhern Produktionsweise ist ein schwieriger psychischer Prozeß, der selbst unter günstigen Umständen die Anstrengungen mehrerer Generationen erfordert. Es sei hier nur daran erinnert, daß der Übergang von der alten Dreifelderwirtschaft zu den modernen Ackerbausystemen in Deutschland fast 100 Jahre in Anspruch genommen hat. Bei der winzigen Produktivkraft ihrer Viehzucht brauchten die Herero, die vor dem Aufstand etwa 100 000 Köpfe zählten, das ganze zwischen dem 19. und 22. Grad südlicher Breite gelegene Weideland für sich. Obwohl der Herero vielleicht der beste Viehzüchter unter der afrikanischen Negerbevölkerung ist, bleibt doch seine Viehzucht insofern steril als sie keinen eigentlichen Überschuß für den Verkauf abwirft. Die Viehzucht sichert dem Herero bestenfalls einen dürftigen Lebensunterhalt, mehr nicht. Die Menge des Viehs, das die Hererostämme in den günstigsten Jahren zum Verkauf bringen konnten, war sehr gering, obwohl sie über verhältnismäßig ansehnliche Viehbestände verfügten. Weit weniger ertragreich als die Viehzucht der Herero war aber die der Hottentotten, die das Weideland vorwiegend vom 22. Grad südlicher Breite bis zum Oranjefluß ihr eigen nannten.

Die Hottentotten (etwa 13 000 Köpfe) waren nicht instande von ihrer Viehzucht zu leben; sie fristeten auf Kosten der Hererostämme eine parasitäre Existenz, indem sie letztere ständig und systematisch beraubten. Auch die Verwendung der etwa 10 000 Köpfe zählenden, überaus gutmütigen Bergdamara zu Sklavendiensten konnte die Viehzucht der Hottentotten und Herero nicht ertragreicher machen. Das Vordringen der weißen Rasse in Deutsch Südwestafrika konnte sich also nur auf Kosten der eingeborenen Bevölkerung vollziehen. Ähnlich lagen die Verhältnisse übrigens überall, wo Arbeitskolonien gegründet wurden. *Menschenleer* waren die von den weißen Ansiedlern besetzten Gebiete in der Regel nur vom Standpunkt des Europäers aus. Die Eingeborenen waren fast immer der Ansicht, daß sie das ganze Land für sich brauchten. Sobald sie begriffen, daß die weiße Rasse es auf die Aneignung ihrer Jagd- und Weidegründe abgesehen hatte, schlug begreiflicherweise ihre anfänglich freundliche Stimmung um, und besonders die von K. Kautsky so verherrlichten Arbeitskolonien wurden der Schauplatz grausamer Rassenkämpfe, die fast immer bis zur Vernichtung der einen Rasse geführt wurden.

Man wird aber nicht leugnen können, daß eine vorausschauende Politik dem offenen Rassenkampf in Arbeitskolonien vorbeugen kann, indem sie beizeiten dafür sorgt, daß die eingeborene Bevölkerung entwaffnet wird. In Deutsch Südwestafrika tat man das Gegenteil, und so war es kein Wunder, daß die Schußwaffen, die die deutsche Regierung den Herero und Hottentotten so reichlich geliefert hatte, sich schließlich gegen die deutschen Ansiedler kehrten. Ein wehrhaftes Volk wird sich eben freiwillig selbst auf recht reichlich bemessene Reservate nicht zurückdrängen lassen; noch weniger aber wird es geneigt sein die schwere Last größerer geistiger Anstrengung, die jede höhere Produktionsmethode erfordert, freiwillig, das heißt ohne ökonomischen Zwang, auf sich zu nehmen. Es versteht sich von selbst, daß mit diesen Darlegungen das Unrecht, das an den Herero verübt wurde, nicht beschönigt werden soll. Es muß aber betont werden, daß die Umwandlung Deutsch Südwestafrikas in eine Arbeitskolonie, auch wenn die Besitznahme des Landes sich in legalen Formen vollzogen hätte, zu Zusammenstößen hätte führen müssen. Nur die Entwaffnung der Herero konnte eine friedliche Entwicklung gewährleisten. Das mußte allerdings das Ziel der deutschen Schutztruppe sein, nachdem einmal der Aufstand ausgebrochen war. Dagegen war der Vernichtungskrieg gegen die Herero nicht nur eine Grausamkeit sondern auch ein schwerer ökonomischer Fehler, da er unserer Kolonie das wertvollste Element der eingeborenen Bevölkerung raubte, das sich zwar nicht freiwillig, wohl aber unter dem unerbittlichen Zwang der veränderten ökonomischen und politischen Verhältnisse sehr wohl der höhern Produktionsweise hätte allmählich eingliedern lassen, wobei der Charakter unseres Schutzgebiets als Arbeitskolonie im Sinn K. Kautskys recht gut hätte erhalten bleiben können.

Wenden wir uns nun den anderen Schutzgebieten zu, so kann freilich nicht bestritten werden, daß sie durchweg ein tropisches Klima aufweisen und daher als Siedlungsgebiete für die weiße Rasse oder als Arbeitskolonien in jenem Sinn nicht in Frage kommen können. Wie sehr sich in dieser Hinsicht Südwestafrika von allen übrigen deutschen Kolonien unterscheidet, zeigt sich sehr deutlich darin, daß dort im vorigen Jahr schon 8915 Männer, 2468 Frauen und 2579 Kinder gezählt wurden. Die weiße Bevölkerung Südwestafrikas ist fast doppelt so groß wie die der anderen Schutzgebiete in Afrika und in der Südsee

zusammen genommen. Bei dieser Gelegenheit mag bemerkt werden, daß es natürlich unsinnig ist als Maßstab für die produktiven Kräfte eines Landes die Zahl der Personen zu nehmen, die zu ihrer vollen Ausnutzung notwendig sind. Gewiß ist es richtig, daß in Südwestafrika zur Hervorbringung von jährlich 1 Million Stück Großvieh und 10 Millionen Stück Kleinvieh für den Export kaum mehr als 20 000 Viehzucht treibende Familien notwendig sein werden. Gerade das kann aber als Beweis für die hohe Produktivität südwestafrikanischer Viehwirtschaft gelten, die mit einem ganz minimalen Arbeitsaufwand große Erträge zu erzielen vermag. Müßten zur Hervorbringung der angegebenen Viehmengen nicht 20 000 sondern 200 000 Familien in Südwestafrika leben, so käme das Land für die Versorgung des deutschen Volks mit Fleisch nicht in Frage, da die Arbeitskosten pro Stück Vieh viel zu hoch wären, um einen lohnenden Export zu ermöglichen. Die Bedeutung einer Kolonie für die Fleischversorgung der deutschen Bevölkerung kann nur durch die Menge des Viehs bestimmt werden, die bei voller Ausnutzung der vorhandenen natürlichen Produktivkräfte des Bodens erzielt werden kann. Wie sehr in Südwestafrika bei der Viehzucht die Natur als Produktionsfaktor überwiegt, erhellt unter anderm daraus, daß bei Eintritt der regenwarmen Periode die Futterkräuter vertrocknen, wobei ein nährstoffreiches *Heu auf dem Halm* gebildet wird. Noch stärker zeigt sich aber das Überwiegen der Natur als Produktionsfaktor in den tropischen Kolonien. Es ist daher auch ein Irrtum den erfreulichen Aufschwung der kolonialen Ausfuhr von 19,3 Millionen im Jahr 1901 auf 100,8 Millionen Mark im Jahr 1910 auf die wachsende Ausbeutung der eingeborenen Bevölkerung zurückzuführen. Zu einem erheblichen Teil sind die steigenden Ausfuhrziffern das Werk einer rationellern Ausnutzung der produktiven Kräfte der tropischen Natur, die durch die wirtschaftlich-wissenschaftlichen Institute in die Wege geleitet wurde. Überhaupt ist die K. Kautskysche Kennzeichnung unserer tropischen Schutzgebiete als »Ausbeutungskolonien« irreführend und geeignet an Stelle historisch-ökonomischer Gesichtspunkte zur Beurteilung kolonialer Fragen rein moralische zu setzen. Gewiß darf das moralische Element, aus dem der Sozialismus vielleicht seine stärksten Kräfte zieht, bei sozialökonomischen Untersuchungen nicht ausgeschaltet werden. Wo aber zur Beurteilung sozialökonomischer Fragen die Moral richtunggebend wird, muß die historisch-ökonomische Methode, die das wissenschaftliche Rüstzeug der meisten Sozialisten ist, abdanken.

Aufgabe weiterer Artikel wird es sein zu zeigen, daß das bisherige Urteil der Sozialdemokratie über Wert und Nutzen tropischer Kolonien viel zu wenig von objektiv historisch-ökonomischen und viel zu viel von subjektiv moralischen Erwägungen bestimmt wurde.

XX

ALBERT SÜDEKUM · SCHUTZ DER DEUTSCHEN IM AUSLAND



Bei Gelegenheit einer Nachtragsforderung von 650 000 Mark für Truppen in China kam es in dem abgeschlossenen Sessionsabschnitt des Reichstags zu einer Erörterung im Kreis der sozialdemokratischen Abgeordneten, die über den Rahmen des Einzelfalls hinaus von Interesse ist. Im Augenblick, wo ich dieses schreibe, habe ich keine Möglichkeit die Akten des Reichstags einzusehen und stelle daher den

Ausgangspunkt der Sache nach dem Gedächtnis dar;¹⁾ es wäre nicht ausgeschlossen, daß sich dabei eine kleine Ungenauigkeit einschliche, die aber für das, was ich darlegen möchte, von keiner Bedeutung sein kann.

Die Regierung forderte die erwähnten 650 000 Mark zu dem Zweck, um 500 Mann deutscher Truppen länger als beabsichtigt war in China zu halten, weil man nach dem Ausbruch der chinesischen Revolution mit der Möglichkeit von Unruhen rechnen mußte, und weil sich die republikanische neue Regierung außerstande erklärt hatte in solchem Fall Leben und Eigentum Fremder zu schützen. Mein Kóllege Noske und ich erkannten die gute Absicht und die Zweckmäßigkeit der von der Regierung vorgeschlagenen und im übrigen bereits in der Ausführung begriffenen Maßregeln an und stimmten daher in der Budgetkommission für den geforderten Betrag. Die anderen Mitglieder der Fraktion, die an dieser Sitzung teilnahmen, enthielten sich, wenn ich mich recht erinnere, zum Teil der Abstimmung zum Teil votierten sie gegen die Forderung. Hier ist zunächst zweierlei zu bemerken: Man muß bei der Beurteilung dieser Sache nicht aus den Augen verlieren, daß sich die Fraktion an der Einzelarbeit in den Kommissionen und selbstverständlich auch an den Abstimmungen dort beteiligt, selbst dann, wenn sie aus irgendeinem Grund sei es sicher oder vermutlich zur Ablehnung der ganzen Vorlage gelangen wird. Traditionell lehnt die Fraktion den Heeresetat und den Kolonialetat, auch den Etat für Kiautschau ab; bei der Beratung der Einzelposten, aus denen sich diese Etats zusammensetzen, macht sie dagegen sowohl in der Kommission wie in der Vollversammlung von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Solche Abstimmungen sind manchmal sachlich bedeutsam und fallen oft ganz aus der Schablone heraus. Zwei Beispiele, eins aus dem Gebiet des Militäretats, eins aus dem des Kolonialetats, mögen das beweisen. Wir stimmten seinerzeit dem Aufwand von 500 000 Mark für den ersten Bau von Zepelinschiffen zu, obschon der Regierungsvertreter an dem überwiegend militärischen Charakter der noch dazu formell aus dem Militäretat herausgenommenen Forderung ausdrücklich keinen Zweifel ließ; Singer begründete unsere Zustimmung in der Budgetkommission ebenso schlagend wie eigenartig und unbefangen und zeigte damals (wie auch bei anderen Gelegenheiten), daß er seine Taktik sehr wohl besonderen Umständen anzupassen verstand. Genau so sicher und überlegen motivierte Bebel beim Etat für Südwestafrika seinerzeit unser Eintreten für die Anschaffung besserer und größerer Bagger zur Offenhaltung des Hafens von Swakopmund. Dabei wird man Bebel nicht für einen Kolonialschwärmer halten und Singer nicht nachträglich zum Militaristen stempeln wollen. So viel zunächst über diese Seite der Sache. Was das Formale angeht, so ist darüber folgendes zu sagen: Daß die sozialdemokratischen Mitglieder in einer Kommission gegen einander stimmen, ist an sich nicht gerade häufig. Aber gar so selten ist es doch auch nicht, daß unsere Kommissionsmitglieder in der Beurteilung einer Frage weit von einander abweichen und daher auch gegen einander stimmen; sagt man doch scherzend namentlich den Juristen nach, daß 3 von ihnen immer mindestens 4 verschiedene Ansichten vertreten. Es ist dann Sache der Fraktion in einer Gesamtberatung die Frage zu erörtern und durch Beschluß die Haltung der Fraktion für die Plenarverhandlungen festzulegen.

In den Kreisen der Abgeordneten legte man, wenn ich mich nicht täusche oder

¹⁾ Siehe dazu auch Quessel *Die Furcht vor dem Imperialismus* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 1. Band, pag. 549 ff.

durch das Verhalten der Andersgesinnten nicht getäuscht worden bin, der Gelegenheit anfangs wenig Bedeutung bei; sie ist kaum besprochen worden, wenigstens hat mich selbst niemand daraufhin vor der Fraktionssitzung, die sich damit beschäftigte, angedet. Zum Glück für die Partei gibt es aber immer Wächter, die aufpassen, daß *nichts Böses nicht geschieht*, zum Beispiel Leute, die schon den Gedanken wälzten sich gelegentlich auch einmal zu organisieren, als sie erst $\frac{1}{2}$ Jahr in einer Parteiredaktion beschäftigt waren, oder mit gerechtem Stolz darauf verweisen können, sie seien, wenn auch mit mysteriöser Unterbrechung, schon beinahe 4 Jahre Mitglied der deutschen Sozialdemokratie, und ähnliche. Also in dem Göppinger Parteiblatt schlug Dr. Thalheimer Lärm und kanzelte Noske und mich nach Gebühr und Würdigkeit ab. Ich habe selten so gelacht. Noske machte sich die Mühe auf das Gerede des Göppinger Blatts in der Chemnitzer *Volksstimme* kurz zu antworten. In den Verhandlungen der Fraktion spielte aber weder jener Angriff noch die Entgegnung eine Rolle, wenschon zu vermuten ist, daß die Erörterung doch einen der Sache selbst nicht förderlichen Unterton durch die Presskampagne, die vorausging, bekam. Daß die Fraktion sich mit der Angelegenheit beschäftigte, weil der Tag der Abstimmung in der 2. Lesung heranrückte und bei der Uneinigkeit der Kommissionsmitglieder die Möglichkeit einer Stimmenzersplitterung bestand, war selbstverständlich; es wäre auch ohne Göppingen und seine parlamentarischen Mitarbeiter geschehen.

Es ist bekannt, daß sich die Mehrheit der Fraktion zur **Ablehnung** der Regierungsforderung entschloß und ihre Stellung durch den Kollegen Dr. Herzfeld auch rednerisch vertreten ließ. Ich halte auch heute noch diesen Beschluß und seine Begründung für falsch und hoffe durch eine Darlegung des Für und Wider den Grund zu einer der Sache mehr förderlichen Erörterung bei späterer ähnlicher Gelegenheit vorbereiten zu können.

Die Argumente gegen die Bewilligung der Forderung waren wesentlich von dreierlei Art: 1. Jede Unterstützung von militärischen Forderungen laufe auf eine Unterstützung des *Imperialismus* hinaus und schließe sozusagen eine nachträgliche Zustimmung zu Landerwerbungen wie die von Kiautschau in sich. 2. Jeder Deutsche, der seine Heimat verläßt, habe das Risiko dafür zu tragen, und es bestehe für Deutschland keine Verpflichtung Staatsangehörige, die in der Fremde weilen, gegen Unbill zu schützen. Und zwar um so weniger als 3. die Deutschen, die in China waren und unter Umständen geschädigt werden konnten, mit der Absicht hinausgegangen seien kapitalistische Geschäfte zu machen.

Zu alledem fehlte auch in diesem Fall nicht die Bemerkung, daß die Bewilligung der Forderung durch sozialdemokratische Abgeordnete *überflüssig* gewesen sei, da die Mitglieder anderer Parteien ohnedies eine sichere Mehrheit dafür gebildet hätten. Diesen letzten Einwand möchte ich zunächst mit der Bemerkung beiseite schieben, daß seine Unhaltbarkeit in unseren Reihen mehr und mehr anerkannt wird. Auch solche Parteigenossen, die sich dieses Arguments noch vor ein paar Jahren ganz unbefangen bedient haben, sehen jetzt, daß die Angehörigen einer großen Partei so nicht vorgehen dürfen. Wir müssen unsere Entscheidungen stets so treffen, wie wir sie treffen würden, wenn unsere Stimmen die Entscheidung in der Sache brächten. Eine kleine Partei kann sich einmal verstecken, kann einer unzweideutigen Stellungnahme ausweichen und die Verantwortung von sich auf andere abschieben. Die stärkste Partei und Fraktion im Deutschen Reich ist ihrer Ehre und ihrer Sache schuldig keiner

Entscheidung auszuweichen. Damit verträgt es sich natürlich sehr wohl, daß man eine Abstimmung auch einmal nach rein taktischen Gesichtspunkten vornimmt und für oder gegen etwas stimmt, was man, würde die Frage rein aus der Sache selbst heraus gestellt, verworfen oder angenommen hätte. Solche taktischen Abstimmungen sind aber unter dem unausgebildeten parlamentarischen System nicht häufig, weil es ja bei uns in der Regel für den Bestand der Regierung bedeutungslos ist, ob sie eine feste parlamentarische Mehrheit besitzt oder nicht, wenn man nicht nach den Erfahrungen der Wilhelminischen Epoche gar der Meinung ist, daß eine Regierung bei uns um so fester steht, je schärfer sie von der Linken angegriffen wird und je weniger sie sich auf eine bestimmte Mehrheit einrichtet. In wirklich parlamentarisch regierten Ländern, in denen das Kabinett zurücktritt, wenn es bei einer wichtigen Abstimmung in der Minderheit geblieben ist, kommt es, wenn auch selten, vor, daß eine Partei aus taktischen Gründen ihre Haltung in einer Frage vorübergehend eines höhern Zwecks wegen ändert. Da ein solcher Fall aber bei uns sogar theoretisch beinahe undenkbar ist, so bleibt es also dabei, daß wir unsere Abstimmungen in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle nach rein sachlichen Erwägungen regeln müssen und dabei die Entscheidung immer so zu treffen haben, wie wenn wir die ganze Verantwortung für den Ausgang trügen. !

Ferner fehlte auch nicht der landesübliche Hinweis auf die zu befürchtende Begriffsstutzigkeit der *Parteienossen im Lande draußen*, die wieder einmal die Bewilligung der geforderten Summe durch die Fraktion *nicht verstehen* würden. Vor dieser Bemerkung habe ich nun gar keinen Respekt. Nach meiner Beobachtung taucht sie immer auf, wenn ernsthafte Argumente zur Bekämpfung irgendeiner nicht ganz alltäglichen Maßnahme fehlen. Ich fand sie aber stets unbegründet; siehe Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen, Stichwahlabkommen, Wahlabmachungen in Bayern und in Baden, Zustimmung zur elsasslothringischen Verfassung, Haltung der Partei in der Marokkofrage usw. usw. Sie verbindet sich allerliebste und regelmäßig mit Ausdrücken wie *schiefe Ebene* und *Riegel vorschieben*. Wir wollen das alles auf sich beruhen lassen.

Was nun die drei anderen Gegengründe anlangt, so ist der erste (jede Unterstützung von militärischen Forderungen laufe schließlich auf eine Unterstützung des sogenannten *Imperialismus* hinaus usw.) durch die Praxis der Fraktion in früheren Fällen widerlegt. Beim Ausbruch des südwestafrikanischen Krieges hat die Fraktion zwar die geforderten Mittel nicht bewilligt, hat aber auch nicht dagegen gestimmt sondern damals ausdrücklich erklärt, sie wolle der Rettung von deutschen Volksgenossen nicht hindernd im Weg stehen; die Fraktion lehnte ausdrücklich die Verantwortung für den Ursprung des Hereroaufstands ab, geißelte die Politik, die zu solchen Eruptionen der unterdrückten Bevölkerung geführt hatte, und behielt sich ihre Stellung zu weiteren Forderungen vor. Damit ging sie in der Sache selbst viel weiter als Noske und ich mit unserer Abstimmung in dem Fall, der uns hier beschäftigt. Denn die Unruhen in China waren zweifellos nicht durch das Vorgehen der Deutschen entstanden sondern gingen auf den Wechsel der staatlichen Verfassung in China selbst zurück. Ferner sollten die Soldaten, die in Ostasien zurückgehalten wurden, auf rein chinesischem Gebiet, und zwar auf Ersuchen der revolutionären chinesischen Regierung, lediglich zur Deckung vereinzelter Kolonnen von Europäern verwandt werden; daß solche Kolonnen von Deutschen in China bei Bahnbauten zu jener Zeit beschäftigt waren, wurde er-

wiesen. Die deutsche Regierung gab überdies auch die bindende Erklärung ab, daß sie in den chinesischen Angelegenheiten selbst strikte Neutralität bewahren wolle und alle in China befindlichen Soldaten und Beamten darüber genau unterrichtet habe. Endlich erklärte die Regierung, sie werde die einstweilen in China zurückbehaltenen Truppen sofort heimberufen, sobald die neue chinesische Regierung sich bereit und befähigt erkläre den polizeilichen Schutz von Leben und Eigentum der Fremden in ihren Grenzen selbst zu übernehmen.

Das heißt doch mit anderen Worten nichts, als daß die in China zurückbehaltenen deutschen Truppen eine ganz eng umschriebene polizeiliche Aufgabe zu lösen hatten, eine Aufgabe, so unpolitisch wie nur irgend möglich. Sie haben diese Aufgabe auch gelöst. Als wir in der Kommission und im Reichstag darüber berieten, war ihre Bestimmung in der Hauptsache sogar bereits erledigt: Die Zustände in China hatten sich konsolidiert, die Truppen sind, wenn ich mich nicht irre, inzwischen schon zurückgezogen worden. Man hat nun auch den Einwand gemacht, es sei ja nichts passiert, also sei die Maßregel der deutschen Regierung unnütz gewesen, hätte vielleicht zu beklagenswerten Zwischenfällen Anlaß geben können. Das ist offenbar logisch nicht haltbar. Ich bin nicht an Ort und Stelle gewesen, weiß nicht, wie die Verhältnisse lagen, und muß mich, wie wir alle, auf die Mitteilungen der Regierung und der Zeitungen verlassen. Diese Mitteilungen rechtfertigen aber sehr wohl die Annahme, daß kein Deutscher verletzt worden ist, weil rechtzeitig für genügenden Schutz gesorgt worden war. Und zwar so gesorgt, daß unsere Steuerzahler sicher dabei auch am billigsten fort kamen. Denn wenn wegen mangelnder Voraussicht in China ein Unglück geschehen wäre? Wenn eine große Zahl deutscher Staatsangehöriger, oder wenn auch nur ein einziger erschlagen und beraubt worden wäre, weil niemand da war, der ihn hätte schützen können? Das hätte unter Umständen zu einer sehr langwierigen und kostspieligen Aktion Anlaß gegeben, auch dem Reich das Zehnfache des jetzt aufgewendeten Geldes kosten können; ganz abgesehen davon, daß doch ein Erschlagener sozusagen auch durch die feinste diplomatische Aktion und die schönste Flotten- oder Truppendedemonstration nicht wieder lebendig wird.

Wie nun die Billigung einer solchen, als polizeilicher Schutzhandlung gedachten und im Rahmen einer solchen auch glücklich durchgeführten Maßregel eine Anerkennung des Imperialismus, eine nachträgliche Zustimmung zur Erwerbung von Kiautschu und was derartige Übertreibungen mehr sind darstellen soll, das ist mir auch heute noch völlig unverständlich. Die Bewilligung eines Geldbetrags für sie würde sich offenbar mit der schärfsten sachlichen Gegnerschaft gegen den Imperialismus vertragen und niemanden in seiner Kritik binden. Wir sind oft im Leben mit Maßnahmen nicht einverstanden, die zu verhindern indessen nicht in unseren Kräften liegt, und deren Konsequenzen wir daher, wenn auch widerstrebend, tragen. Ich habe im Plenum des Reichstags auch nicht für die Position, über die wir hier sprechen, gestimmt, weil die Mehrheit der Fraktion sich dagegen entschieden hatte; aber ich müßte mich sehr ernstlich gegen die Vermutung verwahren, als hätte ich damit die Gründe der Mehrheit als durchschlagend anerkannt.

Der Einwand, den ich bisher behandelt habe (man dürfe unter keinen Umständen eine auch nur fälschlich so auszulegende *Unterstützung des Imperialismus* gutheißen), hat wenigstens noch einen gewissen politischen Anstrich. Dieser fällt bei dem zweiten schon ganz hinweg, wonach jeder Deutsche, der

seine Heimat verläßt, das Risiko dieser gefährlichen Handlung selbst zu tragen habe, während keine Verpflichtung für Deutschland anerkannt werden könne Staatsangehörige, die in der Fremde weilen, gegen Unbill zu schützen. Eine solche Argumentation, die sich von der Politik entfernt und dafür frank und frei auf den Standpunkt der Kirchturmpolitik stellt, würde im Extrem dazu führen, daß jede Fürsorge zum Beispiel selbst der kommunalen Gemeinschaft aufzuhören habe, sobald jemand das Weichbild dieser Gemeinschaft auch nur auf eine geringe Entfernung und für kurze Zeit zu überschreiten wagte. Will man sie als gültig anerkennen, dann negiert man sehr wesentliche Er rungenschaften der staatlichen und nationalen Entwicklung. Es ist ein weiter Weg von dem herrischen *Civis Romanus sum* eines Eroberervolks zu der Auffassung, daß jeder, der sich den Gesetzen eines Landes fügt, auf den Schutz dieser Gesetze wie ein Eingeborener Anspruch machen kann und, wo ihm eine fremde Gemeinschaft diesen Schutz nicht gewähren kann oder will, auf den Schutz der eigenen rechnen darf. Sozusagen beruht die Möglichkeit der Weltwirtschaft hierauf. Zwischen kultivierten Ländern soll es die Regel sein, daß Fremde den eigenen Staatsangehörigen zivilrechtlich und strafrechtlich gleichgestellt werden. Das politische Asylrecht, dessen Verkümmern niemand mehr beklagt als gerade die Sozialdemokratie, ist der bekannteste und wichtigste Spezialfall dieser allgemeinen Regel. Andere Spezialfälle sind durch besondere Staatsverträge geordnet; die Abweichungen, die darin von der allgemeinen Regel enthalten sind, haben wir Sozialdemokraten beinahe ohne Ausnahme bekämpft. Etwas anders liegen die Dinge, wenn wir den Verkehr zwischen Ländern verschiedener Entwicklungsstufe oder verschiedener Grade der politischen Stabilität betrachten. Auf niedrigeren Stufen der menschlichen Entwicklung wird der Stammesfremde grundsätzlich anders, nicht gleich, behandelt als der Stammesangehörige. Die Anerkennung der Rechtsgleichheit der Fremden wird weniger entwickelten Völkern unter Umständen durch mehr oder minder sanften Druck beigebracht. So geschah es zum Beispiel erst in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in Japan, gleichzeitig und später in China, Korea und anderen asiatischen Ländern. Sie konnten erst in den Weltverkehr im vollen Umfang einbezogen werden, als ihnen mindestens das Zugeständnis *vertragsmäßiger* Behandlung der Landesfremden abgerungen worden war. Daß es dabei oftmals sehr ungerecht zugeht, daß manchmal Europäer in wenig entwickelten Ländern Schwierigkeiten geradezu gesucht haben, um ihrem Mutterland einen Vorwand zum Eingreifen zu verschaffen, ist allzu bekannt, als daß es ausdrücklicher Erwähnung wert wäre. Aber auch der umgekehrte Fall kommt vor. Als zum Beispiel die Maderisten sich vor einigen Jahren in Mexiko gegen Diaz erhoben, haben sie systematisch amerikanische Bürger belästigt, weil ihnen daran lag der damals herrschenden Regierung ihres Landes Schwierigkeiten zu bereiten. Madero und seine Leute setzten also voraus, daß die amerikanische Union gegen eine Benachteiligung ihrer Bürger in Mexiko einschreiten würde. Sie hatten sich darin auch nicht getäuscht; denn bekanntlich rückte alsbald das größte Heer, das die Vereinigten Staaten seit dem Bürgerkrieg überhaupt ausgerüstet haben, gegen die Grenze vor und übte einen starken Druck auf die mexikanischen Ereignisse aus.

Wer die Verpflichtung eines Volkes leugnet seinen Angehörigen zu schützen, wenn ihm in einem fremden Land Unrecht geschieht, wenn und obschon er sich dort gesetzlich oder vertragsmäßig verhalten hat, kann in der Konsequenz

dieser Auffassung auch nichts gegen einen direkten Angriff auf das eigene Volk tun. Denn es ist im Prinzip, wenn auch nicht tatsächlich, das gleiche, es ist ein Unterschied des Grades, nicht des Wesens, ob einer Person oder ob einer Vielheit von Personen Gewalt angetan wird. Die Sozialdemokratie hat aber stets auf dem Standpunkt gestanden, daß sie zu jedem Opfer bereit sei, um die Sicherheit der Nation gegen fremde Angriffe zu schützen. Unfeine Gegner haben hie und da den Ernst dieser Gesinnung zu bezweifeln gewagt: Ich erinnere mich aus meiner eigenen Parlamentszeit aber noch sehr genau, mit welchem Feuer Bebel einen solchen Anwurf in jener berühmten Rede niederblitzte, die er mit dem Gelöbniß schloß, daß er als weißhaariger Mann noch die Muskete zur Verteidigung des Vaterlands auf die Schulter nehmen würde, wenn Deutschland das Opfer eines fremden Angriffs werde. Und wenn es zu einem Kriege käme, würden wir anderen natürlich den Graukopf nicht allein lassen sondern gerade so handeln wie er und das, was er sagte, auch mit unserm Blut besiegeln.

Man wendet nun freilich ein, wer sein Vaterland verlasse und in die Fremde gehe, könne es, wie Danton voll stolzer Melancholie sagte, nicht an seinen Schuhen mitnehmen und müsse sich der Gefahr eines solchen Unternehmens bewußt sein, das Risiko selbst tragen. Das ist nicht richtig. Unsere Weltwirtschaft beruht auf dem intensivsten Verkehr mit fremden Nationen, und was im Einzelfall wie der freie Entschluß einer Person erscheint, ist *in summa* nichts anderes als eine zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit, der sich keine Nation entziehen kann. Gesetzt den unmöglichen Fall, alle deutschen Kaufleute, Ingenieure, Handwerker, Gelehrte erklärten eines schönen Tages, das Risiko der Auslandsreisen sei ihnen zu groß, sie wollten lieber zu Hause bleiben und sich im Land *redlich nähren*: was wäre die Folge? Deutschland würde sich zum guten Teil aus der Weltwirtschaft ausschalten, und die Konsequenzen eines solchen Verfahrens würden alsbald schwer auf allen Teilen des Volkes lasten. Gewiß verfolgen die in das Ausland gehenden Deutschen zum großen Teil kapitalistische Zwecke. Was sollten sie unter der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsform auch anderes tun? Mit der Feststellung, daß sie kapitalistischen Zwecken dienen wollen, ist doch offenbar nichts gegen die *volkswirtschaftliche* und *weltwirtschaftliche* Notwendigkeit ihres Beginnens gesagt, die im Einzelfall sehr groß oder sehr klein sein mag, im Durchschnitt aber doch unmöglich geleugnet werden kann. Im übrigen ist es auch keineswegs so, daß etwa kapitalistische Unternehmer selbst mit Vorliebe die Gefahren der Tätigkeit im Ausland auf sich nähmen: Die meisten Pioniere des deutschen Unternehmungsgeistes im Ausland sind selbstverständlich Proletarier, manche mit Stehkragen und weißer Wäsche, manche auch ohne solche. In dem Fall, der uns hier besonders beschäftigt, handelte es sich in der Hauptsache um ein paar Hundert Arbeiter der Frankfurter Tiefbaufirma Philipp Holzmann & Kompanie, die bei einem Bahnbau in China beschäftigt waren; also um deutsche Arbeiter im engern Sinn des Wortes, vielleicht um gute, organisierte Parteigenossen.

Unternehmungen im Ausland und in den Grenzen weniger entwickelter Völker werden übrigens aller menschlichen Voraussicht nach keineswegs aufhören, wenn die Form der wirtschaftlichen Unternehmung in unseren Breiten einmal im sozialistischen Sinn umgewandelt sein wird. Die sozialistische Volkswirtschaft, deren Ziel doch nur eine viel weitergetriebene Bedarfsbefriedigung sein

kann als sie in der kapitalistischen Volkswirtschaft für die Mehrzahl unserer Volksgenossen möglich ist, wird vermutlich sogar viel stärker als diese auf den Weltverkehr angewiesen sein, in viel engere Beziehungen auch zu den Bewohnern von unentwickelten Ländern treten müssen, deren Rohstoffe wir unbedingt gebrauchen. Mit großer Wahrscheinlichkeit darf man voraussetzen, daß die Formen des Verkehrs zwischen den Vertretern einer sozialistischen Volkswirtschaft und den weniger entwickelten Völkern besser sein werden als etwa die der kapitalistischen Kautschukgesellschaften am Kongo oder der Zinngrubenbesitzer auf Malakka. Aber damit ist nicht ausgeschlossen, daß unsere Sendlinge hier und da das Opfer eines Angriffs von Räubern und Mördern werden können. Was soll denn dann geschehen? Sollen wir zu Hause dem ruhig zusehen und den notwendigen Schutz mit der Bemerkung verweigern, daß jeder Mann auf sein eigenes Risiko sein Land verlasse? Nein. Natürlich würden wir nach dem Grundsatz *Einer für alle, und alle für einen* handeln und alles daran setzen den notwendigen Verkehr mit weniger entwickelten Völkern so sicher wie nur irgend möglich zu machen; namentlich dadurch, daß wir *rechtzeitig* Vorkehrungen zu seinem Schutz treffen, Vorkehrungen, die natürlich nur in der Bereitstellung von Polizeitruppen, Schiffen und dergleichen bestehen können. Die selbe Aufgabe haben wir aber auch heute. Denn die heutige Volkswirtschaft erheischt jenen Verkehr nicht weniger notwendig, wenn auch vielleicht weniger ausgedehnt als eine sozialistische. Kaufleute und Arbeiter, die die Internationalität des Verkehrs aufrechterhalten, sind ebenso gut *Gesandte*, wenn sie auch mangels zureichender wirtschaftlicher Organisation ohne formales Mandat sind, wie die Vertreter der Staatsgewalt, die man ausdrücklich so bezeichnet, und deren Schutz gegen Angriffe als eine selbstverständliche Pflicht jedes Staatswesens angesehen wird, für deren Verletzung hinwiederum jede Nation von altersher Sühne geheischt hat. Was den befrachteten Herren von der Diplomatie recht ist, das ist dem Proletarier in der Arbeitsbluse billig.

Die Entwicklung der internationalen Beziehungen wird vielleicht dafür sorgen, daß die hier behandelte Frage über kurz oder lang wieder auftaucht, und ich bin überzeugt, daß die sozialdemokratische Partei sie dann einer erneuten Erwägung unterstellen und mit großer Mehrheit in dem Sinn beantworten wird wie Noske und ich sie diesmal beantwortet haben.

Die Erwägungen über diesen Fall würden indessen unvollständig sein, wenn nicht auch noch eine andere psychologische Seite der Frage beleuchtet würde. Die Haltung der Fraktionsmehrheit ist, wie ich wohl richtig vermute, nicht gegen die Auslandsdeutschen, wohl aber gegen die heimische Regierung gerichtet gewesen. Es ist ganz zweifellos, daß unsere Regierung alles tut, um einem aufrechten Oppositionsmann das Eintreten für eine von ihr vorgeschlagene Maßregel auch dann zu erschweren, wenn sie an sich zweckmäßig erscheint. Namentlich gilt das auf Gebieten, in die der *Patriotismus* hineinspielt. Wer, wie unsere Regierung, die Bürgerrechte der eigenen Staatsangehörigen im eigenen Land systematisch und ohne Rücksicht auf die Verfassung verletzen läßt, wer die Verwaltungsmaschine unausgesetzt dazu benutzt mit kleinen und großen Schikanen Klassenherrschaft zu treiben, wer das Recht der Nationalität bei den Minderheiten in unseren eigenen Grenzen dauernd mißachtet, der macht es jedem Vertreter der Unterdrückten auch dann schwer ihm Mittel in die Hand zu geben, wenn der Einzelfall zu der Besorgnis des Mißbrauchs einmal keinen Anlaß gibt. Die Versuche der Herrschenden sich als Träger der allein echten

und wahren Vaterlandsliebe hinzustellen und jeden politischen Gegner als Vaterlandsfeind zu beschimpfen sind ebenso verwerflich wie die Unterdrückung der Polen und Dänen, die seit Jahren bei uns mit den verhängnisvollsten Folgen betrieben wird. Es wäre schlimm, wenn die Sozialdemokratie jemals in dem Kampf gegen diese Erscheinungen der Klassenherrschaft auch nur vorübergehend erlahmte. Aber es ist die Frage, ob dieser Kampf im Einzelfall auf Kosten zum Beispiel der Auslandsdeutschen gehen darf. Diese Frage verneine ich. Denn wir Sozialdemokraten müssen auf einer höhern Werte stehen und dürfen keine Gelegenheit vorübergehen lassen auch die sittliche Überlegenheit über die Kreise der herrschenden Schichten darzutun. Der Klassenkampf ist eine Notwendigkeit, der wir uns selbst dann nicht entziehen könnten, wenn wir es irrigerweise wollten. Aber die Formen des Klassenkampfes sind in unsere Hände gegeben. Und wir können bei ihrer Wahl nicht auf dem Standpunkt des (von der vorgeschrittenen Rechtswissenschaft längst verlassenen) *ius talionis* stehen bleiben sondern müssen uns darüber erheben, indem wir in jedem Augenblick die Wirkungen unserer Maßregeln auf die Menschen selbst im Auge behalten. Wenn ich also der Meinung bin, daß ich der Regel nach meine parlamentarischen Abstimmungen so einzurichten habe, als ob von meiner Stimme die Entscheidung in der Sache selbst abhinge, dann muß ich auch die Möglichkeit gelassen in den Kauf nehmen, daß man meine von der Sorge für eine größere oder geringere Anzahl von Volksgenossen diktierte Zustimmung zu einer einzelnen Maßregel einmal als ein Vertrauensvotum für die ganze Regierungspolitik deutet. Diese Gefahr ist wahrlich nicht groß; der Schaden aber, der durch ein anderes Verfahren heraufbeschworen werden könnte, scheint mir erheblich.

XX

WOLFGANG HEINE · SONDERKONFERENZEN

AIE Zusammenkunft von Reichstagsabgeordneten der sich *radikal* nennenden Richtung, die auf Einberufung durch den Genossen Ledebour in Eisenach stattgefunden hat, ist der Anlaß zu vielfachen Erörterungen und zu bisher nicht weniger als 8 Anträgen für den Parteitag geworden. Was man von den Debatten in den Organisationen liest, zeigt, daß die Genossen von einer unbestimmten und nicht unbegründeten Sorge um die Einheit der Partei befallen sind, ohne daß die meisten eigentlich sich recht klar wären, wie die Tatsachen wirklich liegen, und worum es sich bei solchen Konferenzen handelt oder handeln kann. Namentlich werden sie auch vielfach durch die tendenziöse Behauptung irreführt, die Sonderkonferenzen wären eine bössartige Erfindung der verwünschten *Revisio-nisten*, und die unschuldigen *Radikalen* hätten sie nur sozusagen in Notwehr nachgeahmt. Wie es sich damit in Wahrheit verhält, darüber später.

Auch die Anträge zum Parteitag zeigen nicht allzuviel Klarheit und Bewußtsein ihrer Tragweite. Es ist nötig sie zunächst abzudrucken, wobei ich die Worte, auf die es mir ankommt, gesperrt wiedergebe:

110. 17. sächsischer Wahlkreis: »Die Generalversammlung des 17. sächsischen Reichstagswahlkreises drückt ihr Mißfallen darüber aus, daß ein Teil der Reichstagsfraktion in Eisenach eine Sonderkonferenz abgehalten hat. Sie erblickt darin eine Beeinträchtigung der Einheit in der Partei und den Massen. Die Kreisversammlung stellt sich (in dieser Frage) ganz auf den Standpunkt der *Volksstimme*.«
111. Mühlheim-Wipperfürth-Gummersbach: »Die Kreiskonferenz verurteilt auf das schärfste die Teilnahme an den sogenannten *Sonderkonferenzen* und

wünscht, daß es den als Delegierten zu den Parteitag gewählten Genossen verboten wird an irgendeiner Sonderkonferenz teilzunehmen. Die Kreiskonferenz protestiert gegen das parteischädigende Treiben der Sonderkonferenzen, wie unlängst eine in Eisenach stattgefunden hat. Die Kreiskonferenz beschließt beim deutschen Parteitag zu beantragen, dieser möge dafür sorgen, daß derartige Konferenzen in Zukunft unterbleiben.«

112. Recklinghausen-Borken: »Die Generalversammlung verurteilt energisch das Vorgehen der Parteigenossen einschließlich der Reichstagsabgeordneten, welche Konferenzen veranstalten oder daran teilnehmen, die auf Sonderbündelei hinauslaufen. Die Generalversammlung erwartet vom Parteitag, daß er das Vorgehen der Veranstalter und Teilnehmer entschieden mißbilligt.«

113. Lübeck und Köln: »Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die Abhaltung besonderer Zusammenkünfte von Parteitagsdelegierten der einen oder der andern Richtung, sowie die Arrangierung von Sonderkonferenzen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er erblickt darin ein die Einigkeit der Partei schwer gefährdendes Verhalten. Der Parteitag spricht die bestimmte Erwartung aus, daß derartige Sonderzusammenkünfte fernerhin unterbleiben.«

114. Magdeburg: »Der Parteitag möge auf das schärfste alle Sonderkonferenzen und -veranstaltungen verurteilen, die dazu bestimmt sind die Verhandlungen innerhalb der Parteiorganisationen überflüssig zu machen und an Stelle der offenen Aussprache unter Parteigenossen die Konventikelherrschaft zu setzen.«

115. Bonn: »Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Bonn-Rheinbach mißbilligt die Veranstaltung von Sonderkonferenzen, in denen Parteigenossen, gleichviel welcher Richtung, zu allgemeinen Parteifragen Stellung nehmen. Die Parteidisziplin verlangt, daß die Parteigenossen ihre theoretischen und taktischen Gegensätze im Rahmen der Organisation austragen. Derartige Sonderkonferenzen schwächen die Bedeutung des Parteitags und zersplittern die Kräfte der Partei, während das einheitliche Klasseninteresse des Proletariats eine starke, einheitliche Organisation fordert.«

116. Frankfurt am Main: »Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß Zusammenkünfte bestimmter Richtungen nach Art der Eisenacher Konferenz im Interesse der Geschlossenheit und Einheit der Partei vermieden werden.«

117. Niederbarnim: »Der Parteitag mißbilligt die Arrangierung jeder Art von Sonderkonferenzen sozialdemokratischer Parlamentarier. Die Abgeordneten sind in erster Linie Mitglieder der sozialdemokratischen Parteiorganisationen ihres Kreises und haben als solche daher die Pflicht diesen ihre Anschauungen und Meinungen über alle das Parteileben berührende Fragen zu unterbreiten.«

Man sieht an den hervorgehobenen Stellen, wie die Anträge von einander abweichen. Einige wollen alle *Sonderkonferenzen* verbieten (111, 112, 114, 115, 116), andere nur die von Parlamentariern oder Parteidelegierten (117, 113). Noch weniger Einigkeit herrscht über den Begriff der unzulässigen *Sonderkonferenz*. Die Anträge 111 und 116 wollen Zusammenkünfte »nach Art der Eisenacher Konferenz« oder »wie eine jüngst in Eisenach stattgefunden hat« verbieten. Das sagt gar nichts; denn man weiß ja nicht, welcher Art diese Eisenacher Konferenz eigentlich gewesen ist, worüber und was dort verhandelt worden ist. Dies alles halten die Beteiligten noch jetzt sorglich geheim, wie ja auch die Einberufung mit größter Heimlichkeit erfolgt ist. Einen Versuch einer Definition macht dagegen der Antrag 115 (Bonn), der jede Stellungnahme zu allgemeinen Parteifragen theoretischer und taktischer Natur außerhalb des Rahmens der Organisationen untersagen will. Das heißt, daß auch schon jede Erörterung und Debatte nur in den Organisationen stattfinden dürfte, denn auch sie enthält doch eine Stellungnahme der Redner. Das Verbot hätte auch keinen Sinn, wenn es schon dadurch umgangen werden

könnte, daß man einer formellen Abstimmung aus dem Weg ginge. Das beweist Stadthagens Versuch die Eisenacher Zusammenkunft, zu der die Eingeladenen aus allen Winkeln des Reichs zusammengetroffen waren, einer gelegentlichen Unterhaltung von Parteigenossen über Parteifragen gleichzustellen, weil in Eisenach keine Beschlüsse gefaßt worden wären.

Der Antrag 115 stimmt mit der Auffassung des zurückgezogenen Antrags 69 Absatz 2 des Jenaer Parteitags von 1911 überein, der nur zu Bildungszwecken besondere Vereinigungen und Zusammenkünfte zulassen wollte, und auch diese nur »im Rahmen der Organisation«, während der Redner des Parteitags Genosse Eichhorn wenigstens das Recht der Genossen sich auch außer dem Rahmen der Organisation über theoretische und wissenschaftliche Fragen zu verständigen in Anspruch nahm¹⁾.

Der Antrag 115 zeigt meiner Meinung nach die Unmöglichkeit besondere Beratungen im Weg eines Parteitagsbeschlusses zu verbieten. Er ist unzweifelhaft gut gemeint, aber er führt zu ganz unerträglichen Konsequenzen. Ich glaube nicht, daß die Antragsteller sich dessen bewußt gewesen sind, aber ich sehe in dem Antrag die Tendenz zur übermäßigen Zentralisierung und die Überspannung des Prinzips der Organisation, vor denen ich schon wiederholt gewarnt habe; die Annäherung an die Gepflogenheiten der katholischen Kirche wäre unverkennbar, wenn außerhalb der Organisation jede theoretische und taktische Erörterung untersagt wäre. Die Annahme des Antrags ist ja ausgeschlossen, aber schon, daß er offenbar in gutem Glauben und ohne jeden faktiösen Nebengedanken gestellt werden konnte, ist das Bedenkliche. Vielleicht werden auch die Kreise der Genossen, die meine Warnungen bisher verlacht oder (noch lieber) totgeschwiegen haben, nun, wo die Gefahr sich gegen sie wendet, einsehen, daß die Partei auf diesem Weg nicht noch weiter gehen kann. Wenn, wie die Genossen von Bonn verlangen, alle taktischen und theoretischen Erörterungen auf den Rahmen der Organisation beschränkt werden sollten, so wäre das der Tod jedes geistigen Lebens in der Partei. Die Versammlungen der Organisationen sind durchaus ungeeignete Plätze für theoretische Ausprachen. Sie sind meist viel zu groß dafür und durchweg mit geschäftlichen Aufgaben überlastet. Auch kann man von der weitaus größten Zahl der Genossen weder die Vorbildung noch das Interesse für theoretische Erörterungen verlangen, ohne die die Debatten fruchtlos bleiben müssen. Es ist auch nicht jedermanns Sache sich in einer öffentlichen Versammlung oder in einem Personenkreis, auf dessen Zusammensetzung er keinen Einfluß hat, über solche Probleme zu äußern. Manche, die im engern Kreis ihre Meinung wohl zu sagen wissen, scheuen sich davor in der großen Versammlung. Anderen erscheint es nicht lohnend, weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß ein einziger verständnisloser Schwätzer die ganze Debatte vom Gegenstand abdrängen, langweilig und fruchtlos machen kann. Für Erörterungen, die die theoretische und taktische Fortbildung der Parteigenossen bezwecken, sind kleinere Zirkel, die selbständig und nach Neigung zusammentreten, die natürlichste und zweckmäßigste Form; eine Form, die sich geradezu aus dem Wesen solcher Besprechungen von selbst ergibt. So sind in der letzten Reichstags-session wissenschaftliche Vorträge und Diskussionen veranstaltet worden, die einen durchaus unoffiziellen Charakter trugen, und woran Abgeordnete un-

¹⁾ Siehe das Protokoll des deutschen sozialdemokratischen Parteitags von 1911 /Berlin 1911/, pag. 375.

serer Fraktion von beiden Richtungen teilnahmen. Dies Unternehmen ist sehr zu begrüßen, wäre aber nach dem Antrag 115 ebenfalls unzulässig. Solcher nicht offiziellen Veranstaltungen müßte es noch viel mehr geben. Sie sind eine Voraussetzung regern wissenschaftlichen und politischen Lebens in der Partei. Sie verbieten zu wollen stünde völlig auf gleichem Fuß mit einem Verbot in anderen Blättern als den von den Parteiorganisationen herausgegebenen etwas zu veröffentlichen: ein Verlangen, das freilich, so unsinnig es ist, auch schon gestellt worden ist.

Die Bonner Genossen begründen ihre unmögliche Forderung in hergebrachter Weise mit der »Parteidisziplin«. Immer und immer wieder dieses nach Schulstube und Kasernenhof riechende Wort! Es ist ja begreiflich und in gewisser Weise entschuldbar, daß der preußische Polizei- und Kasernengeist auch an den unter ihm aufgewachsenen Parteigenossen nicht spurlos vorübergegangen ist; aber nachdrücklich muß betont werden, daß die Genossen sich von diesem Geist freimachen müssen, wenn nicht die Partei unwiederbringlichen Schaden leiden soll. Die Disziplin, die gefordert werden darf, verpflichtet ausschließlich zu der Teilnahme an bestimmten gegen den Feind gerichteten von der Partei beschlossenen **Aktionen**. Geistige Arbeit in der Partei, wozu auch theoretische und taktische Erörterungen gehören, reglementieren zu wollen widerspricht dem Wesen solcher Tätigkeit und dem Grundsatz persönlicher Freiheit. Kein Mensch würde sich um einen solchen Beschluß kümmern.

Ebenso unberechtigt und undurchführbar ist der Niederbarnimer Antrag 116, der nur die Sonderkonferenzen von **Parlamentariern** mißbilligt, weil diese die Pflicht hätten ihren **Wahlkreisen** ihre Anschauungen zu unterbreiten. Gewiß haben sie diese Pflicht. Will man ihnen aber verbieten sich zunächst einmal durch Erörterungen in ihnen dazu geeignet dünkenden Kreisen ihre Ansichten zu bilden? Oder sollen die Abgeordneten etwa ihre Meinungen dritten gegenüber erst dann äußern, wenn sie sie ihrem Wahlkreis »unterbreitet« haben? Zu welchem Zweck »unterbreitet«? Etwa damit die Wahlkreise erst Beschluß darüber faßten, welche Ansicht ihr Abgeordneter hätte oder haben dürfte? Ein solches Verlangen ist meines Wissens noch niemals in der Partei gestellt worden. Gefallen den Genossen die Ansichten ihres Vertreters nicht, so mögen sie ihn zur Niederlegung des Mandats veranlassen oder ihn nicht wieder aufstellen; aber Schweigen können sie ihm nicht auferlegen. Ich sehe auch hier in den unsinnigen Konsequenzen des Antrags nicht sowohl eine böse Absicht der Antragsteller als einen Beweis der in der Sache liegenden Unmöglichkeit eine befriedigende Formulierung zu finden.

Auch wo die *Sonderkonferenzen* nicht theoretischen oder taktischen Erörterungen dienen sondern sich mit der Vorbereitung bestimmter Handlungen beschäftigen und zu Beschlüssen führen, sind sie oft ganz unentbehrlich und liegen geradezu im Interesse der Einheit der Partei. Das gilt sowohl von der Fraktion als den Parteitag. Bei streitigen Fragen stehen sich wohl nie nur zwei einander ausschließende Lösungen schroff entgegen, über die man einfach abstimmt, sondern stets liegen noch andere Möglichkeiten vor, über die die verschiedenen Richtungen mit einander verhandeln. So hat man früher in den meisten Fällen Parteikonflikte gelöst; dazu war es aber nötig, daß die Gruppen in gesonderten Beratungen Stellung nahmen. In Dresden hätten sich die sogenannten *Revisionisten* ohne Sonderkonferenzen nicht schlüssig machen

können die ominöse Resolution anzunehmen, obgleich oder, richtiger, weil sie nach ihrer Überzeugung grundlos war und offene Türen einrannte. Auch in Nürnberg ist tagelang über einen Ausgleich verhandelt worden, was gar nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht in engeren Kreisen die Vorschläge geprüft und beraten worden wären. Allerdings kann der Parteitag für solche Zwecke Ausschüsse einsetzen. Diese aber können immer nur Vorschläge machen; ob die Gruppen sie annehmen, können erst Sonderkonferenzen feststellen. Als in Magdeburg die sogenannte *radikale* Mehrheit nach stundenlangen Sonderverhandlungen die Minderheit rücksichtslos majorisiert hatte, blieb eben dieser nichts übrig als sich zu einer Beratung zurückzuziehen, um festzustellen, welche Konsequenzen sich daraus für sie ergäben. Solche getrennten Beratungen sind also unter Umständen unentbehrlich und werden, je mehr die Partei anwächst, immer notwendiger werden. Verboten darf man sie auf keinen Fall.

Damit soll nun keineswegs gesagt sein, daß die Eisenacher Konferenz, von der man nichts weiß, oder daß alle Sonderberatungen nötig und nützlich wären. Der Magdeburger Antrag 114 enthält einen ganz richtigen Gedanken, wenn er sich gegen Sonderkonferenzen wendet, sofern sie »bestimmt sind die Verhandlungen innerhalb der Parteiorganisationen überflüssig zu machen und an Stelle der offenen Aussprache unter Parteigenossen die *Konventikelherrschaft* zu setzen«. Ich meine allerdings, daß man praktisch auch mit einer solchen Definition nichts würde anfangen können, weil diese Zweckbestimmung von den Beteiligten, vielfach im besten Glauben, bestritten werden würde, und der zwingende Beweis dafür nie erbracht werden könnte. Deshalb bin ich auch gegen den Antrag 114 und meine, daß der Parteitag Beschlüsse in dieser Frage überhaupt nicht fassen sondern das Ganze dem Taktgefühl und der Parteitreu der Genossen überlassen sollte.

Es ist doch wohl wünschenswert sich einmal zu vergegenwärtigen, welche *Sonderkonferenzen* wirklich stattzufinden pflegen.

Seit ich Abgeordneter bin, sind regelmäßig die Delegierten von Groß Berlin schon vor dem Beginn des Parteitags zusammengetreten, zu dem ausgesprochenen Zweck ein geschlossenes Auftreten auf dem Parteitag vorzubereiten; selbstverständlich eine Stellungnahme im sogenannten *radikalen* Sinn, wenn auch, wie ich betonen muß, die Delegierten und Abgeordneten aller Richtungen eingeladen wurden. Beiläufig bemerkt sind die Groß Berliner Sonderzusammenkünfte, in Verbindung mit der Gepflogenheit der sogenannten *Radikalen* sich auf den Parteitagen gesonderte Plätze zu belegen, der erste Anlaß gewesen, daß auch die andere Seite sich zum gleichen Vorgehen entschlossen hat; zuerst in Dresden. Solche Vorbesprechungen können ganz unbedenklich sein, wenn den Delegierten dabei die Freiheit der Abstimmung auf dem Parteitag selbst gelassen wird, was meines Wissens bei den Groß Berliner Sonderkonferenzen immer der Fall gewesen ist. Ja, sie können ganz notwendig werden. Andererseits sollte man schon aus Achtung vor dem Parteitag nach Möglichkeit jede Beschlußfassung vermeiden, bevor man den Verlauf der Verhandlungen und die Gründe der Gegner kennt. Ein Entschluß nicht hören zu wollen und sich nicht belehren zu lassen würde in der Tat, wie die Magdeburger Genossen sich ausdrücken »die Verhandlungen überflüssig machen« und könnte der Anfang einer Konventikelherrschaft sein.

Dem Dresdener Parteitag waren in Berlin die scherzhaft als *Jakobinerklub*

bezeichneten Zusammenkünfte vorangegangen, die zur Erhitzung der Gemüter gegen die Revisionisten das ihrige beitrugen und nach erreichtem Zweck sanft entschlafen sind. Ihr Zweck und ihre Wirkung waren nach meiner Meinung sehr schädlich für die Partei, aber durch ein Verbot würde man das Übel nicht vermieden haben.

In der Reichstagsfraktion liegt die Sache folgendermaßen, was hier, da die ganze Frage einmal zur Erörterung gekommen ist, nicht verschwiegen werden darf. Schon seit Jahren haben diejenigen, die sich nicht zu dem sogenannten *Radikalismus* rechnen, die Beobachtung gemacht, daß häufig in den des Mittwochs stattfindenden Fraktionssitzungen der andere Flügel mit offenbar vorbereiteten Anträgen und Abstimmungen auftrat, namentlich dann, wenn er gerade die Mehrheit hatte. Dabei handelte es sich meist um reine Personalfragen, wie denn überhaupt der Kampf des sogenannten *Radikalismus* gegen seine Gegner in der Fraktion sich selten um etwas anderes drehte, ausgenommen die Erbschaftssteuerfrage 1909 und die Hofgangfrage 1912. Erst die Häufigkeit dieses Vorgehens hat die sogenannten *Revisionisten* genötigt gelegentlich auch ihrerseits gesonderte Besprechungen zu veranstalten. In der letzten Zeit wurde ganz offiziell die Tatsache solcher getrennter Sitzungen durch den Fraktionsvorstand anerkannt und für zulässig erklärt.

Die Wirkung solcher vorherigen Beschlußfassung auf der sogenannten *radikalen* Seite hat sich namentlich in der Präsidialfrage im Februar 1912 gezeigt, soll aber auch noch in späteren Fraktionssitzungen hervorgetreten sein, denen ich wegen Krankheit fernbleiben mußte. Auf der sogenannten *revisionistischen* Seite hat man auch mit Sonderzusammenkünften geantwortet. Nur liegt es im Wesen dieser Gruppe, die ja das kritische und individuelle Moment im Gegensatz zur offiziellen Lehre und Überlieferung vertritt, daß sie nicht die Geschlossenheit besitzen kann, die dem sogenannten *Radikalismus* leicht fällt. So haben denn ihre Besprechungen keine bindende Bedeutung. Auch spielt bei ihnen die häufige Behinderung der süddeutschen Kollegen durch die Landtagssitzungen eine erhebliche Rolle.

So liegen jetzt die Dinge. Ich wiederhole noch einmal, daß solche gesonderten Konferenzen unter Umständen unentbehrlich und für die Partei sehr förderlich sein können. Anders liegt natürlich die Sache, wenn daraus eine regelmäßige Einrichtung wird. Auch besteht ein großer Unterschied dazwischen, ob die Minderheit, oder ob die Mehrheit so vorgeht. Sonderkonferenzen der Minderheit können niemals die Fraktionsberatungen ausschalten. Kommt aber die Mehrheit mit Beschlüssen in die Fraktionssitzung, die sie ohne Anhörung der Minderheit gefaßt hat, so heißt das wirklich die Beratungen der Fraktion überflüssig machen. Das selbe gilt auch von der Eisenacher Konferenz. Es ist ein Unterschied, ob die sich von selbst ergebenden Besprechungen politischer Fragen, wie sie sich im Wandelgang und den Arbeitsräumen des Reichstags unter Freunden und Genossen von selbst ergeben, auch einmal in ein besonderes Zimmer verlegt werden, oder ob man die Abgeordneten einer Richtung eigens aus ganz Deutschland zusammenruft. Es ist etwas anderes, wenn man sich gelegentlich kurz vor der Fraktionsberatung mit einander ausspricht, als wenn man monatelang vor dem Parteitag zusammenkommt, berät und die Ergebnisse sorgfältig geheim hält. Welchen andern Zweck kann diese Geheimniskrämerei haben als eine Abschneidung der Kritik oder eine Überrumpelung, also Ausschaltung des Parteitags?

Ein solches Verfahren kann natürlich die Freude der Minderheit an den parlamentarischen Arbeiten nicht erhöhen und das persönliche Verhältnis unter den Fraktionskollegen nicht angenehm machen. Indessen wäre das Nebensache, da man ja doch nicht des Vergnügens wegen Abgeordneter ist. Eine wirkliche Gefahr dagegen liegt in folgendem: Hört man einander nicht mehr ernsthaft an, so hört man auch auf einander zu verstehen. Dann können bald wieder die wildesten Märchen geglaubt werden. Vor allem aber müssen die Beschlüsse selbst durch eine solche Isolierung der Gruppen beeinflußt werden. Eine große Partei muß mehrere Richtungen in sich vertragen können, ja die Vielfältigkeit der Auffassungen ist gerade eine Gewähr ihres Lebens. Bei offener und eingehender Aussprache werden die Parteibeschlüsse in der einen Frage mehr nach dieser, in der andern mehr nach jener Richtung ausfallen, weil die Erfahrungen der einzelnen einander ergänzen, und die persönlichen Temperamente und Neigungen sich zu einer mittlern Linie ausgleichen. Auch der Einfluß der nach außen verantwortlichen Leitung der Partei und Fraktion kommt dabei in angemessener Weise zu ihrem Recht. So und nur so können von dem Bewußtsein der Einmütigkeit getragene wirksame Aktionen der Fraktion zustande kommen. Ganz anders, sobald der Schwerpunkt in die Sonderberatungen der Gruppen verlegt wird. Dann hat die Phrase eine ganz andere Macht. Es wird bald nicht mehr gefragt werden: wofür sprechen die besten Gründe? sondern: was ist das Gesinnungstüchtigste? Namentlich neu gewählte Abgeordnete, die sonst nach ernsthafter, freier Prüfung ihre Stellung zu den einzelnen Fragen nehmen würden, könnten dadurch von vornherein festgenagelt werden. Man wende nicht ein, daß das nicht die Absicht wäre. Ich will das gern glauben. Aber diese Wirkung kann, ja muß im Verlauf der Dinge von selbst eintreten. Kommt dann noch eine rücksichtslose Majorisierung dazu, so wird die Einigkeit der Fraktion zum hohlen Wort.

Deshalb scheint es mir doch dringend notwendig, daß die Parteigenossen die Sonderkonferenzen auf das wirklich notwendige Maß einschränken. Die sogenannten *Revisionisten* haben kein Interesse an ihnen, haben vielmehr nur notgedrungen und in einem sehr geringen Umfang sich dazu bequemt. Sie wünschen sachliche Aussprachen in der Fraktion, schon weil sie fest von dem Gewicht ihrer Gründe überzeugt sind. Auch die sogenannten *Radikalen*, die das Grundsätzliche mehr als das von der politischen Opportunität Diktierte maßgebend sein lassen wollen und die hergebrachten Formen der Theorie und Agitation gegen deren Fortentwicklung vertreten, können kein vernünftiges Interesse an einer Ausschaltung der Fraktionssitzungen haben. Sie werden sich sagen, daß in der Politik einer großen Partei die beiden Richtungen vorhanden sein müssen. Bei den ganzen Verhältnissen im Deutschen Reich ist die Ausschlagsweite der möglichen Abweichungen unserer Politik ohnehin gering und die Verständigung in den meisten Fällen leicht.

Anders wäre es nur, wenn die *Radikalen*, was nach meiner Meinung nicht gelingen wird, ins Schlepptau der Leute gerieten, deren Politik weder *revisionistisch* noch *radikal*, überhaupt nicht mehr sozialdemokratisch, ja richtiger gesagt gar keine Politik sondern die *Negation jeder Politik* ist, und mit denen deshalb Verständigung und Zusammenarbeit ausgeschlossen scheinen.

Es gibt eine solche kleine Gruppe, mit der die große Menge der sich *radikal* nennenden Genossen gerechterweise nicht zusammengeworfen werden darf. Es sind die Leute, die, als die Partei eine Niederlage erlitt, behaupteten, daß

EDUARD BERNSTEIN · DARF HILDEBRAND AUSGESCHLOSSEN WERDEN?

UNSERE Partei hat sich in Chemnitz mit überaus wichtigen Fragen ihrer Politik und ihrer Verfassung zu beschäftigen. Unter diesen Umständen wird die dem Parteitag zur Erledigung unterbreitete Frage Hildebrand vielen als unbedeutend erscheinen. Leicht ist es möglich, daß sie erst ziemlich am Schluß des Parteitags zur Verhandlung kommen wird und so Gefahr läuft dann dem unvermeidlichen **abgekürzten Verfahren** anheimzufallen. Formell handelt es sich ja dabei bloß um eine Person, und was hat bei der Größe der Bewegung eine Personenfrage auf sich? Anscheinend außerordentlich wenig. Hängt doch für das Wohl und Wehe der Partei materiell so gut wie nichts davon ab, ob mit einer einzelnen Person etwas zu milde oder zu scharf verfahren wurde. *Mann über Bord!* heißt es im äußersten Fall, die Wellen schließen sich im nächsten Augenblick, und das Riesenschiff setzt majestätisch mit unveränderter Kraft seine Fahrt fort.

Es liegt in der Tat etwas unbeschreiblich Großartiges darin, daß die Sozialdemokratie eine Stärke erlangt hat, bei der selbst das Ausscheiden der bedeutendsten Persönlichkeit ihre kraftvolle Wirksamkeit und Weiterentwicklung nicht mehr beeinträchtigen kann. An bestimmten Stellen des Parteiorganismus werden Lücken nicht immer sofort vollgültig ausgefüllt werden können, wird der Verlust einer hervorragend tüchtigen Kraft noch lange Zeit sich fühlbar geltend machen. Aber kein einzelner Posten hat mehr eine solche Bedeutung für die Gesamtbewegung, daß deren Schicksal von seiner Besetzung abhinge. Diese Gewißheit hat etwas ungemein Erhebendes. Sie wäre aber das verhängnisvollste Geschenk, das der Partei zuteil werden kann, wenn sie zum Anlaß würde das Recht des einzelnen Mitglieds als Geringfügigkeit zu behandeln. Genau das Gegenteil muß aus ihr gefolgert werden. Größe verpflichtet. Sie macht es zur Ehrenpflicht der Partei sorgfältig Jarüber zu wachen, daß keinem ihrer Mitglieder Unrecht geschieht.

Die Ausstoßung Gerhard Hildebrands wäre aber ein Unrecht. Ich fühle mich befugt und auch verpflichtet dies auszusprechen, weil ich, wie man weiß, in sehr wichtigen Fragen einer der entschiedensten Gegner der von Hildebrand verfochtenen Ansichten bin. Stünden seine Theorien zur Debatte, oder genauer, handelte es sich um einzelne der Folgerungen, die er aus seinen Theorien gezogen hat, so würde ich zu seinen schärfsten Widersachern gehören. Ansichten, wie sie in der von ihm und M. Maurenbrecher dem Jenaer Parteitag übersandten Resolution zum Ausdruck kommen, werden mich stets auf der Seite ihrer Bekämpfer finden. Die Sozialdemokratie würde nach meiner Meinung in Gefahr geraten ihren Kompaß zu verlieren, wenn sie sie akzeptierte. Aber mögen die Ansichten Hildebrands noch so verhängnisvolle Irrtümer einschließen, um dieser Irrtümer willen ihm die Parteizugehörigkeit zu nehmen wäre ein bitteres Unrecht gegen ihn und die Partei selbst.

Bitteres Unrecht gegen Hildebrand schon deshalb, weil die Ausstoßung der einen Persönlichkeit gar nicht die Ansicht selbst sondern nur deren **Bekennerschaft** treffen würde. Weil er unerschrocken genug ist sie offen zu bekennen und sich Mühe gibt sie wissenschaftlich zu begründen, würde er von der Ausstoßung betroffen werden. Denn irgendwelche Bürgschaft, daß

nicht noch andere Parteimitglieder seiner Ansicht sind, ist natürlich nicht gegeben. Dem Ausspruch des Satirikers, die Gefängnisse seien dazu da, daß diejenigen, die nicht darin sitzen, sich einreden können, sie seien Ehrenleute, liegt eine gute Dosis Wahrheit zugrunde. Die Sozialdemokratie ist ein so gewaltiger Körper geworden, daß sich, man könnte sagen, durch die rein mechanische Attraktion vielfach Elemente in ihre Reihen einfügen, die sich mit Nachdenken über das Wesen und die Probleme des Sozialismus außerordentlich wenig abgequält haben und abquälen. Das ist unvermeidlich, denn niemand kann den Menschen in Herzen und Nieren sehen, und die Aufnahme in die Partei von einer Prüfung und Vereidigung abhängig machen zu wollen wäre lächerlich und obendrein unwirksam. So etwas paßt allenfalls für die Konventikel einer Sekte; die Sozialdemokratie ist aber über das Stadium der Sekte längst hinaus. Ja, mehr noch, sie ist auch nicht mehr schlechthin eine Partei wie andere. Sie ist auch darüber hinaus. Sie ist eine große Bewegung der Nation im Rahmen einer Partei, und gerade weil sie diese gewaltige Größe erlangt hat, in ihrer Art geradezu selbst eine Nation ist, braucht sie mehr Freiheit, mehr Recht der Persönlichkeit als je. Die Sekte hat das Recht bei Meinungen Ausschließlichkeit zu üben, ihre Mitglieder gegebenenfalls zu katechisieren. Für die Partei wäre das Kinderei, wird der Raum für Meinungsverschiedenheiten mit Notwendigkeit erweitert. Die Sekte vertritt eben vor allem bestimmte Meinungen, kämpft für deren Bürgerrecht im Reich der Ideen, die Partei aber vertritt Interessen und kämpft für Rechte und Einrichtungen in Staat und Gesellschaft. Und hat eine Partei die Größe und den Ausbau erlangt wie in Deutschland die Sozialdemokratie, dann ist sie ein Gemeinwesen mit einem großen Teil der Eigenschaften eines Staates und damit auch dessen Verpflichtungen. Es ist schon wiederholt an dieser Stelle dargelegt worden, daß bei uns Ausschluß aus der Partei heute ganz etwas anderes heißt als Ausschluß aus einer freien Verbindung, die man mit einer ähnlichen vertauschen oder durch Gründung einer ähnlichen ersetzen kann. Ausschluß aus der Partei heißt hier Ausschluß aus einer unersetzlichen Gemeinschaft. Und darum darf er nicht wegen Meinungsdivergenzen erfolgen.

Er darf es nicht, und er braucht es auch nicht. Die Partei ist so groß und festgefügt, daß die Tradition in ihr immer mächtiger sein wird als irgendwelche Ketzerei. Wer nicht will, daß die Tradition zur Schablone verknöchert, der muß der Verfechtung ketzerischer Ansichten Spielraum zugestehen. Es ist eine so gemeinplätliche Wahrheit, daß man fast Anstand nimmt von ihr Redens zu machen, aber man kommt doch nicht umhin auf sie Bezug nehmen zu müssen: Jede neue Wahrheit, jede neue Erkenntnis tritt zuerst als Ketzerei auf. Und selbst Ketzereien, die in der Grundidee irrig sind, haben oft dadurch ihren großen Wert, daß sie mittelbar auf neue Erkenntnis führen. Die Geschichte aller Wissenschaften legt davon Zeugnis ab. Hildebrands erbittertste Gegner müssen, wenn sie der Wahrheit die Ehre geben wollen, zugestehen, daß seine fleißigen Untersuchungen viel Licht auf wichtige wirtschaftliche Fragen geworfen haben, an denen die Rechtgläubigkeit unachtsam vorüberzugehen pflegte. Die Ketzerei ist ein nicht zu unterschätzender Stachel für das geistige Leben in der Partei. Nur die geistig Bequemen hassen sie grundsätzlich. Wer echte Liebe zur Wahrheit hat, der wird den Irrtum bekämpfen, aber er wird ihn nicht verbannen.

Der Spruch der 4 Parteischiedsrichter, die gegen 3 dissentierende Kollegen Hildebrands Ausschluß aus der Partei dekretiert haben, ist in den *Sozialistischen Monatsheften* von den Genossen Heine, Kampffmeyer, Schröder, Erdmann und Fischer so vorzüglich beleuchtet worden, daß ich ihn hier nicht noch einmal durchgehen will. Nur auf einen Punkt glaube ich zurückkommen zu müssen. Im Schiedsspruch wird als die den Ausschluß rechtfertigende Ketzerei bezeichnet, daß Hildebrand »die sozialen Forderungen des grundsätzlichen Teils des Parteiprogramms als offene Fragen betrachtet wissen will«. Träfe das in Wirklichkeit zu, so würde sich wenigstens die Logik des Ausschlusses rechtfertigen lassen. Wem die grundsätzlichen sozialen Forderungen der Partei zweifelhaft sind, der wäre ein wenig hiebester Mitkämpfer. Aber aus der weitern Begründung des Spruchs geht hervor, daß wir es hier mit einer falschen Ausdrucksweise zu tun haben. Nicht um die »sozialen« Forderungen sondern um ökonomische Ableitungen, und nicht um den grundsätzlichen Teil schlechthin sondern um dessen theoretische Sätze handelt es sich. Hildebrand will einen Teil der schematischen Leitsätze sozialdemokratischer Politik, die im grundsätzlichen Teil des Parteiprogramms aus dessen theoretischer Begründung abgeleitet sind und auf die Wirtschaftsentwicklung sich beziehen, als offene Fragen behandelt wissen. Wer aber darin einen Grund zum Ausschluß sieht, der stößt nicht bloß Hildebrand, der stößt auch nachträglich Karl Marx und Friedrich Engels, die geistigen Väter unserer Bewegung, aus der Sozialdemokratie aus. Denn das trennt ja gerade deren wissenschaftlichen Sozialismus von allen utopistischen oder dogmatischen sozialistischen Lehrgebäuden, daß er von der wirtschaftlichen Entwicklung die Richtlinien seiner Sozialpolitik ableitet, und da jene nie still steht und jede Theorie über sie Irrtümern ausgesetzt ist, diese Richtlinien nicht als etwas Abgeschlossenes, für alle Zeiten Gültiges betrachtet. Nun kann niemand bestreiten, daß diejenigen Sätze unseres Parteiprogramms, die diesem als theoretische Grundlage dienen, in wesentlichen Punkten mit der Wirklichkeit nicht, oder meinetwegen nicht mehr, übereinstimmen, daß sie verschiedentlich von der tatsächlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens überholt, und daß sie weiterhin auch nicht erschöpfend sind. Wie kann man angesichts dieser Tatsache ihren Nachsätzen axiomatische Kraft beilegen wollen?

Es ist eine den Grundsatz der Wissenschaftlichkeit umstoßende Forderung die aus einer unvollkommenen Theorie abgeleiteten praktischen Folgerungen in allen ihren Teilen als letzte Wahrheiten zu betrachten, und denjenigen, die diese Forderung stellen, wäre Hildebrand fast berechtigt zuzurufen: »Regierte Recht; so läget ihr im Staub vor mir...« Mit einer Begründung wie die oben zitierte, die alle möglichen Auslegungen zuläßt, kann man nun und nimmer einen Ausschluß rechtfertigen. Mindestens müßten die »sozialen Forderungen«, denen Hildebrand die Endgültigkeit wirklich oder angeblich aberkennt, sehr viel bestimmter bezeichnet werden. Wenn die Genossen, die den Schiedsspruch fällten, davon absahen, so haben sie wahrscheinlich selbst das Empfinden gehabt, daß ihnen bei dem Versuch auf bestimmte Punkte einzugehen der Boden unter den Füßen ins Wanken kommen würde. Soweit die konkreten Folgerungen bekannt sind, die Hildebrand aus seinen theoretischen Anschauungen zieht, hat er in der internationalen Sozialdemokratie nicht wenige Missethäter. Auch würden hier gleichfalls die großen Vorkämpfer der Sozialdemo-

kratie mit vor das Forum gezogen werden müssen. Es sei nur daran erinnert, was Ferdinand Lassalle über das Recht der großen vorgeschrittenen Kultur-nationen gegenüber den zurückgebliebenen Völkerschaften geschrieben hat, und in diesem Punkt unterschied sich der Verfasser der Schrift *Der italienische Krieg und die Aufgaben Preußens* gar nicht sehr von Marx und Engels. Gewiß stellen sich viele einschlägige Fragen heute wesentlich anders als zur Zeit dar, in der jene Vorkämpfer lebten, und würden daher von ihnen anders beantwortet werden. Aber das beweist eben nur, daß es in diesen Dingen keine Endgültigkeit gibt, und die Sozialdemokratie sich an sich selbst ver-sündigen würde, wenn sie der Nachprüfung aus der Theorie gewonnener Sätze Grenzen setzen wollte.

Es fällt mir selbstverständlich nicht ein den Genossen, die den Schiedsspruch über Hildebrand gefällt haben, den redlichen Willen abzustreiten nach bestem Wissen die Interessen der Partei wahrzunehmen. Wie ich zu Hildebrands politischen Liebhabereien stehe, habe ich am Eingang dieses Artikels bemerkt. Für die zu entscheidende Rechtsfrage kann das jedoch mein Urteil nicht be-influssen. Hildebrand ist sicherlich kein sehr bequemer Parteigenosse. Aber, wie hoch oder wie niedrig man seine Ideen einschätzen will, ob man sie unterschreibt oder bekämpft, eines kann ihm niemand bestreiten: Er ist Pionier einer eigenartigen Anschauung der großen Fragen der Weltwirtschaft, und ein ordentlicher Pionier ist nie ein bequemer Geselle. Soll man darum den Pionierberuf für *unehrlich* erklären?

Wer nicht will, daß die Partei sich diese Blöße gibt, muß für Aufhebung des Schiedsspruchs stimmen.

XX

ENGELBERT PERNERSTORFER · MEINUNG UND PARTEI



AN wird sich in Chemnitz auch mit einer Ausschließungsfrage zu beschäftigen haben. Sie betrifft den Genossen Hildebrand. Ich habe leider die Schriften Hildebrands, um die es sich hier handelt, nicht gelesen, bin also durchaus unzuständig, um persönlich ein Urteil abgeben zu können. Über den Fall Hildebrand ist mir außer den in den *Sozialistischen Monatsheften* veröffentlichten Artikeln und außer den Nachrichten, die der *Vorwärts* gebracht hat, nichts bekannt. Der betreffende Leit-artikel des *Vorwärts* verteidigte die vorinstanzliche Ausschließung allerdings in so schwächlicher Weise, daß ich sie ganz und gar als ungerechtfertigt an-sehen möchte. Ich hoffe, daß der Parteitag die Prüfung der Angelegenheit mit Ernst und Würde betreiben wird.

Doch ist der Fall vielleicht ein geeigneter Anlaß einige Worte über die Freiheit der Meinungsäußerung innerhalb der Partei zu sagen. Wir halten ja sehr auf sie, und daß sie ernstlich gefährdet sei, kann man wohl nicht sagen. Aber daß gewisse Bestrebungen vorhanden sind sie einschränken zu wollen, kann kaum geleugnet werden. Es gibt Parteigenossen, die es versuchen selbst solche Meinungsäußerungen, die ihrem Wesen nach mit den Grundsätzen und der Betätigung der Partei nicht das geringste zu tun haben, als förmliche Partei-widrigkeiten zu brandmarken. Ich habe da ein lustiges Beispiel an mir selbst erlebt. Ich hatte in einem Theaterfeuilleton der Wiener *Arbeiterzeitung* Richard

Wagner als den größten Deutschen nach Goethe erklärt. Das mag nun ganz falsch sein, und wenn mich deswegen jemand für einen Idioten erklärt, so ist das sein gutes Recht. Ich habe selbstverständlich auch nichts dagegen, daß in einem langen Artikel der *Neuen Zeit* die ganze persönliche und künstlerische Nichtswürdigkeit Richard Wagners aufgedeckt wird. Nur nötige man mich nicht diese Auffassung als der Weisheit letzten Schluß anzusehen. Noch gibt es keine sozialdemokratische Ästhetik, deren Sätze für die Parteimitglieder bindend wären. Und die Versuche eine solche Ästhetik aufzustellen (siehe Heinz Sperber und Genossen) können wenigstens vorerst als gescheitert angesehen werden. Ich hätte also nichts dagegen gehabt, wenn irgendein Parteiblatt meine Meinung über Richard Wagner in Grund und Boden hinein kritisiert hätte. Damit aber begnügte sich die *Bremer Bürgerzeitung* nicht: Sie sah in meiner Meinung eine Äußerung, die parteipolitisch bedenklich sei. Ich und mancher andere haben herzlich darüber gelacht. Aber schließlich ist eine solche Sache gar nicht lächerlich. Sie ist es, wenn man sie als den Ausrutscher eines einzelnen betrachtet; sie ist es nicht, wenn sie ein Symptom bedeutet.

Ein Sozialdemokrat ist dazu verbunden das Parteiprogramm anzuerkennen und die Parteibeschlüsse zu achten. Aber weder jene Anerkennung noch diese Achtung schränken ihn in der Freiheit seiner Kritik ein. Weniger Freiheit als der bürgerliche Staat seinen *Untertanen* gibt, hat nun einmal auch der Parteigenosse nicht. Der bürgerliche Staat sagt mir: Wenn du das und das tust oder sagst, hast du eine Majestätsbeleidigung begangen und wirst, wenn du vor Gericht kommst, bestraft. Aber er hindert mich nicht öffentlich zu sagen, daß ich die staatliche Gesetzgebung in Sachen der Majestätsbeleidigung mißbillige, daß ich den betreffenden Paragraphen des Strafgesetzbuches abgeändert wünsche. Er hindert mich nicht dafür öffentlich zu schreiben und zu sprechen. Nur wenn ich mich gegen das bestehende Gesetz tatsächlich vergehe, nimmt er mich *hopp*. Und so muß es natürlich auch jedem Sozialdemokraten erlaubt sein jeden Punkt des Parteiprogramms, jeden Parteibeschuß, betreffe er das Programm oder die Taktik, zu kritisieren. Das ist bisher immer so in der Partei gehalten worden. Auch bei dem Parteigenossen beginnt die Straffälligkeit erst dann, wenn er unmittelbar gegen die einmal bestehenden Parteigesetze handelt.

Die eigentlichen Parteigesetze nun haben immer nur wenige Paragraphen. Diese sind in der Regel deutlich, klar und unmißverständlich. Hinterher kommen aber häufig Parteijuristen, die mit Lust ihrem Geschäft nachgehen: zu deuten und zu deuteln, auszulegen und unterzulegen. Dieser Streit kräuselt aber in der Regel nur die obersten Flächen der Parteibewegung. In die Tiefe dringt er fast nie. Nicht so einfach sind die Vorschriften des Handelns. Denn sie können nicht immer so gleichförmig sein wie es manche wünschen. Ein großes Heer hat wohl eine gewisse einheitliche Taktik, aber sie erleidet naturgemäß ihre jeweilig örtlich notwendigen Abänderungen. Das Schlachtfeld ist ausgedehnt, und jeder einzelne Heerkörper hat ein bestimmtes Maß von Selbstverantwortlichkeit. Innerhalb der Phase der modernen Arbeiterbewegung, in der wir leben, konnte zum erstenmal deutlich das Vorhandensein verschiedener Strömungen im modernen Sozialismus auf dem internationalen Sozialistenkongreß zu Brüssel /1891/ bemerkt werden. Und seitdem hat auch in der deutschen Arbeiterbewegung der Meinungsstreit nicht aufgehört, der sich hauptsächlich auf Fragen der Taktik bezog. Es hat nicht an Versuchen gefehlt Meinungen,

die mit der Sache der Partei im Grunde nichts zu tun hatten, zu ächten. An Bernsteins Bestrebungen Programm und Taktik der deutschen Sozialdemokratie zu revidieren knüpfte sich die Bekämpfung der Revisionisten, deren einzig Gemeinsames in dem Kampf gegen die Uniformierung aller Parteimeinungen lag. Mit Leidenschaft wurde diese Bekämpfung auf den Parteitag in Lübeck /1901/, München /1902/ und insbesondere Dresden /1903/ geführt, von denen man die Niederwerfung des Revisionismus erhoffte. Wenigstens mochte die Absicht vorliegen die Revisionisten zu einer in der Partei eben nur geduldeten Gruppe herabzudrücken. Die Hoffnung schlug fehl. Auch heute noch reicht die Partei von K. Kautsky bis Wilhelm Kolb. Nur daß K. Kautsky heute nicht mehr den *linksten* Flügel der Partei anführt. Genosse Dr. Otto Bauer hat schon die neue Formel aufgestellt: Er sieht bereits 3 Gruppen: in der Mitte das *marxistische Zentrum*, auf dem rechten Flügel den Revisionismus, auf dem linken den *Radikalismus*. An diesem Zustand der Entwicklung ist nichts zu mäkeln. Je weniger Starrheit und Einförmigkeit, um so mehr Leben. In der Hauptsache, in den leitenden Grundsätzen, solange sie gelten, Einigkeit, in allem übrigen Freiheit. Und diese Freiheit auch unbeschränkt in Hinsicht der Grundsätze, soweit es sich um Kritik handelt. Denn diese ist, solange sie sich nicht durchgesetzt hat, eben nur Meinung. Also Meinungsfreiheit im weitesten Ausmaß. Nach rechts und nach links.

Ich möchte zwei Beispiele von der größten Wichtigkeit anführen. Wir verlangen grundsätzlich als Partei die Gleichberechtigung aller Menschen ohne Rücksicht auf das Geschlecht und auf die Rasse. Nun weiß ich, daß es Parteigenossen gibt, die der Meinung sind, daß die organische Beschaffenheit der Frau so verschieden von der des Mannes sei, daß gewisse moderne Bestrebungen der Frauenemanzipation wie die Entfernung aller Hindernisse, die der Frau heute in ihrer intellektuellen Entwicklung im Weg stehen, nie einen vollen Erfolg haben werden. Wissenschaftlich ist diese Sache nicht auszumachen. Ganz so verhält es sich mit dem Problem der Rasse. Wissenschaftlich stehen die Rassenfanatiker wie die Rassenchaotiker auf der selben Höhe. Weder ist es wissenschaftlich zu erweisen, daß alle Rassen in sich die gleiche Fähigkeit der Entwicklung haben, noch wie Rassenmischungen wirken. Die Rassenfanatiker und die Rassenchaotiker sind in ganz gleicher Weise Dogmatiker. Wenn Genosse Borchardt im preußischen Abgeordnetenhaus gelegentlich die Meinung ausgesprochen hat, daß das Endziel des Sozialismus die Vermischung aller Rassen ist, so hat er nur insofern unrecht als er diese seine persönliche Meinung gleichsam als programmatisch für die Partei hingestellt hat. Das sozialdemokratische Programm sagt darüber nichts aus. Es muß das endgültige Urteil über die Rassenfrage der Wissenschaft und der geschichtlichen Entwicklung überlassen werden.

Der Sozialismus, als eine Vereinigung handelnder Menschen, kann aber in solchen wichtigen Fragen wie die Frauen- und die Rassenfrage sich nicht mit einem bloßen *Non liquet* begnügen. Er muß eine positive Stellung einnehmen. Und das tut er, indem er für alle Menschen ohne Rücksicht auf Geschlecht und Rasse das gleiche Recht fordert. Wer aus seinem Zweifel an der intellektuellen Ungleichheit von Mann und Frau oder an der höhern oder geringern Entwicklungsfähigkeit der verschiedenen Menschenrassen die Folgerung ziehen würde, daß daher die Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter oder der Rassen aufzuheben sei, der würde sich mit einem der

Hauptgrundsätze des Sozialismus in Widerspruch setzen und schlosse sich damit selbst aus der Partei aus. Aber sobald er den Grundsatz der durchgängigen Gleichberechtigung anerkennt, muß es ihm erlaubt sein seine Zweifel in der Sache offen darzulegen und zu begründen.

Ich habe absichtlich zwei Beispiele gewählt, bei denen es sich um Dinge handelt, über deren positive Behandlung in der Richtung des Bekenntnisses und der Betätigung gar kein Zweifel bestehen kann, um zu zeigen, wie ich Parteitreue und Meinungsfreiheit auffasse.

Wir in Österreich haben wenig theoretische Streitpunkte innerhalb der Partei. Und wo sie auftraten, haben wir die weiteste Meinungsfreiheit mit der nötigen Unterordnung unter die Parteiautorität stets zu verbinden gewußt, ohne das Opfer der Überzeugung zu fordern. Als es sich zum Beispiel um den Hofgang handelte, hat die Mehrheit des parlamentarischen Verbands sich für ihn entschieden, der Reichenberger Parteitag /1910/ dagegen. Aber der Parteitag hat den Beschluß des Abgeordnetenverbands nicht getadelt. Er hat nur für die Zukunft das Verhalten festgesetzt. Kein Parteigenosse, der sich für den Hofgang ausgesprochen hat, ist dadurch disqualifiziert worden. Man wußte eben, daß kein Parteigenosse durch seine Meinung über den Hofgang Verrat an der Partei geübt habe. Man achtete die Meinung derer, die in dem Hofgang nichts als eine unbedeutende Zeremonie sahen, und die glaubten, daß man derartige Zeremonien dadurch am besten kennzeichnet, daß man sie bagatellisiert.


Gerade jetzt haben wir in Österreich ein merkwürdiges Beispiel der weitesten Meinungsfreiheit. Im Jahr 1897 hat die bis dahin einheitlich organisierte sozialdemokratische Partei Österreichs sich eine völlig neue Verfassung gegeben. Sie gliederte sich nach Nationen. Früher redete man nur von sprachlichen Verschiedenheiten und Bedürfnissen. In vielen Resolutionen sprach das österreichische Proletariat *aller Zungen*. Der Wiener Parteitag von 1907 (der sogenannte *Wimberger Parteitag*) änderte diesen Zustand. Seither gibt es in Österreich 6 (und seit kurzem 7) sozialdemokratische, von einander in ihrer Parteiorganisation völlig unabhängige Parteien: die deutsche, die tschechoslauische (sowie die gegen diese separatistische Partei gegründete tschechische), die polnische, die ruthenische, die slowenische und die italienische Partei. Die sozialdemokratischen Parteien Österreichs sind also auf nationaler Grundlage aufgebaut. Jedes Proletariat dieser 6 Nationen spricht nicht mehr von den Arbeitern ihrer Zunge sondern von den Arbeitern ihrer Nation. Der Wimberger Parteitag hat vorbereitet, was der Brüner Gesamtparteitag /1899/ als Forderung für die politische Entwicklung des österreichischen Staats hingestellt hat: die nationale Autonomie. Die Notwendigkeit der nationalen Autonomie innerhalb der Partei ist als eine unverrückbare Tatsache anerkannt. Sie ist ein Punkt der Verfassung aller sozialdemokratischen Parteien Österreichs, somit ein Gesetz, das jeder österreichische Sozialdemokrat anerkennen muß. Das hindert natürlich nicht, daß kein Sozialdemokrat zu einem nationalen Bekenntnis gezwungen ist. Und in der Tat gibt es Sozialdemokraten, die das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer Nation als etwas Unsozialdemokratisches ansehen, als etwas gegen den Internationalismus Verstoßendes. Soweit ich sehen kann, gibt es Genossen solcher Meinung allerdings nur unter den Deutschen. Da gibt es Schattierungen von stiller Gleichgültigkeit bis zur

ausgesprochenen Verachtung jedes Nationalgefühls. Niemand spricht darüber ein Wort. Das ist Sache des einzelnen. In der letzten Zeit aber hat sich der Fall ereignet, daß der Redakteur einer Tageszeitung, des Reichenberger *Vorwärts*, eine Broschüre geschrieben hat, betitelt *Die Nation und der Arbeiter*, in der er die Wiederherstellung des alten Zustands, die Aufrichtung einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei in Österreich verlangt und jedem Sozialdemokraten das Recht abspricht national zu empfinden. Es ist hier nicht der Ort gegen den Verfasser der Broschüre, Genossen J. Straßer, das Notwendige zu sagen. Ich hoffe das in aller Ausführlichkeit noch zu tun. Es eilt ja auch schon deswegen nicht sich mit Straßer so rasch auseinanderzusetzen, weil der Verwirklichung seiner Vorschläge ein einziges, aber kräftiges Hindernis im Weg steht: das warme Nationalgefühl aller anderen Nationen in Österreich, auch in ihren proletarischen Bestandteilen. Straßer ist natürlich der entschiedenste Gegner der tschechischen Separatisten; aber selbst bei den ebenso leidenschaftlichen Gegnern dieser in der eigenen Nation, bei den tschechischen Zentralisten, wird er mit seiner Auffassung des Nationalismus keine Gegenliebe finden.

Ich habe von dieser Sache nicht wegen des an sich interessanten und hochwichtigen Gegenstands gesprochen sondern nur, weil sie ein Beispiel unserer höchentwickelten Freiheit der Meinungsäußerung darstellt. Denn es will etwas besagen, wenn ein Parteigenosse eine der Hauptgrundlagen der Parteiverfassung ohne weiteres geradezu als das Unheil für die Gesamtbewegung der Partei erklären darf, wobei noch dazu kommt, daß für jeden kühlen Kopf die Änderung dieser Verfassung gerade in dem betreffenden Punkt für alle absehbare Zeit völlig ausgeschlossen ist. Niemand aber denkt bei uns in Österreich daran Genossen Straßer in der Verteidigung seiner Meinung zu hindern, was um so mehr bedeuten will als er in seiner Eigenschaft als Redakteur einer Tageszeitung seine private Meinung auch in ihr auf das kräftigste vertritt.

Der Stolz der Sozialdemokratie in Deutschland und in Österreich ist ihre Grundsätzlichkeit und ihre Geschlossenheit. Das sind Eigenschaften, die sie schon formell weit über alle politischen Parteien des Bürgertums in diesen Ländern emporheben. Sie würde bekunden, daß sie selbst nicht hoch genug über sich denkt, wenn sie diesen Vorzug jemals durch den Geist einer kleinlichen Unduldsamkeit wettmachen würde, die es nicht zuläßt, daß die Kritik an allen Punkten ihrer Theorie und ihrer Praxis frei schalten und walten kann, die als ein modernes Ketzengericht den Gedanken verurteilt, und nicht die Tat.

MAX MAURENBRECHER · WARUM SIND WIR SOZIALDEMOKRATEN?

 U dem Ausschluß des Genossen Hildebrand aus der Partei haben in diesen Blättern schon mehrere Parteigenossen geschrieben. Sie haben gesagt, was für die Partei dabei auf dem Spiel steht, wenn sie nicht durch ihre oberste Instanz den Spruch des Schiedsgerichts wieder rückgängig macht. Aber es sei gestattet die Frage auch einmal umzudrehen und nach den persönlichen Motiven dessen zu fragen, der durch den Spruch des Parteitags betroffen wird. Warum hat Hildebrand überhaupt an den Parteitag appelliert? Warum legt er Gewicht darauf Parteigenosse

zu bleiben? Warum hat er die massenhaften Unfreundlichkeiten, Mißdeutungen und Feindschaften, die er im engern Kreis seit Jahren, in der Parteipresse im ganzen seit einem Jahr erfahren hat, nicht einfach damit beantwortet, daß er stillschweigend ging, oder daß er die Gelegenheit seines Ausschlusses dankbar ergriff und es dabei bewenden ließ? Warum klammert er sich an eine Gemeinschaft, deren scheinbare Wortführer in Versammlung und Presse ihm so oft mit klaren Worten gesagt haben, daß sie ihn nicht mehr mögen? Ich persönlich bin Hildebrands Freund, stehe sachlich mit ihm auf dem selben Boden, habe auch im letzten Jahr ähnlich wie früher des öfters lesen müssen, es sei der größte Dienst, den ich der Partei tun könnte, wenn ich ginge; ja, die offizielle *Parteikorrespondenz* hat mich sogar schon einmal als »Exgenossen« und »freisinnigen Agitator« bezeichnet. Ich habe deshalb vielleicht das Recht die aufgeworfene Frage auch für mich zu stellen: Warum klammern wir uns trotzdem daran Sozialdemokraten, Parteigenossen bleiben zu können?

Das Zentralorgan unserer Partei hat in einer unfreundlichen Stunde einmal erklärt, es gebe Journalisten, die sonst kein Fortkommen hätten, wenn sie sich nicht bei den Gegnern der Sozialdemokratie dadurch empfehlen, daß sie als Sozialdemokraten das selbe sagten, was die Gegner auch gegen unsere Partei vorzubringen pflegen, und daß sie ihnen so bequemes Beweismaterial für die Agitation böten. Ihre Artikel, Bücher oder Reden würden unbeachtet bleiben, wenn sie nicht aus diesem Grund immer wieder von der bürgerlichen Presse zitiert würden. So ist ja auch der von Hildebrand und mir eingebrachte Marokkoantrag im vorigen Jahr vom Zentralorgan dahin abgestempelt worden, daß wir ihn nur aus persönlichem Reklamebedürfnis gestellt hätten. Wer das so liest, ohne die Persönlichkeiten und die Arbeiten selber zu kennen, wird durchaus den Eindruck haben, daß da wirklich einige Spione und *agents provocateurs* sich eingeschlichen haben, deren Absicht es ist die Arbeiterbewegung zu schädigen und zu verraten, und die man deshalb so bald wie möglich zum Teufel zu jagen habe. Eben darum, weil nach der bisherigen Informierung die große Mehrzahl der Parteigenossen und vielleicht auch der Delegierten gar nicht anders über uns denken kann, eben deshalb sei es gestattet auch einmal über diese Seite der Sache ausführlich und ehrlich zu reden.

Warum legen wir trotz aller momentanen Anfeindungen Gewicht darauf Parteigenossen zu bleiben? Einfach, weil wir Sozialisten sind, und weil es für einen Sozialisten heute keine andere Parteimöglichkeit gibt als die Sozialdemokratie. Wir sind Sozialisten, das heißt, wir sind in allen großen Fragen unserer Zeit an die Seite der Arbeiter geschmiedet. Wir kommen davon einfach nicht los, ob wir wollen oder nicht, und ob man Ausschlußverfahren fabriziert oder nicht. Jeder Blick in die Großstadt oder das Industriedorf, jeder Gedanke an die Art, wie diese Menschen leben, wohnen, sich ernähren, wie sie schlafen, was ihnen ihre Arbeit ist, und was ihre Erholung, wie ihre Kinder entstehen, zur Welt kommen, sich entwickeln und heranwachsen, kurz, die ganze unmittelbare Wirklichkeit, die wir erleben, nicht erst Lehrbücher und Parteiprogramme haben uns wie Hunderttausend andere zu Sozialisten gemacht und machen uns dauernd dazu. Ursprünglich mag es mehr das allgemein-menschliche Mitleid gewesen sein, mit besonderer christlicher Pointe; auch das wird wohl für fast alle gelten, die zur Partei gekommen sind, ohne

selbst Proletarier zu sein. Aber diese sentimentale Begründung des Sozialismus ist immer mehr einer härtern und kräftigern gewichen. Im letzten Grund ist es die Menschheitsfrage, die Frage, die heute an die Stelle alter religiöser Vorstellungen tritt: Was wird aus der Menschheit in der weitem Kette der kommenden Ewigkeiten? Was soll aus ihr werden? Welches Neue, Größere, Reinere soll aus ihr wachsen? Oder, dieses Soll ganz realistisch gewendet: von welchem Typus will ich, daß er siege und wachse? Wenn aber darauf die Antwort lautet: ich will, daß der schönere, freiere, stolzere, kräftige Mensch das Urbild der Zukunft sei, so bleibt die Frage: was schaffen diese Lebensverhältnisse der großstädtischen und industriellen Masse für Menschen? Kann das Urbild des Zukunftsmenschen körperlich und geistig in diesen Zuständen gedeihen? Ist es nicht gerade das Kranke, Kleinliche, Hässliche, Gedrückte, das Sklavenhafte am Menschen, das da immer von neuem gezüchtet wird? Muß hier nicht von Grund aus der Lebenszustand sich ändern, wenn wir wirklich glauben und wollen sollen, daß diese Menschenmassen in Wahrheit Menschen werden? So ist die Arbeiterfrage für den, den nicht eigene Not zum Sozialismus treibt, nur eine Teilfrage des großen Menschheitsproblems im ganzen. Es stehen Erziehungsfrage und Religionsfrage als selbständige Arbeitsgebiete neben ihr, aber die Arbeiterfrage, die Frage nach den wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der industriellen Masse, ist die größte und wichtigste unter ihnen. Ohne ihre Lösung ist alles Reden von neuer Erziehung und neuem Wollen nur Wind.

Zu welcher Partei soll man gehen, wenn Gewissen und Leidenschaft uns zur Mitarbeit an einer neuen Lebensgestaltung der industriellen Masse treibt? Man wird eine Menge einzelner Fragen und Aufgaben auch bei Fortschrittlern, ja sogar bei Nationalliberalen und Zentrum behandeln können; ich denke zum Beispiel an die Wohnungsfrage. Aber es ist doch kein Wort darüber zu verlieren, daß die Gesamtheit der hier in Betracht kommenden Fragen eben nur in der Arbeiterpartei selber möglich ist; und das ist bei uns einzig und allein die Sozialdemokratie. In allen anderen Parteien ist die Arbeiterfrage entweder überhaupt nur Aushängeschild, oder sie ist mit anderen Interessen verquickt (Grundbesitzer, Rentner), die den Arbeitern entgegenstehen und alle Parteien daran hindern rückhaltlos den Aufstieg der Arbeiterklasse zu ihrem ersten und einzigen Ziel zu machen. Das ist es, was auch Hildebrand seinerseits unterstrichen hat: in der grundsätzlichen Auffassung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, in der praktischen Behandlung der großstädtischen Bodenfrage, in der Erkenntnis, daß alle bürgerlichen Parteien in irgendeiner Form erworbene Privateigentumsrechte zu schützen suchen, also Privatinteressen vor das Interesse der Gesamtheit und der Zukunft stellen, in all diesen grundlegenden Fragen ist für jeden Sozialisten nur die Arbeiterpartei die einzig mögliche Organisation. Das Schiedsgericht freilich nennt das, daß Hildebrand alle sozialen Fragen »als offene Fragen« behandle.

Weiter: Wir sind Marxisten. Jeder, der auch nur Hildebrands Artikel *Die Entfaltung der Produktivkräfte als Angelpunkt sozialdemokratischer Politik* in den *Sozialistischen Monatsheften* gelesen hat, weiß, daß die ganze Problemstellung und Ausdrucksweise dieses Menschen von Marx durchtränkt ist. Wir sind nicht Marxisten im Sinn jener Marxepigonen, die vor lauter Worten, die sie nachsprechen, den Grundgedanken und die innere Struktur des Marxismus verloren haben. Aber wir sind es in dem Sinn, daß jede weitere Erkenntnis

im sozialen und politischen Leben sich uns nur noch auf der von Marx gelegten Grundlage aufbauen kann. Und wenn wir wirklich dazu kommen sollten, daß von dem praktisch meist *Marxismus* genannten Gedankenkomplex uns nicht ein Stein auf dem andern bleibt, so ist es immer noch Marx, der in seiner Fortwirkung in uns sich selbst überwand. So, wie Marx niemals aufgehört hat Hegelianer zu sein, auch wenn gerade er sich rühmte Hegel vom Kopf auf die Füße gestellt zu haben. Für den, der diese Dinge nicht kennt, mögen das Worte sein. Aber es ist für uns wirklich einmal ein Bedürfnis diesen bewußten und gewollten Zusammenhang mit Karl Marx deutlich zum Ausdruck zu bringen. Aber wieder: Wo sollen wir hin bei dieser Grundlage unseres Denkens? Bei Liberalen und Konservativen (Adolph Wagner) hört man gelegentlich gute, anerkennende Worte über Marx; aber er ist ihnen trotzdem noch nicht zum Erlebnis geworden. Sie lesen ihn wie sie Ricardo oder Smith lesen, als historische Kuriosität. Er ist ihnen nicht die alles beherrschende, zwingende und gestaltende Grundlage einer neuen Periode des Denkens geworden. Lediglich in der Sozialdemokratie ist diese marxistische Tradition, ist diese Gewöhnung das ganze politische und soziologische Denken in eine vormarxistische und eine marxistische Periode zu teilen. Wir würden unsere geistige Heimat verlieren, wollte man uns zwingen diese Beziehungen zu lösen.

Aber gerade als Sozialisten und Marxisten und als leidenschaftliche Enthusiasten für die grundsätzlich andere Lebenszukunft der industriellen Masse geraten wir gelegentlich in Konflikt mit den Schlagworten der Agitation und der Taktik in den Parlamenten, die die heutige Praxis unserer Partei beherrschen. Was sollen wir tun? Schweigen? Reden? Um dieser Konflikte willen die Sache der Arbeiter und des Sozialismus verlassen? Unsere Leidenschaft für die Arbeiterbewegung wäre nicht echt, wenn wir aus Feigheit und Bequemlichkeit das erste oder das dritte wählen. Es bleibt nur das zweite: offenes Reden, gleichgültig, was daraus wird.

Ich rolle die ganze Frage einer reformistischen Politik der Arbeiterklasse nicht auf; ich bleibe bei dem konkreten Anlaß des Ausschlußverfahrens. Das Problem, das Hildebrand gesehen, und das er schärfer zum Ausdruck gebracht hat als irgendeiner vor ihm, ist dieses: Erste Grundvoraussetzung aller Hoffnungen der Arbeiter auf ein menschenwürdiges Leben in der Zukunft ist der ungestörte Fortgang der industriellen Produktion; zweite Grundvoraussetzung aber ist, daß genug Lebensmittel und Bekleidungsrohstoffe überhaupt vorhanden und für diese Arbeiterschaft erreichbar sind, damit sie steigende Ansprüche an das Leben überhaupt befriedigen kann. Beide Voraussetzungen aber, sagt Hildebrand, sind für den mittel- und westeuropäischen Völkerkreis heute bedroht. Die Industrialisierung der bisherigen Agrarländer bedroht unsere Industrie einmal mit Absatzerschwerung, dann mit Rohstoffverteuerung oder gar -sperrung; und sie führt dazu, daß die Nahrungs- und Bekleidungsrohstoffe aus den bisherigen Agrarländern immer weniger zu uns kommen, weil sie drüben im eigenen Land von der zunehmenden industrialistischen Masse verbraucht werden. Also, sagt Hildebrand, beruht alle Möglichkeit des Sozialismus, alle Hoffnung unserer mittel- und westeuropäischen Arbeiter darauf, daß es uns rechtzeitig gelingt sowohl für den Bezug unserer industriellen wie unserer Nahrungs- und Bekleidungsrohstoffe eine eigene Bauerngrundlage teils zu halten teils neu zu schaffen. In der praktischen Formulierung der Tages-

politik ausgedrückt: Voraussetzung der Verwirklichung des Sozialismus in der Industrie und in den Städten ist 1. ein kräftiger Bauernschutz auf dem Lande, 2. eine kräftige und pflegliche Kolonialpolitik, 3. eine auswärtige Politik mit dem Endziel die *Vereinigten Staaten von Mittel- und Westeuropa* wenigstens als handelspolitische und verkehrswirtschaftliche Einheit und als militärisch-maritime Gemeinsamkeit zwischen Ostasien, Rußland und Amerika zu schieben.

Gleichviel nun, wie viel oder wie wenig in diesem Gedankengang zwingend ist und Hoffnung haben kann einmal das Programm der deutschen Arbeiterpartei zu werden (ich persönlich trete ganz auf die Seite dieses Programms, wenn ich mich auch nicht für fähig halte jeden einzelnen Satz des Hildebrandschen Buches zu verteidigen oder zu begründen); gleichviel: daß es sich hier um eine Arbeiterfrage ersten Ranges handelt, sollte doch über allem Streit stehen. Es sind die brennendsten Zukunftsprobleme der Arbeiterschaft, die hier behandelt werden. Es ist nicht *Parteiverrat*, nicht *Knüppel zwischen die Beine*, nicht *den Gegnern Argumente Bieten*, sondern es ist treue Sorge und heiße Leidenschaft für die Arbeiterzukunft, die hier die Feder geführt haben. Soll eine Arbeiterpartei sagen, daß sie mit solch einem Menschen nichts mehr zu tun haben will? Soll sie seinen Mut und seine Ehrlichkeit auf eine Stufe stellen mit den ehrlosen Handlungen der Streikbrecher, Lockspitzel usw.? Und wenn das ganze Buch sich als Irrtum erwiese, wenn das ganze Problem der *Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industrie-sozialismus* in Luft und Nebel zerrönte: der Ausschluß ist nicht die Art, wie man eine solche Sache erledigt, sondern die Diskussion und die Widerlegung. Hildebrand hat für Arbeiter geschrieben und vom Arbeiterinteresse aus argumentiert. Er hat der Partei oder, besser, der Arbeiterbewegung einen Dienst tun wollen. Er ist Sozialist und hat als Sozialist geschrieben. Soll die deutsche sozialistische Arbeiterschaft ihn von sich stoßen, bloß weil er sie zwingt einige altgewohnte Schlagwörter der Agitation und einige Bequemlichkeiten der parlamentarischen Neinsagerei zu revidieren und dafür wieder Fühlung mit dem Leben und der Wirklichkeit einzutauschen? Und wenn das in Wahrheit ein Irrtum wäre, wenn er nur die Absicht und Meinung hätte ihr zu dienen, ist die Arbeiterschaft so reich an uneigennützigem, ehrlichen und rückhaltlosen Warnern, daß sie (zur Einschüchterung aller anderen) sich den Luxus gestatten könnte hier *ein Exempel zu statuieren*?

Es muß ganz offen gesagt werden, daß Hildebrand wie mancher andere Reformist dem Tagesagitator in der Partei gelegentlich unangenehm sein kann. Wir haben ein bestimmtes Agitationsschema, bestimmte Schlagworte. Plötzlich kommt ein Parteigenosse und sagt: Es ist nicht alles richtig, was ihr da redet; der Gegner, den ihr bekämpft, hat in einigem recht, und ihr verbohrt euch ihm gegenüber gerade auf das, was wissenschaftlich und politisch nicht mehr zu halten ist. Das ist zweifellos sehr unbequem für den Agitator, dem man zumutet umzulernen und Altes, Gewohntes preiszugeben. Sollen wir nun solch einen Mahner einfach deshalb hinauswerfen, weil er dem Gegner teilweise recht gibt? Sollen wir sagen: du bist ein Gegner, geh doch zu den gegnerischen Parteien? Aber das hätte er längst getan, wenn er gewollt hätte. Er will ja aber Parteigenosse sein, will uns raten unsere Position in der Agitation und im Parlament zu verstärken. Ist es nicht klüger und ehrlicher, ist es nicht pflichttreuer gegen die Arbeitermassen, die den Agitator zu ihrem Wortführer bestellt haben, daß wir dem Warner zuhören und

prüfen, was und warum er es sagt? Und daß wir ihm recht geben, wenn er recht hat, oder wenn wir wenigstens meinen, daß er recht hat?

Wir sind gewohnt zu sagen, daß wirtschaftliche Notwendigkeiten sich durchsetzen, gleichgültig, ob der einzelne Agitator seine Sache gut oder schlecht macht. Und wir vertrauen darauf, daß diese Notwendigkeit uns zum Wachstum führt. Aber in Wirklichkeit erleben wir ebenso oft, daß diese Notwendigkeit gegen uns ausschlägt. Warum sind 1907 Landarbeiter und landwirtschaftstreibende Industriearbeiter zu Zehntausenden von uns abgefallen? Weil sie, die Schweine verkauften, obgleich sie sonst Proletarier waren wie unsere städtischen Massen, durch unsere Fleischpreisagitatorien sich in ihrem Interesse bedroht sahen. Das selbe könnte sich in noch höherem Ausmaß wiederholen, und es könnte auch für andere Schichten von Arbeitern gelten. Warum gibt es *christliche* Arbeiter, liberale Arbeiter, *nationale* Arbeiter doch immer noch nach Zehntausenden? Warum wählen proletarische und proletaroiden Existenzen immer noch nationalliberal, konservativ, fortschrittlich oder ultramontan? Von direktem Wahlterrorismus abgesehen, doch nur deshalb, weil alle diese Parteien mit irgendeinem Interesse von den Gegnern geködert werden, das sie bei uns nicht befriedigt fühlen. Es ist eine unmittelbare Gefahr für unsere Agitation, für unser Wachstum, also für unsere Macht im Staat, wenn wir ruhig mit ansehen, wie der Gegner eben dadurch, daß er teilweise Richtiges gegen uns ausspielt, uns schließlich immer noch Millionen Stimmen abkapern kann, die eigentlich uns gehörten, und die wir haben könnten, wenn unsere Agitation ganz in Fühlung mit dem Leben und der Wirklichkeit bleiben würde. Wer hier den Mut hat uns aus altgewohnten Geleisen herauszuschleudern, ist nicht unser Feind sondern unser Freund. Er will die Arbeiterbewegung von Hemmnissen befreien, die ihrem Sieg entgegenwirken. Hier mit einem Ausschlußverfahren zu kommen ist wahrlich die größte Verblendung, die man sich überhaupt denken kann.

Das Recht die Parteigenossen von einem Irrtum oder Abweg oder dem, was man dafür hält, zurückzurufen, räumt auch das Zentralorgan schließlich jedem Parteigenossen noch ein. Aber es sagt, wenn es ihm nicht gelingt die Partei auf seinen Boden herüberzubringen, so soll er gehen. Gut; darüber ließe sich reden. Aber wie lange soll er Zeit haben erst zu den Parteigenossen zu reden? Die Solinger haben ja gleich nach dem ersten Versuch mit dem Ausschlußverfahren begonnen. Und welche Möglichkeit hat heute ein Parteigenosse ohne Amt zu den Genossen zu reden? Um einen Vortrag ersucht man ihn nicht; seine Artikel druckt die Parteipresse nicht ab; er meldet sich in der öffentlichen Diskussion einer Versammlung zum Wort: das wird erst recht als *Knüppel zwischen die Beine* empfunden. Er schreibt ein Buch; die Parteipresse schweigt es tot oder reißt es herunter, die Parteigenossen in ihrer ungeheuren Mehrzahl lesen es nicht. Selbst 3 von den 4 Schiedsrichtern, die das Schuldig sprachen, hatten eingeständenermaßen das Buch nicht gelesen. Wie soll man es machen an die Parteigenossen auch nur heranzukommen? Jene Floskel unseres Zentralorgans ist, wie die Dinge heute in Wirklichkeit liegen, einfach ein nichtssagender Spott; den Ausschluß, ohne den Delinquenten auch nur zu hören, rechtfertigt sie nicht.

Hier offenbart sich ein Umstand, der je länger je mehr eine ernste Gefahr für unsere Partei und für den Bildungsgrad unserer Agitatoren und Par-

lamentarier in sich birgt. Unsere Partei- und Gewerkschaftsbeamten, vom Parteivorstand herunter bis zum geringsten Arbeitersekretär oder Redakteur, sind mit Alltagsarbeit viel zu überlastet, als daß sie Zeit hätten in reichlichem Maß ernste und schwerverdauliche Bücher zu lesen.¹⁾ Die Bildungsmittel, die unsere Agitatoren vorzüglich benutzen, ist die Zeitung, der Zeitungsausschnitt und die Broschüre. Kaum der Hundertste hat Zeit wöchentlich auch nur 100 Seiten wissenschaftlicher Literatur nachdenklich und ruhig in sich hineinzuschlüpfen. Die Parteischule könnte wenigstens für den Nachwuchs eine Möglichkeit wissenschaftlicher Grundlegung sein. Aber so wie sie jetzt ist oder bis vor wenigen Jahren war, macht sie das Übel nur schlimmer. Sie gibt außer dem Nichtwissen den jungen Leuten auch noch den Hochmut mit alles zu wissen. Und was die Parteischule etwa doch geschaffen hat an wissenschaftlichem Sinn und Freude an Problemen, das schlägt die rasende Überarbeit und Überanstrengung der nächsten Jahre sicherlich tot. Schließlich ist es ja unrecht jene 3 Parteisekretäre deshalb auszulachen, weil sie einen verdammt haben, von dem sie nicht einmal wußten, was er geschrieben hat. Sie hätten es sicher gern alle gelesen. Aber es fehlte die Zeit und vielleicht auch das Geld sich ein nicht gerade billiges Buch zu beschaffen.

Wird es auf dem Parteitag anders sein? Wenn die Hunderte von Delegierten, die sich in Chemnitz einfinden werden, gegen sich selbst aufrichtig sind, müssen sie sagen: wir sind überhaupt nicht legitimiert über Ausschluß oder Nichtausschluß zu entscheiden. Denn kaum einer von uns kennt die Schrift und den Mann, um den es sich handelt. Also muß es schon aus diesem Grund für diesmal bei dem Nichtausschluß bleiben. Und für die Zukunft müssen wir uns die Muße erzwingen, daß wir die wissenschaftliche Literatur über Politik innerhalb und außerhalb unserer Partei verfolgen, damit wir fähig sind in solchen Fragen, wenn sie wieder auftauchen sollten, ein sachlich begründetes Urteil zu haben. Hier hilft nichts anderes als ein harter Kampf der Partei- und Gewerkschaftsbeamten gegen die, die sie angestellt haben, und die leider nach ihren heutigen Lebensverhältnissen vom Wesen geistiger Arbeit noch keine richtige Vorstellung haben können. Die Partei- und Gewerkschaftsbeamten werden immer mehr die Führer der Arbeiterklasse. Sie vertreten sie in der Agitation, in der Presse, in den Parlamenten, gegenüber den Arbeitgebern, der Reichsversicherung und den Gerichten. Wie diese Beamten denken und handeln, so wird die Arbeiterklasse denken und handeln. Das Maß von Bildung, Kenntnis und Urteil, das sie sich erwerben, wird das Höhenmaß unserer Parteipolitik und -agitation bestimmen. Wir werden den Gegnern gegenüber verloren sein, wenn wir von abgehetzten, überarbeiteten, durch mechanische Arbeit zerrütteten Menschen geführt werden. Auf den Beamten und ihrem Bildungshunger ruht die ganze Zukunft der Arbeiterklasse. Sie haben eine furchtbare Verantwortung auf ihren Schultern. Und sie müssen sich dazu aufraffen von ihren Auftraggebern zu erzwingen, daß wenigstens die eine, frischere Hälfte jedes Tages der Lektüre und den Problemen und dem Mitschwimmen im Fluß des geistigen Lebens der Zeit gehört. Die Arbeitermassen selbst werden indirekt und direkt davon den größten Vorteil haben.

Darum aber ist es nicht genug angesichts des Falles Hildebrand nur das Recht der Meinungsfreiheit und der Wissenschaft in der Partei zu vertreten. Man

¹⁾ Siehe darüber auch Schembor *Selbstkultur und Gemeinschaftsleben in den Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 2. Band, pag. 976 ff.

muß auch die Verhältnisse schaffen, daß die Tausende von Wortführern, die die Arbeiterklasse heute schon hat, auch die Möglichkeit haben die verschiedenen Meinungen kennen zu lernen und sich wissenschaftlich so frei zu vertiefen, daß sie zwischen ihnen überhaupt wählen können. Diese Möglichkeit aber schaffen sich, hier wie sonst in der Welt, nur die Beteiligten selbst und nur im Kampf mit ihren Auftraggebern: im Kampf, der schließlich doch nur das Beste der Auftraggeber selbst verfehlt. Erst wenn wir ein Parteibeamtentum haben, das Muße und Frische genug hat solche Fragen wirklich bis in ihre Verästelungen hinein zu verfolgen, erst dann wird die wissenschaftliche Diskussion unserer Politik und Agitation einen wirklichen Wert haben. Heute ist es zumeist ein Reden, ohne daß die, die es eigentlich angeht, davon überhaupt etwas hören. Und dann sollen sie fähig sein über Ausschluß oder Nichtausschluß zu entscheiden!

XX

AUGUST ERDMANN · WESEN UND FORM IN DER POLITIK

VOR kurzem haben sich einige Genossen in den *Sozialistischen Monatsheften* mit dem Fall Hildebrand beschäftigt. Genosse Hildebrand hatte auf die Gefahr hingewiesen, die sich aus der übermäßigen und einseitigen Förderung der Industrie für die Landwirtschaft, für die Ernährung der Völker und nicht zum wenigsten auch für die Zukunft der Arbeiterklasse ergibt. Hildebrand hatte dann Mittel und Wege angegeben dieser Gefahr zu begegnen. Von denjenigen, die sich an dieser Stelle über den Fall ausließen, hatte keiner eine eingehende Prüfung der Hildebrandschen Gedanken und Vorschläge unternommen. Nur das eine hatten sie gefordert: das Recht jedes Parteigenossen solche Fragen wissenschaftlich zu untersuchen und daraus auch die praktischen Folgerungen zu ziehen, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Widerspruch stehen mit bisher gültigen Anschauungen, mögen sie auch programmäßig beglaubigt sein. Das Recht der Kritik und Forschung einschränken heißt die Partei zum geistigen Tod verurteilen, heißt sie dem Dogmatismus überliefern, heißt sie ultramontanisieren.

Was hier für Hildebrand gefordert wurde, ist nichts weiter als das, was von uns und von anderen bereitwilligst denen gewährt wird, die jetzt die Partei von der Notwendigkeit einer neuen Taktik zu überzeugen versuchen, einer Taktik, die wahrlich von den bisherigen Anschauungen nicht weniger weit abweicht als dies bei Hildebrand der Fall ist. Man wird vielleicht einwerfen: Hildebrand greift die Grundsätze an, die anderen wollen nur die Taktik ändern. Worauf zu erwidern wäre, daß es Änderungen der Taktik gibt, die viel tiefer in das Wesen und die Zukunft der Partei eingreifen als manche Änderung der Grundsätze. Genosse Pannekoek verkündet in der *Neuen Zeit* die Notwendigkeit der revolutionären Massenaktion. Um die sich erhebenden Massen zu bändigen, so hören wir, wird der Staat die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter vernichten, ihre Kassen beschlagnahmen, ihre Führer einsperren. Umso besser, sagt Pannekoek, das stärkt den revolutionären Mut der Masse. Der Staat wird das Militär gegen die demonstrierenden Arbeiter mobilisieren; die schwerbewaffneten Linien des militärischen Aufgebots werden in die Massen hineinfuern, nicht einmal, sondern immer wieder, wenn das Volk sich erhebt. Aber auch das schadet nicht, meint Pannekoek;

im Gegenteil: die wiederholte Anwendung von Gewalt und das öftere Blutvergießen erhöht einmal in der Masse die revolutionäre Entschlossenheit und lockert andererseits im Heer die Disziplin. Damit ist der herrschenden Klasse ihr stärkstes Machtmittel aus der Hand genommen, und der Augenblick ist gekommen, wo die zum Herrschen bestimmte Masse die Leitung der Produktion übernehmen kann.

Es wäre interessant zu wissen, wo Genosse Pannekoek die Erfahrungen gesammelt hat, die ihn befähigen mit solcher Sicherheit die Geschehnisse der Zukunft zu künden. Hoffentlich nicht in der russischen Revolution, denn die beweist doch höchstens, wie man es nicht machen soll. Aber einerlei, die Frage ist wohl gestattet: Was bedeuten gegen diese Gedankenflüge, die sich kühn über das Schicksal der Arbeiterorganisationen und das Leben der Proletarier hinwegsetzen, die Vorschläge des Genossen Hildebrand, die weiter nichts bezwecken als Landwirtschaft und Industrie in ein dem Gedeihen des Ganzen dienliches Gleichgewicht zu bringen? Macht man Hildebrand den Vorwurf, daß er sich bürgerlichen Anschauungen nähert, dann trifft für Pannekoek mindestens ebensosehr der Vorwurf zu, daß er dem Anarchismus bedenklich nahestehe, und ist Hildebrand ausschlußreif, dann dürfte es Pannekoek nicht minder sein. Aber es wird keinem Verständigen einfallen die Freunde blutiger Massenaaktionen den Parteigerichten übergeben zu wollen, auch demjenigen nicht, der in ihren Offenbarungen eine Gefahr für die Partei sieht. Erstens soll man niemandem das Recht bestreiten nach neuen Wegen zu suchen, auch wenn diese Wege anderen als verfehlt und gefährlich erscheinen. Und dann besteht die Gewißheit, daß die Vorschläge der Massenakteure Selbstgespräche bleiben werden. Ihre Urheber verkennen die Gesinnung und die Bedürfnisse des arbeitenden Volks in einer Weise, daß sie gegenüber der Masse, an die sie sich wenden, in den Wind reden.

Von zwei Dingen eins: Entweder die Sozialdemokratie setzt alles auf eine Karte, sie erwartet ihr Heil von dem Tag, wo sie nach der Meinung von Pannekoek und Genossen mit einem Schlag das Heft in die Hände bekommt und die kapitalistische Welt mit einem Ruck aus den Angeln hebt. Dann muß sie sich allerdings mit dem Gedanken vertraut machen in der Stunde der Entscheidung ihre Organisation, ihre Führer und einen Teil ihrer Anhänger zu opfern, dann muß sie ihre ganze Kraft und Mühe darauf verwenden ihr Gefolge auf diesen großen Moment vorzubereiten. Diese Art der Politik ist die leichtere; die Gegenwartsarbeit tritt dabei zurück vor der Erziehung der Massen zur »revolutionären Entschiedenheit«, zur Konzentrierung auf die schicksalsschwere Stunde, wo nach dem dialektischen Gesetz der Entwicklung das Schwarz des Kapitalismus in das Weiß des Sozialismus umschlägt. Eine solche Politik schützt vor *Prinzipienverwässerung*, vor Wahlkompromissen, vor Budgetbewilligung, vor Hofgängerei und derlei Fährlichkeiten, sie ist *revolutionär*, wie man in Worten nur revolutionär sein kann.

Oder aber die Sozialdemokratie erinnert sich, daß die ihr vertrauenden Massen sich gewiß gelegentlich Gedanken darüber machen, wie es dereinst ihren Enkeln und Urenkeln geht, daß bei ihnen aber doch das praktische Interesse vorwiegt, wie es ihnen selber geht, daß sie infolgedessen viel weniger darauf sehen, was die Sozialdemokratie am Tag vor und nach der großen Revolution leistet, als was sie jetzt für die ihr folgenden Massen zuwege bringt. Für diese Zeit, wo das lebende Geschlecht seine Ansprüche stellt, ist nun die Sozialdemokratie

nicht allein auf der Welt, und sie wird aller Berechnung nach auch noch lange in der Minderheit sein. Es bleibt ihr also nichts weiter übrig als zu versuchen im Zusammenarbeiten mit anderen Parteien möglichst viel für die Arbeiterklasse, für die Demokratisierung des öffentlichen Lebens und die Förderung der Gesamtkultur herauszuschlagen. Gewiß ist das nicht leicht, zumal in Deutschland mit seinem verwickelten und reaktionären Parteiwesen. Aber es wäre doch traurig, wenn die Sozialdemokratie, diese mächtige Partei, vor dieser Aufgabe entmutigt zurückschrecken wollte und weiter nichts zu tun wüßte als sich auf die Kritik zu beschränken und im übrigen dem Umschwung der Dinge durch eine blutige Massenaktion entgegenzuhalten.

Das Stichwahlabkommen im Januar 1912 hat gezeigt, daß sich in der Partei der Blick für die politischen Notwendigkeiten geschärft und der Wille zur Macht in erfreulicher Weise gestärkt hat. Man mag über die vielgescholtene *Dämpfung* des Wahlkampfes, die der Parteivorstand einzelnen Kreisen zur Pflicht gemacht hatte, denken wie man will: der Schritt entsprang jedenfalls der löblichen Absicht einem großen Gedanken, der Stärkung der Linken im Reichstag, kleine Bedenken unterzuordnen. Mag der gewollte Zweck auch nicht in vollem Maß zur Durchführung gekommen sein, jedenfalls ist die Lage im Reichstag vorteilhafter für uns, als wenn der Schritt nicht gewagt worden wäre, und auf alle Fälle ist, wofern das Ziel überhaupt erreicht werden kann, seiner spätern Erfüllung wirksam vorgearbeitet worden. Es wäre nur zu wünschen gewesen, wenn bei der Präsidentenwahl die Reichstagsfraktion den selben Willen zur Macht bewiesen hätte und nicht durch die Furcht vor dem *Hofgang*, der gar kein Hofgang ist, den reaktionären Parteien die willkommene Gelegenheit geboten hätte die Sozialdemokratie im Reichstag von einer Stelle zu verdrängen, auf die sie Anspruch hat, und von der aus sie sicher zur Mehrung ihres Einflusses und ihres Ansehens hätte wirken können.

Es hat manchmal den Anschein, als ob in einem Teil der Partei eine gewisse Angst vor der Verantwortung herrschte, die die Macht und ihre Anwendung mit sich bringt, als ob man geflissentlich künstliche Hindernisse schaffte, um dieser Verantwortung enthoben zu sein. Man redet von der Preisgabe des Prinzips, wenn ein Sozialdemokrat sich in die Nähe eines Fürsten wagt; man macht eine Prinzipienfrage daraus, ob ein Sozialdemokrat dem Hoch auf einen König beiwohnen könne; man schulmeistert Genossen, die als Abgeordnete von dem Recht auf Höflichkeit Gebrauch machen und den Wählern bürgerlicher Parteien danken, weil sie in der Stichwahl sozialdemokratisch gestimmt haben. Sind das wirklich Dinge, über die man unter verständigen Leuten nötig haben sollte Reden zu halten, Artikel zu schreiben, Versammlungen zu veranstalten und Beschlüsse zu fassen? Sind derartige Formalitäten wirklich danach angetan, daß sie eine große politische Partei in ihrem Streben nach der politischen Macht beeinflussen sollten?

Was uns nottut, das ist der Sinn für die Forderungen der Zeit; das ist die Fähigkeit das Wesen höher zu stellen als die Form und dem Ganzen zu Nutz über Nebensächliches hinwegzusehen; das ist die Erkenntnis, daß wir weder das ganze Spiel auf die eine zweifelhafte Karte einer zukünftigen gewaltsamen Umwälzung setzen dürfen noch ganz aus eigener Kraft Gegenwartsforderungen durchsetzen können, wenn wir dabei auch der treibende und ausschlaggebende Teil sein werden und sein müssen. Wenn es schwer ist die Liberalen zur Mitarbeit an dringenden Kulturfragen zu gewinnen, so ist das kein Grund von

WILHELM SCHRÖDER · DIE ENTWICKELUNG DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE



ENN der sozialdemokratische Parteitag sich dieses Jahr im ruhigen Chemnitz versammelt, kann er eine Heerschau abhalten, so glänzend wie sie noch in keinem Jahr vorher dagewesen ist. Die Zahlen des Parteivorstandsberichts geben von der Vermehrung der Arbeiterbataillone und ihrer vorzüglichen Verfassung Kunde. Die Finanzen der Partei wird der Parteitag, wenn auch die Reichstagswahlen Hunderttausende gekostet haben, gefestigt finden. Die Parteipresse wird neues Ackerfeld in Angriff genommen haben, und die vielberufene Kleinarbeit der Sozialdemokratie wird wie immer so auch jetzt wieder den bürgerlichen Parteien als unerreichbares Muster erscheinen. Kurzum, es wäre in der Sozialdemokratie völlig eine Lust zu leben, wenn ihre Arbeit in nichts anderm als in der Werbung neuer Rekruten und der Fürsorge für genügende Munition bestände. Aber keine Partei lebt sich selber, und am allerwenigsten kann dies die Sozialdemokratie bei ihrer riesenhaften Aufgabe der Arbeiterschaft einen immer größern Anteil an den geistigen und materiellen Gütern des Volkes zu sichern, ihr im öffentlichen Leben der Gegenwart den Einfluß zu verschaffen, den sie ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach beanspruchen muß, alles in allem also ihr im harten Kampf die Macht zu erobern, ohne die eine sozialistische Wirtschaftsordnung nicht herbeigeführt werden kann.

Dieser Kampf greift nun ja in alle Beziehungen des Lebens über und kann längst nicht mehr von der politischen Organisation allein geführt werden. An ihm nehmen Gewerkschaften und neuerdings auch Genossenschaften einen sehr beträchtlichen Anteil, und es ist unverkennbar, daß diese beiden Zweige der großen proletarischen Gesamtorganisation eine immer stärker werdende Bedeutung gewinnen. Was waren vor allem die Gewerkschaften vor 20 Jahren in dem großen Organismus, und was sind sie heute geworden? Dieses Wachstum zweier Gebilde, die zur Zeit der Schaffung des Erfurter Programms entweder überhaupt keine Rolle spielten oder völlig der politischen Bewegung untergeordnet waren, muß ganz selbstverständlich auch in der proletarischen Taktik im ganzen zur Geltung kommen. Rein nach dem als offiziell geltenden Schema stellt sich die Wirksamkeit der Sozialdemokratie so dar, daß die Mitglieder der Partei die Richtung des Wegs bestimmen, daß sie einzig entscheiden wie gehandelt werden soll. Tatsächlich sprechen aber, wenn man es wirklich ernst mit der oft wiederholten Redewendung nimmt, daß nicht einzelne, sondern die Massen letzten Endes die Politik machen, außer den organisierten Mitgliedern der Partei noch andere Leute ein überaus gewichtiges Wort mit. Sie machen sich als Personen nicht laut vernehmbar; ja man findet selten oder nie, daß eine örtliche Versammlung von Gewerkschaftern oder Genossenschaftlern in sozialdemokratische Parteiangelegenheiten hineinredet. Und doch muß die Sozialdemokratie als Parteiorganisation auf die außerhalb ihrer Reihen stehenden Millionen auf Schritt und Tritt Bedacht nehmen, wenn die Parteimaschine arbeiten und es in den Reihen der politisch organisierten Genossen nicht zu unangenehmen Reibereien kommen soll.

Über diese einmal vorhandene Hemmung bestimmter Gefühle denkt man sehr verschieden in der Partei. Gewerkschaften, Genossenschaften und, bei Licht betrachtet, auch die politische Bewegung der Arbeiterschaft sind an einer mög-

licht ruhigen, nicht auf den Barrikadenbau zugeschnittenen Entwicklung des politischen Lebens interessiert. Nicht daß ihre Anhängerschaft philisterhaft dem Kampf aus dem Weg zu gehen trachtete. Daß die deutschen Arbeiter der Gewalt gegenüber ihren Mann stehen können, haben sie unter dem Sozialistengesetz, haben sie später noch unter dem Zuchthauskurs gezeigt und zeigen sie heute in den wirtschaftlichen Kämpfen noch tagtäglich. Die reaktionäre Gewaltpolitik wurde immer noch an der Unerschrockenheit und Festigkeit der Arbeiter und ihrer Führer zu schanden; und wir hätten in Deutschland heute keine proletarischen Organisationen, die der ganzen Kulturwelt zum Muster dienen, wenn die Unterdrückten nicht im Kampf mit den Puttkammer usw. immer verstanden hätten sich zu wehren und auf einen Schelmen anderthalb zu setzen. Wie noch alle neuen Kräfte, die berufen waren der Welt eine andere Gestalt zu geben, so ist auch die sozialistische Arbeiterbewegung den herrschenden Mächten zum Trotz zur Größe gelangt. Jede sozialdemokratische Partei-druckerei, jede Gewerkschaft mit ihren weitausgebauten Unterstützungseinrichtungen besteht und entwickelt sich heute noch im Kleinkrieg mit verbots-lüsternen Polizei- und Eisenbahndirektionen, privaten Scharfmachern und anderen enghrüstigen Vertretern der Unterdrückungspolitik. Aber die Hauptsache ist: Die Organisationen entwickeln sich und richten sich auf immer weitere Erfolge im Gegenwartsstaat ein. Von den 3 großen Waffengattungen der Arbeiterschaft zwingen aber, wie gesagt, Gewerkschaften und Genossenschaften auch die Mitglieder der Partei zu bestimmter Haltung, zu den vorhin erwähnten Rücksichten.

Über die Stellung, die die reformistische Richtung in der Sozialdemokratie zur Einnistung in den Gegenwartsstaat einnimmt, sind nicht viele Worte zu verlieren. Die Aufgabe der Reformisten war und ist es dieser Entwicklung die Wege zu ebnen und für sie in der Partei Verständnis zu wecken, was bekanntlich dem parteigenössischen Konservatismus gegenüber durchaus keine glatt zu erledigende Aufgabe ist. Zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften auf der einen und den Reformisten auf der andern Seite hat sich denn auch eine Art Gegenseitigkeitsverhältnis herausgebildet. Die Stärke der reformistischen Richtung in der Partei beruht zum guten Teil auf dem Rückhalt, den sie in der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung findet; sie wird mit dieser Bewegung wachsen, und der Vorhalt, daß sie in der Parteiorganisation in der Minderheit ist, bleibt aus diesem Grund ohne sonderlichen Belang.

Als radikal gilt nun alles in der Partei, was nicht offen reformistisch ist. Aber auch hier sind Unterscheidungen zu treffen. Die Zeiten, in denen glatt zwischen guten radikalen Parteigenossen auf der einen Seite und revisionistischen Parteiverderbern auf der andern Seite unterschieden werden konnte, sind vorbei; und Zeichen der Umwandlung im radikalen Lager selbst konnten schon seit einigen Jahren beobachtet werden. Mehrfach erlebten die Reformisten zu ihrer nicht geringen Überraschung die Freude, daß führende Parteigenossen, in deren radikale Gesinnung nicht der geringste Zweifel zu setzen war, durchaus im reformistischen Sinn handelten, wenn sie sich vor irgendeine verantwortungsvolle Entscheidung gestellt sahen. Es wurde dann dem radikalen Faß der Boden ausgeschlagen, als der Parteivorstand unter Billigung K. Kautskys und anderer radikaler Führer im Januar dieses Jahres mit der fortschrittlichen Volkspartei jenes Stichwahlabkommen abschloß, das die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf 110 Mitglieder brachte und dadurch so weit wie men-

schenmöglich die Arbeiterschaft vor reaktionären Anschlägen schützte. Diese Entwicklung im *Radikalismus* ging natürlich nicht in gerader Linie vor sich. Auf die nachträgliche Ablehnung der gegen das Zusammengehen mit »dieser Sorte Liberalen« gerichteten Resolution des 1. Berliner Wahlkreises durch den Leipziger Parteitag /1909/ folgte die in ihrer rechtlichen Gültigkeit ja allerdings höchst zweifelhafte Zornesresolution gegen die süddeutschen Budgetbewilliger auf dem Parteitag zu Magdeburg /1910/. Als Nachspiel des Stichwahlabkommens und der Wahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten im Reichstag erlebten wir die bekannten peinlichen Auseinandersetzungen vom Frühling dieses Jahres. Aber wer einmal der Verführung erlegen ist, kann durch keine Gottesgewalt die Jungfräulichkeit wieder erlangen; und die Strafe für den Sündenfall folgte der Tat auf dem Fuß. Es gibt indessen in den Reihen der Sozialdemokratie zum Glück noch Parteigenossen, die völlig reinen Herzens sind. Die Luxemburg, Pannekoek und etliche ihrer deutschen Anhänger wußten, wie sie jenen internationalen Gralsschatz zu hüten hatten, der um des hehren Prinzips willen automatisch gen Himmel emporschwebt, sobald sich ihm auch nur von fern die sündige Macht irdischer Tatsachen naht. Was war jetzt noch der Reformismus? Seine Anhänger stiegen mit geziemender Bescheidenheit ins Parkett und vermerkten lächelnd in ihrem Notizbuch, wie auf der Kriegsbühne das schwere Geschütz zur Veränderung nicht gegen sie sondern gegen den Parteivorstand, gegen den *Vorwärts* und gegen K. Kautsky abgeprotzt wurde. Natürlich blieb den Angegriffenen nichts übrig als sich zu wehren. Der *Vorwärts* wies zurückhaltend darauf hin, daß die in ihrer impossibilistischen Unversehrtheit einzig dastehende *Bremer Bürgerzeitung* bei den Stichproben auf Stubenreinheit das Kunststück fertiggebracht hatte es so ziemlich mit allen Leuten in der Partei zu verderben und selbst die *Leipziger Volkszeitung* vor den Kopf zu stoßen, und K. Kautsky trat in der *Neuen Zeit* den Angriffen entgegen, die Pannekoek in der selben Zeitschrift gegen ihn gerichtete hatte.

Besonders diese Abwehr wird jeder Reformist, jeder Gewerkschafter außerordentlich beachtenswert finden. Pannekoek ist in seiner Schreibweise der Extremsten einer in der Partei. Er gehört zu jener Gruppe, die in der *Bürgerzeitung* der sonst so behäbigen und der politischen Aufregung baren Stadt Bremen ihr Sprachrohr finden. Selbstverständlich ist dieser Gruppe schon lange nicht recht, was Parteivorstand, Reichstagsfraktion und andere offizielle Vertretungen der Sozialdemokratie sich an Parteiverseuchung und Verfehlungen gegen den rechten Glauben herausgenommen haben. Pannekoek erklärt sich für eine neue Taktik, die zwar nicht gerade zur gegenwärtigen Stunde, aber doch dann befolgt werden soll, wenn der nach seiner Meinung für die Sozialdemokratie zu ersiehende Idealzustand eingetreten ist. Pannekoek blickt nämlich unverwandt auf den Augenblick, der sozusagen die Krönung der politischen Entwicklung darstellen soll. In diesem Augenblick rütteln sich alle Interessenten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der heutigen Staatsordnung auf einem entscheidenden Schlag gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft auf, und auch diese brennt selbstverständlich vor Begier zu der den Kapitalisten gerade genehmen Zeit alles auf eine Karte zu setzen. Es geht dann radikal aufs Ganze. Natürlich weiß die Staatsgewalt nach Pannekoek genau, was sie zu tun hat. Sie verhaftet die Arbeiterführer, beschlagnahmt die Kassen der Organisationen, kurzum sie sucht den innern Feind auf die beste

Weise matt zu setzen. Durch Gefangennahme der Führer und Konfiskation seiner Kampfmittel wird das Proletariat natürlich geschwächt? Ei, bewahre: Gerade damit kommt der Staat der Arbeiterklasse recht. Denn »solche Gewaltakte werden ihm doch nichts helfen; er kann damit nur die äußere Form zertrümmern, aber nicht das innere Wesen treffen. Die Organisation des Proletariats, die wir als sein wichtigstes Machtmittel bezeichnen, ist nicht zu verwechseln mit der Form der heutigen Organisationen und Verbände, worin sie sich unter den Verhältnissen einer noch festen, bürgerlichen Ordnung äußert. Das Wesen dieser Organisation ist etwas Geistiges, ist die völlige Umwälzung des Charakters der Proletarier.« In seiner Entgegnung spottet K. Kautsky mit Recht über dies »Kunststück sozialer Alchimie«, über die »spiritualistische Erwägung, daß nur der Leib der Organisation sterblich sei, ihre Seele aber unsterblich«. Da die wirkliche Organisation des Proletariats, so sagt K. Kautsky gegen Pannekoek, seinen theoretischen Schlußfolgerungen im Weg steht, so wird sie einfach in Luft aufgelöst.

Auch ein Reformist muß natürlich seine Freude an den Bedenken gegen die Offenbarungen eines Propheten haben, der mit seinesgleichen das biblische Unglück gemein hat in seinem Vaterland gar nichts zu gelten. Das läßt denn auch Pannekoek deutlich genug seinen Gegner merken. Nach ihm stimmt K. Kautsky mit dem Reformismus darin überein, daß unsere bewußte Tätigkeit sich in dem parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampf erschöpft; und daher ist es Pannekoek durchaus nicht sonderbar, »daß Kautskys Praxis nur allzuoft, wie neulich bei dem Stichwahlabkommen, eine Annäherung an die revisionistische Taktik aufweist«. K. Kautsky antwortet hierauf, daß das, was Pannekoek hier Revisionismus nennt, die bisherige Taktik der Partei war, und er hat darin vollkommen recht, wenigstens soweit es in der Partei darauf ankam praktisch handeln zu müssen.

Wie gesagt, wir Reformisten können den Kampf, der sich zwischen *Radikalen* und *Ultraradikalen* in der Partei wenige Wochen vor Chemnitz abspielt, mit einer gewissen heitern Gemütlichkeit beobachten. Wenigstens soweit wir nur das innere Parteileben ins Auge fassen. Was kann es Angenehmeres für uns geben als wenn wir sehen, daß Parteigenossen, die jeden Verdacht revisionistischer Denkart weit von sich weisen, die impossibilistischen Bären tänze so erbarmungslos nach Verdienst der Lächerlichkeit preisgeben wie es unsereiner schon aus parteigenössischer Rücksichtnahme kaum übers Herz brächte? Doppelt groß ist aber die Genugtuung bei uns, wenn wir der Erinnerung pflegen. Es war im Jahr 1906, als auf Seite 626 des *Korrespondenzblattes* der *Generalkommission der Gewerkschaften* ein als revisionistisch verschrieenes Mitglied dieser Körperschaft in seiner damaligen Gottverlassenheit unter anderem polemisch betonen mußte, daß nicht die so gern ins Feld geführte revolutionäre Stimmung, sondern die ruhige und kühle Abwägung der Machtfaktoren über die notwendige Taktik entscheiden werde; und noch im Jahr 1909 war es, als der selbe Mann auf Seite 458 des selben Blattes sich gegen die Behauptung wandte, daß die Gewerkschaften von den Unternehmern allenthalben in die Defensive gedrängt würden. Man lese die Artikel gegen die Redewendungen von der *Sisyphusarbeit* der Arbeiterorganisationen nach und erinnere sich, daß solche Abwehr nicht gegen Pannekoek sondern gegen den Verfasser des *Wegs zur Macht* gerichtet war, um dann die reformistische Genugtuung über die heutige Kampffront voll begreifen zu können.

Indes, ich sagte, daß das Gebaren der Prediger, der neuesten neuen Taktik uns nicht sonderlich zu kümmern braucht, soweit wir die Verhältnisse in der Partei allein in Betracht ziehen. Das Parteigefüge wird durch die Pannekoekschen Entdeckungen nicht erschüttert; Aufregung verursachen sie nirgendwo. Aber etwas anderes ist es um die Wirkung nach außen. Hier vereint sich eine Desperadostimmung mit der andern. Wenn jemals eine Seelenharmonie auf der Welt bestanden hat, so zwischen den Ultras von rechts und denen von links. Bei unseren *übrerradikalen* Schulmeistern zeigt sich das selbe krankhafte Gelüste mit dem Feuer zu spielen wie bei denen im extrem konservativen Lager. Unsere Freunde schwelgen genau so im grellen Ausmalen der heutigen Gefahren und erst der mörderischen Zukunftsschlacht wie die Oertel, Oldenburg-Januschau und Bueck. Die durchweg brav bürgerlich lebenden Vertreter beider Richtungen kann man sich nur mühevoll mit Schild und Speer bewaffnet auf blutigem Blachfeld vorstellen. Und doch macht ihnen nichts ein größeres Vergnügen als das Holdrio des Kampfes ums Ganze in greller Röte auszumalen. Nur daß unsere Konservativen bei dieser Gelegenheit hervorkehren, was unseren *Ultraradikalen* völlig abgeht: nämlich ein Stück gerissener Bauernschlauheit. Man lese nach, wie in den konservativen und großindustriellen Zeitungen die haltlosen Trugbilder unserer extremen Parteigenossen mit einem wahren Wonnegefühl registriert werden, auf daß es gelinge den Philister zu verängstigen und der Arbeiterbewegung, wenn auch nicht durch Ausnahmegesetze, so doch durch allerhand gemeingefährliche Fallen im Strafgesetzbuch ein Bein zu stellen. Unsere Konservativen wissen so gut wie nur einer, daß die Schlachtenbilder für die Denkrichtung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft blutwenig zu bedeuten haben; aber sie sind ihnen für das Geschäft des Scharfmachens willkommen.

Ob der Parteitag zu Chemnitz von diesem Gesichtspunkt aus auf die Ausschreitungen unserer unverfälscht *Radikalen* eingehen wird? Daß diese Richtung in der Partei überhaupt vorhanden ist, darf bei der Entwicklung des *Radikalismus* von ehedem zu einem *marxistischen Zentrum* nicht weiter verwundern; eine extreme Gruppe wird sich unter solchen Umständen immer absondern und Lärm erregen. Das erträgt die Partei; mag diese Gruppe auch wie zurzeit in Württemberg etliches lokales Unheil anrichten und in der Göppinger Sanierungssache die Langmut des Parteikassierers auf eine harte Probe stellen. Solche Mißhelligkeiten sind ja nichts Neues in der Partei; irgendein Feuerchen gab es häufig zu dämpfen, ohne daß dabei an Gefahr für das Haus zu denken war. Zu wünschen wäre nur im Hinblick auf das Ketzergericht gegen Hildebrand, daß der Parteitag extreme Anschauungen auf dem rechten Flügel der Partei ebenso nachsichtig beurteilen möge wie auf dem linken. Soll es allerdings einmal ans große Reinemachen gehen, soll wegen Mangels an vorgeschriebener Gesinnung ein Exempel statuiert werden, dann bitte: gleiches Recht auf beiden Seiten! Daß Pannekoek sich von den in der sozialdemokratischen Partei herrschenden Anschauungen vollständig entfernt hat, daran kann gar kein Zweifel bestehen. K. Kautsky ist durchaus im Recht, wenn er schreibt: »Bisher bestand der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten darin, daß jene die Staatsgewalt erobern, diese sie zerstören wollten. Pannekoek will beides.« Ich für meine Person will selbstverständlich ein Ketzergericht gegen Pannekoek ebensowenig wie gegen Hildebrand. Aber wenn einmal die Geister auf Stubenreinheit hin geprüft werden

sollen, dann sollte man wenigstens, wie gesagt, nach außen hin den Schein der Gerechtigkeit wahren und die *Parteischädlinge* vom linken Flügel mit genau dem selben Maß messen wie die vom rechten Flügel. Höchstens hätten die schiedsrichterlichen Instanzen bei der Erwägung praktischer Gesichtspunkte zu bedenken, daß nach aller bisher gemachten Erfahrung die revisionistischen Ketzereien nach einigen Jahren durchweg Gemeingut der Partei wurden, was man von den *ultraradikalen* bekanntlich nicht sagen kann.

Was der Parteitag politisch tun wird, muß im übrigen abgewartet werden. Er kann ja ohne Zweifel mehr verderben als gerade notwendig ist, wenn er die Wahltaktik der Parteileitung angesichts der politischen Sachlage nicht vollständig billigt. Der Parteitag kann andererseits erheblich zur Förderung des Friedens in der Partei beitragen, wenn er in der Reorganisationsfrage den föderativen Zug im Parteiregiment nicht zurückdrängt und von den auf Ausschaltung der Minderheiten berechneten Vorschlägen etlicher impossibilistischer Heißsporne möglichst weit abrückt. Ferner täte der Parteitag bei der Durchsicht des Reorganisationsstatuts am Ende ein gutes Werk, wenn er das heutige Schiedsgerichtsverfahren etwas menschlicher gestalten wollte. Es ist schon gelegentlich in Parteiblättern getadelt worden, daß ein Fünfmännerkollegium mit 3 gegen 2 Stimmen, und ein Geschworenengericht mit 7 gegen 5 Stimmen Glück und Leben eines Angeklagten vernichten kann. Ist es etwas anderes, wenn im Fall Hildebrand und in dem Schiedsgerichtsverfahren wegen der Stuttgarter Gemeindewahlen mit 4 gegen 3 Stimmen auf Verurteilung erkannt worden ist? In beiden Fällen halten manche Parteigenossen die gerichtliche Prozedur überhaupt für überflüssig. Will man aber einmal nicht anders, dann ist wenigstens dafür zu sorgen, daß der Urteilsspruch öffentliches Ansehen genießt. Hiervon kann aber keine Rede sein, wenn 3 Mann den Angeklagten für schuldlos, 3 Mann ihn aber für straffällig halten, und das Wohl und Wehe eines Parteigenossen im Grunde genommen nur von der vielleicht im voraus feststehenden Meinung einer einzigen Person abhängt.

Aber wie klug oder wie ungeschickt in diesen Fragen und auch in dem Problem des Imperialismus das Urteil des Parteitags ausfallen mag: auf die Entwicklung der Partei übt auch die jeweilige Anschauung der höchsten Parteinstanz nur einen sehr bedingten Einfluß aus. Es sind für diese Entwicklung und für die Aufgaben der Sozialdemokratie im Organismus des deutschen Volkes noch andere und mächtigere Faktoren maßgebend. Und diese werden dafür sorgen, daß später mehr noch als heute die Erfolge der Partei nach außen hin ihrer glänzenden innern Verfassung entsprechen.

XX
**CARL LEGIEN · DIE KONZENTRATION DER
 KRÄFTE IN DER WIRTSCHAFTLICHEN ARBEI-
 TERBEWEGUNG**



In Deutschland ist die gewerkschaftliche Bewegung wohl am meisten in großen Verbänden konzentriert. Eine ähnliche Entwicklung zeigen die skandinavischen Länder und Österreich, während in England und in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo die industrielle Entwicklung früher begann und weiter vorgeschritten ist als in Deutschland, eine große Zersplitterung der Kräfte in vielen Berufsorganisationen vor-

handen ist, obgleich die Gewerkschaften hier eine ungehinderte Entwicklungsmöglichkeit hatten, während sie in Deutschland wiederholt durch ausnahmerechtliche Maßregeln vollständig vernichtet oder in ihrer Fortentwicklung behindert wurden. In Deutschland haben die starken Unternehmerorganisationen nicht wenig zur Beschleunigung der Konzentration der Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung beigetragen. Es scheint aber auch im Wesen der deutschen Arbeiterbewegung zu liegen organisatorisch eine möglichst kompakte Masse zu bilden. Eine historische Übersicht über den gewerkschaftlichen Organisationsprozeß in Deutschland ergibt das mit voller Klarheit. Sie sei daher hier kurz wiederholt.

Bereits im Jahr 1848, als auch die deutschen Arbeiter wenige Monate der Bewegungsfreiheit genossen, begann man mit der Gründung gewerkschaftlicher Zentralverbände. Ein Verband der Buchdrucker und ein Verband der Zigarrenarbeiter wurden geschaffen, die allerdings in der Reaktionsperiode dann zugrunde gingen. Als hierauf Ende der sechziger Jahre die Aufhebung der Koalitionsverbote im Norddeutschen Bund in Aussicht stand, wurde wiederum die gewerkschaftliche Vereinigung der Arbeiter in großen, ganze Industriezweige umfassenden Verbänden empfohlen. Der Gewerkschaftskongreß, der im September 1868 in Berlin tagte, beschloß für 9 Industriegruppen gewerkschaftliche Verbände zu schaffen. Die sehr schematisch von dem Kongreß vorgenommene Abgrenzung der Industriegruppen wurde bei der Gründung gewerkschaftlicher Organisationen, die dann erfolgte, nicht eingehalten. Immer aber zeigte sich das Bestreben die Arbeiterschaft in einheitlicher Organisation zusammenzufassen. Auf einer Gewerkschaftskonferenz im Mai 1878 in Gotha wurde ein Organisationsplan angenommen, der eine Verbindung der Zentralverbände in einer Kartellkommission vorsah. Der Organisationsplan sollte einem Gewerkschaftskongreß, der für Pfingsten 1878 nach Magdeburg berufen war, zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Dann kamen die Attentate auf den Kaiser. Die Verfolgung der Arbeiterbewegung begann, der Gewerkschaftskongreß wurde widerrechtlich verboten, und das Sozialistengesetz vernichtete die gesamte gewerkschaftliche Organisation in Deutschland.

Während der Dauer des Sozialistengesetzes war für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ebensowenig wie für die politische die Möglichkeit der Verständigung über einheitliches Vorgehen und einheitliche Organisation gegeben. Mit lokalen Vereinen beginnend und bald zu losen Verbandsformen übergehend setzte die gewerkschaftliche Bewegung Anfang der achtziger Jahre wieder ein. Immer aber war die Vereinigung für einen abgegrenzten Kreis von Berufsangehörigen vorgesehen. Nur von den Metallarbeitern wurde der Versuch gemacht eine Organisation für die gesamte Metallindustrie zu schaffen. Die kaum gegründete Metallarbeiterorganisation wurde aber auf Grund des Sozialistengesetzes verboten. So kam es auch in diesem Industriezweig zur Gründung von Branchenverbänden von den Verbänden der Kupferschmiede, der Goldarbeiter, der Mechaniker, der Schmiede und der Schlosser. Für die meisten Berufe, die heute in einem Industrieverband vereinigt sind, wurden Zentralverbände gegründet. Unter anderen wurde damals auch ein Verband der Fabrikarbeiterinnen ins Leben gerufen, der sich später *Zentralverein der Frauen und Mädchen* nannte, aber zu keiner nennenswerten Bedeutung kam. Vielfach wurde die Organisationstätigkeit auch nur auf die gelernten Arbeiter ausgedehnt, von der Heranziehung der ungelerten Arbeiterschaft zur Be-

rufsorganisation sah man ab. Selbst nach Landesgrenzen die Arbeiter zu organisieren wurde versucht. So entstanden die Verbände der bayrischen Maler, der süddeutschen Mühlenarbeiter und der süddeutschen Zimmerer. Im Bergbau gab es Verbände für Sachsen, für Rheinland-Westfalen, für Schlesien und für das Saarrevier. Der Verband der Bergarbeiter des Saarreviers, der 22 000 Mitglieder zählte und ein eigenes Verbandsorgan hatte, ging 1893 infolge eines mißglückten Streiks, dem eine rücksichtslose Verfolgung der Organisierten durch die fiskalische Grubenverwaltung folgte, zugrunde. Der Verband der sächsischen Bergarbeiter, der gleichfalls ein eigenes Verbandsorgan hatte, wurde 1895 wegen angeblicher politischer Betätigung aufgelöst. Was den Verband für Schlesien anlangt, so sind Angaben über dessen Entwicklung und Verschwinden nicht vorhanden. So bot nach dem Fall des Sozialistengesetzes die gewerkschaftliche Organisation in Deutschland ein Bild größter Dezentralisation.

Der erste Versuch die Organisation auf ein ganzes Industriegebiet auszudehnen wurde von den Metallarbeitern gemacht. Auf dem Metallarbeiterkongreß in Frankfurt am Main zeigte sich jedoch, wohl als Folge der Organisationspraxis in den 12 Jahren des Ausnahmegesetzes, noch eine starke Strömung für Berufsorganisation, die dann auch zur Gründung des Verbandes der Former führte. Die Aussperrungspraktiken der Unternehmerorganisationen führten aber im Lauf der Jahre die Berufsorganisationen in der Metallindustrie zusammen. Die Verbände der Mechaniker, der Goldarbeiter und der Schlosser gingen bald nach Gründung des Metallarbeiterverbandes in diesem auf, und einige Jahre später erfolgte auch der Anschluß des Verbandes der Former und eines inzwischen gegründeten Verbandes der Graveure. Am 1. Oktober 1912 wird sich auch der 1885 gegründete Verband der Schmiede dem Metallarbeiterverband anschließen. Dieser zählte am Schluß des Jahres 1911 in 451 Zweigvereinen 515 145 Mitglieder und wird durch den Zutritt des Schmiedeverbandes um weitere 16 600 Mitglieder wachsen. Er ist die größte gewerkschaftliche Organisation der Welt, in keinem andern Land ist eine auch nur annähernd gleich große gewerkschaftliche Vereinigung vorhanden. Nach dem Anschluß der Schmiede gibt es in Deutschland neben dem Metallarbeiterverband nur noch eine gewerkschaftliche Organisation für die Metallindustrie, den im Jahr 1885 gegründeten Verband der Kupferschmiede, der Ende 1911 in 97 Zweigvereinen 4976 Mitglieder zählte.

Im Jahr 1892 folgten dann andere Verbände mit dem Zusammenschluß zu Industrievereinigungen. Der Verband der Weißgerber, der 1872 gegründet worden war, vereinigte sich mit dem Verband der Lohgerber zum Verband der Lederarbeiter. Diesem schloß sich im Jahr 1909 der 1869 gegründete Verband der Handschuhmacher an. Die Organisation zählte Ende des vorigen Jahres 15 091 Mitglieder. Die Verbände der Hafendarbeiter und der Werftarbeiter versuchten gleichfalls 1892 durch Zusammenschluß eine Vereinigung aller im Schiffsbau und in der Schifffahrt beschäftigten Personen zu schaffen. Der Versuch mißglückte. Es entstand erneut ein Verband der Hafendarbeiter, dem im Jahr 1896 ein neuer Werftarbeiterverband folgte. Dieser wurde infolge der Aussperrungen auf den Werften zur Auflösung gezwungen. Die Mitglieder dieser Organisation traten größtenteils zum Metallarbeiter- und zum Holzarbeiterverband über. Dem Hafendarbeiterverband gliederten sich später die Flößer an, nachdem mit einer eigenen Verbandsgründung für diese kein

Erfolg erzielt worden war. Das selbe geschah mit den Binnenschiffern. Im Jahr 1910 vereinigten sich die Verbände der Hafendarbeiter, der Seeleute und der Transportarbeiter zum *Deutschen Transportarbeiterverband*, der 195 249 Mitglieder am Schluß des Jahres 1911 zählte. Mittlerweile hatte sich auch der Anschluß der Verbände der Posamentierer und der Seiler an den Verband der Textilarbeiter vollzogen. Dieser Verband, der 1900 nur 34 333 Mitglieder hatte, zählte Ende 1911 131 426 Mitglieder.

In der Holzindustrie gab es nicht weniger als 10 Verbände: Bürstenmacher, Drechsler, Stellmacher, Tischler, Korbmacher, Vergolder, Musikinstrumentenarbeiter, Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen, Möbelpolierer und Schirmmacher. Im Jahr 1893 vereinigten sich die Verbände der Bürstenmacher, Drechsler, Stellmacher und Tischler zum *Deutschen Holsarbeiterverband*. 1894 zählte dieser 26 140 Mitglieder. Die anderen genannten Verbände brachten ihm bei den Anschlüssen, die in den Jahren darauf erfolgten, keinen bedeutenden Mitgliederzuwachs. Er hat aber 1911 am Jahresschluß 182 750 Mitglieder erreicht und ist in der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands die alleinige Organisation für die Arbeiter der Holzindustrie.

Der Anschluß des Verbandes der Mühlenarbeiter an den Brauereiarbeiterverband, des Verbandes der Portefeuller an den Sattlerverband, des Verbandes der Konditoren an den Bäckerverband, des Verbandes der Hoteldiener an den Verband der Gastwirtsgehilfen, des Verbandes der Lagerhalter an den Verband der Handlungsgehilfen und des Verbandes der Zigarrensortierer an den Tabakarbeiterverband: all das sei zur Vervollständigung des Bildes noch erwähnt. Dann wurde durch Zusammenschluß der Verbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter der Bauarbeiterverband im Jahr 1910 geschaffen, dem später der Verband der Stukkateure und der Verband der Isolierer und Steinhölzleger beitraten. Der Bauarbeiterverband war mit 295 688 Mitgliedern am Jahresschluß 1911 die zweitstärkste der Gewerkschaften Deutschlands, während 1900 der Verband der Bauhilfsarbeiter 17 900, der Verband der Maurer 82 964 Mitglieder zählte. Der Verband der Stukkateure hatte bei dem Anschluß an den Bauarbeiterverband 10 781, der der Isolierer 800 Mitglieder. Dieser Entwicklungsprozeß in der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands ist auch noch keineswegs abgeschlossen. Es finden noch Verhandlungen statt, die einen weitem Zusammenschluß von Berufsvereinigungen bezwecken. So wird in den Verbänden der Glasarbeiter, der Porzellanarbeiter und der Töpfer schon seit mehreren Jahren die Frage erörtert, ob deren Vereinigung zu einem Verband der Arbeiter der Keramikindustrie erfolgen soll.

Die bisher vollzogenen Zusammenschlüsse von Berufsverbänden zur Organisation für ein größeres Industriegebiet hat zu einer vollständig andern Gestaltung der gewerkschaftlichen Organisation geführt als wir sie vor 20 Jahren hatten. Im Jahr 1892 berichtete die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, daß 1891 61 Zentralverbände und 4 durch Vertrauensmänner zentralisierte Organisationen bestanden. Diese 65 Zentralorganisationen zählten insgesamt 277 659 Mitglieder. Wenn die für 1912 in Aussicht genommenen Zusammenschlüsse von Verbänden erfolgt sind, werden Ende des Jahres nur 47 gewerkschaftliche Zentralverbände mit voraussichtlich $2\frac{1}{4}$ Millionen Mitgliedern in Deutschland vorhanden sein. Nicht eingerechnet sind hier die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter, die erst neuerdings mit Unterstützung der Gewerkschaften der industriellen Arbeiter ins Leben ge-

rufen wurden. Der ersterwähnte Verband hatte 5751, der andere 15 696 Mitglieder Ende des Jahres 1911. Übrigens ist hier nur von den der *Generalkommission* angeschlossenen Organisationen die Rede, nicht einbezogen sind die christlichen Gewerkschaften, 23 Verbände mit 350 574 Mitgliedern und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, 25 Verbände mit 107 743 Mitgliedern.

Die Konzentration in der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands hat sich aber noch intensiver vollzogen als es in den Zahlen: 65 Zentralorganisationen im Jahr 1891 und 47 Verbände Ende 1912, zum Ausdruck kommt. Denn es handelt sich nicht um die gleichen Verbände; nach 1891 sind noch neugegründet die Zentralverbände der Asphaltleute, der Blumenarbeiter, der Buchdruckereihilfsarbeiter, der Bureauangestellten, der Fleischer, der Gastwirtsgehilfen, der Maschinisten und der Zivilmusiker, während der Verband der Porzellanarbeiter, der früher den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen angehörte, sich 1893 der *Generalkommission* anschloß, und die früher gegründeten Verbände der Notenstecher und der Xylographen ihren Anschluß an die *Generalkommission* vollzogen. Diese 11 Verbände zählen in den 47, die Ende 1912 bestehen werden, mit. Es wären somit 76 gegen 47 Organisationen in Vergleich zu stellen.

Im allgemeinen vollzog sich dieser Entwicklungsgang ohne irgendeinen gewaltsamen Eingriff. Beschlüsse wie sie von der Konvention der *American Federation of Labor* schon mehrfach gefaßt wurden, nach denen verwandte Berufsorganisationen sich zu vereinigen hätten, waren in Deutschland nicht erforderlich. Zwar hat der Parteitag der sozialdemokratischen Partei in Halle /1890/ den Arbeitern empfohlen sich in zentralistischen Organisationen zusammenzuschließen. Auch der Berliner Gewerkschaftskongreß /1892/ beschloß, daß es Aufgabe der *Generalkommission* sei »den Zusammenschluß der kleinen Verbände und Lokalorganisationen zu Industrieverbänden anzustreben«. Der Gewerkschaftskongreß in Stuttgart /1902/ änderte diesen Satz dahin, daß die *Generalkommission* »den Zusammenschluß kleiner, existenzunfähiger Verbände und Lokalorganisationen zu leistungsfähigen Zentralverbänden anzustreben« habe. Es handelte sich aber immer nur um Empfehlungen, nicht um den Versuch auf bestimmte Berufsorganisationen einen Druck auszuüben. An Differenzen und Reibungen zwischen den Organisationen, die sich später vereinigten, hat es natürlich nicht gefehlt, weil sie bei der Agitation unter den Indifferenten auf einander stießen und bei Streiks mit einander kollidierten. Die Erkenntnis, daß ein Zusammenschluß notwendig war, wurde aber durch das Vorgehen der Unternehmerverbände wesentlich gefördert. Diese sperrten Massen von Arbeitern aus, wenn eine Berufsorganisation Forderungen stellte und sie durch einen Streik zu erringen suchte. Dadurch waren andere Organisationen gezwungen zahlreiche ausgesperrte Mitglieder zu unterstützen, ohne selbst ein Kampfesobjekt zu haben. So führte die böse Absicht der Unternehmer die Gewerkschaften zu sprengen zu deren Stärkung und zur Erhöhung ihrer Widerstandskraft.

Wenn voraussichtlich auch der Zusammenschluß weiterer Berufsorganisationen zu Industrieverbänden und der Anschluß kleinerer Organisationen an größere Verbände erfolgen wird, so ist damit immer noch nicht das letzte Wort in der Entwicklung der Gewerkschaften Deutschlands gesprochen. Die Unternehmerorganisationen drängen immer mehr darauf durch Abschluß zentraler Tarifverträge zu einer ihnen gelegenen Zeit große Arbeitermassen in den Kampf zu

zwingen. Es kann deshalb auch der Fall eintreten, daß große Industrieverbände der Hilfe anderer Organisationen bedürfen. Daher wird wahrscheinlich der heute unverbindlichen Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung ein bindendes Vertragsverhältnis unter den Gewerkschaftsverbänden folgen. In welcher Form dies geschehen wird, läßt sich zurzeit nicht sagen. Daß ein Bedürfnis danach vorhanden ist, zeigten die Verhandlungen des letzten Gewerkschaftskongresses im Jahr 1911 in Dresden. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden immer intensiver, größere Massen werden in den Kampf gedrängt, und nach den bisherigen Erfahrungen werden die Gewerkschaften nicht verfehlen ihre Organisation so auszubauen, daß sie den kommenden Kämpfen gewachsen sind.

XX

ADOLPH VON ELM · JEDEM DAS SEINE!



IN charakteristisches Merkmal der Genossenschaftsbewegung in Deutschland ist die in ihr bisher geübte Toleranz. Die Genossenschaften öffnen ihre Tore den Anhängern der verschiedensten Auffassungen in religiöser und politischer Hinsicht, sie überlassen es den einzelnen Mitgliedern in der Gewerkschaftsbewegung das zu sehen, was sie wünschen. Mögen die einen glauben durch die Genossenschaftsbewegung eine Harmonie der Interessen herbeiführen zu können, die anderen, die Genossenschaften seien Klassenkampforganisationen: in der Genossenschaftsbewegung wird niemandem verwehrt zu glauben, daß er durch sie seine persönlichen Ideale zu fördern imstande sei.

Auch der internationale Genossenschaftstag hat bisher die größte Duldsamkeit geübt; wie auch immer in den einzelnen Ländern sich die Genossenschaftsbewegung gestaltete, ob sich in ihnen parteipolitische Genossenschaften oder parteipolitisch neutrale Genossenschaften bildeten, er wies weder die einen noch die anderen zurück. Ein besonderes Programm, worauf sich die Genossenschaften in den verschiedenen Ländern zu verpflichten hatten, bestand nicht. Der letzte Kongreß der genossenschaftlichen Internationalen, der für die fernere Entwicklung der internationalen Genossenschaftsbewegung auch dadurch von der größten Bedeutung ist, daß er eine neue organisatorische Grundlage für den Bund schuf, hat zum erstenmal den Versuch gemacht in einer Resolution eine programmatische Erklärung über die Bedeutung und die Aufgaben der Genossenschaften zu geben. Diese Erklärung war notwendig, um gegen den Mißbrauch zu protestieren, der in einzelnen Ländern mit der Form der Genossenschaft von einzelnen kapitalistischen Produzentengruppen getrieben wird. Im allgemeinen beschränkt sich die Resolution darauf festzustellen, was ist, zu fordern, was schon jetzt alle fortgeschrittenen Genossenschaften als ihre Aufgabe ansehen. Die Resolution bekennt sich zu den Grundsätzen der demokratischen Selbstverwaltung, den Barzahlungen, der unbeschränkten Mitgliederzahl, den Rückvergütungen nach Maßgabe des Bezugs von Waren an die Mitglieder. Sie empfiehlt den Konsumgenossenschaften die Ansammlung eines unbegrenzt anwachsenden und unteilbaren Genossenschaftsvermögens, die genossenschaftliche Bildung und Erziehung der Mitglieder, den Zusammenschluß zu nationalen Verbänden, zu Großeinkaufsgesellschaften und fortgesetzte Entwicklung der Eigenproduktion. Sie erklärt es für die Pflicht der Genossenschaften produktive Musterbetriebe ins Leben zu rufen und ihren Angestellten und Arbeitern

vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Alles Aufgaben, die der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* seit seinem Bestehen mit Eifer und Energie gefördert hat. Als eine ideelle Wirkung des internationalen genossenschaftlichen Zusammenschlusses und der Anknüpfung internationaler Geschäftsbeziehungen erachtet die Resolution die dadurch bewirkte Anbahnung des Weltfriedens.

Als hauptsächlich programmatisch und doch wiederum nur als eine Konstatierung von Tatsachen möchte ich die Einleitung zu der Resolution über die Bedeutung und Aufgaben der Konsumgenossenschaften bezeichnen, in der es heißt:

»Die Konsumgenossenschaften, die außer den eigentlichen Konsumvereinen auch die Wohn- und Baugenossenschaften umfassen, haben in den kapitalistisch entwickelten Ländern die größte Bedeutung für die Wahrnehmung der Interessen der Arbeit in der Volkswirtschaft, und zwar sowohl wegen des unmittelbaren großen praktischen Nutzens, den sie für die Mitglieder im Gefolge haben, als insbesondere auch wegen der ihnen zugrunde liegenden Wirtschaftsprinzipien, durch deren allgemeine Ausbreitung und Anwendung die Umbildung des kapitalistischen Wirtschaftssystems befördert wird.«

In diesen Worten ist das offene und klare Bekenntnis zu der antikapitalistischen und sozialen Tendenz der Konsumvereine enthalten; mit diesen Worten werden die Konsumgenossenschaften weit höher gewertet als dies in den Parteiresolutionen von Kopenhagen und Magdeburg der Fall ist. Nach der Kopenhagener Resolution sind die Konsumvereine berufen »die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten zu helfen«. Der Unterschied zwischen der Kopenhagener und der Resolution des internationalen Genossenschaftskongresses ist der, daß diese in den Resultaten der konsumgenossenschaftlichen Tätigkeit bereits ein Stück des sozialistischen Werdens, der Neugestaltung der Verhältnisse erblickt, während jene die Konsumgenossenschaften nur als Erziehungsanstalten zur Vorbereitung der Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches anerkennt. Die Magdeburger Parteiresolution schweigt sich über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften nach dieser Richtung völlig aus; sie anerkennt nur, daß sie durch Schaffung vorbildlicher Lohn- und Arbeitsverhältnisse »wertvolle soziale Arbeit« leisten können.

In den *Sozialistischen Monatsheften* ist kürzlich die Frage erörtert worden, ob die Konsumgenossenschaften Klassenkampforganisationen sind oder sein sollen, respektive ob sie Klassenkampfmittel sind oder sein können.¹⁾ Zunächst muß einmal festgestellt werden, daß weder die Kopenhagener noch die Magdeburger Resolution die Konsumgenossenschaften als *Klassenkampforganisationen* bezeichnen. Die Magdeburger Resolution spricht nur davon, daß die Konsumgenossenschaften unter gewissen Voraussetzungen ein »wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampf« sein können; der Kopenhagener Kongreß erklärte, »daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeiter herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erringung ihres unverrückbaren Zieles: die Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zweck der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Aus-

¹⁾ Siehe Fischer *Genossenschaft und Klassenkampf*, Göhre *Klassenkampf und Genossenschaft* und Staudinger *Klassenkampf und Konsumverein* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 2. Band, pag. 845 ff., 921 ff. und 982 ff.

tausches, führt, und daß die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat diese Waffe zu gebrauchen«.

Die Kopenhagener Resolution sagt klar und deutlich, was Klassenkampf ist, und wer ihn führt. Genosse Göhre, der in der Genossenschaftsbewegung »Klassenkampf« und »Klassenkrieg« sieht, stellt sich mit seiner Auffassung also in schroffen Gegensatz zu der Kopenhagener und der Magdeburger Resolution. Es ist vollständig falsch, wenn er schreibt, Partei und Gewerkschaften seien sich heute in der Einschätzung der Arbeiterkonsumgenossenschaften als Klassenkampforganisationen einig. Im Gegenteil: Göhres Auffassung widerstreitet der Auffassung der sozialdemokratischen Parteien aller Länder über den Klassenkampf. Der Klassenkampf, der in der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht, zum Zweck der Vergesellschaftung der Produktionsmittel besteht, wird in allen Ländern einzig und allein von den sozialdemokratischen Parteien geführt. Genosse Göhre hat auch unrecht, wenn er die freien Gewerkschaften als Klassenkampforganisationen bezeichnet. Er behauptet, »in den Augen von Freund und Feind« sei das heute »unbestritten«. Wann und wo haben denn die freien Gewerkschaften jemals die Erklärung abgegeben, daß sie die Arbeiter als Klasse zur Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel organisieren wollen? Das ist bis jetzt meines Wissens noch nie und nirgends der Fall gewesen, und nur in diesem bewußten Willen besteht der Klassenkampf. Göhre kann zu seiner Auffassung nur dadurch gelangen, daß er alle bisher feststehenden Begriffe umdichtet und umdeutet. Aus einem Mittel macht er die Sache selbst. Wenn sich die Arbeiter durch die Gewerkschaften und die Genossenschaften Mittel verschaffen, um den Klassenkampf innerhalb der sozialdemokratischen Partei wirksamer führen zu können, so bedeutet das für ihn schon, daß sie den Klassenkampf selbst durch ihre Organisationen führen. Die Sozialdemokratie hat bisher mit vollem Recht eine derart schwammige Auffassung vom Klassenkampf abgelehnt, Genosse Göhre erweist mit dieser Dehnung und Deutung des Begriffs vom *Klassenkampf* weder der Partei noch den Gewerkschaften und den Genossenschaften einen Dienst. Gerade auch der Partei nicht, weil er deren Agitation für den Beitritt der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter zur politischen Partei hemmt. Wenn Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung schon »Klassenkampf« und »Klassenkrieg« ist, welche Bedeutung hat dann noch die politische Partei? Genosse Göhre liefert den einseitigen Gewerkschaftern und Genossenschaf tern nur Argumente für ihre Nichtbeteiligung an der politischen Partei. Klassenkämpfer sind nur diejenigen, die sich bewußt zu dem Endziel der Sozialdemokratie bekennen und der politischen Partei als Mitglied angehören. Genosse Göhre liefert auch den kapitalistischen Scharfmachern nur Argumente; er gibt ihnen recht, wenn sie in jedem Arbeiterturn- und -gesangverein *Klassenkampf* erblicken wollen, wenn sie die Gewerkschaften und Genossenschaften für sozialdemokratische Parteiorganisationen erklären.

Mit der fortgesetzten Wiederholung der irrigen Argumentation, die Genossenschaften seien Klassenkampforganisationen, werden diese nur geschädigt, werden ihnen nur Schwierigkeiten verursacht, von denen jene Theoretiker keine Ahnung haben. Die Hetze, die bei der Errichtung der *Volksfürsorge* einsetzte, ist ein schlagender Beweis dafür, wie diese die neue Klassenkampftheorie auszunutzen verstehen. Parteipolitische Neutralität und Klassenkampf sind un-

vereinbare Begriffe; wer innerhalb der oder durch die Genossenschaftsbewegung den Klassenkampf führen will, muß logischerweise verlangen, daß in ihr sozialdemokratische Parteipolitik getrieben wird. Göhres Beweisführung ist sehr schwach. Die Konsumvereine sind Klassenkampforganisationen, meint er, weil in ihnen die Mehrzahl der Mitglieder Arbeiter und Sozialdemokraten sind. Das erinnert mich an ein Gespräch, das ich mit einem (inzwischen verstorbenen) Hamburger Senator hatte. Er war Vorsitzender einer Baugenossenschaft. Unser Konsumverein beabsichtigte in einem Häuserkomplex, der durch diese erbaut werden sollte, eine Verkaufsstelle zu errichten. Dies lehnte der Herr Senator mit der Begründung ab, unser Verein sei ein sozialdemokratischer Verein. Als ich ihn fragte, woraus er dies schließe, antwortete er, die große Mehrzahl unserer Mitglieder seien doch Arbeiter und Sozialdemokraten. Ich antwortete ihm darauf: »Aber, Herr Senator, dann sind ja auch Sie Vorsitzender eines sozialdemokratischen Vereins, denn unbestreitbar besteht die große Mehrzahl der Mitglieder Ihrer Baugenossenschaft ebenfalls aus Arbeitern und Sozialdemokraten.« In den Generalversammlungen der Konsumvereine, in denen nur geschäftliche Angelegenheiten erledigt werden, haben die Arbeiter gar keine Gelegenheit sich als Klassenkämpfer parteipolitisch betätigen zu können: Da sollte man doch endlich damit aufhören die Genossenschaften als Klassenkampforganisationen zu bezeichnen. Genosse Göhre irrt auch, wenn er sagt: »Die tragenden und führenden Kreise der [Konsum-]Vereine sind jedenfalls fast überall Parteigenossen . . .« Gerade die Hamburger *Produktion*, die er, da der Begriff *Klassenkampforganisation* doch wohl für ihn eine Bezeichnung für möglichst hervorragende Leistungen ist, ohne Zweifel als *Klassenkampforganisation* ansprechen wird, hat in ihren Vorstand zwei Nichtparteigenossen gewählt, und die Arbeiterklassenkämpfer in Hamburg haben bei der Wahl auch gar nicht danach gefragt, ob die Betreffenden denn auch eingeschriebene Mitglieder der sozialdemokratischen Partei seien. Aber eines wußten die Mitglieder der *Produktion*: Die Vorgeschlagenen sind tüchtige Kaufleute und Genossenschafter, und die gebrauchen wir, um unsern Riesenbetrieb zu leiten und weiter zu entwickeln.

Aber, wird Göhre vielleicht fragen, können denn Nichtsozialdemokraten auch im sozialistischen Geist wirken, wie es doch die Kopenhagener Resolution verlangt? Als Mitverfasser dieser Kompromißresolution, der auch ich mit dem bekannten Körnchen Salz zugestimmt habe, habe ich hauptsächlich Wert darauf gelegt, daß klar und deutlich erklärt wurde, worin denn nun eigentlich das Wirken im sozialistischen Geist in den Konsumvereinen bestehen soll, um zu verhindern, daß später der Streit über diesen Begriff überall entbrennen würde. Erfreulicherweise sagt dies die Kopenhagener Resolution sehr bestimmt, und die Magdeburger stimmt mit ihr inhaltlich vollkommen überein. Wirken im sozialistischen Geist heißt nach der Kopenhagener Resolution, daß die Parteigenossen die Pflicht haben in ihren Konsumvereinen dafür einzutreten, »daß die Überschüsse nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen selbst oder durch ihre Verbände und Großeinkaufsgesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie für die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen; daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden, daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden; und daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt werden.«

Nach dieser klaren Definition konnte ich auf dem Hamburger internationalen Genossenschaftskongreß, der dem Kopenhagener Kongreß unmittelbar folgte, mit vollem Recht erklären: Dieses Wirken im sozialistischen Geist bedeutet Wirken im genossenschaftlichen Geist. Was der Sozialistenkongreß von uns verlangt, in diesem Sinn haben sich alle fortgeschrittenen Genossenschaftler in ihren Vereinen längst betätigt.

Es ist äußerst zeitgemäß gegenwärtig an den klaren Wortlaut der Kopenhagener und Magdeburger Resolutionen zu erinnern, weil einige *Reformatoren* neuerdings die Parteigenossen dazu auffordern in den Generalversammlungen der Konsumvereine *im sozialistischen Geist* zu wirken. Worin dies bestehen soll, sagen sie leider nicht. Da auch sie erklären, daß selbstverständlich von den Konsumvereinen parteipolitische Neutralität geübt werden müsse, wollen wir hoffen, daß es nur dieser Erinnerung bedarf, um ihren Betätigungsdrang in die richtigen Bahnen zu lenken. Für die Betätigung des sozialistisch-genossenschaftlichen Geistes gibt es wahrlich noch genug Arbeit; denn leider muß gesagt werden, daß in manchen Orten, wo die Zahl der enrugierten Parteigenossen sehr groß ist, diese Betätigung noch recht mangelhaft ist. Hand aufs Herz, Genossen, handelt ihr denn auch im Sinn der Kopenhagener und Magdeburger Resolution, nach den Beschlüssen des Dresdener Gewerkschaftskongresses, des Münchener Genossenschaftstags? Übt ihr, wie es eure Pflicht ist, genossenschaftliche Treue, unterstützt ihr konsequent durch euren Einkauf die genossenschaftliche Produktion? So und nicht anders sollten alle, die im sozialistischen Geist wirken wollen, die Arbeiter an ihre Pflicht zu mahnen suchen.

Es ist beschämend, aber wahr, daß viele Genossenschaftsmitglieder, die Nichtparteigenossen sind, in der Betätigung genossenschaftlicher Treue viel eifriger sind als Parteigenossen, die wohl vom Sozialismus reden, aber ihn praktisch nicht üben. Und darauf, dünkt mich, kommt es doch bei den Konsumvereinen hauptsächlich an. Alle möglichen idealen Forderungen an sie zu stellen, ihre Entwicklung aber nicht dadurch zu fördern, daß man so weit wie irgend möglich seine Waren- und Bedarfsartikel von ihnen entnimmt, das ist ein Widersinn. Eigentlich sollten nun doch auch wohl diejenigen, die in den Konsumvereinen *Klassenkampf* sehen, mit mir einverstanden sein, daß es in erster Linie darauf ankommt die Genossenschaftsbewegung, wenn sie für die Arbeiterklasse Wert und Bedeutung haben soll, groß und stark zu machen. Wenn sie dies aber anerkennen, dann dürfen sie in den Konsumvereinen keine Klassenkampfpromaganda treiben und dürfen dadurch nicht die große Zahl jener Leute im Volk von den Genossenschaften fernhalten, die absolut kein Interesse an der Aufrechterhaltung kapitalistischer Ausbeutung haben, sich aber aus verschiedenartigen Gründen nicht der sozialdemokratischen Partei anschließen. »Lieber klein, aber rein« wollte ein holländischer Genosse die Genossenschaftsbewegung, und er befürwortete deshalb »reine sozialdemokratische Arbeiterkonsumvereine«. Das ist konsequent gedacht und gehandelt; nur ist damit den Arbeitern selbst nicht gedient. »Klein, aber rein« sind die Klassenkampfkonsumvereine Hollands geblieben, und sie werden es bleiben, solange sie auf ihrem Standpunkt beharren. Wir in Deutschland aber haben gerade deshalb, weil wir parteipolitische Neutralität in der Genossenschaftsbewegung üben, eine große und ständig sich aufwärts entwickelnde Bewegung. Von dem Moment an, wo wir unsere Konsumvereine als Klassenkampforganisationen deklarieren, würden in einigen Distrikten Deutschlands Scharen von Arbeitern, die heute

noch ihrer politischen Überzeugung nach der Zentrums- oder einer andern politischen Partei angehören, ihnen den Rücken kehren, und unsere Genossenschaftsbewegung würde bald ebenso das Bild trauriger Zerrissenheit bieten wie in anderen Ländern, wo in der Sozialdemokratie leider sich noch nicht die Überzeugung Bahn gebrochen hat, daß es im Interesse der Arbeiterklasse liegt die volle Selbständigkeit der politischen und der wirtschaftlichen Bewegung anzuerkennen.

Die Konsumvereine sind keine Klassenkampforganisationen; sie haben die Interessen der Konsumenten zu wahren und müssen aus diesem Grund immer mehr zur Eigenproduktion der von ihnen geführten Waren übergehen. Der Kampf gegen die Konsumvereine ist in der Hauptsache ein Kampf derjenigen, denen ihre Konkurrenz unbequem ist, die mit ihrem Geschrei Staat und Gesellschaft in den Dienst ihrer Sonderinteressen stellen möchten, und denen man mit der *Konsumvereinsklassenkampftheorie*, wenn die Konsumvereine sie sich zu eigen machen wollten, nur Wasser auf ihre Mühlen treiben würde. Klassenkampf ist, wie es auch unser Programm besagt, notwendigerweise politischer Kampf. Ohne die bewußt gewollte Betätigung der Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht ist ihr Klassenkampf ein Ding der Unmöglichkeit.

Jedem das Seine: der politischen Partei die Führung des Klassenkampfes; den Gewerkschaften und Genossenschaften das Wirken für die Erhöhung der Lebenshaltung des Volkes, den Gewerkschaften auf dem Gebiet der Wahrung der Interessen der Arbeiter als Produzenten, den Genossenschaften auf dem Gebiet der Interessen aller Volksgenossen als Konsumenten. Mehrung der wirtschaftlichen Macht des Volkes ist die Aufgabe der beiden großen wirtschaftlichen Bewegungen: Wer dies erkannt hat, darf deren Entwicklung nicht stören, indem er ihnen ihrem Wesen völlig fremde Aufgaben zuweist und sie zum Gaudium der Gegner der Arbeitersache zu einem Anhängsel der politischen Partei stempelt. Wer klar erkannt hat, welche Wege zum Sozialismus führen, wird sich auf allen Gebieten betätigen: politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich.

XX

JOHANNES TIMM · DIE GESTALTUNG DER PARTEILEITUNG

ZWEIFELLOS ist die wichtigste Änderung, die von der auf dem vorigen Parteitag gewählten Kommission unter Mitwirkung des Parteivorstands an dem Organisationsstatut der Partei vorgenommen wurde, die Umgestaltung der Parteileitung. Nach den Vorschlägen der Kommission soll der Parteivorstand wie bisher aus 2 Vorsitzenden, 1 Kassierer, den Schriftführern und 2 Beisitzern bestehen. Neu ist dabei nur, daß sich unter den Schriftführern eine Genossin befinden muß. Darüber wird sich kaum ein größerer Meinungsstreit entspinnen. Von großer Bedeutung aber ist die vorgesehene Bildung eines Parteiausschusses. Die Kommission schlägt vor, daß dieser aus 32 Mitgliedern bestehen soll, die vom Parteitag gewählt werden und den einzelnen Landesteilen zu entnehmen sind. Zu diesem Zweck soll der Parteitag eine Wahlbezirkseinteilung und eine Wahlordnung beschließen. Die Wahlkreisorganisationen jedes Wahlbezirks sollen dann einen Wahlkörper bilden, der berechtigt ist für seinen Bezirk einen Wahlvorschlag zu machen. Über Wahlordnung und Wahlmodus werden besondere Bestim-

mungen getroffen. Der Parteiausschuß soll gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, sowie über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitags und die Bestellung der Referenten entscheiden. Regelmäßig alle Vierteljahre soll der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung berufen werden. Wenn notwendig, sind auch außerordentliche Sitzungen anzuordnen. Das soll geschehen, wenn es von einem Drittel der Ausschußmitglieder unter Angabe der Gründe beantragt wird. Weigert sich der Parteivorstand eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, so kann dies durch die Antragsteller selber geschehen. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens 5 Tage vor den Sitzungstagen erfolgen. Außer dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß, die zusammen die politische Leitung der Partei darstellen, soll nach wie vor die Kontrollkommission von 9 Mitgliedern bestehen bleiben, die die Verwaltung des Parteivorstands kontrolliert und über Beschwerden entscheidet, die gegen den Parteivorstand aus seiner Verwaltungstätigkeit erhoben werden.

Seitdem die Vorschläge der Kommission mit einer Begründung des Parteivorstands veröffentlicht sind, hat in der Parteipresse und in Parteiversammlungen eine lebhaftere Aussprache stattgefunden, die sich hauptsächlich um die Frage der zukünftigen Gestaltung der Parteileitung drehte. Zahlreiche neue Vorschläge wurden gemacht, die in Form von Anträgen dem Parteitag in Chemnitz vorliegen. Jeder der Vorschläge geht von dem Grundgedanken aus eine kräftige, weitblickende und schlagfertige Leitung der Partei zu schaffen. Wie aber dies erreicht werden soll, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Ohne daß auf Vollständigkeit Anspruch erhoben wird, sollen einige der wichtigsten Vorschläge hier einer nähern Besprechung unterzogen werden.

Da ist zunächst Genosse Pannekoek, der sich eine Parteileitung, die den politischen Anforderungen gewachsen ist, so denkt, daß eine Trennung zwischen der aus den Sekretären bestehenden Parteiverwaltung und der eigentlichen politischen Parteileitung gemacht wird, die zusammen den Parteivorstand bilden. Das wäre eine eigenartige Gliederung. Sie hätte im Grunde nur den Sinn, daß den besoldeten Angestellten die Fähigkeit abgesprochen wird in Parteiangelegenheiten entscheiden zu können. Man sieht, zu welchen Konsequenzen schließlich das Schlagwort von der *Bureaukratie* innerhalb der Partei führt. Die große Masse der Parteiangehörigen stellt sicher andere Anforderungen an ihre besoldeten Angestellten. Sie verlangt, daß die in ihrem Dienst tätigen Beamten kraft ihrer Stellung einen Überblick haben müssen, um entscheiden zu können, was das Wohl der Partei erfordert. Das müßte eine gut funktionierende Parteileitung werden, die von vornherein einen Gegensatz zwischen besoldeten und nichtbesoldeten Mitgliedern erhielte! Würde ein solcher Antrag jemals angenommen werden, so wird sicherlich kein Parteigenosse, der etwas auf sich hält, bereit sein als Angestellter in eine solche Körperschaft einzutreten.

Die wichtigste Aufgabe der Parteileitung denkt sich Pannekoek folgendermaßen: »Es wird eine aus Vertretern der Großstädte und der großindustriellen Bezirke bestehende Körperschaft mit nur beratender und informierender Funktion eingesetzt, die die Parteileitung in steter Verbindung mit der Stimmung der Massen hält, auf deren Schultern die Durchführung eventueller Massenaktionen ruht.« Also die alte Revolutionsschablone: Die leitende Tätigkeit der Partei soll hauptsächlich auf die Durchführung von Massenaktionen konzentriert werden. Mit

den *Massenaktionen* verbinden sich allerhand unklare Vorstellungen, und jeder kann sich jeweilig darunter etwas anderes denken. Die Massenaktionen, die wirklich notwendig werden, ergeben sich aus den politischen Verhältnissen; sie lassen sich nicht durch eine besonders hierzu organisierte Technik ins Leben rufen, und ihr Erfolg muß noch auf einigen anderen Voraussetzungen aufgebaut werden als auf der Stimmung der Massen. Das lehrt uns die Geschichte aller proletarischen Aktionen.

In diesem Zusammenhang gleich einiges über das Schlagwort von der *Schlagfertigkeit* der Partei. Beruht diese nur auf der Vorbereitung einer Organisation für den Eintritt eines katastrophalen Ereignisses? So scheint es fast, wenn man sieht, wie sich einzelne Genossen diese Schlagfertigkeit denken. Es ist das Verdienst des wissenschaftlichen Sozialismus, daß er die Revolutionsromantik beseitigt hat. Wenn sie in dem einen oder andern Kopf wieder aufflackert, vor den geschichtlichen Tatsachen hält sie nicht stand. Ist der Klassenkampf die Triebkraft der sozialen Umwälzung, so kann eine einzelne Katastrophe, wie gewaltig sie auch sei, immer nur ein einzelnes Glied in der großen Kette der Entwicklung von der alten zur neuen Gesellschaft bilden, auf keinen Fall ist sie das einzige, auf das die ganze Aufmerksamkeit der Sozialisten zu konzentrieren wäre. Keinesfalls darf die Partei ihre Schlagfertigkeit (im weitesten Sinn des Wortes gedacht) nur auf die Großstädte und großindustriellen Bezirke stützen und auf etwa plötzlich eintretende Ereignisse einrichten. Die politische und ökonomische Entwicklung wirkt in allen modernen Staaten durchaus nicht dahin den Hauptstädten ein Monopol auf politisches Leben und politischen Einfluß zu geben, vielmehr dahin das politische Leben zu einem wahrhaft nationalen, die ganze Nation umfassenden, zu gestalten. Damit wäre eine jede revolutionäre Bewegung von vornherein zum Mißlingen verurteilt, die nicht das Gebiet der ganzen Nation in ihr Bereich zöge.

Schlagfertigkeit der Partei bedeutet also den Ausbau der Organisation unter Berücksichtigung der politischen Verhältnisse in ganz Deutschland. Auf die politische Vielgestaltigkeit der einzelnen Bundesstaaten muß die gebührende Rücksicht genommen werden. Innerhalb des Parteiganzen muß die nötige Bewegungsfreiheit unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten gegeben sein. Mit anderen Worten: Innerhalb der Zentralisation die nötige Föderalisierung. Es ist das durchaus kein besonders revisionistischer Gedanke. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Partei als organisatorischer Körper eine feste Zentralisation haben muß, daß sie aber als politische Partei unbedingt eine föderative Verfassung braucht, weil diese durch die vielgestaltigen politischen Zustände und die regional verschiedenen politischen Aufgaben bedingt sind. Über die politischen Aufgaben in den einzelnen Bundesstaaten hätten die Parteiorganisationen in diesen Staaten selbständig zu entscheiden. Das schließt natürlich nicht aus, daß in gewissen Fragen ein freundnachbarliches Benehmen mit der Zentralinstanz der Partei stattfindet. Eine solche Selbständigkeit in den speziellen politischen Landesfragen steht mit dem organisatorischen Zentralismus durchaus nicht im Widerspruch; ganz im Gegenteil, er würde ihn selber noch fördern. Wenn die einzelstaatlichen Organisationen unter voller Verantwortung und unter der gewissenhaftesten Berücksichtigung ihrer besonderen politischen Verhältnisse selbständig entscheiden, so würde der Zentralkörper der Partei davon nur einen Nutzen haben. Eine Majorisierung in den politischen An-

gelegenheiten der einzelnen Landesteile, gar noch nach den Anträgen der Bremer Parteigenossen, die eine Abstimmung auf den Parteitagen nach der Stärke der Organisationen herbeiführen wollen, wird sicher nicht den Einheitscharakter der Partei fördern.

Das Muster der gewerkschaftlichen Zentralverbände läßt sich nicht schlechthin auf die Partei übertragen; höchstens nur so weit als das rein Technische und das Finanzielle in Frage kommen. Das Aufgabengebiet beider Körperschaften ist eben grundverschieden. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände erstreben für ihre Mitglieder günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Interessenzweck läßt sich in ganz Deutschland einheitlich zusammenfassen. Besondere Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten gibt es dabei nicht. Anders liegt die Sache auf dem Gebiet der politischen Aufgaben. Da spielen die besonderen Verhältnisse der einzelnen Landesteile eine gewichtige Rolle: die Gliederung der Parteien, die Wahlsysteme, die wirtschaftliche Struktur des Landes, die politische Denkweise der Bevölkerung, kurz, eine ganze Reihe von Momenten, die bei der Gewinnung neuer Anhänger für den Sozialismus genau zu werten sind. Wie immer die Zentralleitung der Partei zusammengesetzt sein mag, die durch die Zerstückelung Deutschlands vorhandenen vielstaatlichen politischen Verhältnisse hat sie zu berücksichtigen. Die politische Struktur Deutschlands erfordert deshalb innerhalb des organisatorischen Zentralismus der Partei den nötigen politischen Föderalismus, und gerade deshalb, um die Einheit der Partei zu befestigen.

Wird dieses Ziel nun durch die Vorschläge des Genossen Ledebour erreicht, die wohl im wesentlichen als das Ergebnis der Konferenz eines Teils der Reichstagsfraktion in Eisenach zu betrachten sind? Die Ledebourschen Vorschläge wollen ebenso wie die von Pannekoek die Parteileitung für schnelle politische Aktionen besser befähigt machen. Das Hemmnis der Aktionsfähigkeit des Parteivorstands besteht nach der Ansicht Ledebours in dem Übergewicht des bürokratischen Elements in der Parteileitung. Diese müsse mehr politisiert werden. Das soll nach den Vorschlägen Ledebours dadurch geschehen, daß die Zahl der Beisitzer vermehrt wird, und zwar von 2 auf mindestens 7, »die dann mit den beiden Vorsitzenden zusammen dem bürokratischen Element gegenüber in der Mehrheit sind«. Die Mehrzahl dieser Beisitzer soll ihren Wohnsitz in Groß Berlin haben; auch außerhalb Wohnende sollen keineswegs ausgeschlossen sein. Als Beisitzer sollen Abgeordnete, Redakteure, Organisatoren in Betracht kommen; auch soll ein hervorragend gewerkschaftlich tätiger Genosse sich unter den Beisitzern befinden.

Es ist interessant, daß von anderer Seite diesem Vorschlag wiederum erhebliche Bedenken entgegengestellt werden, soweit nämlich in der Besetzung Redakteure berücksichtigt werden sollen. Da wird ihm entgegengehalten, das ginge nicht, weil durch Mitwirkung eines Redakteurs an einem Beschluß der Parteileitung die Freiheit der Presse unterbunden werden könnte. Man sieht daraus, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn man anfängt die Mitwirkung an wichtigen Parteifunktionen von der Art der Tätigkeit eines Genossen abhängig zu machen. Das entscheidende Moment ist doch schließlich, ob die jeweilig gefaßten Beschlüsse richtig sind, nicht aber, ob ein besoldeter oder nicht besoldeter Parteigenosse, ein Redakteur oder ein Abgeordneter daran mitgewirkt hat. Ferner kommt es auf die Verantwortung wichtiger Entscheidungen der Parteileitung der Gesamtpartei gegenüber an. Beschlüsse von Bedeutung haben

in der Partei wie überall eine um so größere Autorität, je einheitlicher sie zustande kommen; während das Bestreben von vornherein eine Mehrheitsbildung schaffen zu wollen immer die Gefahr in sich birgt unangenehme und für die Partei schädliche Reibungsflächen zu erzeugen. Schon aus diesen, gewiß zu beachtenden Gründen ist eine künstliche Scheidung zwischen dem *bureaokratischen* und dem *politischen* Element in der Parteileitung auszuschalten.

Es wäre noch die Frage zu erwägen, ob eine sachliche Notwendigkeit dafür besteht, daß eine Mehrzahl von Beisitzern in der Parteileitung ihren Wohnsitz in Berlin haben muß. Von den Befürwortern des Vorschlags wird geltend gemacht, daß nötigenfalls zu schnellem Entschließen und Handeln in dringenden politischen Fragen alle Mitglieder der Parteileitung sofort zusammentreten müssen. Mit Recht wurde demgegenüber in der Debatte vom *Vorwärts* am 16. Juni 1912 hervorgehoben, daß politische Katastrophen und internationale Konflikte nur selten über Nacht hereinbrechen; sie kündeten sich durch gewisse Vorzeichen mindestens so lange vorher an, daß der Parteivorstand, der auch für die Zukunft noch in wichtigen Dingen die Initiative ergreifen muß, die Ausschußmitglieder zeitig genug zusammenberufen kann. Wo aber auch in Ausnahmefällen der Parteivorstand selbständig handeln muß, wird bei den für die Entschließungen des Parteivorstands mitverantwortlichen Ausschußmitgliedern so viel politischer Weitblick und Einsicht anzutreffen sein, daß sie das Vorgehen des Parteivorstands billigen. Dieses Argument ist durchaus zutreffend. Damit entfällt aber auch jede Berechtigung die Parteileitung ausschließlich aus solchen Mitgliedern zusammenzusetzen, die am Ort der Leitung wohnen. Gerade vom Standpunkt einer Schlagfertigkeit der Partei ist es notwendig, wie auch der *Vorwärts* betont, Vertreter der einzelnen Landesteile zur Mitwirkung heranzuziehen.

Die Vorschläge der Organisationskommission gehen nicht so weit wie ich im Interesse der Gesamtpartei für nützlich halten würde. Ich will nochmals betonen, daß die Sozialdemokratie als organisatorischer Körper einen strammen Zentralismus gebraucht, daß sie aber als politische Partei unbedingt eine föderative Verfassung haben muß, um zweckentsprechend ihre Aufgaben in den einzelnen Landesteilen erfüllen zu können. Diesen Anforderungen genügen die Vorschläge der Organisationskommission durchaus nicht; sie sind alles andere als eine Konzession an das föderalistische Prinzip. Allein die Erweiterung der Parteileitung nach den Vorschlägen der Kommission bedeutet immerhin einen wichtigen Ausbau der demokratischen Verfassung der Partei. Die Verantwortlichkeit für wichtige Parteientscheidungen soll auf breitere Schultern gelegt werden. In dem projektierten Parteiausschuß sollen die führenden Genossen aus dem ganzen Reich zur Mitwirkung an den Entscheidungen des Parteivorstands herangezogen werden.

Bei der letzten Änderung der Parteiorganisation, auf dem Parteitag in Leipzig /1909/, wurde den Bezirks- und Landesorganisationen bereits eine gewisse Mitwirkung eingeräumt. In § 19 Absatz 3 des Organisationsstatuts heißt es, daß der Parteivorstand künftig bei wichtigen, die gesamte Partei berührenden Fragen die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen gutachtlich hören, eventuell auch eine Konferenz der Vertreter dieser Organisationen berufen kann. In der Debatte tauchte schon damals die Ansicht auf, daß die vorgeschlagenen Vertreterkonferenzen Beschlußkraft haben sollten. Die von der Kommission gemachten Vorschläge sind also weiter nichts als eine organische

Weiterentwicklung der bei der letzten Änderung des Parteistatuts festgelegten Bestimmungen über die Mitwirkung der Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen an den Entscheidungen der Parteileitung. Nur sollen die Mitglieder des Ausschusses nicht bloß gutachtlich gehört werden, sie sollen vielmehr ein Stimmrecht eingeräumt erhalten und damit auch die volle Verantwortung für wichtige Entscheidungen mittragen.

Dieser Stellung der Mitglieder des Ausschusses entspräche es, daß die dem Parteitag für den Parteiausschuß vorzuschlagenden Genossen von den Bezirks- oder Landesvorständen im Einverständnis mit den Wahlkreisorganisationen ihres Bezirks bestimmt würden. Denn der Grundgedanke der ganzen Reorganisation ist doch der, daß die mit den besonderen politischen Verhältnissen der einzelnen Landesteile vertrauten Genossen zur Mitentscheidung über wichtige Beschlüsse herangezogen werden sollen. Es sollen Beschlüsse zustande kommen, die nach allen Richtungen abgewogen sind und gerade dadurch ein umso größeres Gewicht besitzen. Wenn gar, wie der *Vorwärts* meint, solche Entscheidungen der Genossen aus den einzelnen Landesteilen auch das im Gefolge haben, daß die Parteitage für die Zukunft mehr als bisher davon verschont bleiben zum Tummelplatz irgendwelcher kleinlicher Streitfragen herabgewürdigt zu werden, dann hätte sich die vorgesehene Erweiterung der Parteileitung durch den Parteiausschuß glänzend bewährt.

Und warum sollte für die Partei unmöglich sein, was sich in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung längst bewährt hat? Die Reibungsflächen innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen sind sicherlich nicht geringer als die innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Man braucht nur an das Kapitel der *Grensstreitigkeiten* zu erinnern, von anderen Fragen ganz zu schweigen. Aber die Gewerkschaftszentrale versteht es unter Herbeiziehung der maßgebenden Organisationsvertreter solche Differenzen im Schoß der Leitung zu schlichten. Die Gewerkschaftskongresse bieten dann ein Bild der Geschlossenheit, die stets den proletarischen Massen imponiert und sie erhebt. Durch die Erweiterung der Parteileitung im Sinn der Kommissionsvorschläge wird die Partei sicher mit Erfolg den gleichen Weg beschreiten. Denn darauf allein kommt es an, wie eine Reorganisation auf das Parteiganze wirkt. Alte Separatwünsche einzelner Personen und Gruppen haben dabei auszuscheiden. Entscheidend kann auch nicht sein, ob das Wirkungsgebiet des einen oder andern Genossen, der innerhalb des Parteikörpers einen Vertrauensposten bekleidet, dabei eingeschränkt wird.

In diesem Zusammenhang einiges über die künftige Stellung der Kontrollkommission nach den Vorschlägen der Reorganisationskommission. Diese Stellung hat sich mit der Entwicklung der Partei verschiedentlich geändert. Nach der auf dem Parteitag zu Halle /1890/ beschlossenen Organisation gehörten die Kontrolleure mit zur Parteileitung. Die Parteileitung bestand aus 12 Personen und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassierer und 7 Kontrolleuren. Diese Form wurde damals aus vereinsrechtlichen Gründen gewählt, um keine Handhabe für das verbotene Inverbindungtreten der verschiedenen Vereine zu bieten. Nachdem die vereinsgesetzlichen Hindernisse geschwunden waren, wurde die Kontrollkommission ein eigener Körper innerhalb der Parteiorganisation; sie hatte den Parteivorstand zu kontrollieren und war Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand und in Schiedsgerichtsentscheidungen wegen Zugehörigkeit zu der Partei. Nach der letzten Änderung

des Organisationsstatuts auf dem Parteitag in Leipzig /1909/ wurde das Verfahren über die Entscheidungen wegen Zugehörigkeit zur Partei anders geregelt. Die Kontrollkommission wurde als Rechtsinstanz ausgeschaltet; sie war nach dem Organisationsstatut seither nur wieder berechtigt den Parteivorstand zu kontrollieren sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand zu entscheiden. Weitere Befugnisse stehen der Kontrollkommission zurzeit nicht zu.

Der Vorsitzende der Kontrollkommission, Genosse Kaden, erklärte namens der Kommission auf dem Parteitag in Jena von 1911 folgendes:

»Die Kontrollkommission hat einem seit Jahren geübten Gebrauch gemäß, der in den früheren Organisationsverhältnissen begründet war, in den letzten Jahren noch mit dem Parteivorstand zusammen eine mitleitende Tätigkeit ausgeübt und über alle wichtigen politischen und Verwaltungsmaßnahmen gemeinsam mit dem Parteivorstand beraten und Beschluß gefaßt. Sie bildete gewissermaßen mit dem Parteivorstand die Parteileitung. Diese Tätigkeit der Kontrollkommission ging über die ihr durch das Organisationsstatut zugewiesenen Befugnisse hinaus. Einige Vorkommnisse gaben der Kontrollkommission daher die Veranlassung mit dem Parteivorstand über die Grenzen der gegenseitigen Rechte und Pflichten zu beraten, um für die Zukunft darüber Klarheit zu schaffen. In dieser gemeinsamen Beratung wurde Einverständnis darüber herbeigeführt, daß es bei dem derzeitigen Umfang der Verwaltungstätigkeit des Parteivorstands für das gegenseitige Verhältnis förderlicher wäre, wenn die Kontrollkommission von jeder mitleitenden Tätigkeit absähe und sich darauf beschränkte lediglich ihre in den §§ 14, 15 und 20 des Organisationsstatuts niedergelegten Rechte und Pflichten auszuüben.«

In der Debatte über den Bericht wurde keine Erinnerung gegen diese Erklärung erhoben.

Die Anschauungen einzelner Genossen gehen nun dahin der Kontrollkommission wieder eine mitleitende Tätigkeit in der Partei einzuräumen. Nach anderen Vorschlägen soll sie die geschäftliche und politische Tätigkeit des Parteivorstands überwachen und über Beschwerden gegen den Parteivorstand entscheiden; zu dem Zweck soll sogar die Zahl der Mitglieder erhöht werden. Mir scheint, darüber müßte Klarheit bestehen, daß eine Körperschaft, die gegen eine andere als Beschwerdeinstanz zu fungieren hat, nicht zugleich mit dieser andern Körperschaft gemeinsame Beschlüsse fassen kann. Die Kontrollkommission als Instanz zur Überwachung der politischen Tätigkeit des Parteivorstands wird aber überflüssig, wenn der vorgeschlagene Parteiausschuß eingesetzt wird. Dessen Rechte sind viel weitergehend, weil er politisch mit zu entscheiden hat. Diese Entscheidungen unterstehen der Kritik der Parteitage. Also würde die politische Kontrolltätigkeit einer besondern Kommission überflüssig werden. Jedenfalls ist es auch zweckmäßiger, eine auf breiter Basis gebildete Parteileitung faßt gemeinsame Beschlüsse, als daß eine verstärkte Kommission die Beschlüsse eines engern leitenden Parteikörpers nachträglich kritisiert: denn darin besteht doch schließlich die politische Überwachungstätigkeit; an den Beschlüssen selbst wird regelmäßig wenig zu ändern sein.

Innerhalb der Parteiorganisation wird auch nach den neuen Vorschlägen die Kontrollkommission nicht überflüssig sein; ihre Tätigkeit wird sich allerdings mehr auf die geschäftliche Kontrolle erstrecken, wie es schon jetzt bei dem Umfang der dem Parteivorstand unterstehenden Institutionen der Fall ist. Aber diese Tätigkeit, wenn sie auch weniger interessant ist als die rein politische, muß ebenso im Interesse der Partei ausgeübt werden.

Erwägt man objektiv alle Vorschläge, die gemacht worden sind, so muß man

zu dem Ergebnis kommen, daß die von der Reorganisationskommission vorgeschlagene Erweiterung der Parteileitung unter den gegebenen Verhältnissen noch das beste Mittel zu einer Verbreiterung der Demokratie innerhalb der Partei darstellt. Wie man sich aber auch zu diesen Vorschlägen stellen mag, jede Änderung der Organisation muß von dem Bestreben ausgehen das Partei-ganze zusammenzuhalten. Alle Versuche einer bestimmten Richtungsgruppe den entscheidenden Einfluß in der Parteileitung zu verschaffen müssen entschieden bekämpft und zurückgewiesen werden. Die Zeiten einer Eisenacher Richtung sind vorbei. Und die Erfahrungen sprechen gegen ein Wiederaufleben der Parteizustände jener Periode.

XX

ROBERT SCHMIDT · MASSENAKTIONEN



IEDER einmal wird von einigen Parteigenossen abgemessen, wie weit der Parlamentarismus uns führen oder verführen kann, um zu untersuchen, ob nicht vielmehr die Kräfte außerhalb des Parlaments kräftig den Sturmschritt des Proletariats beflügeln können. Im Grunde genommen hat der Parlamentarismus trotz aller Warnung vor seiner Überschätzung eine größere Einschätzung erhalten. Jene sonderbaren theoretischen Spintisierereien über den angeblichen Unwert des Parlamentarismus sind mit der zunehmenden Stärke der sozialdemokratischen Partei über den Haufen geworfen worden. Die Praxis drängte zu immer tieferem Eingehen in die parlamentarischen Arbeiten und zu einer Ausdehnung der Aktion in den Landtagen und kommunalen Körperschaften. Außerhalb der parlamentarischen Tätigkeit sind wir zu einer höhern Einschätzung der gewerkschaftlichen Organisation und zu einer ganz andern Bewertung der Konsumgenossenschaft gekommen. Die Wandlungen sind ganz offensichtlich; sie sind für die Partei kein Zeichen mangelnder grundsätzlicher Auffassung sondern ein Beweis, daß sie trotz mancher starren Formen, in die sie gedrängt werden sollte, den Weg der Entwicklung gefunden hat. Nicht das Wortgeklingel einiger *Ultraradikalen* gibt die Richtung an, in der wir uns bewegen, die Tat entscheidet.

Die *Radikalen* in der Partei haben manche Bedenken gegen den Kurs, der in der Partei gesteuert wird, aber auch die Revisionisten sind nicht befriedigt. Deshalb ist bereits Genosse Müller vom Parteivorstand dazu gekommen den Parteivorstand als das allein feste marxistische Zentrum zu bezeichnen. Was ist es denn, das uns fehlt? Ein wenig Macht zu unserer Kraftentfaltung. Das sehen beide Richtungen in der Partei ein. Die einen behaupten, dem könne durch Massenaktionen außerhalb des Parlaments abgeholfen werden, die anderen erhoffen mehr von einer politischen Ausnutzung der Situation im Parlament. Dabei bin ich unsicher, ob ich so die Trennungslinie zwischen den beiden Strömungen in der Partei richtig markiert habe; denn es ist auch hier oft rechts und links vertauscht. Eine Partei, die 110 Abgeordnete im Reichstag zählt, kann bei einigermaßen geschicktem Auftreten nicht beiseite geschoben werden; sie kann ihren Einfluß geltend machen. Wie das im einzelnen Fall geschehen soll, darüber gehen in der Fraktion die Meinungen sehr oft auseinander; aber es ist in den letzten Jahren immerhin zu einigen schwachen Anläufen gekommen die Konsequenzen aus der parlamentarischen Lage praktisch zu ziehen. Die Differenzen, die darüber in der Partei ent-

standen sind (es sei nur an unsere Stellung zur Erbschaftssteuer und zur elsäß-lothringischen Verfassung erwähnt), sind noch in guter Erinnerung.

Der Parteitag in Chemnitz hat sich mit einer Frage zu beschäftigen, die ganz in der gleichen Richtung geht. Es handelt sich um das Stichwahlabkommen des Parteivorstands mit der freisinnigen Volkspartei. Die Zurückweisung dieses Abkommens auf dem Parteitag würde eine Schwächung unserer politischen Position bedeuten und die Partei hindern ihre Kräfte auszunutzen. Schon die eifrigen Bemühungen der Konservativen, die alles daran setzen die Volkspartei aus unserer Nähe zu ziehen, sollte uns in der Meinung befestigen, daß der Parteivorstand auf dem rechten Weg war. Nach den großen Erfolgen bei der Hauptwahl konnte uns die Zusammensetzung des Reichstags nicht gleichgültig sein; eine Wiederkehr der Majorität des konservativ-ultramontanen Blocks hätte auch unserer Freude über den Sieg einen bitteren Wermutstropfen hinzugefügt. Dabei wäre es töricht zu glauben, daß ein Zusammenhalt der Linken unter Leitung der Sozialdemokratie möglich wäre. Wir hatten ein Interesse daran die Gegensätze, die über wichtige politische Fragen in den bürgerlichen Parteien stark hervortraten, zu benutzen, um das konservative und klerikale Regiment zurückzudrängen. Hätten wir die freisinnige Volkspartei fallen lassen, so würden wir der Rechten ohne Vereinbarung den Gewinn gegeben haben, während die Vereinbarung der Sozialdemokratie mit den Freisinnigen beiden einen Zuwachs an Mandaten bot. Diesen Gewinn nur aus Liebe zu einem eingebildeten Prinzip abzulehnen wäre unsinnig gewesen. Noch weniger konnte die Stellung dadurch beeinflußt werden, daß die nationalliberale Partei als ein sehr unsicherer Kantonist galt; denn mit dieser Partei hatte das besondere Abkommen, das mit der freisinnigen Volkspartei abgeschlossen wurde, an sich nichts zu tun. Die Parteigenossen aber wie unmündige Kinder einschätzen, die vor jeder Berührung mit bürgerlichen Parteien bewahrt werden müssen, wie es von den Prinzipienwächtern verlangt wird, wäre nur dann begründet, wenn die politische Überzeugung der Masse der Parteigenossen nur in ein paar angenommenen *radikalen* Phrasen bestände, die allerdings bei einem selbständigen Handeln oder Denken verschwinden müßten. Eine Partei, die vor allem in der Politik die Demokratie zur Geltung bringen will, muß ihre Anhänger nicht zu Sklaven der Partei sondern zu eigen denkenden Menschen erziehen. Die Politik des Stichwahlabkommens muß fortgesetzt werden. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags darf sich nicht in eine isolierte Stellung drängen lassen sondern muß einen Kontakt mit den linksstehenden Parteien innehalten. Reden allein tut es nicht; eine so starke Fraktion muß auch auf einen Erfolg ihres praktischen Handelns bedacht sein.

Nun sind einige Parteifreunde wieder einmal dazu übergegangen nachzuweisen, daß das Parlament in Deutschland nicht die nötige Macht entfalten könne. Diese Parteigenossen verwechseln unsere Macht mit der des Parlaments. In einem Parlament mit 110 sozialdemokratischen Abgeordneten kann der Einfluß dieser Fraktion gegenüber den 287 Gegnern gleich null sein. Die Machtstellung des Parlaments kommt aber nicht in der sozialdemokratischen Vertretung zum Ausdruck sondern in der Willensmeinung der Majorität. Daß die Majorität der bürgerlichen Parteien es nicht verstanden hat ihre politischen Interessen zu vertreten und durchzusetzen, kann im Ernst niemand behaupten. Aber die Interessen der bürgerlichen Parteien sind keine einheit-

lichen, und hier gilt es für die sozialdemokratische Partei sich auf die Seite derjenigen zu schlagen, die ihren parlamentarischen Aufgaben am nächsten stehen. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Parlamentarismus in Deutschland keiner festern Grundlage bedürfe. Falsch ist es nur den Mangel unseres Einflusses als eine Schwäche des Parlaments zu bezeichnen. Diese Theorie wird aber für alle die zum Glaubenssatz, die über die parlamentarische Unberührtheit wachen und auf die Innehaltung der parteigenössischen Etikette achten.

Die Isolierung im Parlament soll nun durch einen Druck von außen ausgeglichen werden. Es wird eine neue Taktik befürwortet, die Massenaktion, mit der Pannekoek, Rosa Luxemburg und andere der *neuradikalen* Richtung Fangball spielen. Straßendemonstrationen und Massenstreiks bergen die geheimen Kräfte des Erfolgs. Das Schlimme ist nur, daß wir den günstigen Augenblick schon verpaßt haben sollen, daß wir die Anwendung dieser Kur schon längst einmal hätten probieren müssen, insbesondere gegenüber der halsstarrigen preußischen Regierung. Hier soll der Parteivorstand versagt haben, und es wird ihm nun mangelnde Initiative vorgeworfen.

Man kann den Parlamentarismus richtig einschätzen und braucht dennoch zu keiner Geringschätzung der politischen Tätigkeit außerhalb des Parlaments zu gelangen. Straßendemonstrationen zur rechten Zeit und mit polizeilicher Genehmigung sind schon von kräftiger Wirkung gewesen. Auch da, wo die Polizei Widerstand entgegengesetzte, haben wir einige imponierende Kundgebungen zu verzeichnen. Nur erscheint es allen, die in der praktischen Organisationsarbeit erfahren sind, unratsam solche Aktionen von Leuten ausklügeln zu lassen, die unsere Parteibewegung nur in ihrer äußern Erscheinung kennen. Massenstreiks zu improvisieren, die ein paar Tage dauern, das bedeutet weder eine große Tat noch einen großen Erfolg. Solche Streiks kamen, wo sie Eindruck machten, aus dem Gefühl einer verzweifelten Situation, sie waren der Ausdruck einer starken Erbitterung; als Pressionsmittel, um ein Übel abzuwenden, haben sie sich bisher nicht als wirksam erwiesen. Nehmen wir nur den letzten derartigen Streik als Beispiel, den Züricher. Über das Ende dieser Kundgebung berichtete der *Vorwärts* am 31. Juli dieses Jahres:

»Streikbrecher, Streikpostenverbot, Massenverhaftung und Ausweisungen, die kapitalistische Gewaltpolitik mit allen ihren wirksamen und brutalen Kampfesmitteln, haben wieder einmal über die Arbeiter gesiegt.«

Es war also die letzte Zuckung vor dem Zusammenbruch. Nachträglich hat zwar der Berichterstatter des *Vorwärts* den glänzenden Verlauf der Kundgebung hervorgehoben; er soll auch gar nicht bestritten werden, er macht aber nicht den ausschließlichen Wert dieser Aktionsmittel aus. Eine Massenaktion, die mit dem Aufgeben des Lohnkampfes endet, die an der Aktion Beteiligten mit 2 Tage Aussperrung bestraft, zahlreiche Ausländer ausweist und schließlich der Justiz noch ein kräftiges Nachrichtenamt überläßt, vermag nur den mit starker Phantasie Begabten zur Begeisterung zu entflammen. Natürlich braucht nicht jede Massenaktion so zu enden; aber bisher war der Unterschied im Endergebnis gering.

Der Massenstreik als politisches Pressionsmittel ist schon ein ernsteres Kampfesmittel, aber auch eine Waffe, die sich sehr leicht gegen die wendet, die sie handhaben. Das sicht zwar den Massentaktiker Pannekoek gar nicht

an. Er setzt uns auseinander, daß die herrschende Klasse auf die Dauer das Militär gegen solche Massenaktionen nicht verwenden kann. Er deduziert: »Nichts zerrüttet die Disziplin [des Militärs] so sicher wie die wiederholte, ein paarmal von der Tat gefolgte Zumutung auf das Volk, auf die eigenen Klassen-genossen zu schießen, wenn sie bloß friedlich sich versammeln oder herumziehen wollen. Gerade um für den Fall einer Revolution die Disziplin der Armee unangetastet zu halten, hat die Junkerregierung in Deutschland bisher möglichst vermieden das Militär bei Streiks zu verwenden. Das ist klug erdacht, bringt ihr aber doch keine Rettung. Die Reaktionäre, die immer zu einer *militärischen Lösung* der Arbeiterfrage hetzen, ahnen nicht, daß sie damit nur ihren eigenen Untergang beschleunigen. Ist die Regierung genötigt das Militär gegen die Massenaktionen des Proletariats zu verwenden, so verliert diese Waffe immer mehr ihre innere Kraft. Sie ist wie ein glänzendes Schwert, das Respekt gebietet und schwere Wunden schlagen kann, aber, sobald es gebraucht wird, anfängt untauglich zu werden. Und geht ihr diese Waffe verloren, dann ist der herrschenden Klasse das letzte, stärkste Machtmittel aus der Hand gefallen, und sie steht wehrlos da.«¹⁾

Ein solches Wortgemenge setzt man den Parteigenossen vor und versieht es noch mit der Etikette reiner *marxistischer Wissenschaft*. Man begreift, daß auch K. Kautsky vor dieser marxistischen Gelehrsamkeit nicht standhält und von seinem Kritiker mit einem kräftigen Ruck in den revisionistischen Abgrund geworfen wird. Da hätten wir also nach dem Revolutionskonfusionär die Regierung so lange zu kitzeln, bis sie ihr Militär aufmarschieren läßt; es ist möglich, daß man auf die Manifestanten schießt, nun, das wäre nach Pannekoek nicht so schlimm, denn wir würden dann schadenfroh der Junkerregierung sagen: Ätsch, jetzt seid ihr in die Falle gegangen, denn so oft könnt ihr das Schießen nicht wiederholen, ihr entwaffnet euch selbst. Das ist also die neue Taktik, die der Sozialdemokratie als Weg zum Erfolg empfohlen wird. Es gibt noch mehr solche Perlen der Bremer Poesie, aber diese eine genügt wohl schon zur Urteilsbildung.

Die Revolutionstheorie spukt überhaupt wieder stark herum. Im Frühjahr hat uns Genosse Otto Bauer in Wien mit dem Nachweis beglückt, daß in Deutschland alle revisionistischen Hoffnungen zu Grabe getragen seien. Die *radikalen* bestehen natürlich unverrückt; denn die werden ja alle erst beim Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft fällig; das ist sehr weise und vorsichtig, und betrogen kann man um diese Hoffnungen nicht werden. Auf eine dieser von Bauer *begrabenen Hoffnungen* der Revisionisten verlohnt es sich im Zusammenhang mit der Massenaktion einzugehen. Bauer erzählt uns im *Kampf*, der Monatsschrift der österreichischen Sozialdemokratie, daß das Zeitalter der Revolution wieder angebrochen, und der rechte Flügel der Partei im Unrecht sei, wenn er glaube, daß die Revolution dem Entwicklungsgedanken widerspreche. So hat sich die Sache freilich nicht ganz zugetragen; es schien den Revisionisten nur, als ob für den Sozialismus die Chancen der Evolution günstiger wären als die der Revolution. Daran ändern aber die Ereignisse der letzten Jahre nichts. Die revolutionären Umwälzungen sind meist der Zusammenbruch feudaler Staatsformen, deren gewaltsamer Umsturz unter sehr geringer Anteilnahme der Volksmassen vor sich ging. Die revolutionäre Kraft konzentrierte sich ganz in den Händen militärischer Gewalthaber, das Militär entschied das Schicksal der Revolutionen in der Türkei und in Portugal; die Massenaktion stand dabei vollkommen im Hintergrund. Überhaupt sind diese Revolutionen so ruhig und geschäftsmäßig verlaufen, wie wenn eine alte Firma, die nicht mehr reussiert, den Betrieb einstellt, und der Chef sich zur

¹⁾ Siehe Pannekoek *Massenaktion und Revolution in der Neuen Zeit*, 1911-1912, 2. Band, pag. 549-550.

Ruhe setzt. In Rußland hätte auch nur das Militär die Entscheidung zugunsten der liberalen Bourgeoisie geben können. Nicht die Massenstriks entschieden in Rußland, tödlich hätte der Zarismus nur getroffen werden können, wenn in Moskau bei dem blutigen Aufstand der Bevölkerung das Militär zu den Revolutionären übergegangen wäre. Es schien auch einen Augenblick so, als ob die Soldatenregimenter sich auf die Seite des Volkes schlagen wollten; aber sie fanden doch den Weg zum Zaren zurück und entschieden für den Bestand des zarischen Regimes. Alle Massenaktionen zusammen sind dem herrschenden Regiment nicht so in die Glieder gefahren wie die Rebellion der Marine im Schwarzen Meer, die aber bald ihr Ende fand.

Die Gewalt kann auch künftig manche Umänderung der Staatsform bewirken. Aber dazu bedürfte es einmal, wie gesagt, eines revolutionären Offizierkorps und in kulturell höher stehenden Staaten auch einer revolutionär gesinnten Mannnicht irgendwelcher kurzlebigen proletarischen Massenaktionen. Dann aber vor allem: Die Umwälzung, die der Sozialismus erstrebt, ist auf so mechanisch-äußerliche Weise nicht zu erreichen, auch nicht zu fördern. Die soziale Struktur läßt sich durch wie auch immer geartete Gewaltmittel nicht ändern. Nur durch die unerbittliche ökonomische Entwicklung und durch die unablässige, auf sie eingestellte Gegenwartsarbeit des Proletariats und seiner politischen und wirtschaftlichen Organisationen. Und daher muß immer wiederholt werden: Für die sozialdemokratische Partei gilt es ausschließlich auf dem Boden realer Verhältnisse weiterzubauen und sich nicht durch Schreibtischphantasien der Lufttechnik anzuvertrauen. Die Situation ist für die Partei nicht leicht; die Angriffe mehren sich, denn die herrschenden Schichten fühlen das Anwachsen der sozialdemokratischen Macht. Es fällt auch mancher Lufthieb, der das Gefühl der Schadenfreude auslöst. Der Aufstieg der sozialdemokratischen Partei ist durch das blinde Draufgängertum unserer Gegner immer sehr gefördert worden, es stände nicht so gut um uns, wenn wir diese Bundesgenossen nicht hätten.

Die beste Massenaktion, die uns bisher und sicher vorwärts geholfen hat, ist die Ausbreitung unserer Organisationen. Und darum wollen wir sie auch nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Nicht törichten Wagnissen wollen wir nachjagen sondern in voller Kenntnis unserer Kräfte und ihrer Grenzen ruhig abwägen, wo und wann wir diese wirklich erfolgreich einsetzen können.

XX
ADOLF THIELE · VERBESSERUNG DES REICHSTAGSWAHLRECHTS



ASSGEBEND für die Zahl der Reichstagswahlkreise und damit der Abgeordneten ist noch das Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869, dessen § 5 im 1. Absatz lautet:

»In jedem Bundesstaate wird auf durchschnittlich 100 000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahl, welche den Wahlen zum verfassunggebenden Reichstage zugrunde gelegen hat, ein Abgeordneter gewählt.

Ein Überschuß von mindestens 50 000 Seelen der Gesamtbevölkerung eines Bundesstaates wird vollen 100 000 Seelen gleich gerechnet. In einem Bundesstaate, dessen Bevölkerung 100 000 Seelen nicht erreicht, wird ein Abgeordneter gewählt.«

Nach dem Bevölkerungsstand gegen Mitte der sechziger Jahre setzt dann der Paragraph die Gesamtzahl der zu wählenden Reichstagsabgeordneten auf 297

fest und verteilt sie auf die einzelnen Staaten des Norddeutschen Bundes. Auf Preußen entfallen dabei 235 und 1 auf das Herzogtum Lauenburg, das später der Provinz Schleswig-Holstein als 10. Wahlkreis angegliedert worden ist. Die damals festgelegten Zahlen sind bekanntlich bis heute völlig unverändert geblieben. Durch die Reichsverfassung vom 16. April 1871 (Artikel 20) gesellten sich noch 48 Abgeordnete für Bayern, 17 für Württemberg, 14 für Baden und 6 für Hessen südlich des Mains hinzu, so daß nunmehr die Gesamtzahl der Reichstagsabgeordneten 382 betrug. Und durch Gesetz vom 25. Juni 1873 wurde dem Reichsland Elsaß-Lothringen das Recht eingeräumt 15 Abgeordnete zu wählen, so daß seitdem der Reichstag 397 Abgeordnete zählt.

»Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten infolge steigender Bevölkerungszahl wird durch das Gesetz bestimmt.«

So verkündet der letzte Absatz des erwähnten § 5. Auf dieses Gesetz wird nun seit 40 Jahren gewartet, und wir werden noch lange warten können, wenn nicht mehr Dampf dahinter gemacht wird. Die Bevölkerung im Reichsgebiet betrug 1871 41 Millionen und ist für Ende Juni 1912 auf 66¼ Millionen zu berechnen. Die »durchschnittlich 100 000 Seelen« für jeden Wahlkreis haben sich derart verschoben, daß nach der Zählung vom 1. Dezember 1910 Schaumburg-Lippe 46 650 Einwohner hat (1871 32 059) Waldeck 61 723 (1871 56 224) und Reuß ältere Linie 72 616 (1871 45 094), während sich inzwischen Riesenwahlkreise mit nahezu oder auch schon weit über 1 Million Einwohner entwickelt haben. Das vorgesehene Gesetz zur Vermehrung der Abgeordneten würde also wahrlich nicht zu früh kommen.²⁾ Trotzdem denkt die Regierung noch nicht daran eine Neuregelung der Wahlkreise vorzunehmen.

An unseren weitergehenden Forderungen auf Verbesserung des Reichstagswahlrechts: Beginn der Wahlberechtigung mit Erlangung des 21. Lebensjahrs und Ausdehnung des Wahlrechts auf die weiblichen Personen, halten wir selbstverständlich fest. Wir haben jedoch keine gesetzliche Handhabe die Regierung zur Erfüllung dieser Forderungen zu zwingen. Anders steht es mit dem Verlangen, die Regierung solle die Folgen der ungleichen Größe der Wahlkreise beseitigen. Hierzu ist sie nach dem noch rechtsgültigen § 5 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 verpflichtet. Doch wie die Frage des preußischen Landtagswahlrechts erst durch die sozialdemokratische Agitation in Fluß gekommen ist, so wird es auch unsere Arbeit sein müssen den nur schwach glimmenden Funken auf Beseitigung der schreienden Ungerechtigkeit, die sich aus der ungleichen Bevölkerungsmenge der Wahlkreise ergibt, zum hellen Feuer anzublasen. Es wäre dringend erwünscht, daß die Parteigenossen sich fleißiger dieses Gebiets bemächtigen und mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten. Denn durch die Verhältnisse ist die Sache ziemlich kompliziert geworden. Der scheinbar einfachste Weg wieder zu einem gerechten Vertretungsverhältnis zu gelangen: durch Zurückgreifen auf § 5 des Wahlgesetzes von 1869, ist aus mehrfachen Gründen nicht mehr leicht gangbar.

Wollten wir nach § 5 wieder Wahlkreise von 100 000 Einwohnern herstellen, so betrüge schon jetzt die Zahl der Abgeordneten rund 665. Sie unterzubringen müßte ein neues Reichstagsgebäude errichtet werden. Das wäre am Ende nicht so schlimm. Aber da das Reich trotz Geburtenrückgangs jährlich um mehr als 800 000 Köpfe zunimmt, innerhalb der 5jährigen Wahlperiode also um 4 Milli-

²⁾ Siehe darüber (ausführlicher) meinen Artikel *Ist das Reichstagswahlrecht noch gleich?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1341 ff.

onen, müßte vor jeder Wahl eine Neueinteilung der Wahlkreise und eine Vermehrung der Abgeordneten um annähernd 40 erfolgen. Denn ein nur unerheblicher Teil der Gesamtzunahme würde durch Reste von weniger als 50 000 absorbiert werden, die nicht berücksichtigt zu werden brauchen. Über die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, die mit einer so häufigen Verschiebung der Wahlkreisgrenzen und mit der Einfügung ganz neuer Wahlkreise verbunden sein würden, wäre im Notfall ebensogut noch wegzukommen wie über die Errichtung eines neuen Reichstagsgebäudes, das gleich auf großen Zuwachs angelegt werden müßte. Bedenklicher wäre schon, daß wir fortgesetzt unsere Kreisorganisationen, die das Rückgrat der Parteiagitation bilden, verändern und verlegen müßten. Am bedenklichsten jedoch wäre, daß die häufige Änderung der Wahlkreisgrenzen der beliebten Wahlkreisgeometrie Tür und Tor öffnen würde.

Nach alledem werden wir bei der Forderung, die Reichsregierung solle endlich einmal dem § 5 des Gesetzes von 1869 gerecht werden, nicht den Nachdruck auf strenge Erfüllung des Wortlauts jenes Paragraphen legen können, nach dem, der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 entsprechend, bei der Reichstagswahl am 12. Januar 1912 zu wählen gewesen wären:

Staat	Neue Zahl	Jetzige Zahl	Staat	Neue Zahl	Jetzige Zahl
Preußen	402	236	Altenburg	2	1
Bayern	69	48	Reuß jüngere Linie	2	1
Sachsen	48	23	Lippe	2	1
Württemberg	24	17	Unverändert wären geblieben		
Baden	21	14	Mecklenburg-Schwerin	6	6
Elsaß-Lothringen	19	15	Mecklenburg-Strelitz	1	1
Hessen	13	9	Schwarzburg-Sondershausen	1	1
Hamburg	10	3	Schwarzburg-Rudolstadt	1	1
Oldenburg	5	3	Waldeck	1	1
Braunschweig	5	3	Reuß ältere Linie	1	1
Sachsen-Weimar	4	3	Schaumburg-Lippe	1	1
Sachsen-Meiningen	3	2	Lübeck	1	1
Koburg-Gotha	3	2	insgesamt		
Anhalt	3	2		651	397
Bremen	3	1			

Im Wortlaut des § 5 liegt aber auch nicht seine entscheidende Bedeutung. Diese ist vielmehr durch die glatte, nicht verklausulierte Zusage auf Veränderung der Wahlkreise »infolge der steigenden Vermehrung« gegeben. Beharrt die Regierung auf strenger Erfüllung des Wortlauts, so wird ihr löbliches Beginnen gewiß nicht auf den Widerstand unserer Partei stoßen. Wird sie dagegen erklären, eine so beträchtliche Vermehrung der Mandate und ihre Steigerung um 35 bis 40 alle 5 Jahre sei nicht empfehlenswert, so werden wir mit uns darüber reden lassen. Käme sie aber zu dem Schluß: weil die strenge Durchführung des Wortlauts unratsam sei, so müsse es bleiben wie es ist, so werden wir ihr zu entgegnen haben, daß sie nicht so begriffsstutzig sein möge. Ein Ausgleich für das grundverschiedene Maß, in dem die Bevölkerung der einzelnen Wahlkreise zunimmt, läßt sich auch auf andere Weise beschaffen. Läßt sich die Zahl der Abgeordneten nicht beliebig erhöhen, so läßt sich doch leicht eine Bestimmung darüber treffen, wie viel Einwohner ein Kreis im Durchschnitt haben muß. Vor 40 Jahren wurden der damaligen Bevölkerungs-

ziffer gemäß 100 000 Seelen angenommen. Heute müßten es, wenn an der Gesamtzahl von etwa 400 Abgeordneten festgehalten würde, 165 000 sein. Schon wenn ein derartiger Ausgleich innerhalb der einzelnen Bundesstaaten vorgenommen würde, verschwänden die tollsten Mißstände in der Ungleichheit der Wahlkreise.

Aber diese Reform könnte nicht befriedigen. Abgesehen davon, daß auch bei dieser Methode etwa alle 10 bis 15 Jahre eine Neueinteilung stattzufinden hätte, würden die weniger dicht bewohnten Wahlkreise im Osten, die schon jetzt ganz beträchtliche Ausdehnung haben, mit der Zeit einen Umfang erhalten, der ihre einheitliche Bearbeitung ungemein erschweren und die Mandatsbewerber, die möglichst überall sich den Wählern zeigen sollen, vor eine fast unmögliche Aufgabe stellen würde. Außerdem würde die Bevorzugung der ganz kleinen Bundesstaaten, die schon auf einige Zehntausende einen Abgeordneten wählen dürfen, immer größer. Auch dieser Ausweg führt mithin nicht zum Ziel.

Aber was dann? Das Problem ist nicht so schwierig. Worauf es ankommt, ist folgendes: Die politischen Strömungen im Volk, die ihren Ausdruck in den verschiedenen Parteien finden, sollen im Parlament im genauen Verhältnis ihrer jeweiligen Stärke zur Geltung gelangen.²⁾ Das ist die Hauptsache. Jede Reform, die diese Aufgabe nicht löst, ist unvollständig. Wir können im Prinzip nur einer Veränderung zustimmen, die der Idee der Verhältniswahlen Rechnung trägt. Ob wir zum reinen Listenskrutinium übergehen oder in anderer Weise dem Verhältnisprinzip Rechnung tragen, ist relativ nebensächlich. Die Hauptsache ist und bleibt, daß die Stärke der Parteien im Parlament genau ihrer Wählerzahl im Verhältnis zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen entspricht. Und das ließe sich in Deutschland ohne jede Änderung der Wahlkreise erreichen und ohne sonstige Schwierigkeiten. Nämlich so:

Die Wahlkreise bleiben wie sie sind. Jeder Wahlkreis wählt wie bisher. Vor der Wahl hat jeder Kandidat dem Wahlkommissar des Kreises mitzuteilen, für welche Partei er eintritt. Wer als Wilder kandidiert, kann auch das tun; nur muß er dann die absolute Mehrheit der im Kreis abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt haben, wenn er gewählt sein will, wie sich aus dem weitem Verfahren bei Verteilung der Mandate von selbst ergibt. Für alle, die sich als zu einer bestimmten Partei gehörig bezeichnet haben, verläuft die Sache wie folgt: In jedem Wahlkreis wird wie bisher sofort eine Zusammenstellung des Wahlergebnisses vorgenommen. Das Ergebnis wird an die von der Reichsregierung zu errichtende Zentrale geschickt. Hier wird, meinerwegen unter Kontrolle einer aus Vertrauensmännern aller Parteien zusammengesetzten Kommission, festgestellt, wie viele Stimmen im Reich, nach den einzelnen Wahlkreisen geordnet, auf jede Partei gefallen sind. Die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen gibt den Dividenten; die Zahl der Reichstagssitze, jetzt also 397, gibt den Divisor. Der Quotient besagt dann, auf wie viele gültige Stimmen im Durchschnitt ein Mandat entfällt. Nun wird dieser Quotient als Divisor benutzt, um zu berechnen, auf wie viele Mandate jede einzelne Partei nach der auf sie gefallenen Stimmenzahl Anspruch hat. Mit dieser Feststellung ist der erste Teil der Wahl beendet. Alle Stichwahlen fallen weg, und

²⁾ Über das Proportionalwahlssystem siehe auch Bloch *Für ein proportionales Wahlverfahren* und Kolb *Wahlreform oder Neueinteilung der Reichstagswahlkreise?* in dem *Sozialistischen Akademiker* respektive den *Sozialistischen Monatsheften*, 1896, pag. 541 ff., und 1912, I. Band, pag. 474 ff.

jede Partei bekommt so viele Mandate wie sie nach ihrer Stimmenzahl zu beanspruchen hat. Diese Methode hat den Vorzug, daß auch die kleinsten für irgendeine Partei in irgendeinem Wahlkreis abgegebenen Minderheiten nicht verloren gehen sondern bei Bemessung des Mandatsanteils jeder Partei berücksichtigt werden müssen. Aus diesem Grund soll es auch gestattet sein statt des Namens eines Kandidaten nur die Partei auf den Stimmzettel zu schreiben, für die ein Wähler stimmen will. Von diesem Recht würde selbstverständlich in der Hauptsache nur in solchen Wahlkreisen Gebrauch gemacht werden, in denen die in Betracht kommende Partei so schwach vertreten ist, daß sie nicht einmal einen Zählkandidaten aufgestellt hat. Die Berücksichtigung der Minderheiten ist dringend notwendig. Denn bei dem jetzigen Wahlmodus fallen ganz erstaunliche Mengen von Stimmen für jede Partei unter den Tisch. Aus den Wahlstatistiken läßt sich ziffernmäßig nachweisen, daß bis zur Hälfte, ja in einzelnen Fällen weit über die Hälfte aller für eine Partei abgegebenen Stimmen nicht den mindesten Einfluß auf die Zusammensetzung des Parlaments gehabt haben. Der mir zur Verfügung stehende Raum verbietet mir schon hier den ziffernmäßigen Beweis dafür zu erbringen. Ich behalte mir vor das nachzuholen. Aber es ist so, und zwar für alle Parteien, wenn auch nicht für alle in gleich hohem Maß.

Schwieriger gestaltet sich der zweite Teil: die Verteilung der Mandate. Steht nun auch fest, wie viele Sitze jede Partei zu beanspruchen hat, so ist damit noch nicht gesagt, wer die Auserwählten sein sollen. Der einfachste Weg: von jeder Partei eine Liste der Kandidaten aufzustellen, sie nach der Zahl der auf jeden entfallenen Stimmen zu ordnen und nun einfach von oben nach unten zu gehen, bis die Mandatszahl erfüllt ist, führt dahin, daß die kleinen Kreise ganz unvertreten bleiben würden, während die Riesenkreise nicht 1 sondern 2, 3 oder gar 4 Vertreter in den Reichstag senden würden. Ein Beispiel: 1907 waren 11 262 829 gültige Stimmen abgegeben worden. Ein Mandat entfiel somit auf 28 370 Stimmen. Im Kreis Essen wären damit der Sozialdemokrat mit 29 378 und der Zentrumsmann mit 39 634 Stimmen ohne weiteres gewählt gewesen. Doch auch der Nationalliberale hätte mit seinen 22 162 Stimmen noch zu den 57 Abgeordneten gehört, die auf seine Partei entfallen wären, wenn die Mandate einfach den Stimmenmengen nach verteilt würden. Für Bochum wäre ein Sozialdemokrat (42 430), ein Nationalliberaler (40 390) und ein Zentrumsmann (33 905) ohne weiteres gewählt gewesen, in Mühlheim auch 3 usw. usw. Das ginge also nicht, solange an der Bestimmung festgehalten wird, jeder Wahlkreis müsse durch einen Abgeordneten vertreten sein. Ein Ausweg bietet sich, wenn bei der Verteilung der Mandate, deren Anzahl für jede Partei schon unverrückbar feststeht, nicht allein die absolute Stimmenmenge sondern auch der Prozentsatz, den die Stimmenzahl jedes Kandidaten im einzelnen Kreis ausmacht, zugrunde gelegt wird. Dann wird in solchen Kreisen, in denen keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hat, der gewählt sein, der die relative Mehrheit erlangte.

Werden beide Verteilungsmomente berücksichtigt, so ergibt sich keine Schwierigkeit mehr. Die Verteilung der Mandate regelt sich dann wie folgt: Gewählt ist zunächst jeder, der in seinem Wahlkreis die absolute Mehrheit erlangt hat. Auch dann ist das der Fall, wenn die Stimmenzahl hinter der Durchschnittsmenge an Stimmen, die zu einem Mandat gehört, zurückgeblieben ist. Die Kreise, in denen keine Partei die absolute Mehrheit erzielte, werden der Partei

mit der relativen Mehrheit zuerkannt, bis die Gesamtzahl der von dieser Partei zu beanspruchenden Mandate erfüllt ist. Dabei wird es allerdings vorkommen, daß eine Partei, die nicht die relative Mehrheit im Kreis erlangt hatte, trotzdem das Mandat gewinnt. In einem Kreis sind 40 000 Stimmen abgegeben worden, 15 000 für die Nationalliberalen, 13 000 für die Sozialdemokraten, 12 000 für das Zentrum. Die Nationalliberalen haben jedoch ihre Mandatziffer schon in Kreisen erfüllt, in denen ihnen die absolute oder eine höhere relative Mehrheit zugefallen war, während die Zahl der sozialdemokratischen Mandate noch nicht erfüllt ist. Dann würden wir das Mandat bekommen, nicht die Nationalliberalen. Solange es Wahlkreise gibt, in denen wir mit mehr als 100 000 Stimmen nur ein Mandat erlangen, muß selbstverständlich, wenn die Mandate nach dem Stimmenverhältnis auf die Parteien verteilt werden, auch mancher geringe Prozentsatz an Stimmen zur Eroberung eines Mandats führen. Übrigens wäre das nicht neu. Schon jetzt kommt es häufig vor, daß bei Stichwahlen nicht die Partei siegt, die bei der Hauptwahl die meisten Stimmen auf sich vereinigte. Neu wäre nur, was gleichfalls nicht ausgeschlossen ist, daß nach der vorgeschlagenen Methode das Mandat auch einmal dem zufallen kann, der bei der Hauptwahl in einem Kreis erst an dritter Stelle gestanden hat. Doch würden das nur seltene Ausnahmefälle sein, die gegenüber der Durchsetzung des Prinzips eine Verhältnisvertretung auf Grund der gegenwärtigen, unsinnigen Wahlkreiseinteilung zu ermöglichen belanglos wären.

Ich betone ausdrücklich, daß die vorgeschlagene Methode der Mandatsverteilung keine ideale ist. Sie kann es nicht sein, weil sie sich an durchaus veraltete Grundlagen anlehnt. Welcher Weg aber auch zur Beseitigung des jetzigen unhaltbaren Zustands empfohlen werden mag, er muß den beiden Forderungen entsprechen: Vertretung der Parteien nach ihrer Stimmenstärke und Beseitigung der Stichwahlen.

XXX
**PAUL KAMPPMEYER · LEBEN, WISSENSCHAFT
 UND PARTEIPROGRAMM**



EINE politische Partei Deutschlands beruft sich heute so viel und so oft auf die Wissenschaft wie die Sozialdemokratie. Und sicher hat sich auch keine politische Richtung je so heiß bemüht ihre Parteigrundsätze wissenschaftlich zu begründen wie die sozialistische. Im *Kommunistischen Manifest* rechtfertigt Marx bereits wissenschaftlich den Anbruch des kommunistischen Zeitalters aus dem notwendigen, durch die Zuspitzung der ökonomischen Gegensätze bedingten Zusammenbruch des Kapitalismus. Ferdinand Lassalle bringt später die »Idee des Arbeiterstandes« in die allerengste Beziehung zu den großen ökonomischen und politischen Richtungen seiner Zeit. In seinem *System der erworbenen Rechte* sieht er dann in dem Sozialismus den eigentlichen Vollstrecker der Enteignungsidee, die er in ihrem »kulturhistorischen Gang« durch die Rechtsgeschichte verfolgt hat. »Immer mehr« wird die »Eigentumssphäre des Privatindividuums« nach seiner Ansicht beschränkt, »immer mehr Objekte werden außerhalb des Privateigentums« gesetzt. Nach Lassalle steht Europa in sozialer Hinsicht vor der großen Frage, ob noch in unseren Tagen, wo es kein Eigentum mehr an der unmittelbaren Benutzbarkeit eines Menschen gibt, noch ein solches auf eine mittelbare Aus-

beutung bestehen soll. Lassalle sucht den Sozialismus als das notwendige Glied eines sozialrechtlichen Entwicklungsprozesses zu erweisen, der damit begonnen hat den Menschen aus den Klammern des Privateigentums zu befreien, ihn nicht mehr zum Eigentumsobjekt eines andern Menschen werden zu lassen. Es ist sicher, daß Marx achselzuckend an einem Versuch den Sozialismus auf ein derartiges Fundament zu stellen vorübergegangen ist. Marx hatte für einen solchen groben Vergewaltigungsversuch der so vielgestaltigen menschlichen sozialen Entwicklungsgeschichte, die bei Lassalle gleichsam nur als die Selbstentwicklung eines Rechtsgedankens erschien, kein Verständnis. Überdies sah er in der Rechtsidee keine ursprünglich schaffende Kraft sondern selbst ein Geschöpf bestimmter ökonomisch-technischer Kräfte.

Uns interessiert hier nun nicht der tiefe Gegensatz der Marxschen und Lassalle'schen wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus, uns liegt nur an der Feststellung der Tatsache, daß eben zwei für den proletarischen Befreiungskampf so verdiente Männer so weit in der wissenschaftlichen Fundamentierung des sozialistischen Grundgedankens, dem sie ihr Leben widmeten, auseinandergingen. Aber trotz ihrer grundverschiedenen Auffassungen wirkten doch beide in der gleichen sozialen Entwicklungslinie ungeheuer fruchtbar; beide förderten mit der gleichen durchschlagenden Kraft die ökonomische und politische Vereinigung der Volksmassen zu einer politisch-sozialistischen Partei. Möchten sie sich auch noch so innerlich entzweien in der wissenschaftlichen Deutung der Lebensrichtungen ihrer Zeit, das Leben dieser Zeit wies beiden doch den gleichen Weg. Und so wurden sie die wirksamsten Organisatoren des politischen Befreiungskampfes der Volksmassen.

In den Ideengängen des Agitators Ferdinand Lassalle, die doch sonst in so starker Abhängigkeit von denen des Theoretikers Marx stehen, lebt tatsächlich nicht der Zentralgedanke des Marxschen Systems: der Kapitalismus geht an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde. Den Staat, dem Marx eigentlich kein selbständiges Leben verleiht, und der nur passiv von ökonomisch-sozialen Faktoren gestaltet wird, erhebt Lassalle zu einer schöpferischen selbständigen Macht. Der Staat erfüllt die Rolle eines Befreiers der unteren Volksmassen, er wird unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts der Organisator der neuen sozialistischen Volkswirtschaft, er schafft die neuen sozialistischen Produktivgenossenschaften und vollbringt die eigentliche Entwicklung des Menschen zur Freiheit. Gegen einen derartigen Staatskultus mußte sich selbstverständlich Marx innerlich auf das heftigste empören. War doch nach seiner Ansicht der Staat immer nur ein Klassenstaat, der diesen Charakter nur durch die gewaltsame politische Machteroberung des Proletariats einbüßt, und der sich dann nach kurzer diktatorischer Herrschaft dieses Proletariats in sich selbst auflöst.

Diese Marxschen wissenschaftlichen Theorien von der ökonomischen und staatlichen Entwicklung hängen nun wieder auf das engste mit dem ökonomischen Leben der Marxschen Zeit zusammen. Diese Zeit mit ihren wirtschaftlichen Tendenzen liegt greifbar klar vor uns, nachdem sie Engels so plastisch in seiner *Lage der arbeitenden Klassen in England* geschildert hat. Der Untergang des kapitalistischen Systems scheint damals in England bevorzustehen: In grauenhafter Weise sind die proletarischen Massen verelendet, arbeitslos vegetieren große Gruppen des Proletariats dahin, und der Kapitalismus scheint nicht mehr die Existenz seines Schöpfers, des Lohnarbeiters, verbürgen zu kön-

nen. Die sogenannte *Verelendungs- und Katastrophentheorie des Kommunistischen Manifests* ist gleichsam nur eine Widerspiegelung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Englands vor dem Ausbruch der Februarrevolution. Ein Klassenstaat wie der Englands, kann der noch langsam umgestaltet, muß der nicht gewaltsam durch die Diktatur des Proletariats umgeworfen werden? Marx hat sich durch Engels und dann durch eigene Anschauungen so tief in das ökonomisch und sozial zerklüftete Leben Englands hineingedacht und hineingefühlt, daß er geistig mit ihm völlig verwuchs und von ihm theoretisch beherrscht wurde. Die Marxsche Verelendungstheorie, die nicht ausdrücklich als Theorie niedergeschrieben ist, die aber überall aus den dramatischen Schilderungen des *Kommunistischen Manifests* spricht, ist die Theorie des sozial verelendeten Englands, die Marxsche Katastrophentheorie ist die Theorie des einer sozialen Katastrophe zusteuern den Englands. Von dem Geist des *Kommunistischen Manifests* lebt nun aber noch genug im Marxschen *Kapital*, ja im ganzen Marxismus fort. Die mit dem gesellschaftlichen Reichtum wachsende industrielle Reservearmee, deren ungeheure Ausdehnung Marx so lebendig gezeichnet hat, muß notwendig die proletarischen Massen verelenden. Aber damit wir gar nicht über die verelendende, den Massenpauperismus zeitigende Tendenz der industriellen Reservearmee im unklaren sind, spricht Marx das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation folgendermaßen aus: »Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es wird gleich allen anderen Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.«¹⁾ Das heißt doch: Das allgemeine Gesetz bleibt in seiner Tendenz bestehen und wird nur nach Maßgabe der obwaltenden Verhältnisse, aber ohne wesentliche Umgestaltung geändert.

Man muß übrigens den ganzen Abschnitt *Verschiedene Existenzformen der relativen Übervölkerung, Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation des Marxschen Kapitals* lesen, wenn man die Marxsche Theorie von der durch die industrielle Reservearmee bedingten Verelendung der proletarischen Massen klar erkennen und präzise darstellen will. Da weist noch Marx darauf hin, daß der Konsum der Arbeitskraft durch das Kapital so rasch sei, daß sich der Arbeiter im mittlern Alter meist schon mehr oder minder überlebt hat, daß ferner das platte Land fortwährend latent übervölkert sei. Nach Marx wird eben mit jedem Steigen der Produktivkraft der Arbeit der Druck der Arbeiter auf ihre Beschäftigungsmittel größer, werden ihre Arbeitsbedingungen prekärer. Alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen nach Marx in Mittel zur Beherrschung und Ausbeutung des Arbeiters um, verunstalten die Bedingungen, unter denen er arbeitet, und verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit. Und so wird denn schließlich die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.

¹⁾ Siehe Marx *Das Kapital*, 1. Band, 4. Auflage / Hamburg 1890 /, pag. 609.

Man muß ohne weiteres zugeben: Dieser versklavte, brutalisierte, frühzeitig verbrauchte, kurzlebige Proletarier war einmal vorhanden. Und dieser ging in die Marxsche Theorie hinüber. Aber heute ist das Durchschnittsalter des Arbeiters im Steigen begriffen, die Arbeitszeit des Proletariats ist beträchtlich verkürzt, die Despotie des Kapitals ist durch starke Gewerkschaftsverbände eingeschränkt, die Gruppen der Verstümmelten, Invaliden und Kranken überschwemmen nicht mehr uferlos den Arbeitsmarkt sondern sind zum Teil, wenn auch nur notdürftig, versorgt, die Arbeitslosen erhalten vielfach gewerkschaftliche Unterstützungen, und das platte Land weist Leutenot auf. Also, die *Tendenzen* des ökonomischen und sozialen Lebens haben sich *geändert*, und sie rebellieren nun gegen die wissenschaftlichen Formeln, in die sie gekleidet sind. Neu erfaßte wissenschaftliche Tatsachen aber laufen gegen Programme an, in denen sie bisher noch unberücksichtigt sind. Da verkündet zum Beispiel noch das Erfurter Programm, daß mit der Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, mit der Monopolisierung der Produktionsmittel, mit der Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der Arbeit gehe, daß aber diese Umwandlung, von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern zu ihrem Vorteil monopolisiert, für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten eine *wachsende* Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung und Ausbeutung bedeute. Diese Sätze geben nur die Marxschen Ausführungen über das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation wieder, das ein ständiges *Anwachsen* der Reservearmee und damit des Pauperismus einschließt. Der Arbeiter wird sich die Wendung von dem *wachsenden* Elend sehr scharf einprägen, und alle schönen weithergeholten Belehrungen über die *relative Zunahme* dieses Elends werden hinterher nichts nutzen. Ein Arbeiterprogramm muß doch in allem klar und deutlich reden und muß ohne jeden Kommentar sofort verstanden werden.

Wenn man derartige allgemeine Zusammenfassungen wirtschaftlich-sozialer Tendenzen nochmals in das sozialdemokratische Programm aufnehmen will (ich wünsche es nicht), so muß man die wirklichen ökonomischen Entwicklungsrichtungen genau untersuchen und klar formuliert in das Programm hineinbringen. Wir müssen die Entwicklungstendenzen in der Großbetriebsform der Industrie und der Landwirtschaft genau berücksichtigen. Der ländliche Kleinbetrieb geht eben nicht mit Naturnotwendigkeit zugrunde, sondern er vergrößert sich, und er wird produktiver. Der Satz von dem alle Vorteile der technischen Entwicklung und der Produktivität der Arbeit monopolisierenden Großgrundbesitz ist in der jetzigen Form gar nicht mehr aufrecht zu erhalten. Das ökonomisch-soziale Leben der Zeit, in eine wissenschaftliche Theorie gefaßt, kann auch nicht mehr die Vorstellung des Erfurter Programms bestehen lassen, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft bereits über den Kopf gewachsen seien. Das Wort ist mehr als ein zutreffender oder verunglückter bildlicher Vergleich. Es enthält die Lehre, daß das kapitalistische Eigentum schon am Endpunkt seiner Entwicklung angelangt sei und tatsächlich nun an sich selbst zugrunde gehe. Mit dieser Vorstellung kann sich ein sehr unheilvoller Irrtum über die Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus in den Köpfen der Arbeiter einbürgern. Daß die Form des kapitalistischen Eigentums für die Entwicklung der Produktivkräfte zu eng geworden sei, lehrten Marx und Engels schon vor mehr denn 60 Jahren; aber seitdem ist dieses Eigentum noch

Schlägt man welches immer von seinen Werken auf, so ist der erste Eindruck, daß man als Unwillkommener an einer fremden Tür stehe. Die Rede geht mürrisch und sieht einem nicht in die Augen. Leser, du überflüssigstes aller Möbel, so knurrt sie uns von der Seite an: ich langweile mich nicht, daß ich dich einladen, und bin keine Hure, daß ich dich verführen müßte; dich will ich nicht einmal bezwingen, scher dich und laß mich allein! Aber ehe man noch das Buch hat zuklappen können, hat ein Satz, ein Vers, ein Wort uns gehindert es zu tun.

Ob freilich mehr als ein Wort oder ein Vers bei der Lektüre zu gewinnen sei, steht dahin. Und zu gewinnen? Es fragt sich, wozu. Hier gibt es Metaphern, so ungeheuerlich, daß sie selbst das Erstaunen hinter sich lassen und den Geist durch eine neue, nie geahnte Sorte von Langweile verheeren. »Auch ballt sich eure Stirne so gewaltig, daß sie den festesten der Steine, den Diamant, zerquetschen kann in ihren Falten«: einer Phantasie, die dergleichen ausheckt, fällt es nicht schwer die Milchstraße zur grauen Locke der altgewordenen Welt zu machen. Seite für Seite knattert es, wie in einer Telephonzentrale beim Gewitter, von solchen heftigen und ungefährlichen Einfällen. Hat die Unzucht der Vorstellungen oder nur der Wörter sie geboren? so fragt man sich. Oder war es wirklich der Rum, der im Glase vor ihm stand, auf Blättern seiner Dramen so gut wie zwischen den Akten seines Amtes, wenn er verlegten jungen Offizieren als Militärauditor den Eid abnahm. Aber der Rum war es natürlich doch nicht; der hätte nichts aus ihm herauspülen können, was nicht in ihm drin war; er spülte nur die Scheu, die Scham weg, die den verschlossenen, abseitigen, geschwächten Mann von seiner Wunschwelt schied. Am Ende aber war seine gewaltsame, gellende Phrase selbst nur eine Art von Rum, und also weniger der Ausdruck seiner Vision als ein verzweifelttes Mittel hinter ihr herzujagen und die entfliehende, da ihm die Kraft sie zart zu fassen nicht reichte, mit einem Faustschlage sich zu zwingen. Er faltete Fidibusse aus seinen beschriebenen Papieren, er war nicht verliebt in das Wort, er war bitter, unachtsam und ungeduldig gegen das Wort. Er wirft es hin, er läßt es fallen, die Vernachlässigung wird im Rhythmus zu einem ewigen Staccato, das den Leser aufreizt, wie das idiotische Trommeln des Regens auf einem flachen Dach, und das doch, hat man einmal die Bitterkeit in diesem Rhythmus geschmeckt, etwas Rührendes bekommt. Die Bitterkeit stammt daher, daß der Staccatorhythmus nichts für den Dichter tut: der Dichter muß das ganze Geschäfft der Sprache allein tun; er rundet und beendet nichts, er bricht nur ab; er wiederholt und häuft, türmt den Ossa auf den Pelion; und wenn man von Kleists Stil sagen kann, daß er eine Vereinigung von Lakonismus und Beredtheit sei, so ist Grabbes eine Vereinigung von Lakonismus und Geschwätzigkeit. Selten trifft er's, so wie Hebbel es oft zu genau trifft. Seine Wortgebärde ist nicht bloß übertreibend sondern renommistisch. Man ist erstaunt in seiner Biographie zu lesen, daß er einen regelrechten Studiengang gemacht hat, so sehr erscheint er zuweilen wie aus einem Riesenreich der Analphabeten herverschlagen und nur autodidaktisch-verschoben eingewöhnt, herumberserkernd aus Verlegenheit, wie einer, dem ein Spritzer auf das Tafeltuch passiert, und der die ganze Flasche Wein darüberschüttet. Ach, er kennt die Ohnmacht der übermenschlichen Redensarten trotzallem, und muß die Wollust dieser Ohnmacht nur weiter fühlen, weil er eine Angst vor dem hat, was nachher kommen will: vor der einfachen Wahrheit, die er ahnt, und für die er noch nicht die

Zeit ist. Solange die Wahrheit uns kompliziert scheint, ist es nicht schwer sich mit ihr abzugeben. Aber wenn man zu ahnen beginnt, daß sie einfach ist, wird ihre Forderung so streng, daß jede Art von Selbstbetäubung willkommen ist ihr auszuweichen.

»Krämpfe sind keine Kraft«, hatte schon Tieck Grabbe auf den *Gothland* geschrieben. Aber es wäre doch eine unstatthafte, gegen das Wesen des dichterischen Geistes wohlfeile Additions- und Subtraktionspsychologie, die in Grabbes Krampfgebärden nur die Verhüllung oder Ergänzung einer innern Schwächlichkeit und Feigheit sähe. So sehr das Epigramm, als Wort und Tat, ihm bittere Lust, Genugtuung und Rache ist, Befriedigung gibt es ihm nicht, nur wachsende, wollüstige Ungeduld. Kein Zweifel, er sucht etwas, er weiß etwas von einer Wahrheit und einer Kraft, die einfach sind, und von denen er, in einem Augenblick erhabenen Zweifels, argwöhnt, daß sie sich nicht etwa ihm sondern überhaupt der Poesie, ja dem Leben entzögen. Sein Kaiser Heinrich hört, daß Ofterdingen bei Klingsohr in Ungarn weilt, um von dem Zauberer zu lernen, und ist erschüttert: »Die Dichtkunst auch, die erste Zauberin, bedarf noch andern Zaubers? Nun, so gibt's nicht einen Sel'gen unter dieser Sonne. . .« Aber indem der wachende Mensch und Fürst dem träumenden diesen brüderlichen Gedanken von Schwermut zugrößt, steht er selbst eine Minute von seinem Grabe: eine Minute später reißt die Faust eines gemeinen Todes ihn auf den Erdboden, und alle seine großen Taten und gewaltigen Vorsätze brennen in ein bitteres Nichts zusammen. Ein anderer Ausdruck des selben Gefühls vom Dasein, vom Rätsel und von der Wahrheit ist es, wenn Grabbe gegen das Ende des selben *Kaiser Heinrichs* mitten in die Blut- und Eisenpolitik seiner Heroen, wo Kopfab das einfachste Mittel gegen Zahnschmerz ist, einen Hirten und seinen Knecht setzt, die, ob der Normanne herrscht oder der Hohenstaufe, ihre Schafe und ihre Gedanken um den Fuß des Ätna geruhig weiden. Oder wenn in einem kühnen und frühreifen, auch naseweisen Entwurf Sulla, nach tausend Helden- und Henkerstaten, nach Schlachten und Proskriptionen, Mord und Bürgerkrieg, auf dem Forum im Triumph daherziehend, sich's durch den Geist zucken fühlt: »Dies alles ist mir unnütz, ich bedarf es nicht« und zum fast Entsetzen des Volkes den Lorbeerkranz von der Stirn, seinen Likatoren die Rutenbündel aus den Händen tut und seine Frau von aller Macht für immer weg in die Abgeschiedenheit seines Landgutes führt. Diese Züge bekommen noch ihr Gewicht durch Grabbes Liebe zur Geschichte und ihren tollen Explosionen; aber er ist kein Primaner sondern ein Dichter, und sie steht ihm, bei aller ihrer Magie und Gewalt, nicht vor seiner echtern Not und Hoffnung.

Die wesentliche Schwäche an ihm ist, daß er diese beiden, Not und Hoffnung, nicht zu seiner Aufgabe zusammenfühlen und zusammendenken kann; sie bleiben ihm immer nur eine Art von Nesselfieber, jucken ihn, daß er grimasieren muß, ob ihm gleich ein rechtes Weinen und ein rechtes Lachen näher wären. Und das Verzweifelte, Klein-Verzweifelte der ewig aufgezwungenen Grimasse ist es, was seiner Bilderjagd und Phrasenflucht und metaphorischen Kraftmeierei einen persönlichen Charakter gibt. Aber schon die Form des Dramas erlaubt dem Dichter nicht mit ungestraftem Vergnügen seine eigene Produktivität zu produzieren, wie etwa Rabelais und Jean Paul es durften; sie zwingt ihn zur Besinnung wider Willen, zwingt ihn gegen sich selbst, und das

Resultat ist eine Ironie, die gesünder, weil zynischer ist als die der Romantik. Ich habe einmal von einem Schauspieler gelesen, ich glaube, er hieß Reitzenstein, einem jüngern Zeitgenossen Grabbes, wenn ich mich recht erinnere. Er verschwemmte seine genialen Anlagen im Weinglase, geriet vom Hoftheater auf die Landstraße und hinter den Zaun, kam aber immer wieder in günstige Umstände, die er sich immer wieder durch Improptus verdarb. Einmal hatte er einen Kotzebueschen Ritter vorzustellen, dem ein anderer den Streit ansagt und dieses Geschäft mit so viel Feuer besorgte, daß sein Handschuh bis an den Souffleurkasten fiel. Reitzenstein stetzte auf das symbolische Objekt gelassen zu, nahm es vom Boden und sagte feierlich: »Ich hebe diesen viel zu weit nach vorn geworfenen Handschuh auf.« Das ist Grabbescher Stil. Zuweilen blickt es schlaff grinsend daraus wie ein Verzicht auf den Sinn der Rede, zuweilen triumphiert es mit dem Unsinn skurril bis zum Humor. Der König Prusias von Bithynien (im *Hannibal*) verbant einen Höfling auf 20 Jahre aus seiner Nähe, weil er geniest hat, was vielleicht ein Prusten und also möglicherweise eine despektierliche Anspielung auf den königlichen Namen war.

Vielleicht doch ein betrunkenener Humor? Aber dann ist Grabbe ein Betrunkenener, durch dessen Hirn kraftnüchterne Gestalten, aufrecht und nicht ohne Größe wandeln (im Gegensatz zur modernen Praxis, deren phantastische Resultate zustande kommen, indem lemurische, betrunkene Wesen durch ein nüchternes Gehirn spazieren). Und dieser schlecht berufene Grabbe, der sich sein Leben verdarb, mit 35 von Krankheit, Not, Enttäuschung, schlechter Ehe beschwerten Jahren ins Grab sank und keine Auferstehung findet, war doch als Dichter so wenig zuchtlos, daß er sich von seinem ersten bis zu seinem letzten Werk mit erschöpfender Qual bewußt vorwärts wühlte.

Auf diesem Weg gibt er Schritt vor Schritt die dramatische, künstliche Handlung auf (eine solche hat er ganz rein nur im shakespeareübertrumpfenden *Gothland*) und erobert sich den Charakter: als wirkende Gestalt, nicht als Problem. Man braucht nur die beiden Hohenstaufentragödien mit einander zu vergleichen, um seine Fähigkeit zum Fortschritt zu bewundern: Im *Barbarossa* ist die Sternenbruderschaft der beiden Welf und Waiblingen wirklich einmal fast gymnasiastenhaft leer, schematisch und *poetisch*; Heinrich VI. steht zu Heinrich dem Löwen schon beinahe wie Ibsens Hakon zum Präkandidaten Skule, nur daß man Grabbe den Vorzug geben muß, weil er ohne Programm verfährt.

Daß er immer entschiedener das historische Drama betrieb, wird ihm auf die Dauer nichts abbrechen. Wir können historische Dramen auch in Deutschland haben: insofern wir eben eine Geschichte haben. Als Deutschland Weltpolitik trieb, indem ein Königsberger Professor bei Hartknoch in Riga die *Kritik der reinen Vernunft* herausgab, blieb dieses Ereignis nicht ohne poetische Folgen; der *Prins von Homburg* bezeugt es. Die Welt der Hohenstaufen freilich ist, als Leidenschafts-, ja als Schönheitswelt, versunken; aber in Deutschland sind es überhaupt nur wenig Ereignisse und wenig Personen, die historisch bleiben. Sind es Ideen? Hebbel, der, mit vollem Recht, es ablehnte mit Grabbe verglichen zu werden, würde doch mit Unrecht diese Ablehnung überheblich färben. Denn Hebbel erreicht zwar eine Organisation seiner Stoffe, die Grabbe auch nur von weitem zu ahnen versagt ist, aber er erreicht sie mit außerpoetischen Mitteln. Auch Grabbe weiß, daß die Welt dem Dichter nur »Mate-

rial zu seiner Produktion« ist; auch er will nicht durch dialogisierte Erzählungen Geschichte ersetzen und fragt die »Historico-Tragico-Kenner« seiner Zeit: »Wozu Dichtkunst, lehrt sie nur auf Umwegen Geschichte?« Und seine wachsende, immer weniger spielende, immer mehr aufreibende Energie des Arbeitens beweist, daß es ihm nicht genügte große Weltereignisse mit Epigrammen zu begleiten.

Aber was suchte er? Darauf gibt es keine Antwort. In allen seinen Werken finden sich *lucida intervalla* des Gedankens und des dramatischen Blitzes, in denen der Genius strahlt. Wenn Hannibal das Gift nimmt und sich getröstet: »Aus der Welt werden wir nicht fallen. Wir sind einmal darin.« Wenn eine stumpfnäsige, gedankenlose Hofdame ihrer Herzogin von Angoulême vorliest und mitten in ihrer Gedankenlosigkeit auffährt: »Jesus Maria, wenn er gelandet wäre!«: er, Napoléon, aus Elba, an den sie mit keiner, ihre Herrin aber mit jeder Faser des Hasses und der Furcht gedacht hat. Vieles, vieles der Art. Und der Zwanzigjährige, der seinen Übermohren sagen läßt: »Ich schmeichelte ihm so lange und so grob, bis daß er mich hochachtete«, war kein geringer Lebenskenner; stünde ein anderes Wort da als »hochachtete«, würde es nichts bedeuten; so aber ist es überraschend stark. Wer Grabbe auf Zitate lesen wollte, würde auf seine Rechnung kommen.

Und immer bleibt seine Erscheinung als Totalität doch rätselhaft und undeutig. Er hat Tendenzen; nur weiß er nicht, und wir nicht, welche. Er macht Dramen aus Hohenstaufen und Römern, und ist auf das Volkstümliche aus (»ein Künstler, der nicht auch der Masse gefällt, ist ein Halbwissenschaftler«); er tut es am liebsten mit Fürsten und Heroen, und weiß doch, daß das »Volk eine wunderbare Erscheinung« ist. Seine Realität wird so kernig, daß sie historisch reden kann, ohne antiquarisch zu sein; und er hat den deutschen Dichtern die tiefe Lehre gegeben keine Charaktere »bloß um des Lebensgenusses wegen« zu bilden sondern um der Wahrheit wegen. Vielleicht ist es eine niedersächsisch-deutsche Urdemokratie, die ihn quält und, ohne daß er es ahnt, gegen seinen Heldenspek und seine Großmannssucht revoltiert: Die *Hermannsschlacht*, das letzte seiner Dramen, worin die Arbeit den armen, versagenden Körper bis zur Verzweiflung krank machte, und das die stärksten, unvergängliche Szenen der Volkstümlichkeit enthält, schließt mit der Ankündigung eines andern Heldentums als das der Schwerter ist, mit der Geburt des Knaben in Bethlehem. Hat der sterbende Dichter gefühlt, daß er es mit seiner ganzen Laufbahn nur bis zum Anfang gebracht hat?

Aber das wäre weit genug.

XX
**HOPE BRIDGES ADAMS LEHMANN · BERUF
 UND EHE**



ÄHREND der Gletscher seine schweren Massen unaufhaltsam talauswärts schiebt, merkt der Gletscherfloh, der auf ihm lebt und sich fortpflanzt und springt, von der Riesenbewegung, die auch ihn mitträgt, in seinem winzigen Gehirn weniger als nichts. Nicht anders geht es bei allen Riesenbewegungen innerhalb der menschlichen Gesellschaft, die sich ebenso langsam und geräuschlos vollziehen wie der Gletscherschub, und die Menschen, die auch von ihnen getragen werden, glauben sich

deshalb stets am gleichen Ort. Darum ihre begreifliche Erregung, wenn vom Fortschreiten die Rede ist. Man bewege sich nicht, behaupten sie, man werde sich nicht bewegen, man könne sich nicht bewegen, man dürfe sich nicht bewegen. So schwirrt es in allen Tonarten um die wenigen, die, mit feineren Sinnen begabt, die Bewegung fühlen und verlangend begrüßen, die schon im Geist schauen, wie der Strom aus dem Gletschertor hervorbricht und sie auf immer breiterm Rücken dem Meer entgegenträgt. Thalatta, Thalatta, ewiges Meer!

Inzwischen leben die meisten anderen ungefähr (wenn der Vergleich erlaubt ist) wie der Gletscherfloh auf seinem Gletscher; sie sehen und hören nichts. Von heute auf morgen geschieht nicht viel bei Riesenbewegungen, und wer weder vorwärts noch rückwärts zu schauen vermag, merkt nicht, daß überhaupt etwas geschieht. Sobald sich aber eine leise Erschütterung einstellt, setzt der Chor der Ordnungshüter mit der *Wird-kann-darf-nicht-Litanei* ein und schwillt umso kräftiger und vielstimmiger an, je unverkennbarer sich die Bewegung fühlbar macht.

Auch in der Frauenbewegung vollzieht sich das selbe Spiel. Während diese Riesenbewegung schicksalsschwer aus verborgenen Quellen zum mächtigen Zeitstrom anwächst, führen die Blinden und Tauben, die Kurzsichtigen und Schwerhörigen einen lebhaften Flohzirkus auf ihr auf. Dabei trifft man die Philister jeglicher Gattung und dreierlei Geschlechts, bürgerlich, feudal, klerikal, professorial, magistral, juristisch, kaufmännisch, auch Arbeiter sind dabei, aber spärlicher; und alle finden sich zusammen in dem Richterspruch, daß das Wasser nicht bergab fließen darf.

Und dennoch fließt es und wird weiter fließen. Darum brauchen wir uns nicht zu kümmern. Während die Arbeiter sich befreien, werden sich die Frauen auch befreien. Wer diese Bewegung fühlt und vorausschaut, hat ganz andere Sorgen. Nicht das Wahlrecht, nicht die Gleichstellung vor dem Gesetz, nicht die Zulassung zum Beruf und noch viel weniger die sogenannte *öffentliche Meinung* und Hohn und Spott, das sind Dinge, die sich von selbst erledigen. Unendlich wichtiger und schwerwiegender sind alle Hindernisse der Frauenbewegung, die eine historische Berechtigung haben, alle Einwände, die auf Wahrheit beruhen, alle natürlichen Konflikte, alle Unzulänglichkeiten der Frauen selbst.

Ich glaube, es ist nützlich sich von Zeit zu Zeit Rechenschaft darüber zu geben, wie viel wir Frauen an uns selbst zu arbeiten haben, wie viel wir lernen und umlernen müssen, wie gründlich wir uns ummodellieren müssen, wie viel Oberflächlichkeit wir abwerfen, wie viel Verständnis für andere wir uns aneignen müssen, wie viel Selbstlosigkeit, Takt, Reserve, Ruhe, Gleichgewicht, Bescheidenheit, Humor, Mitgefühl, Gemeinsinn und vor allem Stärke uns noch fehlt, um würdige Mitkämpfer, Mitarbeiter, Mitbürger, Mitgenießer und gute Kameraden in einer neuen Gesellschaftsordnung zu sein. Man hört vielerorts heutzutage mehr von Rechten als von Pflichten sprechen. Ich glaube, die Rechte stellen sich von selber ein, wenn die Pflichten erfüllt sind. Jedenfalls scheint es mir strategisch richtiger die Leistung vor den Lohn zu setzen.

Es ist sicherlich auch von großem Wert die Hindernisse zu analysieren, die rein sachlicher Art sind, historisch, physiologisch, sozial. Zum Beispiel Haushaltung und Ehe. Die Vorgängerin der heutigen Frau war noch Hüterin des

Herdens, und wir können die unzähligen Obliegenheiten, die diese Stellung umgaben, und die auch wir übernommen haben, nicht abstreifen wie ein Kleid. Unsere häuslichen Pflichten sind um vieles einfacher und leichter geworden, aber sie sind noch da und werden wohl bis zur vollendeten Sozialisierung der Gesellschaft dableiben. Immerhin, es ist nicht zu bestreiten, daß wir uns in dieser Richtung von Tag zu Tag neue Erleichterungen schaffen und stets von neuem schaffen werden. Zunächst betrifft dies in der Hauptsache die arbeitenden Frauen in bürgerlichen Kreisen; für die Arbeiterin ist vorläufig so gut wie gar nichts geschaffen, sie muß kochen, waschen, nähen, als ob sie noch im Zelt oder auf einsamer Farm lebte statt im Ameisenhaufen einer großen Stadt. Doch auch für sie hebt eine bessere Zeit an, und wir dürfen wohl annehmen, daß auch hier das Tempo der Umwandlung eine zunehmende Beschleunigung erfahren wird. Auch diese Hindernisse gehören zu den Dingen, die sich allmählich von selbst erledigen.

Ganz anders sind die Schwierigkeiten, die in der Natur der Frau begründet sind. Wie soll die Mutter Mutter bleiben und doch sich den Beruf erobern?

Man hört nicht selten von Frauenrechtlerinnen die Behauptung aufstellen, daß Ehe und Beruf gar keine Konflikte seien, daß sich das alles sehr gut neben einander einrichten ließe, sofern man nur praktisch und vernünftig zu Werk gehe. Derartige Behauptungen sind graue Theorie und gehen meist von Frauen aus, die selbst nicht in der Lage gewesen sind die Probe aufs Exempel zu machen. Mit solchen Argumenten beweist man nichts und leistet seiner Sache einen schlechten Dienst. Wenn wir bestehen wollen, müssen wir uns streng an die Wahrheit halten und uns nicht fürchten die Wahrheit auszusprechen. Es gibt kein besseres Mittel die Gegner zu entwaffnen und unsere Stellung zu befestigen als das rücksichtslose Eingeständnis des objektiven Sachverhalts. Sagen wir es also nackt heraus: Das Problem von Ehe und Beruf gehört zu den allerschwersten, mit denen wir fertig werden müssen, ja, es ist nicht nur schwer sondern unter heutigen Bedingungen, von glücklichen, besonders günstig gelagerten Ausnahmefällen abgesehen, unlöslich. Weder als Mutter noch als Frau kann man das sein, was man sein müßte und sein möchte, wenn man gleichzeitig in einem vollen Beruf steht. Kinder leben 12 Stunden im Tag, und ein Beruf beansprucht 10. Die Rechnung ist glatt. Schauen wir das in der Wirklichkeit an. Die Mutter ist Fabrikarbeiterin, Kellnerin, Verkäuferin, Kontoristin, Stöhr- oder Konfektionsnäherin, Direktrice, Gärtnerin, Geschäftsinhaberin, Ärztin, Zahnärztin, Apothekerin, Fabrikinspektorin, Chemikerin, Bibliothekarin, wissenschaftliche Assistentin. In allen diesen Berufen ist der Arbeitstag durchschnittlich 10 Stunden, bei der Kellnerin 15, bei der Saisonnäherin mehr. Was bleibt für die Kinder? Und wie wenig bleibt für den Mann! Auch bei den unregelmäßigen Berufsarten: Hebamme, Pflegerin, Journalistin, Schauspielerin, Artistin, Malerin, Musikerin, Bildhauerin, steht es, trotz anderer Zeiteinteilung und gelegentlicher Pausen, nicht viel besser. Die Heimarbeiterin ist auch kaum anders daran. Sie ist zwar zu Haus, aber festgenagelt, und es ist kein Vorteil sehen zu müssen, wie alles drunter und drüber geht, ohne eingreifen zu können. Nur einigermaßen gut geht es bei den Berufen mit wesentlich kürzerer Dienstzeit, zum Beispiel bei der Lehrerin oder der Schriftstellerin, die ihre Arbeit einteilen kann wie sie will.

Diese weiblichen Arbeitsbedingungen schließen in sich eine Welt von aus-

sichtslosem Kampf mit unvereinbaren Dingen, von Tränen und Verzweiflung, von unstillbarer Sehnsucht und unerfüllbaren Wünschen, oder, noch schlimmer, von Abstumpfung der Muttergefühle, Verzicht auf die Freude, Einsichtslosigkeit für vernachlässigte Pflichten, Gleichgültigkeit und Resignation. Niemand wird die Chronik dieses grausamen Übergangs schreiben, und wenige Männer werden ermessen, welchen Preis die Frau für ihre Menschwerdung bezahlt hat. Die Frauen, die dieses Lösegeld schweigend zahlen und blutenden Herzens bei der Arbeit ausharren oder, ihres Opfers gar nicht bewußt, der Not blind gehorchen, sind die wahren Märtyrerinnen der Frauenemanzipation.

Aber auch hier ist das Blut der Märtyrer der Samen der Kirche. Der Beruf, den wir heute erkämpfen, bedeutet den Einzug der Frau in das Leben einer neuen Welt. Der Übergang ist wohl schwer, aber daran ist nichts zu ändern, es muß so sein. Die Frau ist zerrissen von zwei Mächten, von denen keine sie losläßt; mit allen Fasern des Herzens hängt sie an Mann und Kind, mit ihrem ganzen Wesen strebt sie aber zugleich nach ihrem Anteil an der Umwelt. Und die Welt verlangt sie, sie kann aus der Entwicklung nicht heraus. Und wenn sie es könnte, wäre sie noch schlimmer daran. Man denke an die ehemalige Hausfrau, die ihre Haushaltung gut versorgte, ihre Kinder mit Liebe großzog, ihrem Mann stets zu Gebote stand. Was besaß sie noch auf der Lebenshöhe? Die Kinder waren ihrem Verständnis entwachsen (»mein einziges Bindeglied mit zu Hause ist die schmutzige Wäsche«), der Mann hatte seine Arbeit, von der er mit der Frau nie sprach, er las die Zeitung, ging zum Bier, und spazierte Sonntags mit seiner Frau, fünf Schritte voraus; nur der Haushalt war ihr geblieben und hörte nicht auf sie mit nimmer endendem Kleinkram zu erschöpfen. War das besser? Von diesen Frauen kam manche zu spät zum Verständnis eines vergeudeten Lebens, wie die Pfarrersfrau in Kiellands *Schnee*, die in einer Nacht anfang in die Kissen zu weinen und auf die Frage ihres erstaunten und ungeduldigen Mannes nur immer wiederholen konnte: »Es ist alles so traurig.«

Nein, der Übergang muß sein. Wo die ganze Welt eine ökonomische Umwälzung erleidet, kann die Frau nicht zurückbleiben. Die Entwicklung hat sie in ihre Wirbel gezogen. Für die große Mehrheit entscheidet die Not. Aber selbst unter den Drohen der Gesellschaft, unter den bürgerlichen Frauen, denen man das Nichtstun als Tugend und Pflicht anrechnete, hat der Zeitgeist gezündet; auch dort erwacht das Gewissen zur Arbeit; auch dort flammt es auf im Begehren nach allem, was der Menschheit zuteilt ist.

Brutal und wahr hat uns Frank Wedekind das berufslose Weib gezeichnet. »Lulu, hast du eine Seele?« »Ich weiß es nicht.« Das war die Frau ohne Anteil an der Arbeit der Welt, der Erdgeist, der, unfruchtbar, die Männer ins Verderben zog, *la belle dame sans merci*, die nicht lieben noch schonen konnte. Wer mitarbeitete, empfindet anders. Die Verantwortlichkeit führt zu Verständnis und Erbarmen. Nicht nur im Interesse der Frau sondern auch des Mannes muß sie Mitarbeiterin werden. Darum muß der Übergang sein, darum muß die Frau schon heute, trotz der Hindernisse ohne Zahl, trotz Herzeleid und Kampf und Müdigkeit, einen Beruf erlernen und ausüben. So und nur so kann sie sich und dem Mann das gelobte Land erschließen.

Denn es gibt ein gelobtes Land, und wir werden es erreichen. Dort wird die Frau an der Arbeit der Welt teilnehmen und noch Zeit besitzen für Mann und

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Panamakanal Ein Streitfall von nicht geringer Bedeutung hat sich plötzlich zwischen den Vereinigten Staaten und England erhoben. Der Bau des Panamakanals wird wahrscheinlich in 1 bis 1½ Jahren zu Ende zu führen sein; sicherlich steht die Eröffnung der neuen großen Welthandelsstraße bis zum Beginn des Jahres 1915 bevor. Die Regelung der Durchfahrtsbedingungen ließ sich deshalb nicht länger verzögern, und der amerikanische Kongreß hat, wie nicht anders zu erwarten war, diese Neuordnung ohne besondere internationale Skrupel, rein nach amerikanischen Sonderinteressen getroffen.

An sich kann es niemand den Vereinigten Staaten verargen, daß sie die laufenden Betriebsausgaben und wenigstens einen Teil der Verzinsung und Amortisation der ungeheuren Anlagekosten aus jährlichen, regelmäßigen Kanaleinnahmen zu decken gedenken. Die Kosten des einzigartigen Bauwerks haben in der Tat alle Voranschläge weit überholt. Die erste Aufwandsberechnung der für einen Schleusenkanal eintretenden Ingenieure stellte sich auf 139,7 Millionen Dollar. Dazu kamen dann noch die 40 Millionen, die man der alten französischen Gesellschaft als Abfindung bewilligen mußte, weiter die 10 Millionen Dollar, die der Republik Panama für die Abtretung der Landzone längs des Wasserwegs zu zahlen waren. Schon damit würden sich die Ausgaben auf 189,7 Millionen Dollar gesteigert haben. In Wirklichkeit sind jedoch bis zum Januar 1912 über 293½ Millionen ausschließlich für Bauzwecke verwendet worden; unter 375 Millionen Dollar dürfte demnach die Gesamtrechnung nicht abschließen. Die jährlichen Betriebsaufwendungen schätzt Oberst Goethals nochmals auf 3 Millionen Dollar. Daß man solche Riesensummen nicht glattweg als *Opfer* zu buchen beabsichtigt, ist durchaus begreiflich. Die Hauptvorschläge im Kongreß liefen jedoch sofort auf eine differentiel un-günstigere Behandlung der europäischen gegenüber der amerikanischen Schifffahrt hinaus, im Anfang sogar auf eine vollständige Gebührenfreiheit aller Unions-transporte. Hiergegen erhob England

mehrmals Einspruch. Auf Grund des Hay-Pauncefote-Vertrags von 1901 hat sich nämlich die Union gegenüber England verpflichtet: »Der Kanal soll den Handels- und Kriegsschiffen aller Nationen, die diese Satzungen beobachten, unter vollständig gleichmäßigen Bedingungen frei und offen stehen, so daß kein Unterschied zwischen irgendeiner dieser Nationen oder ihren Bürgern oder Untertanen in bezug auf die Bedingungen oder Verkehrsgebühren oder anderweitig gemacht werden soll. Diese Bedingungen und Verkehrsgebühren sollen gerecht und billig sein.« Durch diese Klausel hielt England die Möglichkeit jeder Gebührenbevorzugung, auch zugunsten der Vereinigten Staaten selber, für ausgeschlossen. Die Vereinigten Staaten jedoch interpretieren diesen Vertragsinhalt als eine bloße Umschreibung und Festlegung der sonst üblichen handelspolitischen Meistbegünstigung: England sei davor gesichert schlechter als irgendein anderer ausländischer Mitbewerber behandelt zu werden, die Gleichstellung von Ausland (Europa) und Inland (Vereinigte Staaten) gehe jedoch, wie jedermann wisse, weit über den Rahmen der Meistbegünstigung hinaus und liege deshalb ganz und gar nicht im Sinn der Abmachung von 1901. Das einzige, was durch die englischen Proteste in Washington erreicht werden konnte, war die Beschränkung der amerikanischen Gebührenfreiheit auf die *Küstenfahrt*. Küstenschifffahrt nennt man jedoch in Washington jede Seeverbindung zwischen zwei amerikanischen Häfen: also auch zwischen New York und San Francisco, Portland, Seattle, ja sogar zwischen New York und Alaska, oder Hawaii und den Philippinen. Wenn in dieser glänzend entwickelungsfähigen Verkehrssphäre mit der Zeit die amerikanische Schifffahrt, nach langem Darniederliegen, ein künstliches Übergewicht erlangen sollte, was bliebe dann noch Wertvolles an dem Vertrag, durch den England auf eine ganze Reihe älterer, traditioneller und verbriefter Rechte verzichtete?

Noch eine andere Regelung trifft zwar nicht England unmittelbar, dagegen Kanada und das in kanadischen Bahnen angelegte englische Kapital. Eisenbahngesellschaften wird es nämlich ausdrücklich verboten mit ihren Schiffen den

Kanal zu benutzen. Diese Bestimmung soll der Gefahr vorbeugen, daß die großen Oberlandbahnen, über deren monopolistischen Tarifwucher so oft geklagt wurde, die künftige Wasserwegkonkurrenz ausschalten, indem sie selber die rivalisierenden Seetransporte in ihre Hand bringen. Gerade die hervorragendsten kanadischen Bahnen haben sich jedoch, in ihren östlichen wie in ihren westlichen Ausläufern, große Schiffahrtsunternehmen angegliedert und sehen ihre Tätigkeit nunmehr gleichfalls nach einer sehr vielversprechenden Richtung brachgelegt.

X
China

Die chinesische innere Entwicklung seit der Revolution zeigt viel Ähnlichkeit

mit den etwas ominösen Vorgängen in der Türkei und in Persien. Offenbar aus dem gleichen Grund: Die breiten Volksmassen stehen den Kämpfen der Parteien unter sich und mit den Regierungsspitzen ziemlich gleichgültig gegenüber, und gerade in jüngster Zeit soll der glänzende Geschäftsaufschwung in den Yangtseprovinzen, der den wirtschaftlichen Druck der Revolutionszeit ablöste, die kaum erwachte lebhaftere Anteilnahme an der Reichspolitik von neuem so gut wie ganz eingeschlüfert haben. Immerhin geht es im Oktober den ersten allgemeinen Wahlen entgegen, und offenbar sind die letzten Vorgänge in Peking wesentlich als allseitige Vorbereitung darauf zu verstehen. Die radikalen Südprowinzen haben dabei immer schlecht abgeschnitten; Yüanschikai, den man im großen und ganzen als Vertreter des nordstaatlichen Konservatismus ansehen kann, ist es bisher stets gelungen die schwankenden Mittelprovinzen auf seine Seite herüberzuziehen und so die Regierungspolitik ungefährdet aufrechtzuerhalten. Wenn er, wie es heißt, auch Dr. Sunyatsen von der Richtigkeit des Regierungskurses überzeugt haben sollte, so dürften die Oktoberwahlen in gewohnter orientalischer Weise leicht von oben herab zu lenken sein.

X
Tibet

Wie gegenüber der Türkei und Persien, so wird auch gegenüber China durch die inneren Wirren der Länderhunger der benachbarten Großstaaten angeregt. Rührt sich Rußland an den mongolischen Grenzen, so interessiert sich England mit einermal wieder für die Unabhängigkeit Tibets, das heißt für die Einsetzung und Erhaltung eines offiziellen

britischen Vertreters in Lhasa und bei der Regierung des Dalai Lama. Zwar hat England 3mal die Oberherrschaft Chinas in diesem wichtigen Gebirgsreich anerkannt, in den englisch-chinesischen Verträgen von 1890 und 1906 und in dem englisch-russischen Übereinkommen von 1907. In diesem Übereinkommen sicherten sich sogar Rußland und England gegenseitig die Nichtentsendung von Vertretern nach Lhasa zu. Die chinesische Regierung scheint vorläufig ziemlich energisch ihre vertragsmäßigen Rechte wahren zu wollen. Man hat den Tibetanern auch 10 Abgeordnete zum Reichstag zugestanden und ist nicht willens in diesem Erdstrich den Territorialbesitz des Reichs antasten zu lassen.

X
Kurze Chronik Der unerwartet große konservative Wahlsieg in Manchester wird von den Unionisten und Tarifreformern als ein Wendepunkt in der Stellung des liberalen Kabinetts beurteilt. X *Matin* und *Times* veröffentlichen das Projekt des französisch-spanischen Abkommens über Marokko. Die Internationalisierung Tangers ist durch den Vertrag noch nicht geregelt, es wird nur erwähnt, daß der Hafen von Tanger autonom bleiben solle.

X
Literatur

Eine ungewöhnlich tüchtige und lesenswerte Arbeit ist die von Professor Plenge-Leipzig angeregte finanzwissenschaftliche und allgemeingeschichtliche Studie Hans Teschemachers *Die Einkommensteuer und die Revolution in Preußen* /Tübingen, Laupp/. Gleich die Einleitung bringt eine geistvolle Darstellung der Beziehungen zwischen Wirtschaftsordnung und Steuerverfassung. Es folgt alsdann eine Geschichte und Kritik der preußischen Steuerreformen während und nach der napoleonischen Kriegszeit, der ersten kommunalen Einkommenklassensteuern, der Versuche und Hindernisse die Mahl- und Schlachtsteuer, die in Preußen so lange im Mittelpunkt der Agitationen stand, durch eine direkte Staatssteuer zu ersetzen. Den Wendepunkt bringt die Revolutionszeit, und es ist zugleich ein lehrreicher Beitrag zur damaligen Revolutionsgeschichte, wie die verschiedenen Bevölkerungsklassen (die Regierung eingeschlossen, die sich noch lange nicht an unglücklichsten benahm) nach ihren wechselnden Interessen und ihren Überlieferungen bald diese bald jene Stellung zu dem ganzen Problem nahmen.

Sozialistische Bewegung / Josef Bloch

Deutscher Parteitag 1912 Die deutsche sozialdemokratische Partei wird in Chemnitz zu erweisen haben, ob ihrer bedeutenden numerischen Steigerung auch eine Steigerung ihres politischen Willens und ihrer politischen Schulung parallel gegangen ist. In 3 Fragen wird die Sozialdemokratie ihre Reife zeigen können, und aus der Art, wie sie sie löst, wird man schließen können, ob sie auch geistig den Weg von der Sekte zur Partei heute zurückgelegt hat, wie schon vor Jahrzehnten der Zahl nach. Denn von diesen 3 Fragen betrifft die eine die Voraussetzungen der Anteilnahme der Sozialdemokratie an der politischen Führung des Reichs, die andere den materiellen Inhalt dieser Politik, die letzte endlich die Verbürgung der innern Entwicklungsfähigkeit der Partei.

Das Stichwahlabkommen unseres Vorstands bei den Reichstagswahlen 1912 bedeutete den ersten Anfang einer Abkehr von der Methode der reinen Agitation zu der der politischen Wirkung. Zum erstenmal hat die deutsche Sozialdemokratie gezeigt, daß es ihr auf die Zusammensetzung des Parlaments selber ankommt, nicht nur auf die eigene Stimmenzahl. Und sie hat sich nicht gescheut zur Erreichung einer bestimmten politischen Konjunktur ein Bündnis mit einer bürgerlichen Partei abzuschließen, der fortschrittlichen Volkspartei, das dann noch darüber hinaus, wenn auch ohne Abmachung, den ganzen bürgerlichen Liberalismus einbegriff. Ist schon die Tatsache der bestimmten Zielsetzung als solche von größter Bedeutung, so noch mehr die Wahl der Mittel. Die Aufforderung des Parteivorstands zur *Dämpfung* in einigen Wahlkreisen, die so viel Empörung bei dem ultraradikalsten Flügel der Sozialdemokratie (und ebenso bei den Parteien der Rechten) hervorgeufen hat, bedeutet in der Tat einen starken Gegensatz zu dem, was man bisher bei uns gewohnt war. Das Verlangen, daß die Parteigenossen ihre eigenen Kandidaten zugunsten fremder zurückstellen sollten, setzt eine bedeutende Einsicht in die gegebenen Bedingungen, aber auch ein bedeutendes Vertrauen auf die Einsicht der Wähler voraus. Daß dieses Vorgehen »reichlich undemokratisch« war, wie der (ehemals jungliberale, jetzt stark der Rechten zuneigende) Herr Dr. Böttger im *Tag* ausführt, kann nur jemand behaupten, der die Demokratie rein formal, nicht dem Wesen nach nimmt, und

der vor allem ein Interesse daran hat, daß die Sozialdemokratie keinen größeren Einfluß auf das Reich bekommt. Der erste Grundsatz der Kooperation ist: Man muß zu geben verstehen, wenn man nehmen will. Das Geben unseres Parteivorstands bestand aber gerade zum großen Teil in jener *Dämpfung*. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokraten und die Liberalen wesentlich auf die selben städtischen Wahlkreise angewiesen sind. Nun haben die Liberalen nach 2 Seiten die Möglichkeit des Bündnisabschlusses: nach links (mit der Sozialdemokratie), aber auch nach rechts. Wenn sie lediglich die Zahl ihrer eigenen Mandate als Kampfziel im Auge haben, steht die Rechnung für sie so, daß sie mit der Rechten ebenso gut, vielleicht noch besser fahren als mit der Sozialdemokratie; denn wenn diese sie auch bei einer Anzahl Wahlkreise heraushaut, so nimmt sie ihnen doch so viele andere, daß der Gewinn aufgehoben wird. Diese Kalkulation war bekanntlich der Leitsatz der Richterschen, rein nach Mandatsbesitz orientierten Wahlstrategie. Jetzt ist der Freisinn davon abgekommen, er hat Anschluß nach links gesucht, wie es das Interesse der allgemeinen Politik erforderte. Eine solche Schwenkung kann einer Partei nicht leicht fallen, deren Organisation sehr lose gefügt ist, und deren Wähler in jahrzehntelang geflüßelt genährter philiströser Angstlichkeit vor jeder Berührung mit der Sozialdemokratie zurückschrecken. Würde eine solche Politik gar zur Mandatsminderung führen, so würden die rebellierenden Wähler auf keinen Fall mehr zu halten sein. Es war daher sehr klug gehandelt, daß die Sozialdemokratie den Freisinnigen Mandate, selbst auf eigene Kosten, zu verschaffen suchte. Diese Parole bewies den guten Willen der Sozialdemokratie in ganz unzweideutiger Weise; wenn sie auch nicht vollen Erfolg gehabt hat, da die örtlichen Organisationen noch nicht genügend politisch eingestellt waren. Man darf die zahlenmäßigen Opfer solchen freiwilligen Verzichts auch nicht zu hoch anschlagen. Man muß immer im Auge behalten, daß man auf der andern Seite, wenn man die Liberalen der Rechten in die Arme treibt, eine große Anzahl anderer Mandate nicht bekommt, also mehr verliert als man jetzt freiwillig preisgibt. Doch dieser Gesichtspunkt der Verteilung der Mandate innerhalb der Linken darf für die Politik überhaupt nicht allein maßgebend sein. Weit wichtiger ist der Zusammen-

halt der bürgerlichen mit der sozialistischen Linken, der, für das Deutsche Reich eine völlige Neuheit, hier in die Erscheinung trat, und der allerdings eine Wendung in unserer Politik anzeigen konnte. Um das Gefühl dieser Zusammengehörigkeit zu stärken, könnte man auch ruhig einige Parteigewinne daran geben.

Aber wie es in der deutschen Sozialdemokratie schon manchmal ging, so scheint es auch hier gehen zu wollen: Geschieht eine politische Tat, so kommt gleich hinterdrein die Entrüstung der aus ihrer Gewohnheitsruhe aufgeschreckten konservativen *Radikalen* und macht die ganze moralische Bedeutung jener Tat zunichte. Auf dem Parteitag in Chemnitz soll es über den Parteivorstand hergehen: Dem ersten Schritt zur Politik, den er für die Partei gemacht hat, sollen womöglich gleich zwei Schritte rückwärts folgen. Man läßt in der üblichen Art die *Klassenkämpfer* gegen die *Parteiverderber* aufzurücken, macht vor der *schiefen Ebene* Angst, die die Partei rettungslos in den Abgrund der Politik führt, und will am liebsten wieder durch prinzipielle Beschlüsse die sich hervorwagende Neigung zu politischer Aktivität unterbinden. Es ist ja anzunehmen, daß der Parteitag in seiner Mehrheit sich diesmal darauf nicht einlassen wird. Aber es wäre schon sehr bedenklich, wenn auch nur eine starke Minderheit den Parteivorstand desavouieren wollte: denn nicht in den Beschlüssen liegt die Wirkung des sozialdemokratischen Parteitags sondern in den Stimmungen, die für die Öffentlichkeit merkbar auf ihm zutage treten. Das erste und wichtigste, was der Parteitag tun muß, ist daher eine absolute Deckung des Vorgehens seines Parteivorstands. Aber freilich: Mit der bloßen Billigung des Stichwahlabkommens ist noch lange nicht alles getan. Dieses Abkommen hat seinen Sinn und findet seine Rechtfertigung nur in dem Willen im Reichstag selber mitzubestimmen, und zwar durch Schaffung einer festen, *arbeitsfähigen Mehrheit*. Ist man nicht imstande diese Konsequenz zu ziehen, so bleibt die Zerschlagung der Parteischablone bei den Wahlen unnütz. Es ist daher der *äußersten Linken* in der Sozialdemokratie, trotz ihres engen Horizonts, die Folgerichtigkeit nicht abzusprechen, wenn sie, die von einer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien prinzipiell nichts wissen will, auch das Mittel dazu, eben das Wahlbündnis, verurteilt. Wenn nun die *Radikalen* mittle-

rer Linie (die jetzt das *marxistische Zentrum* bilden wollen, so wenig marxistisch auch ihre Denkweise insgesamt ist) vor ihrer eigenen Kühnheit erschrecken und die Früchte des Wahlbündnisses nicht zu pflücken wagen, so kann man den Spott von links sowohl wie von rechts über solche Hilflosigkeit wohl begreifen. Die Präsidentenwahl im Februar dieses Jahres hat die erste Hoffnung der zur Politik Drängenden in unserer Partei vorläufig zerschanden gemacht. Daß die Vertreter einer Bewegung, die $4\frac{1}{4}$ Millionen Wähler auf die Beine bringt, über kleinliche Etikettenfragen stolpern, daß sie juristisch-formalistisch sich auf den Buchstaben der Geschäftsordnung berufen und darüber das lebendige Leben, alles, was sich in 4 Jahrzehnten des Reichsparlamentarismus herausgebildet hat, mißachten, das sieht in der Tat nicht nach politischer Reife und nicht nach klarem Willen aus.

Indes, wir sozialdemokratischen Reformisten wissen, daß in der deutschen Sozialdemokratie alles sehr langsam vor sich geht, daß der die Partei beherrschende *radikale* Quietismus schnelle und gründliche Entschlüsse nicht zuläßt, und daß man von den *Radikalen* nur keine radikale Konsequenz verlangen darf. Es bleibt uns also nichts anderes übrig als darauf zu bauen, daß wenigstens das Wahlbündnis, das diesmal von der Volksstimmung getragen war, auch von den Mittelsmännern der Partei gebilligt werden wird, und daß es dann ganz von selber zu einem engeren Zusammenhalt im Parlament und zur Herausbildung einer festen Gruppierung führt. Die nächste Probe aufs Exempel wären die *preussischen Landtagswahlen*. Wenn die bei den Reichstagswahlen angebahnte Gemeinschaft auch hier festgehalten, wenn sie gar noch erweitert wird, dann kann man vielleicht von der Zukunft mehr erwarten.

Werden so für die Sozialdemokratie die Voraussetzungen einer Anteilnahme an der parlamentarischen Politik und Verantwortung geschaffen, so handelt es sich nun als zweites darum dieser Politik auch einen Inhalt zu geben, der unsere Partei zur Trägerin der Zukunftsentwicklung macht. In der Sozialpolitik ist dieser Inhalt ohne weiteres durch die Stellung der Sozialdemokratie als Klassenvertretung der Arbeiterschaft und als Vertreterin der produktiven Schichten überhaupt bestimmt, und hier hat es unsere Partei auch nie fehlen lassen. Aber entscheidend für das Schicksal der Na-

tion ist ihre Stellung im Weltgetriebe. Wir treten in ein neues Stadium welt-politischer Entwicklung. Die engen Grenzen und Ideale des alten Liberalismus werden gesprengt, der neue Horizont der großen Völker umfaßt die ganze Erde. Der Komplex dieser Erscheinungen wird jetzt bei uns mit dem Sammel-schlagwort *Imperialismus* bezeichnet. Und über diesen Imperialismus soll die deutsche Sozialdemokratie in Chemnitz verhandeln. Man muß damit rechnen, daß die Partei für eine Betätigung in den Kern- und Grundproblemen der großen Politik noch nicht weit genug ist, weil sie alle Hände voll mit dem Nähern zu tun hat. Und gerade das, was auf dem Gebiet der innern Politik so sehr zu begrüßen ist: das Zusammengehen mit dem Liberalismus zum Zweck der Parla-mentarisierung Deutschlands, wirkt hier noch, man könnte fast fürchten: retardierend. Denn in diesem so notwendigen Kampf um das innere Regime wird das Formale der Politik leicht als Hauptsache, ja als die Politik überhaupt angesehen. Dazu kommen die partikularistischen Momente, die der Antagonismus gegen das herrschende Preußen hervorruft: psychologisch begreiflich genug, politisch sehr verfehlt. Während der Liberalismus aber mehr und mehr aus der ursprünglichen Enge des Cobdenismus und der kleindeutschen, nörgelnden Selbstzufriedenheit herauskommt, hat die Sozialdemokratie diese ehemals liberalen Ideale adoptiert und hätschelt sie mehr als die logischen Ergebnisse ihrer eigenen historisch-ökonomischen Auffassung. Das freundschaftliche Verhältnis zu den reinen Intellektuellen, mit ihnen, an sich schönen, aber den Notwendigkeiten des Staatsganzen gegenüber verständnislosen Wünschen und Abneigungen, trägt noch dazu bei, daß man auch bei uns den historischen Werdeprozeß vielfach unter dem Gesichtswinkel primitiver, angeblich kultureller Ideale betrachtet und wertet. Aus allen diesen Gründen ist es wenig wahrscheinlich, daß die Sozialdemokratie schon heute daran denken kann sich auch in weltpolitischen Dingen als die wirklich stärkste Partei des Reichs zu betätigen. Es wird hier wohl vorläufig bei der Abstinenz bleiben; das heißt, die Partei wird sich von den eigentlichen Entscheidungen ausschließen; damit aber freilich auch in dem Wesentlichen der Reichspolitik auf eine führende Stellung verzichten müssen. Das wird dann eine Zeitlang so bleiben, bis die Notwendigkeit die Sozialdemokratie auch

hier aus ihrem Ruhwinkel der bloßen Protestresolutionen her austreibt. Damit eine künftige Entwicklung in dieser Richtung überhaupt möglich wird, muß die geistige Bahn dazu freigehalten werden. Erste Vorbedingung dessen ist unablässiges, aber auch unbeschränktes Weiterarbeiten in der Wissenschaft, die der Partei die Richtlinien gibt. Und darin beruht die Bedeutung des Falles Hildebrand, über den der Chemnitzer Parteitag sein Votum abgeben soll. Die Partei darf sich nie auf den Standpunkt stellen, daß der Meinungsfreiheit in ihr Grenzen gesetzt werden müssen (gleichviel, welche). Gewiß fällt es einer kämpfenden Partei schwer Meinungs-verschiedenheiten stärkerer Art zu ertragen; gewiß sind auch die anderen Parteien intolerant. Aber die Sozialdemokratie hat die Pflicht und die Verantwortung der Zukunft gegenüber. Und daher muß sie zu jedem ihrer Mitglieder sagen: Du mußt in der Praxis das tun, was wir beschließen, denn die Einheitlichkeit ist die Kraft unserer Partei. Aber du darfst denken und propa-gieren, was du willst, wenn dein wissenschaftliches Gewissen dich dazu treibt. Wenn du deine geistigen Kräfte der Partei widmest und uns in der Suche nach Wahrheit neue Wahrheiten bringst oder zu bringen glaubst, so wollen wir sie stets genau prüfen und uns nicht davon beirren lassen, daß sie vielleicht Altes und Liebgewordenes bei uns zur Seite drängen, auch ganz ablösen. Wir setzen deinem Forschen kein Ziel, solange wir an deinen Absichten, an deiner Gesinnung nicht zweifeln. Für ehrliche Wahrheits-sucher gibt es kein anderes Tribunal als die wissenschaftliche Nachprüfung. Die Zugehörigkeit zum Sozialismus, und damit das Recht auf Betätigung in der Partei, die ihn vertritt, kann durch keine noch so ausgeklügelte Definition oder Grenzbestimmung des Begriffs *Sozialismus* festgestellt werden; das muß der Freiheit des eigenen Ermessens, dem besten Wissen und Gewissen des einzelnen überlassen bleiben. Das ist der einzige Weg, der zu einer geistigen Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie führt. Und diesen Weg darf die Partei in Chemnitz nicht durch einen *ab irato* gefällten Beschluß verlassen, wenn sie nicht ihre Mission aufs Spiel setzen, ihre Vergangenheit verleugnen, ihre Zukunft verdunkeln will. Das sind die 3 wichtigen Fragen des Chemnitzer Parteitags. Wir wollen hoffen, daß er sich in der zweiten mit Ehren

aus der Affäre zieht, und daß er die erste und letzte im Sinn der Freiheit restlos löst.

× **KurzeChronik** Die Königsberger Genossen gedachten am 2. Juli des 25. Todestags ihres Vorkämpfers August Godau, der unter dem Sozialistengesetz in Königsberg für den Sozialismus arbeitete und bei den Septennatswahlen nur einer Koalition aller bürgerlichen Parteien unterlag. Für jeden Königsberger, der, wenn auch noch so jung, jene Zeit mit erlebt hat, verbindet sich mit dem Namen jenes Schlossers die Vorstellung der Aufopferung und Begeisterung. Man wird ihn nicht vergessen. × Die badischen Sozialdemokraten haben am Schluß dieser Landtagsession gegen das Budget stimmen müssen, weil die Regierung die Partei nicht als gleichberechtigt behandelt hatte; sie brauchten daher nicht gegen die Magdeburger Resolution zu verstoßen. Sie werden sich gleichwohl von den Scharfmachern auf beiden Seiten nicht von dem Weg der positiven Arbeit und der parlamentarischen Kooperation abdrängen lassen. × Ein außerordentlicher Parteitag der polnischen sozialistischen Partei in Deutschland beschloß die Herausgabe einer Tageszeitung oder, falls dies finanziell sich nicht ermöglichen ließe, die Umwandlung der *Gazeta Robotnicza* in ein Wochenblatt. Doch wurde von der Mehrzahl der Redner jede Unterstützung durch den deutschen Parteivorstand abgelehnt, weil diese angeblich die Entwicklung der Partei hindere. Bei dem starken nationalen Selbstgefühl der Polen ist diese Haltung nicht verwunderlich. × Anfang Juli begann die erste sozialdemokratische Tageszeitung Portugal als zu erscheinen. Sie heißt *O Socialista* und wird von Pedro Muralha redigiert. Hoffentlich widmet sich das neue Blatt nicht einem (bei den portugiesischen Verhältnissen nahe liegenden) Revolutionarismus sondern der Organisierung und geistigen Erziehung der arbeitenden Schichten.

× **Literatur** Der schöne Essay des Oscar Wilde *The Soul of Man under Socialism* ist

jetzt in neuer Auflage, schön ausgestattet herausgegeben worden (London, Humphreys). Es ist sicherlich zeitgemäß auf diese Schrift hier aufmerksam zu machen, da unsere Intellektuellen gerade heute wieder das Bedürfnis zu empfinden scheinen einem blutlosen, rein aufnehmenden

den Artistentum zu entrinnen und unter die sozial Schaffenden zu gehen. Denn es ist das Merkwürdige: Dieser Oscar Wilde, der in seiner eigenen künstlerischen Arbeit nur Erdachtetes, ja Erklärtes zu geben vermochte (bevor ihm das furchtbare Leiden im Zuchthaus zu Reading eigenes Erleben schuf), hat sich in dieser, von vornherein ganz intellektuell angelegten Abhandlung im Grunde ganz vom Fühlen leiten lassen, und er ist da, bei all den geschliffenen und pointierten Wendungen, mehr Bekenner als in einem seiner Romane, Dramen oder Märchen. Wenn Wilde gerade aus einem ästhetischen Aristokratismus heraus den Sozialismus zu begründen unternimmt, der uns vom Mitleid befreien oder dies zum Mitgefühl erhöhen soll, so ist das nicht etwa paradoxa! gemeint, sondern man fühlt, daß der Autor sich hier mit einer Empfindung auseinandersetzt, die ihn beherrscht. Jene Anempfinder, die in outrierter Weise dauernd vom Persönlichkeitsbewußtsein sprechen (gerade weil ihnen solches fehlt) und den Sozialismus zu verachten vorgeben, weil sie ihn nur als Herdentierinstinkt zu begreifen vermögen, können sich von Oscar Wilde den Sozialismus als Weg zum Individualismus weisen lassen. Zum Beispiel könnte der Komponist R. Strauß, der die *Salome* des Wilde in Musik zu setzen versucht hat, und der in diesen Tagen ein (ganz unzulängliches) Votum für den *Parsifalschutz* abgeben zu müssen glaubte und bei dieser Gelegenheit in recht minderwertiger und engsichtiger Weise über die Massen, das allgemeine Wahlrecht usw. einiges Überflüssige sagte, von seinem Dichter lernen, daß gerade die Kunst unter dem Sozialismus einer »perfect harmony« und einem »new Hellenism« entgegensehen dürfe. Ich gehe nicht so weit solches für die Kunst von einem (wenn auch idealen) sozialen System zu erwarten. Aber schon diese Gesinnung, die hofft, erhebt ihren Träger über die anderen, die negieren, und die nicht die geistige Schamhaftigkeit besitzen über die Dinge zu schweigen, von denen sie nichts verstehen. Die Begründung des Sozialismus durch Oscar Wilde ist nicht die unsrige; aber sie besteht neben ihr in ihrer Weise auch zu Recht. Die Schrift sollte daher ordentlich gelesen werden, namentlich von solchen, die da glauben für den Sozialismus zu individuell zu sein; eine deutsche Übersetzung ist bereits vor 8 Jahren erschienen (ich habe sie seinerzeit in den *Dokumenten des Sozialismus*, 1904, pag.

302 ff., ausführlicher angezeigt). × Auch eine andere Propagandaschrift ist neu aufgelegt worden: *Was die Sozialdemokraten sind, und was sie wollen* von Wilhelm Liebknecht /Chemnitz, Langer/. Zum Lob dieser, jetzt schon klassischen Broschüre braucht heute nichts mehr gesagt zu werden: sie hat fast 40 Jahre hindurch der Partei Anhänger geworben und wohl auf uns alle gewirkt, als wir zur Sozialdemokratie kamen. Für manche Entscheidung des kommenden Chemnitzer Parteitags sei die *Schlußmahnung* Liebknechts beherzigt, daß unser Parteiprogramm uns kein »Papst« sein soll. Der Solinger Geist, der das Programm am liebsten für sakrosankt erklären möchte, war unserm ersten *Alten* noch unbekannt; und auch wir wollen von ihm nichts wissen.

Wirtschaft / Rudolf Wissell

Teuerung Auf allen Gebieten hat sich in den letzten Monaten eine Preissteigerung gezeigt, die an die Zeiten der letzten Hochkonjunktur gemahnt. Auf dem Roheisenmarkt herrscht geradezu eine Haussestimmung. Diese Preissteigerung erstreckt sich auch auf die Lebensmittel. Namentlich die Fleischpreise haben einen Hochstand erreicht, wie er bisher überhaupt noch nicht zu konstatieren war. Magistrate, Gemeindeverwaltungen und Vertretungen der Kaufmannschaft haben die Forderung nach Öffnung der Grenzen zur Milderung des Notstands erhoben. Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft haben gefordert, daß die Einfuhrzölle auf Vieh und Fleisch, auch Büchsenfleisch, vorübergehend aufgehoben oder ermäßigt werden, daß das Viehsuchen- und das Fleischbeschaugesetz unter Wahrung der Interessen der deutschen Viehzucht und der öffentlichen Gesundheitspflege so abgeändert werden, daß Vieh und Fleisch aus dem Ausland in größeren Mengen eingeführt werden können, daß ferner eine Revision der Zölle für Futtermittel stattfinde, daß die Bahnverwaltungen durch Ermäßigung der Tarife für Vieh und Fleisch und durch ausreichende Gestellung von Kühlwagen die Fleischversorgung der Großstädte und Industriezentren erleichtern, und daß durch eine Ausgestaltung der Viehstatistik die Lücken im Viehbestand schneller erkennbar gemacht werden. Die Regierung hat sich zu besonderen Maßnahmen vorläufig nicht veranlaßt gesehen, vielmehr erklärt, daß sie den Notstand nur als eine vorübergehende

Erscheinung betrachte, und daß sie der Überzeugung sei, es werde bald ein erheblicher Preisrückgang erfolgen. Für die hohen Fleischpreise werden übrigens vielfach (namentlich auch in der süddeutschen Parteipresse) die Zwischenhändler verantwortlich gemacht, die ein größeres Angebot künstlich zurückdrängen, um die Preise halten zu können. Sind die breiten Schichten der Bevölkerung dauernd gezwungen ihre allgemeinen Bedürfnisse einzuschränken, so wird das nicht ohne Einfluß auf die Absatzmöglichkeit der industriellen Produkte bleiben. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet ist in der gegenwärtigen Teuerung auch ein recht bedenkliches Moment für die weitere Entwicklung unserer allgemeinen Wirtschaftslage gegeben.

× **Baumwolle** Der Baumwollmarkt hat in diesem Jahr eine den Erwartungen bei dessen Beginn keineswegs entsprechende Gestaltung genommen. Um diese Entwicklung zu verstehen, ist ein kurzer Rückblick nötig. 1909 waren die Preise, namentlich mit Rücksicht auf die Ernteaussichten und dann auch die Ernteergebnisse, von 46,25 Pfennig pro ½ Kilo Anfang Januar auf 78,50 im Dezember gestiegen. Im Januar 1910 standen sie vorübergehend auf 79,25 Pfennig. Im ganzen Jahr 1910 hielten sie sich höher als 70 Pfennig. Sie erreichten am 10. Juni 1911 mit 80,75 Pfennig den höchsten Stand. Als sich dann die Ernterwartungen immer günstiger gestalteten und eine beispiellos günstige Ernte von zirka 16 Millionen Ballen zu konstatieren war, fielen die Preise mit einzelnen Schwankungen auf 67,50 am 31. Juni 1911, 64,75 am 10. August, 58 am 30. September, 48,75 am 31. Oktober und 47,25 am 31. Dezember 1911. Mit diesem Satz ging der Preis dann auch ins neue Jahr. Diese Preisgestaltung führte dann zu einer regen Eindeckung der Spinnereien, die nach den Jahren des überaus hohen Preisstandes, der eine rechte Belebung der Textilindustrie nicht hatte aufkommen lassen, einer lebhaften Garnnachfrage gegenüberstanden. Sie konnten nicht nur die Lagerbestände abstoßen sondern auch stattliche Abschlüsse für spätere Zeit buchen. Auf der ganzen Linie folgte eine lebhaft Beschäftigung der Webereien, zumal die Mode auch den Baumwollsaat begünstigte. Der Preissturz führte aber auch zu Maßnahmen der Produzenten, von denen der (zum Teil verwirklichte) Plan einer Verringerung

der Anbaufläche als wesentlichster zu verzeichnen war (siehe diese Rundschau, 1912, 1. Band, pag. 244). Während in den Vereinigten Staaten eine Verringerung der Anbaufläche um 25 % propagiert wurde, ist doch nur eine solche von zirka 7 % durchgesetzt worden. Das war aber auch schon Anlaß, namentlich mit Rücksicht auf die anhaltende Nachfrage, die Preise wieder anziehen zu lassen. Ende Januar dieses Jahres standen sie schon wieder auf 52,25 Pfennig, um dann ziemlich gleichmäßig bis Ende Juli wieder auf 70 zu steigen. Hierzu trug auch die heiße Witterung bei, die namentlich im Juli in den Vereinigten Staaten herrschte und zu einer Verschlechterung der Begutachtungsziffern in den amtlichen Saatenstandsberichten führte, die noch um 3,9 Punkte unter dem 10jährigen Durchschnitt von 80,4 stand. Mit dem Regen hoben sich wieder die Ernterwartungen, sanken auch wieder die Preise; sie standen am 30. August in Bremen auf 60 Pfennig. Nach dem gegenwärtigen Stand ist mit einer etwas über den Durchschnitt stehenden Ernte zu rechnen.

Gegen Mitte August wurde die Mitteilung verbreitet, daß in den Vereinigten Staaten eine künstliche Hochhaltung der Preise durch eine Valorisation der Baumwolle geplant sei, an der sich auch deutsches Kapital beteiligen werde. Es scheint sich jedoch nur um einen Versuchsballon gehandelt zu haben, den man zur Erkundung der Stellungnahme des Handels hat aufsteigen lassen. Soweit sich übersehen kann, hat sich in Deutschland, das ja in so eminenter Weise auf die Einfuhr von Baumwolle angewiesen ist, niemand für diesen Plan auszusprechen gewagt.

×
Petroleum Sowohl für Rohöl wie für Leuchtpetroleum ist in den letzten Monaten eine erhebliche Preissteigerung erfolgt. Das ist auf den unausgesetzt steigenden Bedarf zurückzuführen, den die Produktion nicht immer glatt befriedigen kann. Die technische Entwicklung hat immer mehr dazu geführt das Rohöl nicht nur als Heizmaterial für Dampfkessel sondern gleich in den Dieselmotoren ohne den Umweg über die Dampfspannung als direkte Kraftquelle zu benutzen. Eine ganze Anzahl von Schiffen ist mit diesen Dieselmotoren ausgerüstet, und die Erfahrungen mit ihnen führen zum Bau stets neuer. Die Entwicklung der Automobil- und der Flugzeugindustrie hat auch recht großen Bedarf an

Benzin entstehen lassen. Das alles in Verbindung mit einem im letzten Jahr zu verzeichnenden Nachlassen der europäischen Rohölproduktion hat zu diesen ganz erheblichen Preissteigerungen geführt. Ob dies Nachlassen nur vorübergehend und durch weitere Bohrungen zu beheben ist, steht noch nicht fest. Der jetzige Preisstand reizt ja zu möglicher Ausdehnung der Produktion an.

Außer der Preissteigerung auf dem Petroleummarkt sind noch weitere Tatsachen aus der Petroleumindustrie von wesentlicher Bedeutung. Das ist das Bestreben der *Deutschen Erdölaktiengesellschaft*, der führenden deutschen Petroleumgesellschaft, mit der österreichisch-galizischen Gesellschaft einen festern Zusammenschluß zur Abwehr der *Standard-Oil-Company* herbeizuführen. Weiter ist zu verzeichnen, daß die *Europäische Petroleumunion* das Abkommen mit der *Standard-Oil-Company* über den deutschen Markt nicht verlängert hat, und schließlich, daß die *Standard-Oil-Company* ihre mächtigste Gegnerin, die *Königlich holländische Petroleumgesellschaft*, die mit holländisch-englischem Geld arbeitet, im Herzen ihres Produktionsgebiets, in Niederländisch Indien, durch Übernahme einiger von der holländischen Gesellschaft unbeachtet gelassener Ölkonzessionen angegriffen hat. Aus diesen Tatsachen können sich für die Produzenten recht wichtige Konsequenzen ergeben. Die Vorgänge in der Petroleumindustrie und auf dem Petroleummarkt erheischen die sorgfältigste Beachtung.

×
Kurze Chronik Das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat fühlt sich durch die zahlreichen Außenseiter so bedrängt, daß es diesen mit der Auflösung droht, falls sie sich nicht mit dem Syndikat verständigen wollen. × Die französische Regierung hat alle ausländischen Regierungen zu Mai 1913 zu einem internationalen Zollkongreß eingeladen, der eine Verbesserung des Systems der Anwendung der Zollvorschriften beraten soll. × Die Konkursstatistik zeigt im Vergleich zum Vorjahr eine ungünstige Weiterentwicklung der Konkursziffern. Im 1. Halbjahr 1912 sind 4664 Konkurse, gegenüber 4562 im Vorjahr, gezählt. Dabei scheinen größere Konkurse zuzunehmen. × Die Roheisenherzeugung hat mit 8426000 Tonnen in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres die der gleichen Zeit des Vorjahrs um 743700

Tonnen überstiegen. × Der preußische Finanzminister hat sämtliche Regierungshauptkassen, Kreiskassen und sonstige staatliche Kassen veranlaßt sich dem Postüberweisungs- und Scheckverkehr anzuschließen. × Die Bank von England hat am 29. August mit Rücksicht auf die an den Londoner Markt gestellten Geldansprüche ihren Diskontsatz von 3 auf 4 % erhöht.

× **Literatur** Von Professor Dr. Richard Passows *Materialien für das wirtschaftswissenschaftliche Studium* /Leipzig, Teubner/ ist jetzt der 2. Band erschienen (über den 1. Band siehe diese Rundschau, 1911, 3. Band, pag. 1674). Er behandelt die Effektenbörsen und bringt die wichtigsten Materialien über die deutsche Börsengesetzgebung und die sie ergänzenden allgemeinen Bestimmungen, einen Abdruck der Berliner Börsenordnung, der Maklerordnung, der Geschäftsordnung des Börsenvorstands usw. Besser als manche weitschweifige Darlegung führt dieses Material Passows in den Geschäftsbetrieb der Börsen ein. × *Die deutschen Roheisensyndikate in ihrer Entwicklung zu einem allgemeinen deutschen Roheisenverband* betitelt sich eine Schrift von Dr. August Hilbringhaus /Leipzig, Duncker & Humblot/. Sie schildert, wie die Roheisensyndikate sich aus losen Preisvereinigungen zu fester gefügten Verbänden entwickelten, wie die Interessengegensätze in der Eisenindustrie das Weiterbestehen der Syndikate eine Zeitlang unmöglich machten, wie dann aber die Preisverhältnisse immer wieder zum neuen Zusammenschluß zwangen. Zur allgemeinen Orientierung ist das Bändchen sehr gut zu gebrauchen.

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

1911

Die in der statistischen Beilage des *Korrespondenzblatts* von der *Generalkommission* veröffentlichte Statistik ergibt erfreulicherweise wieder eine Zunahme der Mitgliederzahl um 276 256 und eine Abnahme um 4259, mithin einen Gewinn von 271 997 gegenüber dem Jahreschluß 1910. Es hatten am Jahreschluß 1911 die Asphaltleute 1106 (+ 86), Bäcker und Konditoren 26 468 (+ 3375), Bauarbeiter (Maurer und Bauhilfsarbeiter) 295 688 (+ 53 040), Bergarbeiter 120 136 (— 3301), Bildhauer 3797 (+ 191), Blumenarbeiter 1023 (+ 101), Böttcher 8389 (+ 282),

Brauerei- und Mühlenarbeiter 47 654 (+ 6351), Buchbinder 30 755 (+ 2049), Buchdrucker 64 793 (+ 2855), Buchdruckereihilfsarbeiter 16 965 (+ 1074), Bureauangestellte 6598 (+ 815), Dachdecker 8339 (+ 1183), Fabrikarbeiter 189 443 (+ 22 346), Fleischer 5454 (+ 1567), Friseur 2219 (+ 20), Gärtner 6231 (+ 706), Gastwirtsgehilfen 13 918 (+ 2899), Gemeindearbeiter 47 376 (+ 8114), Glasarbeiter 17 853 (+ 2111), Glaser 4900 (+ 551), Handlungsgehilfen 15 502 (+ 3122), Holzarbeiter 182 750 (+ 17 708), Hutmacher 10 213 (+ 761), Kupferschmiede 4976 (+ 489), Kürschner 3995 (— 551), Lagerhalter 2744 (+ 295), Lederarbeiter 15 091 (+ 232), Lithographen 17 092 (+ 369), Maler 45 926 (+ 4044), Maschinisten 24 019 (+ 2898), Metallarbeiter 515 145 (+ 51 129), Notenstecher 444 (+ 18), Porzellanarbeiter 16 743 (+ 3691), Sattler und Portefeullier 13 819 (+ 1219), Schiffszimmerer 3511 (— 380), Schmiede 16 668 (+ 1681), Schneider 48 485 (+ 4053), Schuhmacher 45 792 (+ 3104), Steinarbeiter 27 703 (+ 5287), Steinsetzer 10 537 (+ 316), Stukkateure 10 781 (+ 2201), Tabakarbeiter 35 449 (+ 1403), Tapezierer 9711 (+ 349), Textilarbeiter 131 426 (+ 14 172), Töpfer 12 175 (+ 628), Transportarbeiter 195 249 (+ 42 295), Xylographen 433 (— 27), Zigarrensortierer 3305 (+ 224), Zimmerer 59 320 (+ 4770), Zivilmusiker 1909 (+ 82). Das ergibt eine Mitgliederzahl von insgesamt 2 400 018, während der Jahresdurchschnitt 2 320 986 beträgt.

Von diesen waren in 33 Verbänden 191 332 weibliche Mitglieder, gegen 175 028 im Jahr 1910. Von den weiblichen Mitgliedern gehören zum Verband der Textilarbeiter 45 651, Metallarbeiter 25 103, Fabrikarbeiter 21 853, Tabakarbeiter 16 870, Buchbinder 14 127, Schneider 9363, Buch- und Steindruckhilfsarbeiter 9323, Handlungsgehilfen 8679, Schuhmacher 7939, Transportarbeiter 6479, Holzarbeiter 5819, Hutmacher 4414, Bäcker und Konditoren 3736, Porzellanarbeiter 2260, Kürschner 1451, Gemeindearbeiter 1169, Sattler und Portefeullier 1161, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1154, Lederarbeiter 1096, Zigarrensortierer 953, Gastwirtsgehilfen 744, Glasarbeiter 705, Blumenarbeiter 567, Bureauangestellten 206, Lagerhalter 154, Tapezierer 129, Fleischer 106, Steinarbeiter 62, Maler 31, Gärtner 17, Lithographen 9, Friseur 1 und Glaser 1. Die Einnahmen sämtlicher Verbände

betrogen 72 086 957 Mark, die Ausgaben 60 025 080, der Vermögensbestand 62 105 821 Mark. Davon waren in den Hauptkassen 47 598 795 Mark. Von den Ausgaben entfallen allein 38 677 342 Mark auf die verschiedenen Unterstützungszweige, und zwar wurden verausgabt für Reiseunterstützung 1 028 431 Mark, Umzugsunterstützung 366 865, Arbeitslosenunterstützung 6 340 544, Krankenunterstützung 10 266 730, Invalidenunterstützung 538 436, Beihilfe in Sterbefällen 1 045 956, Notfallunterstützung 470 048, Streikunterstützung im eigenen Beruf 16 728 824, an andere Gewerkschaften und Ausland 574 504, Rechtsschutz 421 485, Gemaßregeltenunterstützung 895 519, für die Verbandsorgane 2 446 468, für Bibliotheken 273 105, Unterrichtskurse 65 151 und für Statistiken 104 481 Mark. Die Ausgaben für Agitation betragen 2 448 267 Mark, die persönlichen Verwaltungskosten der Hauptkassen 1 037 503, die Kosten für Verwaltungsmaterial 774 683 Mark.

Die Hirsch - Duncerschen Gewerkvereine haben durch den Rücktritt des Vereins Deutscher Kaufleute einen erheblichen Mitgliederverlust erlitten. Die Gesamtmitgliederzahl der Gewerkvereine ging von 122 571 im Jahr 1910 auf 107 743 im Jahr 1911 zurück. Das Gesamtvermögen der Gewerkvereine betrug im Berichtsjahr 1 689 542 Mark, darunter 75 817 Mark Vermögen der Verbands- und Organkasse des Verbands deutscher Gewerkvereine, sowie ferner die Vermögensanteile der Kranken- und Sterbekassen der Gewerkvereine.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichnen für das Berichtsjahr eine Zunahme von 45 828 Mitgliedern, darunter allein über 27 000 weibliche; ihre Gesamtmitgliederzahl stieg von 295 129 auf 380 957. Die Jahreseinnahmen betragen insgesamt 6 243 642, die Ausgaben 5 299 781, der Vermögensbestand 7 082 942 Mark.

Die Mitgliederzahl der unabhängigen Vereine hat sich von 253 020 im Jahr 1910 auf 272 517 im Jahr 1911 gehoben.

× Kongresse und Verbandstage ×
Der 14. ordentliche Verbandstag des Schuhmacherverbands fand vom 24. bis zum 29. Juni in Dresden statt. Von 1909 bis zum Schluß des Jahres 1911 ist die Mitgliederzahl von 36 336 auf 45 792 gestiegen. Die Gesamteinnahmen betragen während dieser

Zeit 2 354 014,44 Mark, die Ausgaben 1 797 360,43 Mark; davon entfielen auf Arbeitslosenunterstützung 254 666,60 Mark, Krankenunterstützung 387 715,95, Reiseunterstützung 47 505,79, Umzugs-, Sterbeunterstützung usw. 57 435,51 und Streikunterstützung 366 334,09 Mark. Als Kassenbestand blieben 556 654,01 Mark. Das Tarifvertragswesen hat nur geringe Fortschritte gemacht; nur 8619 Mitglieder arbeiten zu tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen. An den Lohnbewegungen und Streiks der beiden letzten Jahre waren insgesamt 48 721 Personen beteiligt; davon erzielten 25 514 Personen 97 574 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 19 942 Personen 33 543 Mark Lohnerrhöhung pro Woche. Der Beitrag wurde für alle Klassen um 10 Pfennig und die Streikunterstützung um 2,50 Mark pro Woche erhöht. Ferner wurde beschlossen die Besoldung der Lokalbeamten auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Der 5. ordentliche Verbandstag der Tapezierer wurde Ende Juli in Köln abgehalten. Die Mitgliederzahl des Verbands beträgt 9711 (60 % der Berufsangehörigen). Der Kassenbericht weist in den 3 Berichtsjahren eine Einnahme von 734 576,38 und eine Ausgabe von 660 011,12 Mark auf; der Vermögensbestand der Hauptkasse beträgt 150 311,53 Mark. Am Schluß des Jahres zählte der Verband 87 Tarife, die 11 600 Beschäftigte umfassen; 134 Lohnbewegungen mit 12 088 Beteiligten endigten mit vollem Erfolg. Der Verbandstag beschäftigte sich unter anderem mit der Arbeitsvermittlung sowie mit den Ursachen und der Verhütung der Berufskrankheiten im Tapezierergewerbe. Ein Antrag auf Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband fand wenig Unterstützung bei den Delegierten. Die übrigen zur Verhandlung stehenden Punkte betrafen die Lohnkämpfe und Tarifverträge, die Einführung einer Lehrlingsabteilung, die aber abgelehnt wurde, Regelung der Gehälter und Diäten für die Gauleiter und Statutenänderungen.

× Kurze Chronik ×
Anfang August feierte der Lederarbeiterverband sein 40jähriges Bestehen. Der Handschuhmacherverband und der Norddeutsche Weißgerberbund sind im Jahr 1872 gegründet worden. Die Handschuhmacher sind seit einigen Jahren dem Lederarbeiterverband angeschlossen. × Der Holzarbeiterverband hatte am Schluß des 1. Quar-

tals 187 327 Mitglieder, darunter 6685 weibliche. X Im Schneidergewerbe haben Verhandlungen über einen Reichstarifvertrag stattgefunden. Die Vorschläge der Unparteiischen wurden von den Verbandstagen der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer angenommen. X Die Urabstimmung im Schmiedeverband ergab 8738 Stimmen für und 3124 Stimmen gegen die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband. 152 Stimmen waren ungültig. Die Verschmelzung wurde somit angenommen. X Über die weltbekannte Zwieback-, Waffel- und Kakesfabrik Harry Trüller in Celle wurde der Boykott verhängt, weil man den Arbeitern und Arbeiterinnen die Ausübung des Koalitionsrechts verweigerte. X In Zürich fand am 12. Juli als Protest gegen ein Streikpostenverbot der Regierung ein 24stündiger Generalstreik statt.

X **Literatur** X
Einen wertvollen Beitrag zur Literatur der Gewerkschaftsbewegung liefert

Paul Louis mit seiner *Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich 1789 bis 1912* / Stuttgart, Dietz/. Gustav Eckstein hat das Buch mit einer Einleitung über den Syndikalismus und seine Lebensbedingungen in Frankreich versehen. In 13 Kapiteln werden dann die Psychologie des Gewerkschaftswesens, die Hindernisse der Gewerkschaftsbewegung, die Hilfs- und Widerstandskassen, die Bewegung von 1848 bis in die Neuzeit, die Verbände, die Arbeitsbörsen, die *Confédération générale du Travail* und die übrigen Verbände, die Theorie des Syndikalismus und endlich der gegenwärtige Stand der gewerkschaftlichen Organisation in Frankreich behandelt. Ein Anhang bringt die deutsche Übersetzung der Statuten der *Confédération* sowie die in Vorschlag gebrachten Musterstatuten für die Gewerkschaften und die auf dem Kongreß in Amiens 1906 beschlossene Prinzipienklärung des Syndikalismus. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder beträgt nach den Berichten des Arbeitsamts 1 029 000. Im Bergbau sind 32 %, in der chemischen Industrie 31 %, in Steinbrüchen, im Transport und im Handel 24 %, im Baugewerbe 22 %, in der Lederindustrie 18 %, in der Möbel- und Textilindustrie 15 %, in der Lebensmittelbranche 9 % und in der Bekleidungsindustrie 6 % der Arbeiter organisiert. Da die französischen Gewerkschaften nicht wie die deutschen eine genaue Statistik führen,

einige Verbände sogar nicht einmal ihre Abrechnungen veröffentlichen, ist es für den Geschichtsschreiber sehr schwer sichere Angaben über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften zu machen. Aber trotz dieser Mängel der Arbeit, die ja nicht dem Verfasser angerechnet werden können, ist mit ihrer Herausgabe die Literatur über die Gewerkschaftsbewegung um einen wertvollen Beitrag bereichert worden.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

England: **Ge-** In der Pfingstwoche tagte, **nos-** wie üblich, der Kongreß **schafts-** **tag** 1912

der britischen Genossenschaften, diesmal in Plymouth. Die wichtigsten Daten des vom Zentralvorstand vorgelegten Berichts werden in der nächsten Rundschau hier wiedergegeben werden. Die Verhandlungen des (von der ungeheuren Zahl von 1700 Delegierten besuchten) Kongresses wurden von Openshaw geleitet, der in seiner Inauguraladresse aus seiner 40jährigen Erfahrung heraus über die Entwicklungsmöglichkeiten der Konsumvereine sprach. Er betonte, daß diese Genossenschaften eine glücklichere und gerechtere soziale Ordnung herbeiführen wollten, und daß sie dafür nichts weiter verlangten als Freiheit in ihrem Handeln, Gleichheit und Gerechtigkeit. Der Kongreß erkannte den schweren Verlust an, den die Bewegung durch den Tod Grays erlitten hat, der übrigens durch ein Denkmal auf seinem Grab und eine im *Holyoakehaus* aufgestellte Büste geehrt werden soll. Der neue Generalsekretär, A. Whitehead, wurde sodann in sein Amt eingeführt. Der 2. Tag war der Austragung des Konflikts zwischen der *Großeinkaufsgesellschaft* und der *Versicherungsgenossenschaft* gewidmet. Die Genossenschaft führte Klage darüber, daß die *Großeinkaufsgesellschaft* jetzt auch die *Versicherungstätigkeit* in ihr Programm aufgenommen habe, wogegen der Vertreter der *Großeinkaufsgesellschaft* darlegte, daß dies in der natürlichen Entwicklung der Dinge läge. Mit überwiegender Mehrheit stellte sich der Kongreß auf die Seite der Zentralorganisation. Rae sprach über den *Genossenschaftsbund* und die Zusammenfassung seiner Kräfte, wobei in der Debatte auf die Notwendigkeit eines Zusammengehens zwischen *Genossenschaftlern* und *Gewerkschaftlern* erneut hingewiesen wurde. Auch die Frage des *Minimallohns* stand wieder einmal auf der Tagesordnung.

Die Vereine, die ihn anerkannt haben, wurden belobt, die dies nicht getan haben, getadelt, und eine erneute Propaganda beschlossen. Das Ganze ist jedenfalls ein Zeichen für den geringen Einfluß, den die nach außen so mächtigen englischen Genossenschaftskongresse auf die tatsächliche Bewegung haben. Zur Untersuchung der Frage, wie die Konkurrenz der großen Filialgeschäfte am wirksamsten zu bekämpfen sei, wurde eine Kommission eingesetzt.

× Schweiz

Allmählich laufen die Berichte über die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern im Jahr 1911 und die diesjährigen Genossenschaftskongresse ein. Im *Verband schweizerischer Konsumvereine* hat sich die Zahl der angeschlossenen Vereine gegenüber dem Vorjahr von 328 auf 349, die der Berichterstattenden von 301 auf 319 erhöht. Der ohnehin sehr hohe Durchschnittsumsatz der schweizerischen Vereine von 472 Francs pro Mitglied erhöhte sich auf 490 Francs. Über die Tätigkeit des Verbands selbst und der Einkaufszentrale ist schon früher in dieser Rundschau (1912, 2. Band pag. 692) berichtet worden.

Das Hauptergebnis der am 8. Juni in Interlaken in Gegenwart von 430 Vertretern abgehaltenen Delegiertenversammlung des Verbands war der Beschluß zur Errichtung einer Schuhfabrik. Bekanntlich steht der Verband schon seit längerer Zeit in einem lebhaften Kampf mit den schweizerischen Schuhindustriellen, die sich auf Betreiben der Schuhhändler des Landes weigerten den Konsumvereinen Waren zu liefern und sie so zur Deckung ihres Schutzbedarfs ins Ausland trieben. Dieser Kalamität wird nun durch Errichtung einer eigenen Schuhfabrik, für die die Delegiertenversammlung einstimmig einen Baukredit von 300 000 Francs genehmigte, ein Ende gemacht. Die Versammlung beschäftigte sich sodann noch mit einigen organisatorischen Fragen sowie mit einer Neuregelung der Krankenversicherung durch die Verbandsvereine.

× Skandinavien Auch in den nordischen Ländern macht die Bewegung neuerdings erfreuliche Fortschritte. So vermehrte der Verband der schwedischen Konsumvereine die Zahl seiner Genossenschaften im letzten Jahr um 14,2 %, die der angeschlossenen Mitglieder um

43,0 %. Er zählte Ende 1911 492 Vereine mit 103 529 Mitgliedern. Der Umsatz der Zentralstelle belief sich auf 5,1 Millionen Kronen, der Überschub auf 89 000 Kronen. Es wurden davon 34 000 Kronen zur Verteilung einer 1prozentigen Rückvergütung auf feinere Waren verwandt und 54 000 Kronen den verschiedenen Fonds überwiesen, die dadurch auf 212 000 Kronen anwachsen. Hierzu kommt ein Anteilkapital von 152 000 Kronen. Die am 26. und 27. Juni in Upsala abgehaltene 13. Jahresversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit organisatorischen Fragen, die durch die starke Entwicklung des Verbandes aktuell geworden sind. Der norwegische Konsumgenossenschaftsverband hat kürzlich eine Statistik über den Stand der dortigen Bewegung aufgenommen. Es wurden 51 Vereine mit 17 225 Mitgliedern ermittelt. Aus diesen Ziffern erhellt schon, daß die meisten norwegischen Vereine klein sind: nur 7 Vereine zählten mehr als 1000 Mitglieder, der größte von ihnen 2116. Der Gesamtumsatz dieser Vereine erreichte die Höhe von 5,9 Millionen Kronen, der Überschub eine solche von 455 000 Kronen. Aus dem Bericht der Großeinkaufsgesellschaft ist zu entnehmen, daß der Umsatz mit 1 283 843 Kronen um 28 % höher war als im Vorjahr. Von dem 30 400 Kronen betragenden Überschub wird eine Rückvergütung von 1½ % verteilt werden. Die Gesellschaft hat im letzten Jahr ein eigenes Gebäude mit Kontor und Lagerplatz erworben und in Drontheim ein neues Lager errichtet.

Alter genossenschaftlicher Boden ist Dänemark. Besonders vorzüglich ist dort der zentralisierte Einkauf entwickelt. Der Großeinkaufsgesellschaft gehören nahezu sämtliche Konsumvereine des Landes an, und sie vermittelt weit über die Hälfte des Umsatzes dieser Vereine. Sie setzte im letzten Jahr für 54 901 014 Kronen Waren ab, gegenüber 51 624 224 Kronen im Jahr 1910. Unter den vermittelten Waren befinden sich auch landwirtschaftliche Produktionsmaterialien, da die meisten Mitglieder der dänischen Konsumvereine Bauern sind; ferner Konfektionsartikel, Manufaktur- und Schuhwaren, Fahrräder usw. Die dänische Großeinkaufsgesellschaft besitzt eine große Anzahl eigener Fabriken. Sie betreibt unter anderen eine Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik mit einem Umsatz von 761 000 Kronen, eine Tabak- und Zigarrenfabrik

mit 643 000 Kronen Umsatz, eine Seifenfabrik, die letztes Jahr eine Produktion von 81 500 Pfund aufwies, eine Konfektionsabteilung, in der 4 Zuschneider und 50 Gesellen beschäftigt sind, und seit letztem Jahr auch eine Fahrradfabrik. Originell ist jedenfalls die Idee die Lagerhalter im Maßnehmen zu unterrichten, wodurch sich der Umsatz der Konfektionsabteilung nicht unwesentlich gehoben hat. Für die nächste Zeit ist die Errichtung einer Zementwand einer Margarinefabrik geplant. Außerdem hat die am 4. Juni in Odense abgehaltene Delegiertenversammlung der Gesellschaft die Errichtung einer Zuckerfabrik beschlossen. Die selbe Versammlung nahm auch einen Antrag des Vorstands auf Errichtung einer Pensionskasse für Angestellte an.

× **Kurze Chronik** Der preußische Finanzminister Dr. Lentze hat in einem Erlaß vom 9. Mai die oberen Verwaltungsbehörden aufgefordert jede Erleichterung des genossenschaftlichen Warenbezugs der Beamten durch Überlassung dienstlicher Räume usw. zu vermeiden. Die Übernahme besoldeter Ämter in Konsumvereinen durch Beamte bedarf besonderer Genehmigung. × Der *Generalverband ländlicher Genossenschaften* hielt im Juni in Königsberg seine Tagung ab. Die Zentraldarlehnskasse des Verbands hat 1182,6 Millionen Mark, die Warenabteilung 21,3 Millionen umgesetzt. × Die Konsumgenossenschaft *Hoffnung* in Köln befaßt sich auch mit der Vermittlung von Versicherungen ihrer Mitglieder. So hat sie im letzten Jahr 377 Versicherungsverträge in Höhe von 1 112 723 Mark abgeschlossen, von denen 375 Feuer- und 2 Diebstahlsversicherungspolice waren.

× **Literatur** Das 8. Heft der *Veröffentlichungen des Bureaus für Statistik der Juden* bildet eine Abhandlung *Jüdisches Genossenschaftswesen in Rußland* von Dr. Anselm Hillmann. Die kulturelle und wirtschaftliche Abgeschlossenheit, in der die Juden im russischen Reich zu leben gezwungen sind, hat auch das Entstehen einer spezifisch jüdischen Genossenschaftsbewegung zur Folge gehabt. Der Verfasser schildert nach einem Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage der Juden einerseits und die russische Genossenschaftsbewegung anderer-

seits die Entwicklung dieser jüdischen Genossenschaften aus den *Kahals*, den alten Selbstverwaltungskörpern der russischen und vornehmlich polnischen Juden. Der bei weitem verbreitetste Genossenschaftstyp ist die Spar- und Darlehnskasse. Es waren zu Beginn des Jahres 1910 246 solcher Genossenschaften vorhanden, die zusammen 122 290 Mitglieder zählten, die zu 31 % Handwerker, zu 10 % Kleinindustrielle, zu 36 % Händler, zu 8 % Landwirte usw. waren. Daneben gibt es noch 264 kleinere Vereine für gegenseitigen Kredit und einige wenige, den russischen Artels nachgebildete Rohstoff-, Magazin- und Produktivenossenschaften. Jüdische Konsumvereine sind überhaupt nicht vorhanden. Es fehlt für sie die Voraussetzung der Zusammenballung großer Arbeitermassen an einem Ort. Dazu kommt, daß ein großer Teil der Juden vom Kleinhandel lebt. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß nur diejenigen Genossenschaften unter den russischen Juden gedeihen konnten, die dem stark entwickelten jüdischen Individualismus Rechnung tragen.

Sozialpolitik / Johannes Heiden

Arbeitersekretariate Die Zahl der Arbeitersekretariate ist noch immer, wenn auch langsam, im Steigen begriffen. Von der *Generalkommission der Gewerkschaften* und von den ihr angeschlossenen Gewerkschaften wurden im Jahr 1911 119 Arbeitersekretariate, gegen 111 im Vorjahr unterhalten. Die Zahl der Auskünfte betrug 658 958 (1910 610 897), die der Schriftsätze 150 050 (1910 141 083). Ein Teil der Sekretariate steht nur den Mitgliedern der angeschlossenen Gewerkschaften offen, andere gewähren ihre Hilfe jedermann. Neben der Rechtsberatung und Anfertigung von Schriftsätzen zur Geltendmachung von Ansprüchen aus der Arbeiterversicherung, aus dem Arbeitsvertrag und aus anderen Rechtsgründen und Verhältnissen übernehmen 106 Sekretariate auch noch die Vertretung ihrer Klienten vor den Arbeitsgerichten, den Spruchinstanzen der Arbeiterversicherung und den Amtsgerichten. Insgesamt wurden im Jahr 1911 6426 Sachen in 7380 mündlichen Verhandlungen vertreten. Ein Vergleich der Statistik vom Jahr 1911 mit der ersten vom Jahr 1901 zeigt das starke Anwachsen der Sekretariate und die Ausdehnung ihrer Tätigkeit. 1901 waren 29 Sekretariate vorhanden, die 173 548 Auskünfte erteilten.

Neben den Arbeitersekretariaten bestanden noch 198 von örtlichen Gewerkschaftskartellen unterhaltene Auskunftsstellen. Von ihrer Arbeit liegen für 184 Stellen Angaben vor. Danach erteilten sie 47 367 Auskünfte; die Zahl der von ihnen angefertigten Schriftsätze belief sich auf 15 579.

Außer den von den freien Gewerkschaften gegründeten Institutionen dient noch eine ganze Reihe anderer Einrichtungen der Rechtsberatung Minderbemittelter. Hierzu gehören die Arbeitersekretariate der Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften, die gemeindlichen Rechtsauskunftsstellen und die von gemeinnützigen Vereinigungen und andere.

Die von den freien Gewerkschaften errichteten Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen nehmen sowohl der Zahl wie dem Umfang der Tätigkeit nach die erste Stelle ein. Das gleiche gilt für das Zentralarbeitersekretariat, das von der *Generalkommission der Gewerkschaften* zur Vertretung von Rentenbewerbern vor dem Reichsversicherungsamt geschaffen worden ist gegenüber den von anderen Vereinigungen für den gleichen Zweck nachgebildeten Instituten.

Die Unfallverhütung liegt, obwohl seit Jahrzehnten gesetzliche Bestimmungen über Arbeiterschutz bestehen, teilweise noch recht im argen. Sowohl in der gewerblichen wie besonders in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sind alljährlich viele Tausende von Unfällen zu verzeichnen, die bei genügendem Unfallschutz hätten vermieden werden können. Das Reichsversicherungsamt hat durch 2 Rundschreiben vom 30. Januar und 20. März die gewerblichen und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, soweit sie von dem geltenden Recht abweichen, hingewiesen und sie aufgefordert ihre Maßnahmen zur Unfallverhütung den neuen Vorschriften entsprechend auszubauen. Den gewerblichen Berufsgenossenschaften gegenüber wird es das Reichsversicherungsamt nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, am 1. Januar 1913, in der Hand haben selber Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen, wenn die Berufsgenossenschaften säumig sind. Auch die Anstellung der Beamten, die zur Kontrolle der Befolgung von Unfallverhütungsvorschriften notwendig sind, kann das Amt selber vornehmen, wenn die Berufsgenossenschaften den Auflagen des Amtes

nicht entsprechen. Den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gegenüber kann das Reichsversicherungsamt leider nicht in gleicher Weise vorgehen. Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen und Kontrollbeamte anzustellen ist es innerhalb der landwirtschaftlichen Unfallversicherung nicht befugt. Hier muß es sich mit Ratschlägen und Vorstellungen begnügen. Es verdient Anerkennung, daß diese in dem genannten Rundschreiben recht bestimmt und energisch sind. »Die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften muß in Zukunft nachdrücklicher erfolgen«, sagt das Amt an einer Stelle, und an einer andern wird den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften vorgehalten, daß zahlreiche schwere Unfälle auf das Fehlen der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen oder die verbotswidrige Beschäftigung jugendlicher Personen an Maschinen zurückzuführen waren. Ähnliche Vorhaltungen oder richtiger Beschuldigungen hat das Reichsversicherungsamt schon seit Jahren, ohne großen Erfolg, den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gemacht. Die Hoffnung, daß die erneuten Vorstellungen mehr Eindruck machen werden, darf nicht allzu groß sein.

Wie wenig die zum Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften für die landwirtschaftliche Unfallversicherung berufenen Stellen geneigt sind den Unfallschutz auszubauen, ergibt der Passus in dem Rundschreiben des Reichsversicherungsamts, der von Bestrebungen auf Abschwächung der Unfallverhütungsvorschriften spricht, denen aber das Amt natürlich nicht entsprechen kann.

Die Vertreter der Versicherten, die gemeinsam mit den Vorständen der Berufsgenossenschaften die Unfallverhütungsvorschriften zu beraten haben, können in Zukunft häufiger als bisher Anregungen zur Verbesserung des Unfallschutzes geben. Der Vorstand muß mit ihnen alljährlich zu den Berichten der Aufsichtsbeamten Stellung nehmen und Maßnahmen anregen, die zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geboten erscheinen. Die Vertreter der Versicherten werden sich nicht damit begnügen Anregungen des Vorstands entgegenzunehmen sondern selbst solche geben wollen. Entwickeln doch gerade die Gewerkschaften in der letzten Zeit eine immer regere Tätigkeit, um in den Kreisen ihrer Mitglieder und darüber hinaus das Verständnis für die Bedeutung des Unfallschutzes zu fördern.

X

X

Kurze Chronik Dem Beispiel Preußens und anderer Bundesstaaten folgend, will jetzt auch Baden gegen säumige Nährpflichtige den Arbeitszwang durch Einweisung in Arbeitshäuser einführen. X Die Versicherungsanstalten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung erzielten im 1. Halbjahr 1912 einen Mehrerlös aus Marken von 26 639 509,29 Mark. Darin kommt nicht nur der gesteigerte Beschäftigungsgrad, sondern auch der erhöhte Beitrag zum Ausdruck. X Für die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken ist unterm 20. Mai eine neue Verordnung des Bundesrats erlassen. Die Bestimmungen sind am 1. Juni in Kraft getreten. Sie verbieten die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren und die von Frauen beim unmittelbaren Betrieb der Werke ganz. Das allgemeine Verbot der Nachtarbeit jugendlicher männlicher Arbeiter wird bis zum 30. September 1914 außer Kraft gesetzt. Sie dürfen bis zu diesem Zeitpunkt täglich 10 Stunden beschäftigt werden. Die Pausen erfahren eine Abänderung; sie müssen in Schichten bis zu 8 Stunden 1 und in längeren Schichten mindestens 2 Stunden betragen. Bei diesen letzterwähnten muß eine mindestens 1stündige Pause gewährt werden. Nach dem 30. September 1914 ist für die Nachtarbeit jugendlicher männlicher Arbeiter Genehmigung der höhern Verwaltungsbehörde erforderlich, die unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs nur für solche Beschäftigungen erteilt werden darf, die geeignet sind die Ausbildung der jungen Leute zu fördern, und die keine besonderen Gefahren für ihr Leben und ihre Gesundheit mit sich bringen.

X **Literatur** X In den Schriften des Vereins für Sozialpolitik ist eine Abhandlung *Die Verteuerung der Lebensmittel in Berlin im Lauf der letzten 30 Jahre und ihre Bedeutung für den Berliner Arbeiterhaushalt* von Gustav Brutzer /Leipzig, Duncker & Humblot/ erschienen. Auf Grund umfassender Untersuchungen kommt Brutzer zu dem Schluß, daß die Lebensmittel für den Berliner Arbeiterhaushalt von 4 Köpfen im Jahr 1909 um 90 bis 99 Mark höher waren als in den Jahrzehntdurchschnitten von 1880 bis 1889 und von 1890 bis 1899. Dazu kommen noch für die gesamte Lebenshaltung die erhöhten Aufwendungen für Miete und anderes. Der Verfasser glaubt, daß

eine Familie von 4 Köpfen mit einem Einkommen von 1500 Mark im Jahr eine bescheidene, aber ausreichende Lebenshaltung führen kann. Nach den Ergebnissen anderer Erhebungen, besonders der des reichsstatistischen Amts, von Wirtschaftsrechnungen Minderbemittelter halte ich diese Anschauung für unzutreffend. Brutzer weist auch darauf hin, daß Familien mit 4 und mehr Kindern ein bedeutend höheres Einkommen als 1500 Mark haben müssen, um eine einigermaßen genügende Ernährung zu ermöglichen. Diese Feststellung ist zwar nicht neu, verdient aber jetzt, wo die preußische Regierung Erhebungen über den Rückgang der Geburten vornehmen läßt, besonderer Hervorhebung. Um den preissteigernden Wirkungen des Zwischenhandels zu begegnen, regt Brutzer genossenschaftliche Organisation eines Teils des Vieh- und Fleischhandels an. Ring- und Monopolbildungen soll durch Errichtung städtischer Schlächtereien und Fleischverkaufsstellen entgegengetreten werden. Auf gleiche Weise will der Verfasser den Verteuerungen des Brots durch den Zwischenhandel begegnen. X *Die Reichsversicherung* betitelt sich eine Darstellung der Reichsversicherungsordnung, die H. Seemann in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ herausgegeben hat. Sie zeichnet sich durch Übersichtlichkeit und Hervorhebung des Bedeutungsvollsten und klare Sprache aus.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Nachhilfeunterricht In den Jahren 1908 und 1909 haben die städtischen Kollegien in Charlottenburg eine Reform des Volksschulwesens begonnen und in den nächsten Jahren durchgeführt, durch die neben den Normalklassen ein System von B-Klassen für die schwächer begabten und von A-Klassen für die begabteren Schüler der Normalklassen geschaffen wurde. Schwächeren Kindern sollte in der Normalklasse und in den B-Klassen Nachhilfeunterricht erteilt werden, um ein Repetieren der Klassen möglichst zu beschränken, und die intellektuelle und moralische Entwicklung der Schüler vor Schaden zu bewahren. Durch den Nachhilfeunterricht sollte das Hauptübel der Volksschulen bekämpft werden: daß nämlich kaum die Hälfte der mit vollendeter Schulpflicht abgehenden Kinder das Schulziel erreicht. Nachhilfeunterricht wird also in erster Linie solchen Schülern gewährt, die wegen einer nicht

dauernden Ursache mit der Klasse nicht fortkommen. Der Nachhilfeunterricht wurde im Jahr 1906 zunächst in allen evangelischen Grundklassen eingeführt und dann in den Jahren darauf erweitert. Er wird bis zum Jahr 1915 sowohl in den evangelischen wie in den katholischen Schulen vollständig durchgeführt sein. Zurzeit ist er an zusammen 444 von 595 Klassen eingeführt. Bei völliger Durchführung kommen 516 Klassen in Betracht. Von den etwa 15 000 Kindern, die im Bedarfsfall Nachhilfeunterricht hätten erhalten können, haben im Lauf des Jahres 1910 3775 Nachhilfeunterricht erhalten. Das sind 25 % der in Frage kommenden und 15 % sämtlicher Gemeindeschüler. 1047 haben nur in einem Fach, zumeist im Rechnen, seltener im Deutschen, einer Nachhilfe bedurft, die übrigen in den beiden genannten Hauptfächern. Wie eine Umfrage vom Februar 1911 ergab, haben 1241, also ein Drittel der Nachhilfekinder, weniger als 4 Wochen lang solchen Unterricht erhalten. Es waren dies vornehmlich solche Kinder, die nur wenige Wochen wegen leichter Kinderkrankheiten, Überweisung in eine Walderholungsstätte, in eine Vor- oder Nachferienkolonie usw. in der Schule gefehlt hatten. Sie wurden also in verhältnismäßig kurzer Zeit so weit gefördert, daß sie wieder mit der Klasse Schritt halten konnten. 938 Kinder haben einen längeren Nachhilfeunterricht genossen, wurden dann aber mit günstigem Resultat wieder entlassen. Es konnte also bei etwa 58 % der Erfolg des Nachhilfeunterrichts deutlich erkannt werden. Die übrigen 1596 Kinder genossen zurzeit der Umfrage noch Nachhilfeunterricht. Auch von ihnen konnte beim Semester-schluß noch eine größere Anzahl mit befriedigendem Ergebnis aus dem Nachhilfeunterricht entlassen werden. Die Zahl der Kinder, die am Nachhilfeunterricht längere Zeit teilnahmen, ist ziemlich groß. Offenbar befanden sich unter ihnen auch solche, die zweckmäßiger der entsprechenden B-Klasse hätten überwiesen werden sollen, sobald sich herausgestellt hatte, daß sie auch durch längeren Nachhilfeunterricht nur vorübergehend mit der Normalklasse Schritt halten konnten. Der Einfluß des Nachhilfeunterrichts auf die Versetzung ist günstig gewesen. Nach dem Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1906 betrug die Zahl der aus der Klasse VII nach VI versetzten Schüler 87,1 %. Von 1907 bis 1910 betrug sie in den evangelischen Schulen mit Nachhilfeunterricht 90,3 %, also 3,2 % mehr. Die

Zahl der Nichtversetzten, die ein halbes oder ganzes Jahr einbüßen, hat sich also um ein Viertel verringert. Besonders erfreulich ist es, daß die Zahl der um ein ganzes Jahr zurückgestellten Kinder von 9,1 auf 1,6 % herabgegangen ist. Ein Vergleich der Resultate lehrt, daß nach Ablauf des ersten Schuljahrs früher mehr als ein Fünftel aller Schüler ein halbes Jahr einbüßte, während jetzt nicht einmal ein Dreizehntel diesen Verlust erleidet. Diese günstigen Wirkungen bei der Versetzung aus Klasse VII sind vornehmlich dem Nachhilfeunterricht zuzuschreiben, wenn auch daneben die Herabsetzung der Klassenfrequenz um durchschnittlich 4 bis 5 Schüler fördernd in Betracht kommt. Auch bei der Versetzung von Klasse VI nach V wiederholte sich die Erscheinung. Der Zeitverlust durch Sitzenbleiben ging ebenfalls um mehr als die Hälfte zurück.

Die große Mehrzahl der Schulleiter und Lehrkräfte hat die Vorteile des Nachhilfeunterrichts, und zwar sowohl in unterrichtlicher wie in erzieherischer Hinsicht, anerkannt. Nur wenige verneinten diese Erfolge. Darüber, daß der Nachhilfeunterricht in der Regel vom Klassenlehrer erteilt werden soll, bestand im wesentlichen Übereinstimmung. Er kann in der Tat auch am besten beurteilen, wann das Kind und auf welchem Gebiet es Nachhilfeunterricht bedarf, und wann es wieder entlassen werden kann. Die Mehrzahl der Schulleiter und Lehrer trat für 3 Nachhilfestunden in den Klassen VII, VI und V ein. In den Klassen IV und III glaubte man mit wöchentlich 2 Stunden auskommen zu können. Mit großer Mehrheit wurde auch die Notwendigkeit dieses Unterrichts in den B-Klassen, also den Klassen für die weniger Begabten, bejaht. Und zwar war man der Ansicht, daß der Unterricht je frühzeitiger je besser eingreifen würde.

Die Kosten des Nachhilfeunterrichts betragen im Etatsjahr 1910-1911 in den Grundklassen VII 3,60 Mark pro Kopf des Unterricht erhaltenden Schülers, in den anderen Klassen 4,30 Mark. Die Gesamtausgaben in dem genannten Jahr betragen 57 679 Mark.

×
Kurze Chronik In Dresden ist eine besondere Abteilung für Stadterweiterung beim Baupolizeiamt eingerichtet worden, die vom 1. Januar 1913 ab alle Arbeiten technischer, künstlerischer und verwaltungswirtschaftlicher Art bei der Aufstellung der

Bebauungspläne erledigen soll. X Die Stadtverordneten von Saarbrücken haben die Aufnahme einer Anleihe von 5 Millionen Mark zum weitem Ankauf von Grundstücken beschlossen. X Die preußischen Ministerien haben unter dem 13. Juli einen Erlaß herausgegeben, worin sie sich gegen Vereinbarungen wenden, durch die Kommunen an Überlandzentralen das ausschließliche Recht der Wegebenutzung für ihre Stromleitungen einräumen. Der Erlaß macht darauf aufmerksam, daß durch solche ausschließliche Berechtigungen der Privatunternehmer öffentlichrechtlichen Verbänden der Erwerb und die Errichtung eigener Werke erschwert werde. Außerdem sei es falsch von den Kommunen sich die spätere Zulassung eines Wettbewerbs zwecks Verbilligung der Stromkosten abzuschneiden. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn in dem Erlaß, ähnlich wie in dem sächsischen, die Gemeinden vor dem Verkauf ihrer Elektrizitätswerke an private Unternehmen gewarnt worden wären. X Die Düsseldorf städtische Schulzahnklinik wurde am 1. Juli eröffnet. X Die Kreishauptmannschaft Chemnitz hat der Stadt Burgstädt die Aufnahme einer Anleihe von 60 000 Mark zur Erbauung eines Stadtbades wiederum abgelehnt. X Die oberschlesischen Städte Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte, Myslowitz, Ratibor, Tarnowitz und die Landgemeinde Zabrze haben zur Errichtung einer gemeinsamen Kommunalthypotheken- und Baubank einen Zweckverband gegründet. Die Bank soll Darlehen bis zur Höhe von 75 % gewähren.

X
Literatur X
 In den *Dokumenten des Fortschritts* wirft Dr. W. Hegemann - Berlin die Frage *Demokratie oder Diktatur für Groß Berlin?* auf. Er fordert vom Standpunkt des neuzeitlichen Städtebaus aus bei der Organisation der Verwaltungsform für die Riesenstadt Groß Berlin die Durchführung demokratischer Gedanken. Ein Satz sei zitiert: »Wer heute als Unparteiischer mit Vertretern der Regierung über die Möglichkeiten spricht sozialpolitische Forderungen namentlich auf dem Gebiet des Städtebaus bei den Kommunen durchzusetzen, wird es geradezu komisch finden müssen, mit welcher Beruhigung auf das Vorhandensein von Sozialdemokraten als ziemlich zuverlässigen Förderern der geforderten Maßregel hingewiesen wird.« X In den

Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung bespricht R. Kuczynski die Aufgaben der Groß Berliner Wohnungspolitik. Er stellt zunächst fest, daß gegenüber der Wohnungsnot von 1875 insofern eine Besserung eingetreten ist als der Anteil der Kellerwohnungen und der Dachwohnungen zurückgegangen und ebenso der Prozentsatz der überfüllten Wohnungen gefallen ist; auf der andern Seite aber auch eine Verschlechterung, da der Anteil der Hinterwohnungen und der Prozentsatz der im 4. und 5. Stock gelegenen Wohnungen erheblich zugenommen haben, während gleichzeitig eine starke Mietssteigerung zu beobachten ist. Er kommt zu dem Ergebnis, daß das System, nach dem bisher Wohnungen in Groß Berlin gebaut wurden, ebenso versagt hat wie die Groß Berliner Gemeinden, die überhaupt keine Wohnungspolitik getrieben haben. Als Aufgaben für die Gemeinden stellt er auf: die Förderung des Baus kleiner Häuser mit guten kleinen Wohnungen auf unbebautem Gelände und die Räumung aller gesundheitsschädlichen Wohnungen in den vorhandenen Häusern.

Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

Baden: Murg. Am 2. Juli hat die badische Regierung dem Landtag nach langen Vorbereitungen einen Gesetzentwurf unterbreitet, der den Bau und Betrieb eines Murgkraftwerks durch den Staat bezweckt. Die Begründung der Vorlage spricht sich entschieden gegen die private Ausnutzung der Wasserkraft des Landes aus. Es heißt dort folgendermaßen: »Bei dieser Bedeutung der Elektrizität erscheint es nicht angängig ihre Erzeugung und Verteilung ausschließlich in die Hand der Privatunternehmung zu geben, sondern es ist Pflicht der öffentlichen Körperschaften sich hierauf einen maßgebenden Einfluß zu sichern und dahin zu wirken, daß die elektrische Energie zu möglichst billigen Preisen den weitesten Kreisen zugänglich gemacht wird.« So glaubte die Regierung auch nicht dem Vorschlag einer süddeutschen Bank beitreten zu sollen, die anregte eine Aktiengesellschaft zu gründen und das erforderliche Baukapital teils durch Ausgabe von Aktien teils durch Ausgabe von Schuldverschreibungen aufzubringen, wobei der Staat 50 % übernehmen sollte.
 Über die Verwendung der elektrischen Energie durch den Staat selbst sowie die Rentabilität bringt die Vorlage län-

gere Ausführungen. Bei der jetzt geplanten Ausdehnung kann das Werk mit der Zeit die Versorgung einer großen Zahl von Städten und industriellen Ansiedelungen übernehmen. Von den in der 1. Stufe zu gewinnenden 35 Millionen Kilowattstunden würde der Staat voraussichtlich nur 12 für sich selbst brauchen, von den 87,6 Millionen im 2. Ausbau nur 15 Millionen, die zur Beleuchtung von Bahnhöfen, zum Antrieb von Maschinen, für Eisenbahnwerkstätten und Hafenanlagen verwendet werden sollen. Dagegen ist die Verwendung der Elektrizität zu Transportzwecken vorerst nicht in Aussicht genommen, weil hiergegen aus wirtschaftlichen Gründen und Gründen der Landesverteidigung Bedenken bestehen.

Der Staat wird die Verwertung der Energie nicht bis ins einzelne selbst besorgen sondern versuchen die Verteilung des Stroms den Großabnehmern zu überlassen, als die öffentlichen Verbände, die Städte und Elektrizitätsgesellschaften in Betracht kommen. In einem besondern Abschnitt der Begründung wird die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens noch einmal im einzelnen behandelt. Das Murgwerk könne den Wettbewerb mit den von Kraftmaschinen bedienten Werken aufnehmen. Von einer an sich möglichen Zusammenfassung der Wasserkräfte Württembergs und Badens seien für Baden keine Vorteile zu erwarten, und es bestehe keine Aussicht mit Württemberg zu einer Vereinbarung zu kommen.

Gegen die Regierung wird der Vorwurf erhoben, daß sie die Vorlage erst sehr spät, kurze Zeit vor dem Ende des Landtags, eingebracht hat.

× **Kurze Chronik** Ende Juli ist für die Provinz Hannover die erste Moorstelle ins Leben gerufen worden. Aufgabe der Moorstelle ist es zunächst alle in der Provinz bei der praktischen Förderung der Moorkultur gemachten Erfahrungen zu sammeln und für die einzelnen Unternehmungen durch Anregung, Belehrung usw. zu verwerten. × Für die Provinz Schleswig-Holstein waren bereits seit längerer Zeit Verhandlungen wegen der Einrichtung einer Moorstelle im Gang, die hier dem Regierungspräsidenten angegliedert werden soll. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der nächste preußische Etat dafür einen Betrag zur Verfügung stellt.

Literatur Der badische Landtagsabgeordnete Professor Hermann Hummel sucht in einer Broschüre *Baden und die Eisenbahngemeinschaft* / Karlsruhe, Braun/ den Nachweis zu führen, daß der finanzielle Stand der badischen Staatsbahnen durchaus günstig sei. Einer Teilgemeinschaft auf staatlicher Grundlage glaubt er nicht das Wort reden zu dürfen; in dieser Hinsicht schreckt ihn die Benachteiligung, die das Großherzogtum Hessen durch die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft erlitten hat. Fortschritte für das deutsche Eisenbahnwesen erkennt er in der Bildung von Teilgemeinschaften auf sachlicher Grundlage, wie sie im Personentarifabkommen, im Staatsbahnwagenverband und dem Zusammenschluß gegen das Ausland zustande gekommen sind. Wünschenswert und erreichbar wären nach Professor Hummel Teilungen der Einnahmen aus Konkurrenzlinien im Personen- und Güterverkehr; doch solle man vom badischen Standpunkt auch einer solchen allmählichen Weiterentwicklung ohne Haß entgegensehen. Die Übernahme der Eisenbahnen durch das Reich erscheint dem Verfasser ausgeschlossen. Der Wert der gesamten deutschen Eisenbahnen betrage annähernd 30 Milliarden Mark; ungerechnet den Betrag der schon remittierten Anleihen müsse man den Geldmarkt bei einer solchen Übernahme mit mindestens 10 Milliarden belasten, und das liege nicht im Interesse unseres Wirtschaftslebens. Da bliebe nichts als ein Reichseisenbahnsystem auf vorsichtiger föderalistischer Grundlage übrig. Es scheint uns, daß der Verfasser dem Reich gegenüber ungefähr die selben partikularistischen Bedenken hegt, die an Preußen mit Recht oft scharf getadelt werden müssen.

Geistige Bewegung / Wilhelm Hausenstein

Goethe und die Arbeiter An den sozialen Fragen der Gegenwart ist eine kleine Schrift des Genossen Max Grunwald *Goethe und die Arbeiter* / Dresden, Kaden/ in lebendiger Weise orientiert. Das Unternehmen, das dieser Titel anzeigt, ist so ungewohnt wie notwendig. Rousseau und die Arbeiter, Schiller und die Arbeiter in einer bestimmten sozialgeschichtlichen Verbindung und in einer bestimmten sozialgeschichtlichen Distanz zu denken: dies scheint leichter, weil Rousseau und Schiller bewußt dem politischen Leben

zugewandt, weil sie propagandistische Revolutionäre waren. Goethe erscheint anders; er scheint sogar fast ohne historische Relativität. Indes: auch sie wird uns zu Zeiten bewußt. Und dann mögen negative, fast feindselige Stimmungen in uns entstehen. Man denkt etwa an das Kapitel *Goethe und die Revolution*, das kläglich anmutet. Aber gerade dies ist das Charakteristische der Arbeit Grunwalds, daß sie es mit negativen Stimmungen nicht zu tun haben will. Diese Schrift ist durch und durch positiv. Grunwald will den Arbeitern ein positives Verhältnis zu Goethe vermitteln. Seine Schrift hat die volle Noblesse, die Goethe dem gibt, der ihn menschlich liest. Nun ist es freilich schwer die Formel *Goethe und die Arbeiter* durchzuführen: sofern man wirklich den Versuch macht aus den festumschriebenen Lebens-tatsachen des proletarischen Befreiungskampfs ein konkretes, spezifisches Verhältnis des Proletariats zu Goethe herzuleiten, und sofern man nicht mit rasselosen, anspruchslosen Allgemeintheiten zufrieden ist. Zähle ich hier die Gemeinsamkeiten auf, die Grunwald formuliert, die lebendigen Analogieen, die zwischen dem ausgeprägten Wirklichkeitsgefühl, Tatbedürfnis, Arbeitsgeist, zwischen dem aus Erlebnis hergeleiteten und auf Erlebnis gerichteten Bildungsbegriff, der Arbeitspädagogik, dem pädagogischen Sozialismus, dem weltbürgerlichen und endlich dem volkswirtschaftlich-technischen Genie Goethes und der Arbeiter bestehen, so sind das hier nur schwache Andeutungen. Grunwald gibt diesen Analogieen mit einer ruhigen Entschlossenheit der Gesinnung, mit einer einfachen Bestimmtheit der Sprache, mit einer reinen Schwerkraft der Disposition konkrete, von Leben erfüllte Bedeutung. Ohne doktrinaire Gewalttätigkeit macht er selbstverständlich, daß diese Analogieen in einem positiven Sinn vorhanden sind, ja daß diese Analogieen zwischen Goethe und den Arbeitern ein immer mehr exklusives Verhältnis herstellen: weil das Genie der Arbeiterbewegung unliterarisch ist und ganz allgemein schon insofern dem Genie Goethes objektiv am nächsten steht. Ich wiederhole: Es ist hier von dem Verhältnis der Klassen, nicht der einzelnen, der konkreten Individuen zu Goethe die Rede: es ist die Rede vom Verhältnis kollektiver Genies oder, wenn wir wollen, geschichtlicher Bewegungen zu dem Geist der Tradition eines ganz Großen. Grunwalds Schrift hat über das be-

sondere Thema noch hinaus eine Bedeutung: Diese kleine Arbeit ist exemplarisch für jede erquickliche Würdigung menschlicher Größe vom Standpunkt der Arbeiterbewegung, der uns wahrhaftig nicht dazu verpflichtet alle Größe der Vergangenheit als etwas *Unproletarisches* auszustreichen.

× **Bürgerliche Jugendbewegung** In einer von den großzügigen Gesichtspunkten einer entwickelungs-

geschichtlichen Betrachtung beherrschten und ausgezeichnet geschriebenen Arbeit gibt Genosse Karl Korn eine Analyse der bürgerlichen Jugendfürsorge (*Die bürgerliche Jugendbewegung* /Berlin, Vorwärts/), aus der hier einige Tatsachen mitgeteilt werden sollen.

Korn betont zunächst, daß der Ausdruck *Jugendbewegung* für die bürgerliche Jugendpolitik irreführt: Das gemeinsame Hauptmerkmal dieser Jugendpolitik ist das Fehlen der Selbstbewegung der Jugend, das Fehlen ihrer Selbstverwaltung; es handelt sich durchweg um die Tutel Erwachsener. Innerhalb dieser gemeinsamen Natur unterscheiden sich 3 Typen bürgerlicher Jugendpolitik: eine konfessionelle Jugendpolitik, die wieder in eine katholische, eine protestantische und eine jüdische zerfällt, eine interkonfessionelle und eine offiziell-bureaukratische.

Als Leitmotiv der katholischen Jugendpolitik erscheint der aus der Welt der hierarchischen Gesellschaftsauffassung des Mittelalters stammende Standesgedanke, der sich naturgemäß mehr der Sphäre des Handwerks als der des Industrieproletariats gewachsen zeigt. Die Leitung der katholischen Jugendvereine liegt in den Händen eines Klerus, dessen Herrschaft sich jedoch einer klugen, besänftigenden Reserve zu bedienen weiß und die Praxis des *moralischen Drucks* geschickt durch eine demagogische Pseudotoleranz aufrechtzuerhalten versteht, auch wenn die Objekte dieser Toleranz katholischen Grundsätzen nicht gemäß sind. Ein wesentliches organisatorisches Machtmittel katholischer Jugendpolitik ist die Ausnutzung der Schule: Katholische Jugendpolitiker fordern zum Beispiel mit Erfolg von der Schule den Nachweis der Namen Schulentlassener. Die seit 1896 bestehende Zentralisation der katholischen Jugendorganisationen ist eine Zentralisation der Präsidien, nicht der Mitglieder. Die 2850 zentralisierten Vereine mit ihren 300 000 Mitgliedern (die Gesamtzahl

aller in Deutschland gewerblich beschäftigten Personen zwischen 14 und 18 Jahren ist etwa 3 Millionen) erscheinen durohaus als geführte Masse, die der von einem namhaften katholischen Jugendpolitiker reklamierten »absoluten geistlichen Präsidialgewalt« gehorcht. Zwischen den eigentlichen Jugendlichen und den Ständesvereinen Erwachsener stehen katholische Vereine für ältere Jugendliche, die zwischen dem 17. Lebensjahr und dem Militär (oder der Heirat) stehen. Diese Mittelvereine sind die Gesellenvereine, die der »Heranbildung eines ehrenwerten Meisterstands« dienen, und die Vereine für junge Arbeiter, die allerdings innerhalb der wesentlich auf handwerkliche Verhältnisse zugeschnittenen katholischen Programmatik keine ausgesprochene Form gewinnen können. Für ländliche Gebiete bestehen Organisationen wie die bayrischen Burschenvereine, die angeblich 153 Organisationen mit 10 500 Mitgliedern zählen. Zur katholischen Jugendpflege gehören schließlich lose Vereinigungen vom Stil des katholischen Münchener Lehrlings-schutzes.

Die protestantische Jugendpflege steht an inhaltlich-programmatischer Bestimmtheit und organisatorischer Macht weit hinter der katholischen zurück. Die Zentralisationsarbeit (sie darf wohl als Maßstab der Kraft einer Organisation gelten) erzielte die Begründung von 17 territorialen Bündeln, von denen nur 10 zu einer nationalen Gesamtvereinigung zusammentraten. Diese nationale Vereinigung zählte 1909 125 000 Mitglieder mit 131 Berufspflegern. Die stärkste Territorialorganisation war der westdeutsche Jünglingsbund (mit dem Sitz Barmen): er zählte 44 484 Mitglieder, von denen 15 550 das 17. Jahr noch nicht erreicht, 20 000 das 21. allerdings schon überschritten hatten. Der ostdeutsche Bund zählte 26 000, der sächsische 14 000, der schlesische 12 000, der süddeutsche 10 000 Mitglieder. Zu den protestantischen Organisationen zählen unter anderem speziell noch folgende: das orthodoxe *Weißes Kreuz*, eine Sekte mit dem Keuschheitsgelübde, die liberalisierende *Hamburger Richtung*, die mit dem *Volkshaus* in Hamburg liiert ist und der Leitung des liberalen Pastors Classen untersteht. Der Inhalt der evangelischen Jugendpolitik ist zum größten Teil von einer entsetzlichen Kümmerlichkeit, von der Korn charakteristische Beispiele erzählt. Nur der linke Flügel stellt Aufgaben von einigermaßen konkreter Art.

Die interkonfessionelle Jugendpflege charakterisiert sich durch Institute wie den Kasseler Lehrlingshort, das Institut *Jugendwohl* in Frankfurt am Main, die etwa 360 000 Jugendliche umfassenden Jugendabteilungen der nationalistischen deutschen Turnerschaft, die Jugendabteilungen der Guttemplerlogen, in denen 1910 16 195 Kinder von 10 bis 14 Jahren und 2400 Halbwüchsige über 14 Jahren organisiert waren, endlich die Hirsch-Dunckerschen Jugendlichen, die 270 Lehrlingsabteilungen des *Deutschnationalen Handlungsgeliefenverbandes*, die 4000 Lehrlinge des *Vereins für Handlungskommiss* und die famosen Jugendwehren, deren Ehrgeiz es erreicht hat, daß sie Schutzleute grüßen dürfen.

Die dritte Form der bürgerlichen Jugendpolitik ist die bürokratisch unterstützte Bewegung, die bei dem immer nähern Bankrott der konfessionellen Methoden stärkend, zusammenfassend, ergänzend wirken will. Ihre Richtlinien sind auf der Darmstädter Tagung vom Mai 1909 festgelegt, auf der die orthodoxesten mit den liberalsten Jugendpolitikern, München-Gladbacher mit Herrenhüttern und Freisinnigen, Generale mit Zivilisten fraternisierten. Das organisatorische Zentrum dieser Bewegung, über die in dieser Rundschau kürzlich berichtet wurde, ist die *Zentralstelle für Volkswohlfahrt*. Ihr offizieller Charakter zeigt sich schon darin, daß ein Drittel des Vorstands und drei Fünftel der Beiräte von den Behörden ernannt werden. Als das wesentlichste pädagogische Instrument dieser offiziellen Jugendpflege entwickelt sich immer mehr die obligatorische Fortbildungsschule.

× *Kurze Chronik* Der *Rhein-Mainische Verband für Volksbildung* veröffentlichte

seinen Jahresbericht für 1911-1912. Der Verein zählt zurzeit 612 persönliche und 233 körperschaftliche Mitglieder. Das Verbandstheater ist im letzten Winter zum erstenmal als eigenes geschäftliches Unternehmen des Verbands geführt worden; es fanden vom Oktober 1911 bis zum April 1912 156 Vorstellungen statt. Der Verein unterstützt zurzeit 145 Wanderbibliotheken. Die Buchhandlung (mit 180 Verkaufsstellen) vertrieb etwa 80 000 billige Volksschriften. × Der Zentralbildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat vor kurzem sein Winterprogramm für 1912-1913 herausgegeben. Es enthält wie die vorigen

Programme die Benennung der Redner und der angebotenen Themen und Ratschläge für die Organisationen über die möglichen Arten der Zusammenstellung eines Lokalprogramms. Die Rednerliste ist etwas erweitert.

X
Literatur

In einem großen Band behandeln Dr. F. Schulze und Dr. P. Szymank die Geschichte des deutschen Studenten (*Das deutsche Studententum von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart* /Leipzig, Voigtländer/). Es ist eine philologisch sorgfältige Arbeit, die man immer nachschlagen wird, um bestimmte Tatsachen der Kulturgeschichte des deutschen Studenten zu erfahren. Man mag das Buch auch in größeren Zusammenhängen lesen; man findet jedenfalls eine einfache Erzählung äußerer Tatsachen. Werden Nachweis tieferer gemeingeschichtlicher Zusammenhänge fordert und nach beherrschenden Grundgedanken verlangt, kommt im allgemeinen aber nicht auf seine Rechnung. Der moderne Standpunkt, den das Buch einnimmt, genügt noch nicht zur Gewinnung präziser geschichtsphilosophischer Forschungsgrundlagen. Man hat es im ganzen mit einem guten chronistischen Handbuch zu tun.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Berufsarbeit Mit der wachsenden Zahl der Akademikerinnen steigt auch das Interesse national-ökonomisch geschulter Frauen für wirtschaftliche Einzelfragen, besonders für Probleme des Arbeiterinnenlebens. Die letzten Jahre haben uns eine ganze Reihe tüchtiger Untersuchungen über bestimmte Schichten weiblicher proletarischer Berufstätiger gebracht, die gerade durch ihre genaue Vertiefung in alle Einzelheiten von ausgezeichnetem Wert sind. Eine Arbeit, die sich der in dieser Rundschau (1911, 3. Band, pag. 1623 ff.) bereits besprochenen Studie Rose Ottos über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen angliedert, hat Dr. Rosa Kempf erscheinen lassen. Sie betitelt sich *Das Leben der jungen Fabrikmädchen in München*, dargestellt an der Lage von 270 Fabrikarbeiterinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren /Leipzig, Duncker & Humblot/. Sie liefert uns sehr dankenswerte Beiträge zu unserer Kenntnis des Daseins der Proletarierinnen. Die Verfasserin kann natürlich nicht zu vollkommen neuen oder überraschenden Ergebnissen gelangen, da die allgemeinen Umrisse des Bildes, das sie vor uns auf-

rollt, dem Sozialpolitiker aus anderen Veröffentlichungen wie aus dem praktischen Leben bekannt sind. Aber immer von neuem werden wir doch von diesen der Wirklichkeit selbst entnommenen sozialen und psychologischen Milieuzzeichnungen gepackt; besonders aber ist das Resultat, zu dem die Verfasserin gelangt, und ihre Auffassung des Wertes und der Entwicklung der Berufsarbeit für die weibliche Arbeiterschaft von großem Interesse. Sie weist auf die beiden verschiedenartigen Ziele des Arbeiterinnenkampfes: Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes, hin und kommt zu dem Schluß, daß die für eine Verbesserung der Lebensbedingungen ungleich wichtigere Forderung die zweite sei, weil es erst durch eine Lohnerhöhung möglich werde die jugendliche weibliche Arbeiterin dem jungen männlichen Arbeiter gleichzustellen, das heißt sie von der schweren Last der häuslichen Nebenbeschäftigung zu befreien, ihr dadurch Muße zu körperlicher und geistiger Entwicklung zu schaffen und sie so einen Fonds von Kraft für die späteren Aufgaben der Mutterschaft sammeln zu lassen. »Von diesem Gesichtspunkt aus sind dann auch die beiden Hauptforderungen der aufsteigenden Arbeiterschaft: Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit, in ihrer Wichtigkeit für die Fabrikarbeiterinnen, namentlich auch für die jungen Mädchen, zu beurteilen. Im gegenwärtigen Moment, nachdem der Zehnstundentag so gut wie gesichert ist, halte ich für weibliche Arbeiter die Erhöhung des Lohnes für das bei weitem Wichtigste. Denn die Arbeitsleistung auch schon eines jungen Mädchens besteht jetzt in einem häuslichen und einem beruflichen Teil. Wird jetzt die Arbeitszeit im Betrieb ohne gleichzeitige starke Lohnerhöhung erniedrigt, so gewinnt die Arbeiterin noch lange nicht gleich ihrem männlichen Mitarbeiter Zeit für Erholung und Kräftigung, die sich dann wieder in größere berufliche Leistungsfähigkeit umsetzt und die Verkürzung der Arbeitszeit als im Interesse eines hochstehenden modernen Betriebs erscheinen läßt. Vielmehr wird, wenn nicht eine bedeutende Lohnerhöhung vorausgegangen ist, die verkürzte Arbeitszeit dazu führen, daß ebensoviel Arbeitszeit zu Hause wieder angesetzt wird, daß manches, was die Frau bisher um Geld besorgen lassen mußte, jetzt wieder von ihr selbst verrichtet wird, daß die alten Formen der häuslichen Wirtschaftsführung mehr und mehr wie-

der Platz greifen. Die berufliche Tüchtigkeit der Frau schreitet dann nicht vorwärts sondern eher rückwärts; die Industrie gewinnt nichts, die Familie aber verbleibt auf dem gleichen Stand beschränkter Mittel, weil das, was die Frau zu Hause an wirtschaftlichen Gütern schafft, ihr an Lohnentnahmen wieder verloren gehen muß. Ungleich wichtiger ist darum gegenwärtig für Fabrikarbeiterinnen eine Lohnerhöhung, die ihnen gestattet den schwersten Teil ihrer häuslichen Arbeitsleistung abzulösen. Nur dies bewirkt eine tatsächliche Verkürzung der Arbeitszeit für Mädchen und Frauen, nicht eine bloß scheinbare. Dann erst wird die Erscheinung verschwinden, daß die arbeitende Frau gleich einem gehetzten Wild schon morgens abgearbeitet und müde in der letzten Minute in die Fabrik hastet und dort eine möglichst gleichförmige stumpfsinnige Arbeit als wohltuend empfindet gegenüber der ständigen Unrast und der aufgeregten Mannigfaltigkeit dessen, was sie zu Hause bereits arbeitete, und was an Arbeit noch ihrer harret.« Dabei betont Rosa Kempf ausdrücklich, daß innerhalb gewisser Grenzen ein Schaffen und Sorgen für die Häuslichkeit den Arbeiterinnen stets als angenehme Abwechslung und als Erhöhung ihres Lebensglücks erscheinen wird.

Man kann dieser Auffassung nur beipflichten. Erst dann, wenn die junge Arbeiterin es als ebenso selbstverständlich empfinden wird wie ihr männlicher Berufsgenosse, daß sie nach beendigter Arbeit das Recht auf Erholung und Freiheit besitzt, erst wenn sie die Forderung stellt, daß ihr Lohn hoch genug sein muß, um ihr ohne weitere eigene Tätigkeit die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse zu ermöglichen, erst wenn ihr also gleich dem Mann der Beruf zum Zentrum des Lebens geworden sein wird, erst dann kann eine wirklich wesentliche Veränderung im Dasein der Proletarierin eintreten. Rosa Kempf hebt sehr scharf hervor, daß hier zwei entgegengesetzte Anschauungen zusammenstoßen: die eine, die ihr Ideal darin sieht das Verdienst des Mannes so weit zu erhöhen, daß eine Mitarbeit der erwachsenen Töchter und besonders der Ehefrau nicht notwendig erscheint, und die andere, die an eine allmähliche völlige Umbildung der Hauswirtschaft und damit des Lebens der Frau glaubt und eine solche Umbildung als das für die Zukunft Erstrebenswerte betrachtet. Die Verfasserin selbst steht offenbar mehr

auf diesem letzten Standpunkt. Sie weist darauf hin, wie sich mit den gewandelten Verhältnissen die Ansichten und Empfindungen auch im Proletariat schon gewandelt haben, und führt da unter anderem die sehr charakteristische Frage an, die ihre Nebenarbeiterinnen an sie richteten, als sie selbst zum Zweck des Studiums in einer Fabrik als Falzerin tätig war und die Arbeit ihr nicht von der Hand gehen wollte: »Zankt denn Ihr Mann nicht, wenn Sie so wenig Geld nach Hause bringen?« Sie sagt: »So weit hat sich eine großstädtische Arbeiterschaft von dem Herkommen gelöst, daß sich der Mann nicht mehr in diesem pekuniären Sinn als das Haupt der Familie betrachtet und deshalb von vornherein, gleichsam freiwillig, auf größeren Verdienst der Frau verzichtet wird.«

Eine eingehende Untersuchung über die Ursachen der niedrigen Frauenlöhne liegt, wie die Verfasserin sagt, nicht eigentlich im Rahmen ihrer Studie. Soweit sie sich dennoch mit dieser Frage beschäftigt, kommt sie im großen ganzen zu den allgemein bekannten Ergebnissen. Ein Punkt jedoch ist in ihren Ausführungen besonders interessant, weil er das Problem berührt, das vielleicht sehr bald auch für den gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkampf außerordentliche Bedeutung gewinnen dürfte, gerade weil die Gewerkschaften wie die weibliche Arbeiterschaft bisher dieser Seite der Sache viel zu wenig Beachtung geschenkt haben. Es ist die Frage einer tüchtigen fachlichen Vorbildung für die Arbeiterin. Wendet man sich vielleicht mit Recht gegen die von bürgerlicher Seite jetzt vielfach hervortretenden Bestrebungen eine mehrjährige Lehrlingsausbildung auch für die junge Arbeiterin einzuführen, so dürfte doch ohne jeden Zweifel die absolut mangelnde gewerbliche Schulung im weiblichen Proletariat eine der Hauptursachen für die dauernd geringen Lohnhöhen und die elende Lebenshaltung der Fabrikarbeiterinnen darstellen. Der naheliegende und vielfach erhobene Einwand gegen eine gewerbliche Vorbildung der Frauen: daß die maschinelle Technik eben eine Fülle rein mechanisch arbeitender Kräfte fordere, für fachlich geschulte Arbeiterinnen also gar nicht überall Verwendung vorhanden wäre, kann natürlich nicht gegen eine der männlichen gleichwertige Berufsausbildung der Mädchen sprechen. Denn es ist nicht gut einzusehen, warum dann durchgängig gerade die Frauen die ungelernete, also schlecht bezahlte, die

Männer die höher bewertete, qualifizierte Arbeit leisten sollten, statt daß sich diese Scheidung in anderer Weise, etwa nach jüngeren und älteren Arbeiterkategorien vollzöge. Die Frage der weiblichen Berufsausbildung hängt selbstverständlich ebenfalls eng mit dem ganzen Problem der Frauenarbeit in der Industrie wie in der Gesamtgesellschaft, das heißt mit der vorhin berührten allgemeinen Anschauungsdifferenz zusammen. Wie Rosa Kempf auch hier wieder in zahlreichen Einzelfällen konstatiert hat, und wie wir alle wissen, spricht sich die so lange geltende wirtschaftliche Geringwertigkeit der Frau im Proletariat wie in allen anderen Klassen auch in der Tatsache aus, daß alle verfügbaren Mittel in erster Linie für die Ausbildung der Knaben aufgewandt werden, während die Mädchen ohne Rücksicht auf die Gestaltung ihrer Zukunft nur möglichst rasch etwas verdienen und daneben im Haushalt mithelfen sollen. Zudem rechnet man noch immer damit, daß mit der Eheschließung die berufliche Tätigkeit der jungen Arbeiterin beendet sein werde, während doch die statistischen Tatsachen für Hunderttausende proletarischer Frauen das Gegenteil lehren. Rosa Kempf tritt sehr energisch für möglichst tüchtige berufliche Schulung ein. Sie sagt darüber: »Im Erwerbsleben beruhen die Hemmnisse, die sich dem Mädchen entgegenstellen, auf dem gänzlichen Mangel an gewerblicher Ausbildung und gewerblicher Weiterbildung, auf der Aussichtslosigkeit ihrer Erwerbsarbeit für spätere Jahre und auf dem Fehlen gewerblich tüchtig geschulter Frauen als Führerinnen der gewerblich tätigen weiblichen Jugend; auf der geringen Wertschätzung, die ihrem Stand und damit ihrer Person und ihrer Arbeit entgegengebracht wird. Alles dieses fließt wieder zusammen in geringem Lohn sowohl in ihrer Jugendzeit wie auch für die späteren Jahre.« Sie fährt dann fort: »Diese beiden vom Familienleben und vom Berufsleben her wirkenden Ursachenreihen führen in der Person der einzelnen jungen Arbeiterin zu dem gleichen Ergebnis: Unterernährung und Übermüdung, welche ihre Leistung im Berufsleben herabdrücken und ihre körperliche Tüchtigkeit für die kommenden Zeiten der Mutterschaft gefährden.« Auch das ist eine nur zu wohl bekannte Erscheinung. Selbst ohne jede genaue Feststellung kann man sich leicht genug sagen, wie die Lebenshaltung eines Mädchens beschaffen sein muß, die von

8 bis 10 Mark, ja auch von dem relativ hohen Wochenlohn von 14 bis 16 Mark leben, sich kleiden, ihre Familie unterstützen oder ein Kind miternähren soll: dennoch liefert die monotone Wiederkehr des sogenannten *Kaffees*, der dick eingekochten Suppen, der Kartoffeln und ganz billigen Gemüse und des trockenen Brots in den hier wiedergegebenen Speisezetteln der jungen Arbeiterinnen oder die Aufzählung ihres Besitzes an Kleidungsstücken, die Beschreibung ihrer Schlafräume und des Heims, das sie nach der Arbeit erwartet, wieder einmal eine recht anschauliche Darstellung des Lebens dieser oft so tapfer kämpfenden Mädchen. Unter anderm hebt die Verfasserin bei der Schilderung des Familienlebens in den von ihr beobachteten Familien die ebenfalls genugsam bekannte Tatsache hervor, daß nicht nur der Vater sondern auch die jungen Leute, die noch bei den Eltern leben, als ganz selbstverständliches Recht gegenüber den arbeitenden Schwestern eine bessere Ernährung, größere Unabhängigkeit und höhern Geldverbrauch für ihre persönlichen Bedürfnisse für sich in Anspruch nehmen. Einen ergreifenden Einblick in die Gefühlswelt der jungen Proletarierinnen gewähren einige Briefe, in denen die jugendlichen Arbeiterinnen der Verfasserin auf deren Wunsch ihre Pläne und Hoffnungen für die Zukunft mitteilten. So schreibt eine 17jährige Arbeiterin: »Wozu werde ich wohl auf der Welt sein? Nur um täglich in die Arbeit zu gehen und mein Brot zu verdienen, als Kind in die Schule zu gehen und fest zu lernen, später dann vielleicht zu heiraten. Was haben denn wir Arbeitsleute auch Schönes auf der Welt als nur immer arbeiten, damit die Höheren und die Aristokratie ein schönes Leben führen können? Wir sind ja doch immer das Geringste auf Erden. Wenn ich nun einmal ganz frei bin, so will ich auch mein Leben völlig genießen. Würde mir zuletzt nur noch wünschen, daß ich in einen glücklichen Ehestand eintreten könnte.«

× ×
Kurze Chronik An der Berliner Universität waren in diesem Sommersemester 717 Frauen immatrikuliert, an der technischen Hochschule 9, an der Bergakademie 2. 543 dieser Studentinnen waren an der philosophischen, 156 an der medizinischen, 3 an der theologischen und 15 an der juristischen Fakultät eingeschrieben. × In der *Deutschen medizinischen Wochenschrift* veröffentlichte eine Ärztin im An-

schluß an die Enquete in der diesjährigen Frauenausstellung eine Zusammenstellung über die Lebensverhältnisse der deutschen Ärztinnen. Danach ergab sich, daß von den 125 Ärztinnen, die Fragebogen beantwortet haben, 47 verheiratet sind. Von diesen 47 verheirateten Medizinerinnen haben nur 4 nach Eingehung der Ehe ihren Beruf aufgegeben. X Der Berliner Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse kündigt für den kommenden Winter eine Reihe von Veranstaltungen an, die von dem pädagogischen Geschick und dem künstlerischen Geschmack seiner Leitung zeugen: 2 Zyklen Frauenfragen und Erziehungsfragen, 6 Vorträge über bildende Kunst, Literatur und Musik, ferner 3 Konzerte und eine Weihnachtsfeier mit Kinderaufführungen.

X
Literatur X

Im Auftrag des Bundes deutscher Frauenvereine wurde dieses Jahr zum erstenmal von Dr. Elisabeth Altmann-Gottheiner ein Jahrbuch der Frauenbewegung herausgegeben /Leipzig, Teubner/, das nun eine ständige Einrichtung werden soll. Die Veröffentlichung entspricht einem dringenden Bedürfnis; denn für den, der nicht die ganze starke Literatur zur Frauenfrage sammelte, war es bisher nirgends möglich sich rasch über alle Zweige der Bewegung zu orientieren oder die neuen Errungenschaften auf dem oder jenem Gebiet schnell festzustellen. Das Jahrbuch umfaßt neben einer Zusammenstellung sämtlicher Frauenvereine alles, was sich auf die Tätigkeit und Stellung der Frau im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben bezieht, und zwar auch unter Berücksichtigung des Auslands. Es folgt dann eine (freilich nicht sehr vollständige) Bibliographie der Frauenliteratur auf allen Gebieten wie der vorhandenen Frauenzeitschriften. Schließlich enthält das Jahrbuch noch einige Aufsätze über verschiedene Gegenstände der Frauenbewegung, so besonders einen von Gertrud Bäumer Zur Psychologie der Gegner. An einer Stelle des sonst sehr treffenden Artikels sagt die Verfasserin: »Es ist deshalb auch das im ganzen kein Glück für die Frauen, daß ihr Kampf in die Zeit fällt, in der die Erotik so sehr Mittelpunkt theoretischer Diskussion ist, zumal der nervöse oder derbe Naturalismus, der dabei das Wort führt, das Verständnis der geistigen Persönlichkeit der Frau nicht eben zu fördern geeignet ist. Diese breite Erörterung mit

all den Übertreibungen, zu denen sie auf dem Forum der lautesten Öffentlichkeit naturgemäß getrieben wird, hat in einer neuen (und nicht eben förderlichen) Form die Betrachtungsweise, die in der Frau nur das Geschlechtswesen sieht, wieder aufkommen lassen. Als Beweis dafür diene etwa die Diskussion über die sexuelle Abstinenz auf der letzten Tagung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Dresden.« Hier tritt natürlich wieder der alte Gegensatz der Auffassungen in der Frauenbewegung hervor. Es ist damit, wie überall im Leben. Auch denkende und philosophisch veranlagte Köpfe, zu denen gewiß gerade Gertrud Bäumer gehört, verlieren die Objektivität, sobald sich ihre individuellen Empfindungen gegen bestimmte Forderungen auflehnen (wie sie selbst das in diesem Aufsatz nach anderer Richtung vortrefflich schildert). Sonst müßten doch die Führerinnen der sogenannten Rechten zugeben, daß die bisher so oft unbefriedigten erotischen Instinkte der Frauen ebenso ein Recht haben sich durchzusetzen wie die geistig-seelischen, ja daß vor allem auch beide in einem absolut untrennbaren Zusammenhang stehen. Es heißt noch längst nicht »Hunger und Liebe in kreatürlichster Bedeutung« als »endgültige Lebensziele setzen«, wenn man sich gegenüber der Bedeutung der animalischen Triebe im menschlichen Leben nicht blind und taub stellt. Oder ist dies etwas anderes als die Taktik der Gegner der Frauenbewegung, die den Tatsachen zum Trotz die Frauen je nach ihren Wünschen zu zarten Elfinnen, zu Madonnen oder auch zu bloßen Kühen umdichten? Man dient dem Fortschritt jedenfalls am sichersten, wenn man sich gewöhnt zunächst alles ruhig zu sehen und auszusprechen, was ist, ohne Rücksicht darauf, wie man selbst die Welt am liebsten haben möchte.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Kurt Grelling

Poincaré † Am 17. Juli starb Henri Poincaré, der bedeutendste Mathematiker seiner Zeit.

Die Kenner der Mathematik bilden einen über die ganze Kulturwelt verbreiteten geheimen Orden mit einer nur ihnen verständlichen Sprache und Schrift, und die Meister dieses Ordens sind in der Regel nur den Mitgliedern als solche bekannt. Das liegt an der Unmöglichkeit die Mathematik wirklich zu popularisieren, wie das mit allen anderen Wissenschaften

geschieht. Was weiß die große Masse der Gebildeten heute von Gauß? Zur Not, daß er zusammen mit Wilhelm Weber den elektrischen Telegraphen erfunden hat, wissenschaftlich betrachtet seine geringste Leistung. Nicht anders ergeht es Poincaré. Der deutsche Zeitungsleser dachte wohl bei der Todesnachricht zuerst an den französischen Ministerpräsidenten (während der Mathematiker bei der Nachricht von der Ernennung des Ministerpräsidenten sich zuerst dafür interessierte, ob er mit dem Mathematiker verwandt war). Zwar in den letzten Jahren war der Name Poincarés auch in den Kreisen der philosophisch interessierten Gebildeten bekannter geworden: durch sein Buch *Science et hypothèse* und die weiteren *La valeur de la science* und *Science et méthode*. Er hat in diesen Büchern wohl den vollendetsten Ausdruck für diejenige Ansicht gefunden, die viele moderne Mathematiker und Physiker als den einzigen Ausweg gewählt haben aus dem Dilemma zwischen dem Empirismus, der sich nicht mehr halten ließ, und der Anerkennung von Erkenntnissen *a priori*, an der sie ein unausrottbares Vorurteil verhinderte. Diese Ansicht ist der *Konventionalismus*. Da nämlich die Unmöglichkeit die Axiome der Mathematik und der Physik an der Erfahrung zu prüfen nicht mehr in Abrede gestellt werden konnte, eine andere Quelle der Erkenntnis neben der Erfahrung aber nicht anerkannt wurde, blieb nichts übrig als diese Axiome für bloße Verabredungen zu erklären, die weder wahr noch falsch sind, und bei deren Annahme nur die Bequemlichkeit oder die Denkersparnis (Mach) ausschlaggebend sind. Zur Verbreitung dieser Ansicht hat Poincaré durch seine elegante und geistreiche Darstellung sehr viel beigetragen. Übrigens machte er eine Ausnahme von seinem Prinzip: In dem Schluß von n auf $n + 1$ glaubte er ein synthetisches Urteil *a priori* im Sinn Kants zu finden, das aus der Anschauung entspringt. In der *Revue de Métaphysique et de Morale* hat er diese Ansicht in einer langen Serie von Artikeln hauptsächlich gegen Russell verfochten, wie immer mit scharfem Witz, so daß er die Lacher auf seiner Seite hatte, ohne daß man aber zugeben könnte, daß er die Schlacht gewonnen hätte. Überhaupt muß man sagen, daß seine Betätigung auf dem Gebiet der Philosophie nicht besonders glücklich gewesen ist, obwohl er den meisten seiner Fachgenossen an philosophischer Klarheit

überlegen war. Um so weniger bestritten war sein Ruhm auf dem Feld der reinen Mathematik sowie der theoretischen Physik und Astronomie. Alle diese Disziplinen hat er um wichtige Entdeckungen bereichert, und in der Geschichte dieser Wissenschaften, die bereits die Namen so vieler seiner Landsleute enthält, wird er neben den Größten seinen Platz einnehmen.

X
Rousseau Unsere oft verspottete Neigung Jubiläen zu feiern hat doch auch ihr Gutes, denn sie nötigt uns hin und wieder der Großen der Vergangenheit rückschauend zu denken, von deren Gedanken und Taten wir zwar noch immer leben, die wir aber ohne diesen Gebrauch sehr bald vergessen würden. So auch Jean Jacques Rousseau. Die Wirkungen, die von ihm gerade auch auf unser deutsches Geistesleben ausgegangen sind, sind schwer zu ermessen, aber wir können die Spuren seines Einflusses deutlich aufweisen, nicht nur an den großen Deutschen seines Zeitalters sondern auch späterer Epochen bis herauf zu Nietzsche. Es ist bekannt, daß die Lektüre Rousseaus für die Ausbildung von Kants Ansichten in der praktischen Philosophie bestimmend gewesen ist, Jacobi und Schleiermacher sind religionsphilosophisch von ihm angeregt worden, auf die Pädagogik hat er umwälzend gewirkt, und die Grundgedanken der Demokratie stammen direkt oder indirekt von ihm (siehe auch hier die Rubriken *Geistige Bewegung*, 1912, 2. Band, pag. 1066 ff. und *Sozialwissenschaften* in diesem Band, pag. 1239 ff.). Bei alledem war er nicht eigentlich ein origineller Geist. Die Gedanken, die er aussprach, entnahm er teils anderen Schriftstellern teils waren sie mehr oder weniger deutlich im Bewußtsein seiner Zeit vorhanden. Aber ihre Wirkung verdanken diese Gedanken seiner großen Beredsamkeit und der Begeisterung, mit der er sie predigte. Rousseau war ein Kind der Aufklärungszeit und doch ein Feind der Aufklärung. Er teilte mit den Aufklärern die erbitterte Feindschaft gegen alle Überlieferung und insbesondere gegen alles dogmatische Christentum, aber er bekämpfte den dürren Materialismus und Atheismus der Enzyklopädisten wie überhaupt den Logizismus der meisten Aufklärer. Man muß es ihm als großes Verdienst anrechnen demgegenüber das Gefühl wieder in seine Rechte eingesetzt zu haben; aber diese Tat barg den Keim einer großen Gefahr

in sich, die denn auch zur Wirklichkeit geworden ist. Das von den Fesseln des Verstands befreite Gefühl hat die Tendenz seine Grenzen zu überschreiten, und so hatte auch die Lehre Rousseaus das Aufkommen der Schwärmerei in Philosophie und Religion im Gefolge, und auch in der Pädagogik, wo Rousseau am segenreichsten gewirkt hat, ist diese Folge nicht ausgeblieben. Von seinen sozialphilosophischen Theorien hat die Kritik des folgenden Jahrhunderts nicht viel übrig gelassen; aber wenigstens der Gedanke der Volkssouveränität ist, abgesehen von seiner Begründung, lebendig geblieben, ja man kann sagen, daß erst unsere Zeit durch das Referendum mit ihm Ernst zu machen beginnt.

Zum Jubiläum sind verschiedene Werke Rousseaus deutsch neu ediert worden. Ich nenne die folgenden: *Brief an Christophe de Beaumont*, übersetzt von E. Doctor, mit einer Einführung von Friedrich Jodl (in der *Bibliothek der Aufklärung*, /Frankfurt, Neuer Frankfurter Verlag/), *Emile*, übersetzt von K. Große, herausgegeben von H. Schmidt-Jena /Leipzig, Kröner/, *Bekanntnisse*, herausgegeben von Otto Fischer /München, Mörike/, *Profession de foi du vicairé savoyard*, herausgegeben von Klatt /Heidelberg, Winter/.

✕ **Schopenhauer** Ich habe schon in dieser Rundschau (1912, 1. Band, pag. 513 ff.) auf das Wiedererwachen des Interesses an Schopenhauer (vielleicht einer verspäteten Wirkung der 50. Wiederkehr seines Todestags vor 2 Jahren) hingewiesen. Ein weiteres Zeichen dafür ist das Erscheinen einer Schopenhauerbiographie von Dr. O. F. Damm (*Arthur Schopenhauer* /Leipzig, Reclam/). Diese anschaulich geschriebene Lebensbeschreibung bildet eine willkommene Ergänzung des von Brahn herausgegebenen Briefwechsels, den ich kürzlich an dieser Stelle angezeigt habe. Der Verfasser hat auch der Lebensbeschreibung noch eine kurze Darstellung der Schopenhauerschen Philosophie angefügt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf die schon lange im Buchhandel befindliche Gesamtausgabe der Schopenhauerschen Werke in der Reclamschen *Universalbibliothek* hinweisen, die von Eduard Grisebach besorgt ist. Sie enthält außer den zu Lebzeiten Schopenhauers veröffentlichten Werken (in 6 Bänden) den gesamten Nachlaß (4 Bände) sowie die Hauptkorrespondenz

(1 Band). Diese handliche und dabei wohlfeile Ausgabe ist auch (was manchem unserer Leser sicher willkommen sein wird) in den neuerdings von Reclam angefertigten schönen Lederbänden zu haben, auf die schon in der literarischen Rundschau hier wiederholt aufmerksam gemacht wurde.

Das Hauptwerk Schopenhauers, *Die Welt als Wille und Vorstellung*, ist jetzt auch in *Kröners Volksausgaben* erschienen; Herausgeber ist Heinrich Schmidt-Jena.

✕ **Kurze Chronik** Am 28. Juni starb in Oporto der Privatdozent der Philosophie an der Universität Berlin Professor August Döring im Alter von 78 Jahren. Döring gehörte zu den führenden Persönlichkeiten in der *Gesellschaft für ethische Kultur*. ✕ Am 4. Juli feierte Hermann Cohen seinen 70. Geburtstag. ✕ Der bisherige Privatdozent an der Universität Berlin Dr. Eduard Spranger wurde als außerordentlicher Professor der Philosophie an die Universität Leipzig berufen. ✕ An die Stelle des Freiherrn von Hertling wurde Professor Baumker (bisher in Straßburg) als ordentlicher Professor der Philosophie an die Universität München berufen. ✕ Bei der akademischen Preisverteilung in Göttingen erhielt Fräulein Hedwig Martius als einzige in der philosophischen Fakultät den Preis für die Bearbeitung des Themas *Die erkenntnistheoretischen Grundlagen des Positivismus*.

✕ **Literatur** In der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* erschien in 2. Auflage die Sammlung von Vorträgen *Sittliche Lebensanschauungen der Gegenwart* von O. Kirn. Das Büchlein behandelt in gemeinverständlich und ansprechender Weise die folgenden Richtungen der zeitgenössischen Ethik: Naturalismus, Utilitarismus, Evolutionismus, die ästhetische Lebensauffassung, den sittlichen Idealismus und die christliche Lebensanschauung. Ich hebe den lesenswerten Abschnitt über den Idealismus hervor. Die Darstellung der Kantischen Ethik ist dem Verfasser darin sehr gut gelungen. Vielleicht empfiehlt es sich bei einer spätern Auflage unter den Fortbildnern der Kantischen Ethik außer Fichte, Schleiermacher und Herbart auch Fries einen Abschnitt zu widmen. Zu dem Abschnitt über die christliche Lebensanschauung ist eine Anmerkung zu machen. Der Ver-

fasser unternimmt es hier das heutige Christentum gegen den Vorwurf zu verteidigen, es habe sich von der Lehre Jesu sehr weit entfernt. Als Vertreter dieses Vorwurfs wählt er Tolstoj. Ob er in der Polemik gegen Tolstoj immer im Recht ist, will ich nicht untersuchen, aber jener Vorwurf wird doch auch von anderer Seite und mit anderen Argumenten erhoben. Vor allem erscheint es heute vielen unverständlich, wie Lehrer und Bekenner der Religion der Liebe und Gerechtigkeit sich dazu hergeben können die Härte und Ungerechtigkeit unserer heutigen Gesellschaftsordnung im allgemeinen und bestimmter Erscheinungen des sozialen und politischen Lebens im besondern zu verteidigen. Es soll damit natürlich nicht behauptet werden, daß auch der Verfasser zu diesen gehört; aber es wäre gut gewesen, wenn schon einmal das Problem angeschnitten wurde, gegen diese Leute hin einen deutlichen Strich zu ziehen. X In der gleichen Sammlung erschien in 2. Auflage *Herbarts Lehren und Leben* von O. Flügel. Eine gute Orientierung über den Philosophen.

Naturwissenschaften / Frida Ickak

Graviditätsbiologie Die physiologische Chemie hat sich in den letzten Jahren mit dem Ab- und Aufbau körperfremder Stoffe im menschlichen Organismus beschäftigt. Die körperfremden Stoffe, die dem Organismus mit der Nahrung *per os* zugeführt werden, werden zuerst im Magendarmkanal restlos abgebaut und dann weiter in der Darmwand zu neuen, körpereigenen Substanzen aufgebaut. Gegen fremde Substanzen, die durch direkte Injektion in die Blutbahn eingeführt werden, wehrt sich der Organismus in der Weise, daß im Blut gewisse Fermente auftreten, die diese Substanzen abzubauen vermögen. Injiziert man zum Beispiel Rohrzucker in die Blutbahn, so bildet sich im Blut ein Ferment (die Invertase), das den Zucker abbaut. Um diese Arbeiten haben sich besonders E. Abderhalden und seine Mitarbeiter verdient gemacht. In neuester Zeit haben Abderhalden und Miki Kiutsi Versuche darüber angestellt, ob auch durch Substanzen, die zwar nicht körperfremd sind, aber im normalen Zustand nicht in der Blutbahn kreisen, ähnliche Erscheinungen hervorgerufen werden. Abderhalden gelang es nun nachzuweisen, daß sich im Blut Schwangerer Schutzfermente bilden, die ein aus Pla-

zenta bereitetes Pepton abbauen und daher eine Anhäufung von Bestandteilen der Chorionzellen im Blut verhindern. Diese Fermente treten zu jeder Zeit der Schwangerschaft auf, bilden also ein untrügliches Diagnostikum auf Gravidität. Abderhalden und Miki Kiutsi haben nun das Serum verschiedener Blutproben mit Plazentapepton zusammengebracht und geprüft. Dabei stellte es sich ausnahmslos heraus, daß nur die von Schwangeren entnommenen Blutsera eine spaltende, abbauende Wirkung auf das Plazentapepton ausübten, während sich das Blut der Nichtgraviden dem Pepton gegenüber vollkommen inaktiv verhielt.

Diese Versuche sind, abgesehen von ihrem physiologisch-chemischen Wert, auch von großer praktischer Bedeutung. Da die Experimente bis jetzt noch keine Fehldiagnose aufwiesen, gestatten sie vom 1. Monat an eine Graviditätsdiagnose. Außerdem lassen sie vermuten, daß das Blut auch andere Schutzfermente bilden kann, die bei vielen Krankheiten im Blut kreisenden Zellen abbauen. Abderhaldens Laboratoriumsversuche bieten also auch für die Medizin viel Anregendes.

X **Radium perpetuum mobile** X
Einen alten Namen für eine neue Erfindung übernimmt der Züricher Physiker Greinacher. Beim ersten Auftauchen des Radiums in der Physik glaubte man bekanntlich, die Radioaktivität hebe das Gesetz von der Erhaltung der Energie auf, da sie unendliche Energiemengen aus nichts zu produzieren schien. Jetzt weiß man, daß man es bei den radioaktiven Stoffen mit einem zwar langsamen, aber stetigen Energieverbrauch zu tun hat. Um so verwunderlicher muß es erscheinen, daß ein Physiker, der gerade durch seine Arbeiten über Radium bekannt ist, von einem *Radium perpetuum mobile* spricht.

Die Konstruktion seines Apparats besteht im wesentlichen aus einem Gehäuse, in dem auf einem feinen Platindraht eine dünne Nadel wagerecht hängt. Auf einer kleinen Messingscheibe ruht das Radiumpräparat zum Laden des Apparats, Die geladene Nadel wird von ein paar zur Erde abgeleiteten Metallplatten angezogen und abgelenkt, entlädt sich durch einen Kontakt, kehrt in die frühere Lage zurück, wird durch den radioaktiven Stoff wieder geladen usw. Dieses *Perpetuum mobile* funktioniert also, ähnlich wieder bereits 1903 von Strutt konstruierte Ap-

parat, bei dem durch radioaktive Bestrahlung die Blättchen des Elektroskops auseinandergehen, durch Kontakt sich entladen, dann wieder durch Bestrahlung auseinandergehen usw. Der neue Greinachersche Apparat kann natürlich ebensowenig wie der Struttische auf den Namen *Perpetuum mobile* Anspruch machen. Das Prinzip ist hier das selbe wie bei dem bekannten von Crookes erfundenen Radiometer, an dem die Arbeitsleistung der Sonnenstrahlen gezeigt wird. Auch beim Greinacherschen Apparat wird keine Arbeit aus nichts gewonnen. Man hat es im übrigen mit einem hübschen Apparat zu tun, der die Wirkung der radioaktiven Stoffe demonstriert. Zu diesem Zweck hat Greinacher ein Spiegelchen angebracht, das mit der Nadel fest verbunden ist und ihre Ablenkung anzeigt.

Der Apparat wird von der Firma Spindler & Hoyer in Göttingen verkauft und kann mit Erfolg zu Schulzwecken dienen. Der Name ist aber meines Erachtens unglücklich gewählt; denn mit der zweifelhaften Invention eines Orffyreus, der 1719 dem Herzog von Hessen-Kassel seine *perpetuierliche Bewegung* vorführte, oder ähnlichem, hat die Greinachersche Erfindung nichts zu tun.

× **Kurze Chronik** Am 20. August ist Professor Hörnes, der bekannte Grazer Geologe, gestorben, der sich besonders durch seine Erdbebenforschungen verdient gemacht hat. × Professor Nernst erhielt von E. Solvay zur Förderung seiner Arbeiten für 3 Jahre eine Jahresunterstützung von 10 000 Francs. × In Oxford fand im August der 2. internationale Entomologenkongreß statt. Zum Schluß des Kongresses wurde eine Zentralkommission von Vertretern der verschiedenen Länder zur Regelung der wichtigsten Fragen auf dem Gebiet der Insektenforschung gewählt. × In Greifswald wurde aus Anlaß der Jahresversammlung der *Deutschen geologischen Gesellschaft eine Paläontologische Gesellschaft* gegründet. × Das mathematisch-mechanische Institut von Breithaupt & Sohn in Kassel konnte am 17. August sein 150jähriges Bestehen feiern. An den Namen dieser Firma knüpfen sich viele wissenschaftliche Errungenschaften. So hat zum Beispiel Gauß in Göttingen seine berühmten Erdmessungen mit einem Breithauptschen Heliotrop ausgeführt.

×

×

Literatur Als Ergänzung zu H. Friedenthals *Beiträgen zur Naturgeschichte des Menschen*, über die in dieser Rundschau (1911, 3. Band, pag. 1558 ff.) ausführlich berichtet wurde, ist nun der *Tierhaaratlas* des selben Autors erschienen (Jena, G. Fischer). Das Werk enthält in bildlicher Form die Resultate der jahrelangen Studien Friedenthals über das Haarkleid der Tiere. Die Bilder stellen sowohl die Haare für sich in Quer- und Längsschnitt als auch die Behaarung der Tiere dar. Die technische Ausstattung des Buches, auf die es ja bei einem Atlas mehr ankommt als bei einem andern Werk, ist mustergültig. Die Bilder, teils farbiger Lichtdruck teils Autotypie, sind mit großer Liebe und Sorgfalt ausgeführt, so daß sie geradezu einen ästhetischen Eindruck gewähren. Der Atlas ist sowohl für Gelehrte wie für Ärzte und gebildete Nichtfachmänner bestimmt. × Wiederholt sind an dieser Stelle botanische Werke besprochen worden, die den Nichtfachmann mit der Pflanzenwelt seiner Umgebung vertraut machen sollen. Den selben Zweck verfolgen die botanischen Tabellen A. Zimmermanns (*Unsere verbreitetsten Zimmerpflanzen* /Leipzig, Teubner/). Das Büchlein ist nicht für den Laien bestimmt, der positive Kenntnisse sucht, sondern für den Amateur, der Blumen pflegt und sie zu systematisieren liebt. Für den botanisch völlig Unwissenden ist eine *Erklärung der notwendigen Fachausdrücke* beigelegt. × Es spricht sowohl für den Fortschritt einer Wissenschaft wie für den Erfolg eines Verfassers, wenn ein grundlegendes Werk wie *George Howard Darwins Ebbe und Flut* in deutscher Sprache in 2. Auflage erscheinen kann (Leipzig, Teubner). Es ist unmöglich den Inhalt des Buches an dieser Stelle erschöpfend zu besprechen; denn es behandelt keine einzelne Frage sondern eine ganze Disziplin, die Gezeitenforschung. Wie sehr der Fortschritt auf diesem Gebiet wächst, sieht man aus den Kapiteln, die der Verfasser seit dem Erscheinen der 1. englischen Auflage dem Buch angefügt hat. Besonders die neuen Errungenschaften der Physik, wie Radioaktivität und neue Mechanik, sind berücksichtigt worden. Zum Lob des Buches muß die große Übersichtlichkeit und Verständlichkeit in der Darstellung des manchmal sehr schwierigen Stoffes hervorgehoben werden, ein Vorzug, der der englischen Physikkultur besonders eigen ist. Das Buch erfordert freilich

eine eingehende und ernste Lektüre. Da es aber keine besonderen mathematischen Kenntnisse voraussetzt, ist es auch geeignet dem gebildeten Laien über die Gezeiten und verwandte Erscheinungen Aufschluß zu geben. X Unter dem Titel *Die Weltalter* ist das 2. Bändchen von R. Bommelis in dieser Rundschau (1911, 3. Band, pag. 1679) bereits erwähnten *Geschichte der Erde* erschienen /Stuttgart, Dietz/. Es behandelt die aufeinanderfolgenden geologischen und paläontologischen Epochen des Erdballs.

Psychologie / Else Stoeber - Damm

Appetit und Ekel Warum bedarf der Mensch zur Ernährung überhaupt der Küche und des Kellers?

Diese Frage wirft Dr. Wilhelm Sternberg, Spezialarzt für Ernährungstherapie in Berlin, auf in seiner interessanten Abhandlung *Das Appetitproblem in der Physiologie und in der Psychologie in der Zeitschrift für Physiologie und Psychologie der Sinnesorgane*. Obwohl die Einwirkung psychischer Vorgänge auf den Körper, wie schon Kraepelin und andere wiederholt experimentell nachgewiesen haben, besonders aber der Einfluß psychischer Erregung auf die Ernährung im engeren Sinn, ungeheuer groß ist, so ist doch noch nicht einmal die psychische Beeinflussung des Appetits, des Geschmacks im engeren Sinn gefaßt, zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht worden. Die Psychologie der Sprache, dieser einen Funktion der Zunge, hat sich schon lange zu einer eigenen Wissenschaft entwickelt, die Psychologie des Geschmacks und des Appetits aber ist noch nicht einmal in ihren Anfängen begründet. Und doch ist der Appetit praktisch von höchster Bedeutung für die Humanmedizin, wie er es auch für die Veterinärmedizin ist. Man hat die niedersten Lebewesen in der Beeinflussung der Eß- oder vielmehr Freßlust bereits zum Gegenstand experimenteller Untersuchungen gemacht, und vor allem Verworn hat bei den niederen Tieren die Reaktionen auf mechanische, optische, akustische und andere Reize geprüft.

Der Appetit ist von größtem Einfluß auf die Nahrungsaufnahme; diese ist eigentlich durch ihn erst bedingt. Die Schmackhaftigkeit einer Nahrung läßt sich objektiv überhaupt nicht ein für allemal feststellen, denn sie ist subjektiv und wechselnd. *De gustibus non est disputandum* sagt schon ein altes Sprich-

wort. Ist aber die Nahrung tatsächlich für das betreffende Subjekt in dem betreffenden Augenblick schmackhaft, dann erregt sie auch den Appetit. Sternberg wendet sich entschieden gegen die Anhänger der Wissenschaft von den künstlichen Nährpräparaten, die in den Kunstprodukten das Problem der Diätetik gelöst zu haben glauben, ohne die Schmackhaftigkeit der Nahrung zu berücksichtigen. Schon frühzeitig brachte man die Speichelsekretion in Zusammenhang mit dem Appetit. Die Sprache selbst hat dafür den Ausdruck *Das Wasser läuft einem im Mund zusammen* geprägt. Sternberg wirft weiter die Frage auf: Welcher körperliche Vorgang liegt eigentlich der Eßlust zugrunde, dem Wunsch nach Nahrungsaufnahme, dem Desiderium, dem Wollen und Willen? Wenn ein Tier Appetit verspürt, so fühlt es sich von dem seinen Appetit reizenden Objekt angezogen und nähert sich ihm mit dem ganzen Körper. Appetit ist Bewegung. Die Tierexperimentoren benutzen diese Erfahrung, um scheue Tiere zu sich heran zu locken. Einzelne Teile des Körpers, wie vor allem die Zunge, werden durch den appetitreizenden Stoff erregt. Jemand reißt den Mund auf, wenn er Appetit hat, das Tier schnappt mit geöffneter Schnauze nach einer Speise; die jungen Vögel sperren den Schnabel auf. Eine weitere Beobachtung an allen Tieren ist das Anbeißen infolge des Appetits. Daher sagt die Sprache mit Recht *anbeißen* im Sinn von *wollen*, sogar in uneigentlicher Bedeutung. Sternberg macht darauf aufmerksam, daß fast alle Sprachen für den gegenteiligen Zustand, für Appetitlosigkeit, Ekel, Abscheu das Sprachbild enthalten, daß einem etwas zum Hals herauswächst.

Wie es nun die Aufgabe der Mundküche ist den Appetit zu reizen, so muß sie ebenfalls das Gefühl des Ekels einer Speise gegenüber zu verhüten suchen. Das Ekelgefühl, meint Sternberg, ist aber in der Physiologie, in der Psychologie, in der Ernährungslehre und in der praktischen Diätetik bisher übersehen worden. Das Problem des Ekels tauchte in der Philosophie und in der Erkenntnistheorie auf; Spinoza und Descartes haben sich schon mit dieser Frage beschäftigt. Im Antagonismus von Ekel und Appetit, sagt Sternberg, liegt das Geheimnis der Lösung vieler Fragen. Zu diesem Antagonismus der psychischen Gemeingefühle kommt noch der sensuelle Antagonismus. Das, was der Physiologie und

der Psychologie des Geschmacks ganz entgangen ist, die Forscher vom Ziel und Kernpunkt des Wesens vom Appetit abgelenkt hat, ist der Antagonismus von süß und bitter. Dieser bezieht sich einmal auf die Qualität. Sodann dehnt er sich auf die Quantität oder Intensität der Qualität aus. Der bittere Geschmack bewirkt in einer gewissen Intensität regelmäßig Abscheu, Ekel, selbst Brechreiz, jedenfalls verlegt er den Appetit. Auch wenn der süße Geschmack zu intensiv auftritt, verfehlt er seine Wirkung und vermag Übelkeit hervorzurufen.

Bei Verlauf einer Mahlzeit gibt es eine Anzahl von Gängen, die in einer gewissen Anordnung folgen müssen, um den Appetit zu erhalten, und doch verschwindet der Appetit selbst bei dem größten Hunger nach einer gewissen Zeit. Der Appetit nähert sich dem Nullpunkt bis zur Appetitlosigkeit und kann sogar den negativen Wert annehmen, indem er in Ekel übergeht. Der Geschmackssinn und der Appetit bestimmen die Reihenfolge der Gänge.

Am Schluß seiner Abhandlung weist unser Diätetiker den Forscher auf dem Gebiet der Ernährung auf den historischen Weg, wo die Natur schon Experimente für uns gemacht hat, an denen wir nicht achtlos vorübergehen sollten.

× **Kurze Chronik** Am 16. August feierte

Wilhelm Wundt in stiller Zurückgezogenheit in seinem Haus in Heidelberg seinen 80. Geburtstag. Da der Gelehrte, der vor kurzem seine Gattin verlor, jede Ehrung im voraus abgelehnt hatte, überreichte ihm die Leipziger Studentenschaft vor seiner Abreise eine von Max Klinger gezeichnete Adresse. Auch vom Rat der Stadt Leipzig erhielt Wundt eine Glückwunschartadresse. × Die preußische Akademie der Wissenschaften hat dem Professor Dr. Stumpf zur Weiterführung des von ihm begründeten psychologisch wertvollen Phonogrammarchivs 1000 Mark bewilligt. × Vom 17. bis zum 20. Oktober wird in Leipzig die 3. Tagung der Gesellschaft für Hochschulpädagogik stattfinden. × Im preußischen Abgeordnetenhaus ist wiederholt eine größere Berücksichtigung der Pädagogik an den Universitäten angeregt worden. Nunnmehr wird ein erstes pädagogisches Seminar an der Universität Halle errichtet werden. × In der medizinischen Fakultät der Berliner Universität hat sich ein neuer Privatdozent habilitiert, Professor

Dr. Franz Kramer. In seiner Antrittsvorlesung behandelte Kramer das Thema der psychologischen Untersuchungsmethode bei kindlichen Defektzuständen. × Die Sammlungen des Instituts für angewandte Psychologie und psychologische Sammelforschung können fortan in einem von der Stadt Berlin zur Verfügung gestellten Lokal (Friedrich St. 126) wochentäglich von 4 bis 6 Uhr nach vorheriger Anmeldung beim Sekretariat des Instituts (Telephon Potsdam 8) besichtigt werden. × Von der Internationalen Union zur Förderung der Wissenschaft wurde angeregt die Sammlungen von Testmaterialien usw. dahin zu erweitern, daß das Institut zu einer Zentralstelle für psychographische Untersuchungsmittel (Testmaterialien, Fragebogen, Personallienbücher, psychologisch interessante Produkte und Ausdrucksformen) würde.

× **Literatur**

Probleme der Arbeiterpsychologie unter besonderer Rücksichtnahme auf Methode und Ergebnisse der Vereinserhebungen behandelt Professor Dr. Heinrich Herkner /Leipzig, Dunker & Humblot/. Er leitet seinen Bericht mit einigen geschichtlichen Daten ein, die für die Entwicklung der Arbeiterforschung bedeutungsvoll geworden sind. Er verweist auf die vor kurzem gegründete Deutsche statistische Gesellschaft und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß mit der Zeit ein innigerer Kontakt zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik entstehen möge, damit das gewaltige Material auch entsprechend verarbeitet werden könnte. Herkner erinnert an die zahlreichen beachtenswerten Zeugnisse der Arbeiterschaft selbst, an die Arbeiterbiographien, an die Ausstellungen, an die Publikationen von Arbeiterbriefen und -gedichten. Er weist auf das an Fülle des Materials einzig dastehende Buch Adolf Levensteins *Die Arbeiterfrage* /München, Reinhardt/ hin, über das er sich folgendermaßen äußert: »So kritisch man sich auch gegenüber Methode und Tendenz namentlich der durch Herrn Levenstein veranstalteten Untersuchungen unbedingt verhalten muß, sie bieten zweifellos einige der eigenartigsten und wertvollsten Dokumente für das Verständnis der modernen Arbeiterpsyche dar.« Herkner gibt dann einige Winke, wie die Arbeiterenquete am besten ausgeführt werden könnte und weist auf die günstigeren Resultate von Dr. Marie Bernays, Dr. Sorer, Dr. Morgenstern usw. hin. Treff-

lich charakterisiert der Verfasser das lokale Stammeskolorit der verschiedenen Arbeiter, und er weist in psychologisch äußerst feinen Beobachtungen die Unterschiede der männlichen und weiblichen gelernten und ungelernten Arbeiter nach. Auch über das außerberufliche Leben der Arbeiterschaft weiß er treffliche Worte zu finden. Die ganze Schrift ist eine Wiedergabe eines Vortrags, den Herkner auf einer Tagung des *Vereins für Sozialpolitik* gehalten hatte. Die Diskussion, die sich an den Vortrag schloß, ist der Schrift beigegeben. Die Professoren Alfred Weber, Sinzheimer, Siegfried Kraus und Dr. Edgar Jaffé gaben in ihr sehr wertvolle Anregungen.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Rousseau Der Mann, dessen 200jähriger Geburtstag diesen Sommer gefeiert wurde, ist eins der markantesten Beispiele für die Kraft, die große Persönlichkeiten, deren eigentümliche Begabung und Geistesart sie zu Interpretieren gewisser allgemeinerer Strömungen ihres Zeitalters prädisponiert, in der geschichtlichen Entwicklung ausüben können. Sie finden Ausdrucksweisen, in denen sich wie in einem Brennglas zerstreute Strahlen zu einer Wirkung, die sie vereinzelt nie haben würden, sammeln. Sie potenzieren die Tendenzen und färben sie zugleich modifizierend durch einen Einschub ihrer eigenen Individualität.

Was Taine in seiner Schilderung des *ancien régime* den *klassischen Geist* nennt: das Streben durch logisches Raisonement die allgemeinsten Phänomene der Natur- und Geisteswelt zu zergliedern, vom Wechsel des Geschichtlichen auf die dahinter verborgenen grundlegenden Elemente zurückzugehen, aus einer Einsicht in die *menschliche Natur* zugleich Richtlinien für eine naturgemäß vernünftige Ordnung der menschlich gesellschaftlichen Verhältnisse zu gewinnen, war in Rousseau nicht minder lebendig als in dem Kreis der französischen Enzyklopädisten. Aber mit diesem Zug verband sich, von heißem Mitempfinden für die Not der Geknechteten, von der Sehnsucht nach unverkünstelt einfachem Leben und gefühlsmäßiger Religiosität getragen, der pessimistisch radikalste Zweifel am Wert der historischen Kulturentwicklung. Nicht als eine durch alle Kreuz- und Querzüge am Ende doch aufwärts führende Bewegung stellt sich ihm die Zivilisation dar sondern als ein Irrweg, auf dem die wahre menschliche

Natur ihr Bestes, ihre Güte und ihre Fähigkeit zum Glück, verliert. Hinter den glänzenden Leistungen von Kunst und Wissenschaft, dem Fortschritt der Intelligenz, auf den die Aufklärungsphilosophie so stolz war, gähnt abgrundtiefes Elend der Massen und die Verödung der Herzen. In der genialen, seinen Namen mit einem Schlag überallhin verbreitenden Programmschrift *Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen* verbindet sich ein überraschend tiefer Einblick in das Wesen der Eigentumsentwicklung, in den Zusammenhang von Eigentum und Ausbeutung, in die Instinkte der Habsucht und eiteln Auszeichnungssucht als psychologisch treibende Faktoren der Geschichte mit einer schwärmenden Verklärung des in glücklichem Genügen hinlebenden Naturmenschen. Eine fulminante Anklage, die Wahres und Falsches, Scharfsinn und Träumerei verschmelzend, gerade in dieser Form eine mächtige Resonanz in der Zeitstimmung auslöste, weithin Spuren hinterließ.

Daß eine *Rückkehr zur Natur* in diesem Sinn schlechthin unmöglich sei, darüber gab sich Rousseau der Denker selbstverständlich keiner Täuschung hin. Es fiel ihm nicht ein die Notwendigkeit einer staatlichen Ordnung, die als solche ja immer eine Aufhebung der in dem angeblich idyllischen Naturzustand herrschenden *Freiheit* einschließt, in Zweifel zu ziehen. Aber diese staatliche Ordnung soll, so verlangt er es als Ideal, auf eine Interessensharmonie aller derer, die ihr unterworfen sind, gegründet sein, soll die Freiheit aller nur so weit beschränken als das allgemeine Interesse und der vom Selbstinteresse geleitete Wille aller es verlangt. In seinem *Contrat social*, dessen Deduktionen auf die Formulierung der politisch-demokratischen Forderungen in der großen französischen Revolution so eminenten Einfluß ausübten, hat er die Grundzüge eines gesellschaftlichen Systems, das jener Forderung genügen und von dem Glück wie den Tugenden eines imaginären Naturzustands so viel wie möglich hinüberretten soll, entworfen. Wie in seiner Kritik der Kultur vereinigt sich auch hier tiefboherendes Denken mit weltfremd schweifender Phantastik. Die große Idee einer volkstümlich demokratischen Gestaltung des Staatswesens, die ihm im Gegensatz zu den historischen, auf Gewaltverhältnissen fundierten Staatsgebilden vorschwebt, treibt ihn zugleich zu Konstruktionen, die jede An-

knüpfung an das historisch Gewordene und die darin enthaltenen Entwicklungsmöglichkeiten aus dem Auge verlieren. Statt auf die von der geschichtlichen Bewegung in den Vordergrund geschobenen großen Staaten, die Träger der Entwicklung, auf die Interessen und Klassegegensätze, die sie in ihrem Schoß bergen, den Blick zu heften und sie im demokratischen Sinn zu kritisieren, konstruiert er sich eine Art von Volkssouveränität, deren Verwirklichung, wenn überhaupt, nur in kleinen, primitiven, auf bäuerlicher Grundlage beruhenden, vom Sturm und Drang ökonomischer Interessenkämpfe unberührten Gemeinwesen zu denken wäre. Idealistische Reminiszenzen an Verhältnisse der schweizerischen Heimat und die Heroenzeit der kleinen Republiken des klassischen Altertums spielen hinein. Nicht Frankreich, in dem sich die entscheidende politische Umwälzung vorbereitet, sondern Korsika erscheint ihm als das Land, in dem das Ideal am ehesten Realisierbarkeit besäße. Es fehlt da nur noch die Kunst eines erhabenen Staatsmanns. »Die Kraft und die Beharrlichkeit, mit der dieses Volk seine Macht und seine Freiheit zu erobern und zu verteidigen verstanden hat, verdient, daß ein Weiser es lehren würde die Freiheit zu erhalten. Mir sagt ein Vorgefühl, daß diese winzige Insel eines Tages Europa überraschen wird.« Die Art und Weise, wie er die Probleme stellt und durch abstrakte Rasonnements zu lösen sucht, zeigt in gewisser Hinsicht eine innere Wahlverwandtschaft mit den Formen, in denen der sozialistische Gedanke zuerst bei den Utopisten auftritt. Er hat wie sie den Glauben an definitive, der Relativität geschichtlicher Bedingungen entthobene Lösungen. Doch in dem Rahmen solcher Schranken erhebt sich seine Darstellung zu imponanter Eigenart und Kraft. »Ich will prüfen«, mit diesen monumentalen Worten hebt das geniale Werk an, »ob für die bürgerliche Ordnung ein gesetzmäßiges und sicheres Prinzip gefunden werden kann, wenn man die Menschen nimmt, so wie sie sind, und die Gesetze, so wie sie sein könnten. Ich will versuchen die Nachforschung nach dem, was das Recht erlaubt, mit der Nachforschung nach dem, was das Interesse vorschreibt, zu verbinden, damit Gerechtigkeit und Nützlichkeit nicht von einander getrennt erscheinen.« »Wollte ich«, so heißt es weiter, »nur die Gewalt und was sich auf sie gründet in Erwägung ziehen, so würde ich sagen: Solange ein

Volk gezwungen ist zu gehorchen und aus Zwang gehorcht, tut es gut. Wenn es das Joch abschütteln kann und es abschüttelt, tut es noch besser; denn indem es die Freiheit nach dem selben Recht der Gewalt zurückgewinnt, nach dem man sie ihm genommen, handelt es rechtmäßig, oder aber der an ihm verübte Raub der Freiheit war selbst von vornherein ein unrechtmäßiger.« Ein Recht, das eine wahre Verpflichtung zum Gehorsam in sich birgt, muß mehr, muß etwas anderes sein als jenes Recht, dem die Gewalt, wie sie es schuf, auch jederzeit ein Ende setzen kann. Solch eine innere Autorität aber kommt der Gesetzgebung nur zu, wenn sie auf dem Willen derer, die ihr gehorchen sollen, selbst beruht; wenn die einzelnen im Staatsverband zusammengeschlossenen Personen durch diesen ihren Zusammenschluß eine ihnen übergeordnete Macht stabilisieren, die jedem einzelnen in gleicher Weise Sicherheit der Person und des Eigentums vor den Übergriffen anderer garantiert; eine Macht, deren Gebote, den gemeinsamen auf Ordnung und Sicherheit gerichteten Willen zum Ausdruck bringend, die Freiheit aller nur so weit beschränken als der vernünftige Wille aller es verlangt. So setzt die Idee des Rechts, das mehr ist als Gewalt, die Idee eines Staatsvertrags voraus, dem alle zustimmen müssen; und der in dieser Art gebildete Gemeinwille muß souverän in der Bestimmung der Gesetze sein, durch die er im Interesse aller alle bindet.

Der Staatsvertrag, von dem Rousseau redet, ist nicht wie bei Hobbes ein in die Vorzeit zurückdatiertes angebliches Faktum sondern eine Norm, nach der das in ganz anderer Weise entstandene historische Recht unter einem obersten Gesichtspunkt gewertet und, soweit es angeht, reformiert werden soll. Wenn Hobbes, der Anhänger der von der englischen Revolution gestürzten Stuarts, den Staatsvertrag als einen solchen konstruiert, in dem die einzelnen zum Zweck ihrer gegenseitigen Sicherheit alle Macht und alles Recht auf einen als den Herrscher übertragen haben, ist der Rousseaus ein Rechtsprinzip, das in unversöhnlichem Gegensatz zu jeder Art von Absolutismus den Wahlspruch *Alles für das Volk und durch das Volk!* proklamiert. Das war es, was seine Schrift zu einer Art Brevier der großen französischen Revolution gemacht hat, sowenig mit der nähern Ausmalung, die Rousseau dem Gedanken der Volks-

herrschaft gibt, etwas anzufangen war. Rousseau sah in der Demokratie nicht die politische Entwicklungsform, die den ausgebeuteten Klassen Machtmittel verschafft, um in ihrem, dem Interesse der Volksmajorität, entgegen den Privilegierten, eine gerechte und bessere Ordnung fortschreitend anzubahnen; er projizierte die Demokratie in ein Jenseits der Geschichte, das keine Klassegegensätze und keine politischen Parteien, in denen diese ihren Ausdruck finden, kennt. Ihm fehlte die Idee einer im Kampf der Interessen und durch solchen Kampf im Staat sich vollziehenden, dem Endziel freier Entfaltung aller menschlichen Anlagen zustrebenden Evolution, einer Evolution, die zu allererst die Vorbedingung für eine Harmonie der Interessen und jenen übereinstimmenden Gesamtwillen, der seinem Denken vorschwebt, schaffen könnte. Von solchen Perspektiven, von der Verbindung mit einer realistischen Betrachtung der Gesellschaften im Fluß ihrer geschichtlichen Bewegung losgelöst, verstrickt sich sein Idealismus zum großen Teil in leerformales Postulieren. So in der ganz abstrakten Vorstellung einer tendenziell notwendigen Willensübereinstimmung aller an der Gesetzgebung Beteiligten und in den Deduktionen, daß eine Entäußerung der gesetzgebenden Gewalt an vom Volk gewählte Körperschaften (eine Übertragung, ohne die keine Demokratie unter irgendwie komplizierten Verhältnissen der gesellschaftlichen Struktur bestehen kann) dem Rechtsprinzip widerstreite. Ja, er überspannt die Souveränität des von ihm konstruierten Gemeinwillens bis zu Konsequenzen, die in die elementarsten Sphären individuellen Selbstbestimmungsrechts eingreifen. Da das Bestehen eines gerechten Staates bei den Bürgern tugendhafte Gesinnungen zur Voraussetzung hat, die Tugend aber nach Rousseauscher Ansicht den Glauben an einen strafenden und lobenden Gott und die Unsterblichkeit der Seele nicht entbehren kann, soll das Gemeinwesen befügt sein das Bekenntnis zu solchem Glauben zwangsweise zu verlangen. Eine Folgerung, die dem Gemeinwillen einen Absolutismus zuspricht, der sich von dem, den sein Antipode Hobbes für den monarchistischen Herrscher verlangt, kaum noch unterscheidet.

X **Kurze Chronik** **X**
 Eine für die Detailarbeit ökonomistischer Geschichtsforschung instruktive Übersicht vorhandenen Urkundenmate-

rials geben Dr. Karl Bräuers *Kritische Studien zur Literatur und Quellenkunde der Wirtschaftsgeschichte* (Leipzig, Veit/. X Von der schon früher angezeigten wertvollen Studie von Broda und Deutsch über das internationale Proletariat, die in der Bibliothek der *Dokumente des Fortschritts* herauskam, ist eine französische Übersetzung bei Giard und Brière in Paris erschienen.

X **Literatur** **X**
 Eine Broschüre des Professors W. E. Biermann *Der Abbé Galiani als Nationalökonom, Politiker und Philosoph nach seinem Briefwechsel* (Leipzig, Veit/ bringt eine Auslese charakteristischer Wendungen aus der französischen und italienischen Korrespondenz des witzigen Italieners, dessen gegen die Starrheiten der physiokratischen Theorien polemisierende *Dialoge über den Getreidehandel* bei ihrem Erscheinen im Jahr 1764 außerordentliches Aufsehen machten und auch noch heute berühmt sind. Ein Verächter jeder systematisch theoretischen Untersuchung hat er für das Große und Fruchtbare der auf ein zusammenhängendes Begreifen des ökonomischen Prozesses gerichteten Gedankenarbeit Quesnays und seiner Nachfolger nicht das mindeste Verständnis. Er spricht von den Ökonomen als von »armen, fanatischen Dummköpfen« und dünkt sich ihnen mit seinem skeptischen Relativismus nicht nur in Fragen der aktuellen Tagespolitik sondern auch philosophisch bei weitem überlegen. Seine Stärke ist der spielerische Esprit, den man in den Salons des *ancien régime* vor allem schätzte. Sein Bild erhält durch die hier zusammengetragenen Äußerungen kaum ein neues Licht. Am interessantesten erscheinen ein paar Briefe, in denen er der neapolitanischen Regierung, als deren Gesandtschaftssekretär er in Paris weilte, auf das Beispiel Frankreichs exemplifizierend, Vorschläge zur Bekämpfung der Getreideteuerung unterbreitet, und die ironisch spöttischen Glossen über Erziehung, deren ganzer Zweck auf nichts anderes hinauslaufen könne als die Kinder an ein Ertragen von Ungerechtigkeiten und Langeweile zu gewöhnen.

Geschichte / Paul Kampfmeyer

Deutsche Einheitsbewegung Für die deutsche Einheitsbewegung hat Gustav Freytag seine besten Kräfte eingesetzt. Er ist begeisterter

preußischer Deutscher gewesen, und sein Schaffen als politischer Schriftsteller ist eng mit dem Werden des preußisch-deutschen Kaisertums verknüpft. Aus dem Nachlaß Gustav Freytags hat nun jüngst Wilhelm Rudek eine Reihe von Aufsätzen ausgewählt, die durch manchen, von Freytag selbst erlebten Zug die deutsche Geschichte vervollständigen. Diese *Erzählungen und Geschichten aus schwerer Zeit* /Leipzig, Fiedler/ bereichern in der Erzählung *Ein Pfarrhaus im Kriege* die Geschichte der deutschen Kämpfe von 1806 und 1813. Die Erzählung ist im wesentlichen ein Auszug aus einer Chronik, die der Pfarrer des gothaischen Ortes Kleinfahner über seine und seiner Gemeinde Erlebnisse in den Kriegsjahren von 1806 und 1813 verfaßt hat.

In den *Bildern von der Entstehung des Deutschen Reichs* /Leipzig, Fiedler/, die auch von Rudek gesammelt und herausgegeben sind, ist der Aufsatz *Aus der Geschichte der Ächtung des deutschen Einheitsgedankens* eine treue, fast aktenmäßige Wiedergabe der Ungeheuerlichkeiten des Demagogenprozesses Fr. Lud. von Mühlentfels'. Sehr viel Stockpreußisches steckt dann in Freytags Aufsätzen aus den Zeiten der Kämpfe 1848-1849, wenn er sich zum Beispiel bemüht Bayern im Unterschied von Preußen »als ein zufälliges Konglomerat von Landestrümmern« zu erweisen. »Wir wissen«, meint Freytag, »auch Bayern ist als Staat eine Lüge, etwas werden kann es nur in Verbindung mit den Nachbarn.« Packend schildert dann Freytag die Philisterangst vor hereinbrechenden Gewalttaten nach der Revolution von 1848 in seinem Aufsatz *Der Konstablerismus nach 1848*. Er erzählt witzig: Ein ange-trunkener Schustergeselle fällt ins Wasser, aber keiner springt ihm helfend bei. In seiner Todesnot schreit er: »Ihr Kanailles, ihr laßt einen ehrlichen Mann versaufen. Hecker hoch!« Und sofort retten zwei Unteroffiziere den Ertrinkenden und führen ihn ins Kriminalgefängnis. Den Zusammenhang der deutschnationalen Geschichtsschreibung mit der deutschen Einheitsbewegung hat Freytag lichtvoll in dem Aufsatz darge-tan *Der Einfluß des Jahres 1848 auf die deutsche Wissenschaft, insbesondere auf die Geschichtswissenschaft*. Der leidenschaftliche preußische Patriotismus Gustav Freytags hat selbstverständlich manches Schiefe und Einseitige in die deutsche Geschichte hineingeschaut. So meint er einmal in dem Aufsatz *Der Friede von 1866*: »In dem Staat der

Hohenzollern ist den Deutschen zuerst eine Eigenschaft geworden, welche in ihrem Wesen seit der Urzeit zu schwach an Mitteln war: behende Hingabe des einzelnen an den Staat.« Einige der Stimmungsbilder Gustav Freytags aus dem Krieg 1870-1871 haben einen gewissen historischen Wert.

Der preußisch-deutsche Patriot nimmt in Freytag noch alles gefangen. Für soziale Erscheinungen, und diese drängten sich im Jahr 1848 doch wirklich massenhaft auf, ist sein Auge blind und sein Ohr taub. Noch nach der großen, Deutschland sozial aufrüttelnden Lassalleschen Agitation ist der Sozialismus für Freytag etwas Unbegreifliches, ja sogar Grundverkehrtes, wenn nicht Verbrecherisches. Freytag schreibt in seinem Aufsatz *Der erste Norddeutsche Reichstag*: »Nun sind die Wahlen weit konservativer ausgefallen als man dem ersten Ent-scheid größerer Städte anzunehmen geneigt war. . . Nur unter der Arbeiterbevölkerung größerer Städte regten sich die Sozialisten, der Reichstag wird wahr-scheinlich einige dieser Gesellen zu er-tragen haben.«

× Schleswig ×
 Von großem zeitgeschichtlichen Wert ist das Werk M. Mackesprangs *Nordschleswig von 1864 bis 1911* /Jena, Diederichs/. Es ist die ganz aktuelle Geschichte des Scheiterns preußischer Machtpolitik in Nordschleswig. Der Bevölkerung von Nordschleswig war 1866 feierlich versprochen worden, daß sie über ihren Anschluß an Dänemark selbst bestimmen sollte. In dem zwischen Preußen und Österreich abgeschlossenen Frieden war nämlich im § 5 extra festgelegt worden, daß »die nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn deren Bevölkerung durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben sollte mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen«. Aber dieses Versprechen ist der dänisch gesinnten Bevölkerung nicht nur nicht gehalten worden, sondern ihre Eigenart, ihre nationalen und kulturellen Bestrebungen sind brutal unterdrückt worden. Die preußische antidänische Gewaltpolitik hat 2 Hönepunkte gehabt: die Jahre 1870 bis 1878 und die Jahre 1898 bis 1903. Die Geschichte der Unterdrückung des Dänentums spricht sich in folgenden Haupttatsachen aus: 1878 wurde im Vertrag Preußens mit Österreich der § 5 aufgehoben. Durch das Sprachgesetz von 1876 und die Schulverfügung von 1878 wurden Verwaltung und Gericht ganz,

die Schule halb deutsch. Die Sprachverfugung von 1888 führte die sprachliche Unterdrückung ganz durch. In der selben Richtung wirkte auch die zwar im stillen, aber zielbewußt betriebene Verdeutschung der Staatskirche. Die Ausweisungspolitik dänischer Staatsangehöriger nahm unter Köller direkt ungeheuerliche Dimensionen an. Während der *Köllerzeit* sind 800 bis 1000 Personen aus Nordschleswig ausgewiesen worden. Als der Oberpräsident Köller gefragt wurde, welches Gesetz denn die dänischen Diensthofen verletzt hätten, antwortete er: »Keins, aber durch ihre Ausweisung werden die fanatischen Prinzipale getroffen.« Ferner suchte das Köllerregiment in das Erziehungsrecht der Eltern einzugreifen. So forderte der *Deutsche Verein* die Vormünder, Gemeindevorsteher usw. auf alle Fälle von antideutscher Erziehung »unverzüglich dem Amtsgericht mit dem Antrag auf Aberkennung der Erziehungsrechte anzuzeigen«. Und was hat nun die *Politik der festen Hand* erreicht? Der dänische Wählerverein steigerte seine Mitgliederzahl von 1898 bis 1910 von 3034 Mitgliedern auf zirka 6600, der Schulverein von 4781 auf 8222, der Sprachverein von 1614 auf zirka 5400. Das bedeutet eine tatsächliche schwere Niederlage der ganzen Preußenpolitik.

✕ **Kurze Chronik** Zur Rousseaufeier in Genf wurde eine historische Rousseauausstellung eröffnet und außerdem das Institut J. J. Rousseau, eine freie Akademie der Erziehungswissenschaften, gegründet. ✕ Am 1. Juli ging in London die kulturgeschichtlich bedeutsame *Londoner Buchhändlerbörse Stationers Hall* ein. Bei dieser Behörde mußte früher jedes in England publizierte Buch eingetragen werden, um den gesetzlichen Schutz zu genießen. Bereits 1553 war die ursprüngliche Buchhändlerbörse gebaut. Noch jetzt wird der Platz gezeigt, wo feierlich die Schriften verbrannt wurden, die als ketzerisch von den kirchlichen Behörden auf den Index gesetzt waren. ✕ Das jüngst gegründete *Deutsche Haus* der Universität von Pennsylvania (Philadelphia) soll der Erforschung der Geschichte der Deutschen in Amerika dienen. ✕ Das *Deutsche Haus* der Columbiauniversität in New York soll eine akademische Auskunftsstelle und eine Stätte des Studiums der zeitgenössischen deutschen Literatur sein. ✕ Die Siedlungsgeschichte der Menschheit, die in Leipzig im Institut für Kultur- und Uni-

versalgeschichte von Professor Lamprecht gepflegt wird, soll in einer Sonderabteilung der *Internationalen Bauausstellung* in Leipzig zur Darstellung kommen. ✕ Die kultur- und literaturhistorisch so wichtigen Grimmschen Märchen erschienen vor 100 Jahren. In der *Frankfurter Zeitung* widmete am 2. Juli Dr. Paul Zauert dem 100jährigen Jubiläum der Grimmschen Märchen einen anregenden Aufsatz.

✕ **Literatur** *Der sterbende Napoléon*, ein unveröffentlichtes Tagebuch von Hudson Lowe,

herausgegeben, eingeleitet und mit einem Anhang versehen von Paul Frémeaux /Berlin, Reiß/ enthält die Krankheitsberichte, die uns über den Fortgang des zum Tode führenden Leidens des großen Korsen unterrichten. Immer gewaltiger wird die Napoléonliteratur, die seit dem letzten Jahrzehnt springflutartig in die Höhe geht. Das Interesse an dieser übertragenden weltgeschichtlichen Persönlichkeit wird noch lange Zeit steigen, da der Reichtum des Gegenstands eine Erschöpfung verhindert. ✕ Seit der Zeit, da *Alexandre Dumas* seinen letzten Federzug an seinem *Napoléon Bonaparte* tat, ist eben die Napoléonforschung gewaltig in die Breite und Tiefe gewachsen. Und das, was uns Dumas, der schrankenlose Bewunderer, von dem großen Korsen zu erzählen weiß, ist noch vielfach ganz in die Napoléonlegende getaucht. Das nimmt jedoch nicht dem Dumasschen Werk die Bedeutung einer lebendigen künstlerischen Schöpfung, die uns noch heute durch ihre dramatisch bewegten Schilderungen im Bann hält. Es ist daher verdienstlich, daß die Francksche Verlagsbuchhandlung das *Dumassche* Buch, von Dr. Heinrich Elsner übersetzt und von Max Pannwitz neu bearbeitet, wieder herausgegeben hat. Das Werk ist reich illustriert. Der Herausgeber führt selbst als beste Kritik dieses *Geschichtswerks* die Tatsache an, daß sich Dumas bei seinen Angaben über die Schlagkräfte und Schlachtverluste durchweg auf die Ziffern Napoléons stützte. Napoléon trieb aber mit seinen Ziffern immer eine geschickte Kriegs- und Siegespropaganda und scheute sich nicht ruhig das Wort auszusprechen: »Die Lüge, einmal geboren, stirbt nicht.« Wer sich über Napoléon fesselnd unterhalten will, der wird auch heute noch Dumas gern lesen. ✕ Eine gedrängte, anschauliche Darstellung der Urzeit bringt Professor Dr. Moritz Hoernes in seiner *Kultur der Urzeit*. Das Werkchen, das in der *Sammlung*

Gösch erschien, behandelt in 3 knappen Bändchen die Steinzeit, die Bronzezeit und die Eisenzeit. Die volkstümliche Schilderung der Entwicklungsphasen der Urzeit wird wertvoll durch ein reiches Bildermaterial unterstützt, so daß der Leser, der auch ohne Vorstudien in dieses schwierige Stück der Kulturgeschichte eindringen will, eine klare, plastische Vorstellung von der Urzeit gewinnt.

Hygiene / Ludwig Frank

Krebsforschung Die beiden Würgengel unserer Zeit, Krebs und Tuberkulose, beschäftigen in immer steigendem Maß den Forschertrieb, und ihre Bekämpfung bildet die Lebensaufgabe der Wissenschaftler. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts hat man geglaubt durch intensive Laboratoriumstätigkeit und geniale Hypothesen pathologischer und bakteriologischer Natur die letzte Ursache des Krebses ergründen zu können, und der Tuberkulose hat man mit am Reagenzglas erdachtem Verfahren therapeutisch beizukommen versucht.

Czerny in Heidelberg ist es zu verdanken, daß allen diesen Bestrebungen, soweit sie die Krebsforschung betreffen, in dem von ihm mustergültig geleiteten *Samariterhaus* respektive dem Heidelberger Institut für Krebsforschung eine Zentrale geschaffen wurde. Unter seiner Leitung werden dort alle die Methoden praktisch an einem ungeheuren Material Krebskranker erprobt, die nur einigermaßen Aussicht auf Erfolg bieten und sich irgendwie wissenschaftlich begründen lassen. Ich nenne nur die Fulgurisation, die Behandlung mit Röntgenstrahlen, vor allem in ihrer Tiefenwirkung, Salvarsanbehandlung maligner, inoperabler Geschwülste usw. In der neuesten Zeit hat eine Reihe von weiteren Forschern sich bemüht das große Problem des Krebserrögers zu ergründen. Es ist meine Aufgabe über diese neuesten Forschungsergebnisse hier zu berichten.

Vor kurzer Zeit machte eine Nachricht die Runde durch die Tageszeitungen, wonach es einem Pariser Arzt, Dr. Odin, gelungen sein sollte im Blut Krebskranker einen Mikroorganismus zu finden, dem er den Namen *Haemamoeba neoformans* gab. Dr. Odin ging nach den Angaben, die er dem Pariser Mitarbeiter des *Corriere della Sera* gemacht hat, von der Entdeckung des Pariser Chirurgen Doyen aus, der in Krebstumoren den *Micrococcus neoformans* fand und als Erreger

des Krebses ansah. Die wissenschaftliche Welt hat bislang weder die Ergebnisse Doyens noch die Odins anerkannt.

In der *Münchener medizinischen Wochenschrift* macht Dr. Spude mit einer neuen Methode der Krebsbehandlung bekannt, die auf einer geistreichen Kombination physikalischer und chemischer Prinzipien aufgebaut ist. Spude geht von der Tatsache aus, daß Arsen in vielen Fällen von Krebs Heilungen dadurch bewirkt, daß es deletär auf die Krebszellen einwirkt. Dies wird hauptsächlich dadurch erzielt, daß das Arsen als Kapillargift durch Schädigung der Blutkapillaren zu einer maximalen Hyperämie und starker fibrinöser Transsudation in das Gewebe führt, die dann wieder die Krebszellen in erster Linie zerstören respektive verflüssigen und in ihrem Wachstum hemmen. Diese indirekte Arsenwirkung versucht nun Spude dadurch zu steigern, daß er die Geschwulst und ihre nächste Umgebung mit einem sehr feinkörnigen magnetischen Eisenpräparat infiltrierte und auf diese feinsten Eisenkörnchen einen Wechselstrommagneten zur Einwirkung brachte. Die dadurch herbeigeführte Vibration der Eisenkörnchen bewirkte eine Schädigung der Gefäße und unterstützte so die oben angegebene Wirkung des Arsens. Spude teilt 2 Fälle von Hautkrebs mit, die durch diese Methode vorläufig geheilt werden konnten; weiteren Versuchen bleibt die Nachprüfung dieser jedenfalls interessanten Experimente vorbehalten.

Im Gegensatz zu dieser elektromagnetischen Reizarsenbehandlung des Krebses stehen die chemotherapeutischen Versuche, die Neuberg und Caspary am 17. Juli dieses Jahres in der Sitzung der *Medizinischen Gesellschaft* zu Berlin bekannt gaben. Die genannten Forscher benutzten zu ihren Studien eine der vielen Schutzvorrichtungen im tierischen Organismus, nämlich die Autolyse. Man weiß, daß das bedrohte Individuum in die Tumormassen Fermente sendet, die das wuchernde Gewebe verdauen respektive verflüssigen. Neuberg und Caspary haben nach langen, mühseligen Versuchen organische Verbindungen und Komplexformen hergestellt, die in ihrem Molekül Metallkerne enthalten und Derivate des Platins, Silbers, Kupfers, Goldes, Zinns usw. darstellen. Infolge einer spezifischen Tumoraflinität gelangen diese Stoffe, wenn man sie in die Blutbahn einspritzt, in die Geschwulstmasse und lagern hier ihre Metalle in kolloidaler Form ab. Da-

durch wird eine Steigerung in der verdauenden Wirkung der Fermente erzielt, die in kurzer Zeit zu einer völligen Erweichung, Verflüssigung und Höhlenbildung des Tumors im Versuchstier führt. Das Besondere an den Neuberg-Casparyschen Versuchen ist die günstige Wirkung der tumoraffinen Mittel auf Tumoren, aufsteigend bei Maus, Ratte und Hund. Versuche beim Menschen sind bis jetzt noch nicht publiziert.

In allerjüngster Zeit haben sowohl beim Laien- als auch beim Arztpublikum Versuche von sich reden gemacht, die ein Arzt in Weilheim Dr. Zeller an Krebskranken gemacht hat. Die Erfahrungen dieses Wissenschaftlers, eines Czernyschülers, fußen auf der Heilwirkung, die Kieselsäure nach Beobachtungen alter Ärzte bei Krebskranken entfaltet haben soll. Zeller kombiniert mit der innerlichen Anwendung dieses vergessenen Mittels die äußerliche Behandlung der krebsigen Geschwülste mittels einer Arsenik-quecksilberpaste, wie sie mit Erfolg bereits von Astley Cooper, Hutchinson und Dupuytren verwandt worden war. Zeller hat von 57 Fällen bereits 44 auf diese Weise einstweilen zur Heilung gebracht; bei fast allen Fällen handelte es sich um leicht zugängliche Krebse. Es ist in hohem Maß anzuerkennen, daß Zeller in seiner Publikation ausdrücklich betont, daß die Panazee gegen das Krebsübel vorläufig immer noch die rechtzeitige Operation bedeutet, und daß seine Methode nur bei inoperablen oder ganz leicht zugänglichen Krebsgeschwülsten Anwendung finden soll.

Überblicken wir die Krebsforschung der letzten Jahre, so müssen wir anerkennen, daß manches tüchtige Stück Arbeit geleistet worden ist, und daß uns die Hoffnung bleibt im Kampf gegen diesen Erbfeind des menschlichen Lebens Schritt für Schritt an Terrain zu gewinnen. Das wichtigste Mittel wird aber wohl dauernd die rechtzeitige Operation bleiben. Aufklärung der Massen, diagnostische Schulung der Ärzte, Verfeinerung der chirurgischen Technik, Heranziehung aller modernen Hilfsmittel in der Nachbehandlung, eine genaue amtliche Statistik werden im Verein in immer mehr Fällen den Kampf gegen den Krebs allmählich aussichtsreich gestalten.

× Krankenkassentag ×
 Von hoher Bedeutung waren die Verhandlungen des 19. deutschen Ortskrankenkassentags, der vom 18. bis zum 20. August

in Köln abgehalten wurde. Der Kongreß des Verbands, der 5 Millionen deutscher Versicherter vertritt und damit die größte Mitgliederzahl aller deutschen Organisationen aufweist, beschäftigte sich, wie durch das Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungsordnung nicht anders zu erwarten war, in erster Linie mit der Stellung der Krankenkassen zu den Ärzten, vor allem zu deren Standesorganisation, dem Leipziger Verband. Brachel-Köln nahm gegen die nach seiner Ansicht überspannten und einseitigen Forderungen der Ärzteschaft Stellung, erklärte sich aber bereit gemäß dem Vorschlag des preußischen Ministers des Innern von Dallwitz mit den Ärzten über ein allgemeines Tarifabkommen zu verhandeln, das jedoch nicht für ganz Deutschland die freie Arztwahl im Sinn des Leipziger Verbands einführen dürfe. Die gleiche Stellung vertritt der Bericht über die Tätigkeit des Verbands im Geschäftsjahr 1911-1912, der von der Dresdener allgemeinen Ortskrankenkasse erstattet wurde. In dem Bericht wurde außerdem der außerordentlichen Bedeutung des Verbands für die Mutterschutzbestrebungen, die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, der Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, der Mißstände im Wohnungswesen und des Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten gedacht.

× Kurze Chronik ×
 In Wien verschied am 30.

Juli Hofrat Dr. E. von Neuber, einer der berühmtesten Kliniker der Wiener medizinischen Fakultät, der bedeutendste Vertreter der sogenannten *alten Wiener Schule*, im 60. Lebensjahr. Er war, wie sein berühmter Lehrer Bamberger, ein hervorragender Forscher, dabei ein ausgezeichnete Lehrer, vor allem berühmt durch seine hervorragenden Diagnosen interner Krankheiten. × Professor Romberg, der bisher den Tübinger Lehrstuhl für innere Medizin innehatte, siedelt mit Beginn des Wintersemesters nach München über, wo er die Lehrkanzel Friedrich von Müllers einnehmen wird, der an Stelle des verstorbenen Josef von Bauer zum Leiter der 1. medizinischen Klinik und Direktor des städtischen Krankenhauses in München ernannt wurde. × Interessante Mitteilungen über das japanische Lueticerbád Kusatsu gibt Dr. Papellier in der *Münchener medizinischen Wochenschrift*. Bekanntlich spielt bei der Bevölkerung Japans das heiße und viele Baden eine große Rolle in der Gesund-

heutspflge. Diese Vorliebe des Japaners wird durch den ungeheuren Reichtum des Landes an Thermen unterstützt, von denen man im ganzen 1100 gezählt hat. Eine der bekanntesten ist Kusatsu, 200 Kilometer nördlich von Tokio, in den sogenannten *japanischen Alpen* gelegen. Die Quellen von Kusatsu sind teils saure Vitriol- teils saure Alaunvitriolquellen, ihre Temperatur schwankt zwischen 60,6 und 63,9° Celsius. Die Bäder werden derart heiß genommen, daß der Körper eine vollständige Schälkur durchmacht. Die hauptsächlichsten Erfolge werden bei Lues erzielt, selbst im tertiären Stadium, dann bei Gicht, Rheumatismus und bei Lepra. Das Lepraviertel liegt etwa 1 Kilometer unterhalb des eigentlichen Badeorts; die Kranken halten sich, der berühmten Thermen von Kusatsu willen, dort auf. Die strenge Isolierung der Leprösen von den übrigen Kranken ist bis jetzt in Japan noch nicht durchgeführt worden.

✕ **Literatur** ✕ In seiner *Sozialen Pathologie* (Berlin, Hirschwald/ bringt Dr. Alfred Grot-

jan eine reiche Fülle statistischen Materials und medizinischen Wissens. Alle Krankheiten und Krankheitsformen sind in Beziehung zu sozialen Einflüssen und Schädigungen gebracht, und wenn der Verfasser (bekanntlich einer der ersten Sozialhygieniker Deutschlands) in der Herstellung der Beziehung auch manchmal zu weit geht, so bietet das Werk doch für jeden, der sich mit sozialer Hygiene befaßt, eine reiche Quelle übersichtlich angeordneten Tatsachenmaterials. ✕ Eine gute, leichtfaßliche Broschüre *Wie verhütet man die Übertragung der Lungentuberkulose?* hat der Kurarzt Dr. O. Amrein in Arosa geschrieben (Wiesbaden, Abigt.). Der Verfasser setzt sich hauptsächlich dafür ein, daß der bazillenhaltige Auswurf Tuberkulöser durch Aufstellung von Spucknapfen in allen Räumen, wo sich Menschen aufhalten, vor allem aber in Gasthöfen, Kirchen usw. unschädlich gemacht wird. Im übrigen bringt die 41 Seiten starke Abhandlung die bekannten Leitsätze einer rationalen Tuberkulosebekämpfung. Sie verdient weiteste Verbreitung.

Rechtswissenschaft / Otto Lang

Strafrechtsreform Die von sozialistischer Seite am Vorentwurf zum Strafgesetzbuch geübte Kritik scheint bei der vom Reichsjustizamt

eingesetzten Strafrechtskommission wenig Eindruck gemacht zu haben. Bis jetzt hat sie gar nichts getan, um den Vorentwurf zu widerlegen oder auch nur abzuschwächen, daß die Regierung sich im künftigen Strafgesetzbuch eine Waffe zur Bekämpfung der Arbeiterschaft schmieden will.

Unsere Kritik richtete sich namentlich gegen die §§ 131 und 134 des Vorentwurfs, § 110 des geltenden Strafrechts bedroht denjenigen, der öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung von Schriften zum Ungehorsam gegen Gesetze oder behördliche Anordnungen auffordert, mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder Gefängnis bis zu 2 Jahren. Der Vorentwurf will nun nicht nur die Aufforderung sondern schon die **Aufreizung** zum Ungehorsam unter Strafe stellen; ferner die Strafdrohung auf denjenigen ausdehnen, der »begangene Verbrechen verherrlicht«. Auch sollen, damit der Nachweis der Öffentlichkeit erleichtert wird, die Worte »vor einer Menschenmenge« gestrichen werden. Endlich will der Vorentwurf das Maximum der Geldstrafe von 600 auf 2000 Mark erhöhen. Andererseits schränkt er den Tatbestand dadurch etwas ein, daß er eine »Gefährdung der gesetzlichen Ordnung« fordert. Durch die Abänderungen, die die Strafrechtskommission zu diesem Paragraphen beschlossen hat, wird seine Gefährlichkeit wesentlich erhöht. Um die einzelnen Tatbestände noch schärfer hervortreten zu lassen, schlägt sie vor die Vorschrift in 3 Paragraphen zu zerlegen, von denen der eine sich gegen die Aufwiegelung zum Ungehorsam, der andere gegen die Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung und der 3. gegen die Verherrlichung von begangenen Verbrechen richtet. Ferner will die Kommission die Anreizung zur Begehung von strafbaren Handlungen stets, also auch dann bestrafen, wenn durch sie die gesetzliche Ordnung nicht gefährdet worden ist. Endlich hat sie das Wort **aufreizen** durch den noch vagren Ausdruck **anreizen** ersetzt. Erinnert man sich an das Geständnis in den Motiven: daß es sich für den Gesetzgeber darum handle Schlingen zu legen, in denen auch die »geschulten Agitatoren« hängen bleiben, so kann man sich leicht vorstellen, zu welchen Feinheiten der Interpretation der Ausdruck **anreizen** Gelegenheit geben würde.

Nicht viel erfreulicher ist das Schicksal des § 124 im Vorentwurf, der an die

Stelle des jetzt geltenden § 126 treten soll. Der letztere droht demjenigen Strafe an, der den öffentlichen Frieden durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens stört, wobei unter gemeingefährlichen Verbrechen nur die im 27. Abschnitt des Strafgesetzbuchs aufgeführten strafbaren Handlungen (Brandstiftung, Beschädigung von Wasserleitungen usw.) gelten. Der Vorentwurf will nun diesen Tatbestand dahin erweitern, daß jeder mit Gefängnis bestraft wird, der durch »gemeingefährliche Drohung« den öffentlichen Frieden stört. Und die Strafrechtskommission schlägt vor zu sagen »Drohung mit einem Verbrechen oder Vergehen«, also beispielsweise auch mit einem Vergehen gegen die öffentliche Ordnung. Es läßt sich denken, wie mancher, zumal in aufgeregten Zeiten, in den Maschen eines solchen Gesetzes hängen bliebe.

Daß der Kampf gegen diese Art Strafrechtsreform energisch fortgesetzt werde, ist um so notwendiger als die Gefahr besteht, daß die deutsche Strafrechtsreform auch im Ausland Schule macht und zum Vorbild genommen wird. Die Wichtigkeit aller dieser Fragen ist neuerdings in einem Vortrag des Rechtsanwalts Dr. S. Weinberg dargelegt worden, der unter dem Titel *Das Vereinigungsrecht und die Gewerkschaften im Handlungsgehilfenverlag* in Berlin erschienen ist.

× **Frankreich:** Nach langen oft stürmischen Debatten hat die Deputiertenkammer am 13. Juli

das Gesetz über die Verhältniswahl angenommen, freilich in einer Fassung, die von der ursprünglichen Regierungsvorlage in wesentlichen Punkten abweicht. Immerhin: Der Gedanke des proportionalen Wahlsystems hat einen Sieg errungen, der den Proporzfreunden auch außerhalb Frankreichs zustatten kommen wird. Zurzeit werden die französischen Abgeordneten in den Arrondissements gewählt. Da die Zahl der letzteren 362 beträgt und die Zahl der Abgeordneten nicht ganz 600, entfallen auf den einzelnen Wahlkreis im Durchschnitt 1 bis 2 Mandate. Dieser Zustand führte unter der Herrschaft des jetzigen Wahlsystems zu einer Abhängigkeit des Abgeordneten von seinen Wählern, deren korrumpierende Folgen sich häufig genug in der Verwaltung spürbar gemacht haben. Das neue Wahlgesetz macht die Departements zu Wahlkreisen, die auf je 70 000 französische Einwohner und einen Bruch-

teil von mehr als 20 000 einen Abgeordneten wählen. Die Größe der Departements (es sind deren 87) ist sehr verschieden; das kleinste zählt 92 000 Einwohner, das größte 3¼ Millionen. Im Durchschnitt beläuft sich die Einwohnerzahl der Departements auf 450 000 und die Zahl der Vertreter auf 6 bis 7. Da die Ausländer bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 39 Millionen Seelen nur wenig mehr als 1 Million ausmachen, ist es nicht von Belang, daß der Berechnung der Zahl der Vertreter nur die einheimische Bevölkerung zugrunde gelegt wird. Von größerer praktischer Bedeutung ist, daß das Wahlgesetz durch die sogenannte *Prämie* die Mehrheitsparteien begünstigt. Wenn nämlich eine Liste die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, so muß ihr ein Mandat mehr zugeteilt werden als ihr nach proportionaler Verteilung zukommt, sofern nicht ohnedies die absolute Mehrheit der zu wählenden Abgeordneten auf die betreffende Liste entfällt. Diese Benachteiligung können die Minderheitsparteien unter Umständen durch das Apparentement, die sogenannte *Listenkoppelung* wieder ausgleichen. Wenn zwei Parteien ihre Listen koppeln, so werden die Restzahlen der letzteren zusammengerechnet. Sie haben dann möglicherweise Anspruch auf einen weiteren Vertreter, während die Listen ohne dieses Hilfsmittel leer ausgehen würden. Als eine Besonderheit ist die Bestimmung des Wahlgesetzes hervorzuheben, wodurch die Wahlauftrufe nur an den vom Gemeinderat für diesen Zweck angewiesenen Stellen plakatiert werden dürfen. Alle Parteien erhalten gleich große Flächen für den öffentlichen Anschlag. Noch hat das Wahlgesetz die Beratung im Senat zu passieren. Die Aussichten, daß es auch hier eine Mehrheit findet, sollen nicht ungünstig sein.

× **Kurze Chronik:** Über den Fortgang der Reichsjustizreform hat die Regierung im Reichstag folgendes erklärt: Die Fertigstellung des neuen Strafgesetzbuchs sei für das Jahr 1917 in Aussicht genommen. Bis dahin soll die Reform des Zivilprozesses zurückgestellt bleiben und die Reform des Strafprozesses soll erst wieder aufgenommen werden, wenn die Neugestaltung des Strafrechts in den Grundzügen festgelegt ist. × Die Polizeidirektion München hat gegenüber dem bayrischen Preßverband den Wunsch geäußert, er möchte dahin

wirken, daß die Berichterstattung über Sittlichkeitsverbrechen eingeschränkt wird. X Eine internationale Konferenz, die diesen Sommer im Haag tagte, hat den Entwurf für ein Weltwechselrecht durchberaten. X Die Zahl der Kaufmannsgerichte in Preußen belief sich Ende 1911 auf 177, die Zahl der bei ihnen anhängig gemachten Klagen auf 17 593. Davon entfallen nicht weniger als 6042 auf das Kaufmannsgericht Berlin.

X Literatur

Unter dem Titel *Freiheit des Gewissens und des Wissens* erschienen im Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig einige Abhandlungen des ehemaligen Ministers L. Luzzatti, Professors an der Universität Rom, als *Studien zur Trennung von Staat und Kirche*. X In der Schrift *Gesetz und Urteil* /Berlin, Liebmann/ beantwortet Dr. Carl Schmitt die Frage, wann eine richterliche Entscheidung richtig sei. Er lehnt die Auffassung ab, daß der Wille des Gesetzgebers oder des Gesetzes dafür das Kriterium abgebe, der Richter somit unter allen Umständen an den Wortlaut des Gesetzes gebunden sei. Er vindiziert dem Richter vielmehr, in Annäherung an die Freirechtsschule, eine unabhängigere Stellung. Eine richterliche Entscheidung ist nach dem Verfasser dann richtig, »wenn sie voraussehbar und berechenbar war«, mit anderen Worten: wenn ein anderer Richter ebenso entschieden hätte. Unter dieser Voraussetzung könne auch ein Entscheid *contra legem*, ein Entscheid, der mit dem Gesetz in Widerspruch steht, richtig sein. Dieses Ergebnis der Untersuchung befriedigt deshalb nicht, weil es nur ein formales Kriterium der Richtigkeit aufstellt, das zum materiellen Inhalt des Urteils kein notwendiges Verhältnis hat.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Köln Diese Ausstellung hat sich die Aufgabe gestellt einen Überblick über die neue Kunst der letzten Jahre in unseren Ländern des Kontinents zu geben und den Zusammenhang mit ihren Klassikern klarzulegen, das heißt mit van Gogh, Cézanne und Gauguin. So wichtig und gut diese Tendenz ist, so tritt sie für uns vorerst vollständig hinter der einfachen Tatsache zurück hier über 100

van Goghs zusammenzufinden, das heißt einen Überblick über das ganze Lebenswerk des Künstlers. Wenn auch viele seiner Bilder einzeln von den Berliner Ausstellungen her bekannt waren, so ist die ganze Breite seines Arbeitens, das leidenschaftliche und nicht nachlassende Eindringen in seine Art Kunst doch nie so deutlich gewesen. Ein kleiner Raum zeigt seine Erstlingssachen, die er im Alter von etwa 30 Jahren machte: und nie hätte man das für die Anfänge van Goghs gehalten. Sehr tief-tonige, altmeisterliche Bilder, teils Stilleben (Krüge mit zwei Melonen), ein Sonnenuntergang und Trinker um den Tisch, alles Sachen, in denen eine ganz sichere und geschickte Arbeit drinsteckt, die ihren Weg schon im voraus sieht und sich in dem festen Rahmen mit großer Routine zu bewegen weiß. Dann ist im einzelnen, zum Beispiel in den Blumenstücken, die sonst noch vollständig in dem braunen Farbenschema gehalten sind, schon etwas von der wesentlichen Art, wie van Gogh die Form faßt, enthalten. Man sieht in ein farbiges Bildchen ungeduldige Farbenstriche hereingezogen, die der Kraft des Formeindrucks nachhelfen wollen, und die entstanden scheinen in der Ungeduld das Leben nicht halten zu können. Hier und in allem Weiteren, das nun der Zeit nach folgt, glaubt man überhaupt zu sehen, wie van Gogh alles, was er gekonnt und gewußt, eines ums andre, als eine Art Opfer dargebracht hat, und wie er auch nicht die Gefahr gescheut hat alles, was er konnte, zu verlieren. So leidenschaftlich bis ins letzte alles hingeben hat wohl kein zweiter neben ihm, bis er schließlich dastand wie ein Kind ohne ein Hilfsmittelchen, links und unbeholfen vor der immensen Natur. Etwas Herrliches ist es diese immer neuen Versuche zu sehen, in denen oft diese und jene Anklänge noch mitschwingen, bis ihm schließlich aber auch wirklich das Gnadengeschenk der Natur zugefallen zu sein scheint vor ihr zu stehen, so rein wie seine Kinderseele es forderte. Die Formen stehen ihm da ganz kindlich fest, und wenn sie auch alle Reflexe des Umher in sich aufnehmen, so haben sie sich doch in keiner Weise zu irgendwelchen Luftgebilden aufgelöst, sondern meist ist ihrer Geschlossenheit noch mit einer einfachen Kontur nachgeholfen. Seine Flächen scheinen das Sonnenlicht aufgezogen zu haben, so daß man denken könnte, sie hätten Eigenlicht. Fast am vollkom-

mensten ist mir nach wie vor die *Arlésienne*. Auch unter den verschiedenen Olivenernten ist eine, in der wohl alle drin ist, was van Gogh geben konnte. Es ist hier allererste Frühe, und die Oliven sind noch in dem weißlichen Tauschleier, und darüber ist ein Himmel, fast ist es reinstes Grün. Das Eindringliche eines solchen Himmels, der von Farbe durchsogen ist wie von irgendeinem Ferment, und wo der Raum selbst Farbe und Licht zu sein scheint, das hat der glückliche van Gogh hier machen können. Dann das Selbstporträt, mit der eigensinnigen, schwer arbeitenden Stirn, und seine helle Stube: das alles ist für mich reinstes Herrlichkeit. Aber über dieses alles ist van Gogh noch hinweggegangen. Es ist ihm offenbar noch nicht genug geschienen. Sein immenser Drang der Natur immer näher und näher zu kommen und schließlich die Dynamik des Lichts selbst gar zu geben hat ihm wohl das Ende gesetzt und den Hals gebrochen. So grandios seine Sonnenbilder mit den schießenden Strahlen auch sind, so ist mir doch schließlich die wahnsinnige Flammensignatur, die alle seine späteren Bilder durchzieht, nichts anderes als eben nur ein Ausdruck seiner grenzenlosen Seele, während der volle Segen des ganz Freigelösten, wie zum Beispiel in der *Arlésienne*, für mich nicht mehr auf ihnen liegt. Übrigens scheint es mir ganz charakteristisch, daß alle jene, die auf van Gogh fußen, in erster Reihe nur diese flackernde Linie fortführten, und daß seine Naivetät eigentlich ohne Wirkung blieb.

Der zweite *Klassiker*, Cézanne, dessen Einfluß weit einschneidender war, war nicht sehr gut vertreten. Hier waren in erster Reihe Porträts, das beste wohl der Mann mit den verschränkten Armen. Aber die wunderschöne Ruhe und das Wohltonige seiner Natur hat sich in diesen Bildern doch lange nicht zu so vollkommenem Ausdruck zusammengezogen wie in seinen Fruchtstücken. In den Porträts scheint mir doch immer noch ein Rest von nicht ganz Beherrschtem zurückzubleiben, etwas, was als tote Materie daneben liegt.

Der einflußreichste der drei Lehrmeister ist aber sicher Gauguin gewesen, von dem zum Teil unbekannte, sehr gute Sachen zu sehen waren. Aus allen seinen Bildern spricht immer wieder der Zustand des Überwältigtseins vor der Natur und die brünstige Ehrfurcht vor der Farbe, eine Ehrfurcht, die aus Angst das Leben der Farbe zu stören eine jede

Modellierung scheut. Sehr charakteristisch ist der Akt des schwarzen Mädchens auf dem Lager in sehr dunklen, eingezogenen Farben, ganz im Hintergrund zwei Männer. Den Kopf hat das Mädchen auf einem gelben Kissen liegen, und dieses Gelb soll sprechen und spricht auch eine ganze Flut von seelischen Zusammenklängen. Die Farbe ist keine Lokal- und keine Reflexfarbe, die ihr Leben von irgendwelchem Lichterspiel herholt, sondern sie schöpft es aus Seelengründen, deren Zusammenhänge man dunkel fühlt, und gerade dieses: die Farbe als seelischen Klang wirken zu lassen, hat die unendliche Nachfolgerschaft ausgelöst.

Aber es scheint ja das Schicksal aller Romantik zu sein, daß sie ihre Herrlichkeit einbüßt, wenn sie sich von ihrem Schöpfer löst und als eine Art schulbildendes Element zu wirken anfängt. Die ganze Kunst der Deutschen, die sich an Gauguin angeschlossen hat, scheint mir wenig fruchtbar und nur geringe Möglichkeiten der Fortentwicklung zu geben. Seine Eigenart in der Auffassung der Farbe, die in ihrer tausendfältigen Verwachsung mit dem ganzen übrigen Sinneswesen Gauguins erst seine Physiognomie ausmachte, wird von seiner Nachfolgerschaft meist herausgeschnitten und zu einer Art Schulprinzip gemacht. Auch bei den Malern der *Brücke*, die eine so außerordentliche Kraft unter sich haben wie Pechstein, glaubt man doch etwas von Programmatik zu spüren. Gewiß hat auch van Gogh in seinem Suchen zeitweise Millet und Pissarro nachgeahmt, aber schließlich sind sie ihm doch nur Mittel auf seinem Weg der Selbstformung gewesen. Aus welchen dieser Art Dogmenkünstler, die man sich wie eine Art zweidimensionaler Wesen denkt, sich wirkliche vollplastische Naturen herausbilden werden, das abzusehen scheint mir fast unmöglich, und am besten überließe man das irgendeiner Art höherer Intelligenz.

Das *Ballett* von Heuser scheint eine sehr gute Kraft und Eindringlichkeit in der Bewegung zu haben, die Mondscheinlandschaft von Vlaminck, der *Hirte* von Derain, die wenigen Sachen von Odilon Redon möchte ich etwa von dem vielen herausheben. Amiet hat unter seinen Bildern zwei Obsternten, von denen die eine ausschließlich in Orange, die andere in Rot gehalten ist. Es ist nicht zu leugnen, daß der Prächtigkeit und der Reife des Gegenstands die Farbe einen gu-

ten Ausdruck zu geben vermag; auf der andern Seite wirkt es aber durchaus abstoßend, daß der Eindruck durch ein längeres Anschauen nicht weiter entwickelbar, und daß eine Art wirklichen Verkehrs mit dem Bild somit ausgeschlossen ist. Die Franzosen Grob und Signac haben einen ganzen Raum für sich, aber ihre Kunst wirkt auch nicht anders als eine der vielen geistreichen Rezeptmalereien: trotz der vielen gut geglückten Effekte lassen sie doch leer und sind alles in allem oft von unerträglicher Süße.

Als ganz volle Person steht aber Picasso da. Dabei denke ich in erster Reihe an etwa 4 bis 5 Bilder aus den letzten Jahren, die aber von so absolut einschlagender Kraft sind, daß kein Wort dagegen möglich ist. Das große Bild gibt einen Schauspieler mit einer leeren, unbestimmten Geste, unten die Hände des Souffleurs. Dieses und ein anderes, kleineres Bild in Tempera mit zwei Harlekins haben vielleicht eine Verbindung zu Watteaus Komödiantenbildern hinüber, zu ihrer sinnlosen, wunderbaren Traurigkeit. Der große Harlekin, knochig, eine Schulter hochgezogen, sitzt da mit geschlossenen Augen, wie blind, und neben ihm ein Knabe, der ihn ansieht. Das Ganze ist eben blind und wie verloren, als wenn die Welt rings umher aus einem lähmenden, bleiernen Dunkel bestände, in dem die Augen nichts sehen, und die Hände nichts berühren können. Technisch sehr anders, aber in dem Grund der Stimmung ähnlich sind die *Armen am Meer*. Das Ganze sehr in Blau gehalten; Mann und Frau in Tücher gewickelt, zur Erde sehend, und der Knabe dicht neben ihnen mit merkwürdiger Handbewegung, als suchte er sie. Kein lauter Ton, kein Blick geht zu uns herüber, und, wie gesagt, über dem allen eine Traurigkeit, wie ich sie in der Kunst sonst nicht zu kennen glaube. Dieses letzte Bild und vor allem ein Studienkopf erinnern einen in ihrer harten, metallischen Art etwas an Signorelli. Und dieser selbe Picasso, der dieses schaffen konnte, zimmert jetzt an diesen kubistischen Gebilden herum. In den ersten zwei Studienköpfen der Art glaube ich noch seine Genialität zu sehen. Die letzten sind mir nichts als spitzfindige Mißgeburten, im Innersten leblos und unfruchtbar. Der Weg, auf dem er dazu kam, ist offenbar der: die für die Form ausschlaggebenden Momente festzulegen und diese dann mit geraden Linien zu verbinden. Damit rutscht ihm

aber der Gegenstand weg, und er bekommt etwas ganz anderes in die Hände: So glaube ich vor dem Ausblick seines *Atelierfensters* zu stehen und mich aus dem Übereinander der Dächer eben herauszufinden, als ich den Irrtum in der Nummer sah und tatsächlich vor dem *Mandolinenspieler* stand. Und diese wahnwitzigen Sachen werden nachgeahmt, und ringsumher findet man immer wieder solche grauen Baukastenfiguren, von denen wohl allerdings keine so spitzfindig und fein ist wie der *Mandolinenspieler*.

Zu den grundlegenden Neuerern, auf denen die Moderne fußt und von denen eine ganze Kollektion gegeben ist, gehört auch Munch, der aber vielleicht uns schon ein wenig veraltet erscheint. Allerdings hat er den Konnex mit den Jungen sehr zu halten gesucht, aber gerade diese Bilder haben wenig geschlossenes Gepräge, die Art der Farben- und Formgebung ist fast wie äußerlich angenommen. Seine ganze Person, der sich die Natur etwas spiritualistisch gab, drückt sich doch am intensivsten in seinen Bildern aus den neunziger Jahren aus; es ist, als sei die Kunstsprache der Gegenwart ihm fremd geworden. Die *Vier Mädchen auf der Brücke* mit den langen, in die Ferne führenden Linien der Straße, sein Doppelporträt und der *Mannskopf (Eifersucht genannt)* mit den leidenschaftlich geistigen Formen, die bis zur Durchsichtigkeit entkörperert sind, scheinen mir bei weitem das Beste. Bei dem Eifersuchtsbild ist ein blasser Männerkopf so nah im Vordergrund, daß er nichts mehr von Plastik hat; die Frau und der Mann hinten im Garten haben bedeutend mehr Materielles an sich. Die österreichische Gruppe hatte allerdings Gespenstisches; mir scheint aber ihrem interessanten Gehaben etwas von Geziertheit und Schwächlichkeit anzuhängen. Nur Kokoschka ist wohl frei davon. Seine Bilder waren mir hier fast noch eindrucksvoller als in den Waldenschen Ausstellungen. Die Zerrissenheit und das Zerpfücktsein, das alle seine Bilder an sich haben, trat hier etwas zurück, und die Distanz, die sich dazwischen schiebt, sobald man bekannte Bilder in fremdem Milieu sieht, tat ihm gut. Die krause Summe wunderbarer Einzelheiten hatte hier etwas Wohlzusammengehaltenes. Überhaupt hat die Art Kokoschkas, so fern sie auch sonst von aller Kindlichkeit sein mag, gerade in diesem Nebeneinander, wie es sich be-

sonders in seiner Berglandschaft zeigt, etwas von Kinderart. Nur ist sie vielleicht bei ihm mehr ein Produkt einer Art unbeherrschter und unruhiger Nervosität.

In der Plastik dominierte Georges Minne mit einer ganzen Reihe nicht großer Figuren, meist dünne Knabenakte, seelisch überaus fein und zart. Ihr Körper scheint nicht anders als wie Spinnweben über ihrer Seele zu liegen, die trotz aller Keuschheit rein und klar zutage kommt. Ein Knabe, der schlafend mit einem Reh liegt, und seine *Auferstehung* scheinen mir am charakteristischsten. Lehmbrücke Figuren haben trotz all ihres Liebreizes doch leicht etwas maniert Gespensterhaftes durch das Langgestreckte ihrer Glieder. Haller, in manchem ihm ähnlich, ist wesentlich schlichter und gesünder.

× **Kurze Chronik** Der Kunsthistoriker Karl Justi in Bonn feierte seinen 80. Geburtstag. Er wurde zum Ehrenbürger der Stadt Bonn ernannt. × Zum 40jährigen Dienstjubiläum des Generaldirektors der Berliner Museen, Wilhelm Bode, haben Kunstfreunde einen Fonds geschaffen, der zu Erwerbungen für die Museen Bode zur Verfügung gestellt wird. × Für die Skulpturensammlung des Berliner Kaiser-Friedrich-Museums wurden römisch-gotische Plastiken und neapolitanische Arbeiten aus dem 14. Jahrhundert erworben. × Die Akademie der Künste in Berlin veranstaltet eine Ausstellung chinesischer, japanischer und koreanischer Kunst, in der das Wertvollste, was aus Museen und Privatbesitz von ostasiatischer Kunst und Kunstgewerbe erreichbar ist, vereinigt wird. × In Bourges ist ein gut erhaltenes Porträt entdeckt worden, das Leonardo da Vinci oder seinem Schüler Andrea Solario zuzuschreiben ist. × 6 Gemälde des städtischen historischen Museums zu Frankfurt am Main, die bisher den beiden Holbeins zugeschrieben waren, sind jetzt als Werke von Matthias Grünewald erkannt worden. × In diesem Winter wird eine Ausstellung aller Werke von Lovis Corinth veranstaltet werden. × Von dem Streit zwischen der Berliner *Seession* und dem Bürgermeister Reicke (siehe diese Rundschau, 1912, 2. Band, pag. 702 und 885) ist folgendes zu berichten. Der Vorstand der *Seession* versandte an die Tageszeitungen eine Erklärung des Inhalts, daß die schwe-

benden Differenzen durch Erklärungen ihre gütliche Erledigung gefunden hätten, die Reicke dem Bevollmächtigten der *Seession*, Justizrat Jonas, schriftlich und mündlich abgegeben hätte. Die Erklärung besagte, daß es Reicke ferngelegen hätte der Ehre der Vorstandsmitglieder zu nahe zu treten, und daß er im Gegenteil sehr freundlich über sie denke. Der Vorstand der *Seession* teilte mit, daß er auf Grund dieser Erklärung von einer Klage gegen Reicke Abstand genommen hätte. Darauf ließ das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats eine Notiz an die Zeitungen gehen, nach der die Mitteilung des Vorstandes der *Seession* nicht der Wahrheit entspräche und Reicke es dreimal schriftlich abgelehnt habe eine derartige Erklärung abzugeben. Unmittelbar darauf wurde von der *Seession* der Briefwechsel zwischen Reicke und Jonas sowie des letztgenannten Niederschrift über eine Unterredung mit Reicke veröffentlicht, durch die die oben wiedergegebene Erklärung der *Seession* vollständig gerechtfertigt wird.

× **Literatur** Ein umfangreiches, sehr schönes und gut ausgestattetes Werk *Mesopotamian Archaeology* von Percy S. P. Hancock /London, Macmillan/ behandelt auch, wenngleich verhältnismäßig kurz, die assyrische Kunst. Von der Malerei ist nur wenig auf uns gekommen. Die Kleinkunst, halb Bilderschrift, wie sie auf ihren *cylinder-seals* sich erhalten, scheint mir auch nicht wesentlich bedeutend, während ihrer Plastik und dem Relief eine ganz immense Kraft eigen ist. Es ist trotz der starken Stilisierung etwas ausgesprochen Materielles und auch Naturalistisches in dieser Kunst. Der assyrische Menschentyp jener Reliefs ist jedem lebendig: Gedrungen und stark, ohne dabei etwas von Roheit oder Gewalt an sich zu haben, im Gegenteil gescheit und beinahe gewitzigt sehen die Leute drein und haben das Auftreten derer, die einen ungeheuern Reichtum hinter sich haben und einen Troß Leibeigener, auf deren Rücken sie stehen. Gedrungen und breit sind auch die indischen Buddhas, aber wie weich neben diesen, die trotz der Massigkeit ihres Fleisches doch so hart und zäh wie Eisen wirken. Dies alles prägt sich wohl auch in der Art ihrer Vereinfachung aus. Diese paar herrlichen Tierreliefs aus den Jagdszenen geben auf das allerkomprimier-

teste nur das eine Motiv: das der Kraft der Bewegung. Ich kenne keine andere Kunst, in der zum Beispiel der Gang des Löwen mit seinen schiebenden, steifen Lenden so herrlich gegeben ist wie in dem Relief, auf dem ein gefangener Löwe aus dem Käfig herauskommt. Dieser Art sind die wesentlichsten Gegenstände ihrer Kunst, und sie sind so geistvoll und so königlich gefaßt, daß ich nicht ihresgleichen kenne. Sehr schön ist auch die Art erzählender Reliefs, in denen reihweise in verschiedenen Registern irgendwelche Episoden aus den Kriegen erzählt werden. Der ganze rhythmisch gleichmäßige Verlauf der nacheinandergelassenen Figuren und ihre parallelen Bewegungen sind immer von dem selben starken Eindruck. In allem andern aber ist mir die assyrische Kunst durchaus leer: keine Symbolik, nur Zeichensprache; alles ist glänzend und stark, aber eben eine Kunst, die ihren Lebenssaft aus dem Reichtum und der Gewalt zu ziehen scheint.

Dichtkunst / Max Hochdorf

Novellen

Der Dichter Jakob Wassermann, der sich zu so viel künstlerischer Tugend erzogen hat und noch in mißlungenen Werken nur an den Besten zu messen ist, schrieb ein Buch *Faustina* als ein Gespräch über die Liebe /Berlin, S. Fischer/. *Faustina* war die Frau, mit der er über diese Heimlichkeit reden durfte, eine Frau, deren Herz manchem Mann gehört hatte, die immer in einem Augenblick der seelischen Erschlaffung anstatt des Lebens das Gespräch vorzieht. Diese novellistische Einrahmung gibt dem Wassermannschen Dialog den Charakter. Er ist vom Ton der nüchternen Abhandlung herausgehoben und zur Studie eines Menschenlebens vertieft.

Der Schwede Hjalmar Bergman ist ein herberer Charakter, der gern tragische, tiefe, ja grausame Geschichten im ironischen Weltmannston erzählen möchte. Und wenn es eigentlich in all diesen Novellen um erschütternde Liebesnovellen geht, so taufte er sie doch leichtfertig *Amouren* /Frankfurt, Rütten & Loening/. Das ist nun sehr gewandt berichtete Romantik von mißbratenen Männer- und Frauenleuten, die nach Italien, sogar bis nach Hellas verschlagen wurden. Wie aus einem ordentlichen Mädchen eine Tingeltangeldame und aus dieser Verlorenen eine sehr ordentliche Tingeltangelwirtin wurde; wie ein verrückter Priester mordet und dann mit

seinem Wahn ein Dutzend der merkwürdigsten Frauen ansteckt: das sind so Bergmans Stoffe. Ihm wird die Arbeit nur ein wenig zu leicht, so daß er sich nicht vollkommen vor der Breite bewahrt. Das ist besonders zu verspüren, wenn er seinen heitern Weltmannston in einem ganzen Roman hingehen läßt, zum Beispiel in *Testament seiner Gnadens* /Frankfurt, Rütten & Loening/. Daß ein Gutsbaron seine bigotte Sippschaft um das sehnsüchtig erwartete Erbe betrügt und all sein schönes Geld jungen, zukunftsreichen Liebesleuten zuwendet, ist gewiß ein schöner Gedanke. Er ist aber eher eine Anekdote als zum Füllwerk eines dicken Buches geeignet. Allerhand tirolerischen Schnickschnack erzählt Rudolf Greinz. Es gibt eine eigene Liebhaberei für diese Art Humor. Auf der *Sonnenseit'n* heißt der letzte Band des Humoristen /Leipzig, Staackmann/. Es ist immerhin ein Zeichen von guter Laune, daß zum Beispiel ein Schmuggler die Herren Zollwächter mit einer Krötenschachtel um den Verstand bringt und so nach Herzenslust seinen geliebten Tabak schwären kann. Die Schriftstellerin Helene von Mühlau, bekannt durch einige gut beobachtete Ehestudien, sammelt kleine Skizzen zu dem Band *Ehefrauen* /Berlin, Fleischel/. Eine Scharfsichtigkeit für das Niederdrückende des modernen Ehelebens, für die früh oder spät doch erwachende Gleichgültigkeit zwischen Mann und Frau ist ihr gegeben. Sie ist kaum eine Frauenfreundin und eher auf der Seite der seufzenden Männer. Das ist in ihrer Art ein neuer, beinahe ein gewinnender Zug, der es vergessen läßt, daß die stilistischen Mittel der Ehepsychologin nicht ganz entwickelt sind. Die *Sechs Novellen*, die Robert Schwerdtfeger vereinigt /Frankfurt, Rütten & Loening/, enthalten sehr seltsame Begebenheiten, sie dürfen aber im wesentlichen nur das Interesse am Stoff beanspruchen.

× ×
Kurze Chronik Für Jean Jacques Rousseau ist in Ermenonville bei Paris ein Denkmal errichtet worden. × *Pendelschläge* wurden die letzten Arbeiten genannt, die Wilhelm Holzamers Witwe aus der Mappe des toten Gatten entnahm /Berlin, Fleischel/. Es sind vor allem zart geformte ländliche Studien und hübsche Paraphrasen des Alltags. Nichts Aufdringliches, alles sehr fein und gewählt. × Fritz Müller ist in

Schnurren sehr ergiebig, denen stets eine gewisse Moralität als Schweiflein angeheftet wurde. *O Frieda!* betitelt sich das Buch der gesammelten Schnurren /Berlin, Fleischel/. × Eine gemütliche Kleinbürgerliebesgeschichte ist die etwas irreführend *Der Monistenbund* getaufte Erzählung Heinrich Steinerters /München, Süddeutsche Monatshefte/. × *Am Fuß des Berges* ist ein Bohème- und Künstlerroman Paul Enderlings /München, Langen/. Er enthält manche gute Beobachtung und kluge Urteile über Kunst und Gesellschaft. × Als kulturhistorisch wertvolle Studie zur Erkenntnis des Jesuitenwesens muß des Ramon Pérez de Ayala Roman *A.M.D.G.* gelten /Berlin, Bondy/. Die Ereignisse in einem spanischen Jesuitenpensionat werden geschildert. Der Einfluß des Ordens auf die jungen Gemüter wird beschrieben. Es ist ein Zeichen von der ruhigen Betrachtungsart des Verfassers, daß er neben manchen bösen Märchen auch einige sehr brave Leute nicht vergißt. × Robert Saudek, der es gut versteht allerhand moderne technische Probleme in einen Unterhaltungsroman zu verweben, tauft sein letztes Buch, verführerisch genug, *Der entfesselte Riese* /Berlin, Schuster & Loeffler/. × *Haßkamps Anna* heißt der Lebensroman vom rührend beendeten Leidensweg einer Landmannstochter /München, Langen/. Sie hat Neigung zu hohem Studium, verwirklicht ihre Träume auch, geht aber unter in Siechtum und Traurigkeit. Das ist von Marie Baerting mit verheißender Ruhe erzählt. × Gaston Leroux, der für die Pariser Zeitungen die Unterhaltungsromane schreibt und im Gespenstischen und im Detektivstück seinen Namen erlangt hat, tauft einen dicken, die Nerven erregenden Roman *Das Phantom der Oper* /München, Langen/. Das ist in der großen Pariser Oper ein Unglücksgespent, ein Totengeist. Leroux ist in diesen Dingen ein famoser Routinier. × Ferdinand Hanusch, österreichischer Parteiführer und Parlamentarier, ein Mann des Herzens und der Überzeugungstreue, liebt es die politische Theorie aufzugeben und im belletristischen Beispiel Propaganda zu treiben. Solche Geschichte, die seiner Gesinnung alle Ehre macht, ist *Lasarus, die Geschichte einer Jugend* /Wien, Brand/. Das anfeuernde Leben eines Proletariersohns und Volksführers.

×

×

Literatur Otto Erich Hartleben ist tot, und ein ganzer Sagenkreis hat sich um seinen Charakter gewoben. Das ist ganz natürlich. Denn Hartleben war der Mann, dessen Trunkenheit, dessen Katzenjammer noch Liebenswürdige, sogar Weltweisheit verstreuten. Er wurde begraben, und aus seinen Tagebüchern, aus seinen Liebesbriefen wurde vieles, sehr vieles zu Persönliche ans Licht gezogen. Was bei anderen Schriftstellern sonst sorgfältig zugedeckt wurde, soll bei Hartleben der allgemeinen Erbauung dienen. Die Bücher über seine Kneipereien, seine Liebeleien sind bald zahlreicher als seine eigenen Dichtungsbücher. Das ist für den ersten Augenblick seltsam, doch bald verständlich; denn als Hartlebens produktive Kraft schon längst der Routine und dem bequemen Theatererfolg verfallen war, blieb in ihm noch ein geheimer Lyriker versteckt, ein höchst merkwürdiger und angenehmer Alkoholiker. Im Delirium ausgesprochene Weisheitsreden haben oft etwas sehr Sympathisches, Rührendes. Man sagt dem lieben Gott da leicht eine hahnebüchene Wahrheit, doch man nimmt sie gleich wieder zurück, indem man in der Trunkenheit aufgluckst. So wird der Name des beseligten Säufers nicht verschwinden. Ein leiblicher Vetter Hartlebens ist Kurt Kämlah, der seinem teuren Verwandten nicht mehr und nicht minderes verdankt als die *Ersiehung zum Lyriker* /Düsseldorf, Schmitz & Olbertz/. Er war von Jünglingsjugend an der Poesie zugeneigt, und er vertraut die ersten notdürftig skandierten Verslein dem Herrn Vetter an. Er wurde ein ernster Beamter, und als der Zigeuner Otto Erich eingesargt wurde, nahm der Trauernde die Briefe des Toten vor. Ein hingebender, ein humorvoller, sogar ein ernster Lehrer zur Reinheit des lyrischen Verses war Otto Erich gewesen. Davon zeugen seine Bierkarten und die längeren Episteln. Man nennt sich da *Leopoldine Mufti* und mit ähnlichen Adelsprädikaten, und daß es möglich war mit diesem Kleinzeug ein ganzes, durchaus nicht langweiliges Buch zu füllen, beweist den Reichtum des wichtigsten Mitarbeiters, des im Parnassus ruhenden Otto Erich.

Musik / Hugo Leichtentritt

Typen und Ausdrucksformen In einem gewichtigen Band von mehr als 700 Seiten *Musik: Wort und Körper als Gemütsausdruck* /Leipzig, Breitkopf

& Härtel/ stellt Dr. Ottmar Rutz die These auf, daß den verschiedenen menschlichen Charaktertypen und Temperamenten ganz verschiedene körperliche Ausdrucksformen entsprechen, die sich in der Haltung der Körperteile, in dem Grad der Muskelan- und -entspannung zeigen. Er belegt mit vielen Beispielen, daß beim richtigen Vortrag einer Mozartschen Arie etwa ganz andere Muskeln ins Spiel kommen als bei Wagner. Eine ganze Reihe bestimmter Typen weist er auf. So einen kalten (Caesar, Napoléon, Goethe), dessen charakteristische Körperhaltung für Mozarts *Don Giovanni* etwa nötig ist, für Verdi, Mascagni, Leoncavallo. Der warme Typ sei zur Wiedergabe von Rückert, Pergolesi, Haydn notwendig. Rutz macht Unterteilungen komplizierter Art; er kennt beispielsweise einen warmen, großen, dramatischen Typ für Schiller, Grillparzer, einen ausgeprägt warmen Typ für Wagner, einen kalten, großen Typ für Bismarck, Schiller, Kleist, Spohr usw. Ich kann hier nur Interessenten in aller Kürze auf dieses Aufsehen erregende Buch hinweisen. Es wendet sich nicht hauptsächlich an die Musik sondern noch mehr an die Physiologie, Psychologie, Sprachwissenschaft, Ethnologie, Literaturgeschichte. So sehr mich die Ausführungen des Verfassers interessieren, so steht mir über eine an so verschiedene Wissensgebiete sich wendende wissenschaftliche Arbeit kein Urteil zu. Doch verdient das hier Angedeutete auf alle Fälle eine eingehende Untersuchung, die möglicherweise in der Tat merkwürdigen Zusammenhängen auf die Spur kommen hilft.

× **Romantische Ästhetik** Die *Musikästhetik der Frühromantik* betitelt sich ein Fragment einer wissenschaftlichen Arbeit von Werner Hilbert /Remscheid, Schmidt/. Der Verfasser, ein junger Jenenser Student, starb, bevor er die Arbeit vollenden konnte. Was davon vorliegt, etwa 150 Druckseiten, ist dennoch wertvoll, weil es den ersten größeren Versuch darstellt die innigen Beziehungen der deutschen Romantik zur Musik klarzulegen. Nach allgemeiner Betrachtung der ästhetischen Hauptgedanken Kants, der rationalistischen Ästhetik, der Ideen Winckelmanns und Lessings, Herders, Heines beginnt die Erörterung des eigentlichen Hauptthemas. Es gelang dem Verfasser eine sehr anregende, tiefdurchdachte Darstellung zu geben, die für Musiker

und Literaturhistoriker gleich wertvoll ist. Wenn schon eine befriedigende Ästhetik der Musik bis auf den heutigen Tag ein frommer Wunsch geblieben ist, die Romantik dies Problem also auch nicht gelöst hat, so gibt es doch kaum eine Epoche, die an fruchtbaren musikästhetischen Einzelideen reicher ist als die Zeit der deutschen Romantiker samt ihren Vorläufern und Nachfahren, von Kant bis Schopenhauer, über Goethe, Schiller, Tieck, Novalis, Wackenroder, Brentano, Arnim, Hoffmann, Jean Paul, Schlegel, Schelling usw. hin. Diesen Reichtum an Gedanken deutlich aufgewiesen zu haben ist ein nicht zu unterschätzendes Verdienst des so jung verstorbenen Verfassers.

× **Draeseke** Der greise Dresdener Komponist Felix Draeseke hat auf sein *Mysterium Christus* verwendet. Obschon das in riesigen Maßen angelegte Werk schon seit mehr als einem Dezennium beendet ist, hatte eine Aufführung bis jetzt noch nicht stattgefunden; nur Bruchstücke waren hier und da zu hören gewesen. Der Berliner Chordirigent Bruno Kittel unternahm nun das Wagnis in 3 langen Konzerten die gesamte Trilogie mit Vorspiel aufzuführen. Leider war das Ergebnis nicht so, wie man es der Lebensarbeit Draesekes und dem opferwilligen Fleiß des Dirigenten wünschen möchte. Draesekes Kraft erlahmte an dem gewaltigen Stoff. Er erwies sich zwar als ein Meister des Chorsatzes, und einige bewundernswerte mächtige Chöre waren der Gewinn dieser Aufführungen. Alles übrige, Soli und Orchester, waren aber gar zu farblos, zu trocken und ermüdend in der Wirkung, so daß man an dem Ganzen nur stellenweise Freude haben konnte.

× **Kurze Chronik** Der hervorragende Violinpädagoge des Stuttgarter Konservatoriums, Ed- mund Singer, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. × Als Nachfolger Dr. Karl Mucks ist Emil Paur für die Berliner Hofoper gewonnen worden. Paur, der als Opernkapellmeister in Mannheim und Leipzig begann, wirkte viele Jahre in Amerika, als Nachfolger Nikischs in Boston, später in New York und Pittsburg. × Der auch in Berlin bekannte polnische Dirigent Gregor Fietelberg aus Warschau ist von Direktor Gregor als Kapellmeister für

die Wiener Hofoper gewonnen worden. X Der bekannte Berliner Komponist Hugo Kaun ist zum Mitglied der Berliner Akademie der Künste ernannt worden. X In Hellerau bei Dresden fanden in diesem Sommer Festaufführungen der Jaques-Dalcroze-Schule statt. Zahlreiche Gäste aus den verschiedensten Ländern förderten durch ihre Teilnahme die pädagogischen Bestrebungen von Jaques Dalcroze, die sich die Welt zu erobern beginnen. X Die sämtlichen Reste der altgriechischen Tonkunst brachte kürzlich Herr Iwan Fröbe mit dem Charlottenburger Lehrergesangsverein und einigen Solisten zu Gehör. Die treffliche Aufführung fand im Park von Dr. Johannes Guthmann in Cladow an der Havel vor einer gewählten Zuhörerschaft statt. Sie war ein künstlerisches Ereignis. X Eine Anzahl unbekannter Autogramme von Joh. Seb. Bach sind letzthin aufgefunden worden, in Kopenhagen eine vollständige Kantate, durch den Berliner Musikhistoriker Dr. Werner Wolfheim eine ganze Reihe unbekannter Orgelwerke von Bach und anderen Komponisten seiner Zeit. X In Dortmund fand ein schwedisches Musikfest statt.

X **Literatur** X
 Von dem musikgeschichtlichen Atlas des Leipziger Professors Hugo Rilmann *Musikgeschichte in Beispielen* /Leipzig, Seemann/ war hier schon die Rede, als die beiden ersten Teile erschienen (siehe diese Rundschau, 1911, 3. Band, pag. 1694 ff.). Jetzt liegt der letzte, 3. Teil, vor, der charakteristische Beispiele aus der Zeit von 1700 bis 1800 bringt. Der Nutzen des wertvollen Bandes wird noch durch ausführliche Erläuterungen aus der Feder von Dr. Arnold Schering erhöht, die sich über sämtliche 150 Stücke der ganzen Sammlung erstrecken. X Eine kleine Schrift von Walter Niemann *Die musikalische Renaissance des 19. Jahrhunderts* /Leipzig, Kahnt/ beschäftigt sich mit der Betrachtung der Renaissancebestrebungen in der Musik, die gerade für das 19. und 20. Jahrhundert so charakteristisch sind. In einsichtiger und sachlicher Weise erörtert der Verfasser die Bedeutung der musikgeschichtlichen Studien, ihre Anfänge und Fortschritte, ihren Einfluß auf das gegenwärtige Kunstleben, die Vorteile und Nachteile, die sie mit sich bringen. Wer sich über dieses wichtige Thema in Kürze unter-

richten will, möge zu diesem reichhaltigen kleinen Buch greifen. X Ein Vortrag des Mainzer Museumsassistenten Dr. Friedrich Behn *Die Musik bei den Kulturvölkern des Altertums* /Mainz, von Zabern/ gibt Aufschluß über das, was von der Instrumentalmusik der vorgeschichtlichen und antiken Völkerschaften gegenwärtig bekannt ist. Tut er dies zwar in summarischer Weise, so ist er doch zur allgemeinen Orientierung sehr brauchbar und verdient darum Dank. X Von Paul Bekkers seinerzeit in dieser Rundschau (1911, 3. Band, pag. 1695) besprochenem monumentalen Werk *Beethoven* erschien kürzlich bei Schuster & Loeffler in Berlin eine wohlfeile, handliche Volksausgabe. X In einer klaren und leicht faßlichen Studie behandelt Dr. Armin Seidl *Richard Wagners Musikdramen* /Dresden, Ehlermann/. Von der großen Menge analytischer Schriften unterscheidet sie sich dadurch, daß sie den Schwerpunkt auf das Drama, das Theatralische legt, den musikalischen Teil nur ganz beiläufig behandelt. Das, was auf der Bühne vorgeht, wird hier mit feinem Verständnis dargelegt, der Bau dieser Dramen, die Zusammenhänge der Einzelheiten, die Bedeutsamkeit der leitenden Ideen werden mit Einsicht erörtert. So kann diese populäre Schrift als sehr zweckentsprechend und brauchbar empfohlen werden.

Bühnenkunst / Hans Winand

Parsifalchutz Der fröhliche Kampf um ein gesetzliches *Parsifal*reservat für Bayreuth wird mit ungeeigneten Waffen geführt. Das Thema hat in den letzten Wochen schmerzhaft viel köstliche Druckerschwärze verschlungen. Ein nüchternes Zurückgehen auf die Grundlagen der Meinungsgegensätze sollte erstrebt werden. Die Argumente, die für eine gesetzliche Verlängerung des Bayreuther Reservats vorgebracht werden, beginnen gewöhnlich mit der Behauptung, nur in Bayreuth könne der *Parsifal* jene weihevollen Stimmung finden, die dem reinen Toren not tut. Schon diese erste Behauptung, die eine künstlerische Stimmung auf eine geographisch umschriebene Zone festlegen will, ist gefährlich. Sie erweckt den Eindruck, daß jene besondere Stimmung, die von diesem Kunstwerk ausgehen soll, an lokale Umstände gebunden sei. Logisch würde folgen, daß dem Werk an sich jene Kraft der Suggestion nicht zugetraut wird, da die

weihevoller Stimmung nur in einem Milieu zustande kommt, das mit Stoff, Wesen und Inhalt des Werks allein äußerlich verwachsen ist. Die *Missa sollemnis* wird uns nicht nur im Kölner Dom erschüttern. Ihre Erhabenheit kann nie verlöschen; auch dann nicht, wenn goldgierige Nibelungen sie in dem von einem Unternehmer zum Zweck des Gelderwerbs gebauten und von einem Impresario zum Zweck des Gelderwerbs gepachteten Konzertsaal verpflanzen. Eine *Hamlet*-Aufführung in Boston braucht einer Aufführung in London oder Stratford an Reinheit der Wirkung nicht nachzustehen. Sie kann es: und Theaterkritiker machen die Erörterung solcher Fragen zu einem Lebensberuf: aber wir wissen, daß die nur theoretisch denkbare Entscheidung dieser Frage mit Shakespeares Werk nichts mehr zu schaffen hat als der Fall einer Pleureuse mit dem Wesen und dem menschlichen Wert einer Frau. Dabei ist die Frage unwesentlich, ob die so emphatisch verteidigte weihevolle Stimmung der Bayreuther Atmosphäre jene bedingungslose Allgemeingeltung hat, die die Bayreuthianer ihr zusprechen. Nur die Stimmung ist künstlerisch wertvoll, die von dem Werk selbst ausgeht. Was die Bayreuther Atmosphäre beisteuert, ist Projizierung nicht künstlerischer Elemente in ein künstlerisches Erlebnis: hat also mit Kunstwirkung nichts zu schaffen. Diese Beimischung von Stimmungsfaktoren mag als ein Vehikel der Aufnahmefähigkeit den Veranstaltern und jenen Zuschauern willkommen sein, die nur mit Hilfe starker äußerer Einwirkungen in weihevoller Stimmung geraten. Aber der Zusammenhang mit dem *Parsifal* ist dabei nicht größer als etwa der von Farbe und Art eines Zuschauerraums mit Goethes *Faust*-Dichtung. Solche Suggestionen bleiben rein subjektive Erlebnisse und damit unkontrollierbar. Es gibt Wagnerfreunde, die in Bayreuth, und gerade in Bayreuth, schwerer zum Erlebnis Wagnerscher Musik vordringen als unter weniger anspruchsvollen Voraussetzungen. Hermann Bahr mag nur dort für den *Parsifal* aufnahmefähig sein. Von seinem subjektiven Standpunkt spricht das für Bayreuth: aber es spricht ganz sicher nicht für (und auch nicht gegen) den *Parsifal*. In dieser Verquickung des äußern Milieus mit der Wirkung des Kunstwerks waltet eine Sinnesrichtung, die unkünstlerischen Neigungen entgegenkommt; denn sie sucht künstlerische Werte durch außerkünstlerische Suggestionen zu fälschen.

Das zweite Argument wird im Werk selbst gesucht: in seinem religiösen Charakter. Die Verknüpfung der *Parsifal*-Schutzbewegung mit dem kleinen Wort *religiös* ist schon irreligiös. Man wird jede These belächeln, die Bayreuths Theaterhaus zu der einzigen Stätte erheben möchte, an der religiöse Gefühle sich auf den Schwingen der Kunst von aller Erdbundenheit lösen. Diese Art der Religiosität muß notgedrungen anderer Art sein als jene, die wir unter diesem Begriff zu umfassen wähen. Wenn es ein Gefühl gibt, das an keimräumlichen und zeitlichen Verhältnisse gefesselt bleibt und von sichtbaren äußeren Ursachen sich befreit, so ist es das religiöse Empfinden. Und doch sollen wir es im 20. Jahrhundert erleben, daß Intelligenzen, die sich sonst gegen jede Beugung der Persönlichkeit durch Dogmen auflehnen, die räumliche Lokalisierung einer einzigen Andachtsstätte proklamieren, in der religiöse Kunst gepflegt werden soll. Auf dem Gebiet der Konfessionen, wo gewiß nivellierende Formen oft die edelsten Empfindungen uniformieren, würde ein ähnliches Ansinnen nur heitere Verblüffung wecken. Was geschähe, wenn heute Reformatoren erstünden und artverwandte Dogmen aufstellen würden? Etwa: Alle Katholiken dürfen fortan nur in Rom Stunden der Andacht suchen, für Protestanten wird nur noch in Wittenberg gepredigt, und alle Monisten dürfen nur in Jena Zwiesprache mit dem Weltgeist halten; denn nur an jenen Stätten finden sie die Vorbedingungen wahrer Andacht, und nur dort sind sie vor der Gefahr geschützt in ihrem religiösen Empfinden verletzt oder von ihrem Gott enttäuscht zu werden. Das religiöse Moment ist das unglücklichste Argument, das von der Bayreuther Seite in die Debatte getragen werden konnte. Denn der Versuch durch ein Ausnahmegesetz Bayreuth zu einem Monopol religiöser Kunst zu verhelfen richtet sich von selbst. Das einzige Argument, das unter empfindsamen Seelen Gegenstand ernsterer Erörterung werden kann, ist ein anderes und ein populär wirksameres. Es appelliert scheinbar ans Gefühl: an die Pietät vor den persönlichen Wünschen Richard Wagners. Soweit Pietät ein passives Gefühl ist, steht es jenseits der objektiven Betrachtung. Subjektive Gefühle aber sind eine schlechte Grundlage zu Gesetzen, die ihrem Wesen nach eine Gesamtheit verschieden fühlender Menschen treffen müssen. Gesetze werden ge-

macht, um Rechte und Pflichten der Allgemeinheit zu umgrenzen (oder sollten wenigstens dazu gemacht werden). Ein Gesetz, das die Interessen weniger Individuen gegen die der Allgemeinheit ausspielt, ist kein ethisch erstrebenswertes Ziel. Bayreuth sollte die Betonung der ethischen Seite lieber vermeiden. Ein *Parsifalgesetz* ist ein Ausnahmegesetz. Es wendet sich gegen die Freiheit des Geistes und damit gegen eine Notwendigkeit, über die nicht mehr diskutiert werden kann. Ich überschätze die praktischen Wirkungen eines *Parsifalgesetzes* für unser Geistesleben nicht. Ich halte das Scheitern oder Zustandekommen eines solchen Gesetzes für praktisch bedeutungslos: unsere Kunst wird es überleben, wenn sie gegen die Beeinflussung durch Wagners Alterswerk geschützt bleibt. Die Bedeutung der Frage ist maßlos übertrieben worden. Aber gerade die praktische Unwichtigkeit birgt die Gefahr einer Verkennung jenes rückschrittlichen und verderblichen Prinzips, das hier wirksam ist. Dazu kommt, daß jene unerquickliche Willensrichtung sich hinter dem Schlagwort der *Pietät* gegen Richard Wagner verbirgt. *Pietät* wird erst fruchtbar, wenn sie zum Handeln und zu Taten schreitet. Dann wird sie diskutabel und erst nach dieser Objektivierung ein Argument. Hier wird es nötig Wert und Wesen einer *Pietät* ganz nüchtern vom Standpunkt ihrer Wirkung zu betrachten. Die Frage des Urheber-schutzes als Prinzip taucht auf. Es versteht sich von selbst, daß dem lebenden Künstler die Frucht seines Schaffens, soweit sie ihm materiell faßbar ist, durch die Gesetzgebung verbürgt wird. Auch eine zeitlich begrenzte Schutzfrist nach dem Tod erscheint berechtigt (wobei es für das Prinzip belanglos bleibt, ob man die Schutzfrist wie in Deutschland auf 30 oder wie in Frankreich auf 50 Jahre bemißt). Aber bei der Beurteilung des Urheberschutzes sollen nicht vage Gefühlsmomente und Begriffe wie *Pietät* vorgebracht werden. Wir wollen uns nicht darüber täuschen, daß dieser Schutz nur eine materielle Vergünstigung für den Schöpfer und dessen Angehörige bedeutet und praktischen Zweckmäßigkeiten entspricht. Mit Bewunderung, Ergriffenheit, Dankbarkeit, *Pietät* und wehevoller Stimmung hat Wesen und Geist des Urheberschutzes nichts zu schaffen. Der Grundsatz dem Schaffenden die materiellen Vorteile seiner Arbeit zu gewährleisten entspringt der Billigkeit, vor allem aber einer materiellen Notwendigkeit:

auch Künstler können nicht von der Luft leben. Und da inmitten unserer heutigen Gesellschaftsordnung Kunst mit materiellen Gewinnmöglichkeiten verknüpft ist, versteht es sich von selbst, daß der geistige Urheber dieser Gewinne den ersten Anspruch auf einen angemessenen Anteil hat. Aber der schaffende Künstler rückt erst dann in die Sphäre einer weiter ausblickenden Betrachtung, wenn seine Schöpfungen Elemente aufweisen, die der Zeitlosigkeit zustreben und ihrem Wesen nach dazu bestimmt scheinen dauernd fortzuwirken. Wirkung aber ist Zweck und Bestimmung jeder Kunst und letzte Sehnsucht jedes Schaffenden. Einem großen Künstler gegenüber kann es daher immer nur eine *Pietät* geben: der Wille und das Bemühen seiner Schöpfung eine immer größere und umfassendere Fortwirkung zu sichern und zu erleichtern. Praktisch ist das nichts anderes als eine möglichst frühe und möglichst unbeschränkte Freigabe seiner Kunst für das Volk. Die Kulturgeschichte zeigt, daß die Allgemeinheit das Erbe wirklich großer Geister mit ungleich feinerem Instinkt erkennt und hütet als die unmittelbaren Weg- und Zeitgenossen des Schöpfers. Gerade diese erliegen durch ihre Nähe zur Persönlichkeit des Künstlers am leichtesten der Versuchung *Pietät* mit persönlicher Dankbarkeit zu verwechseln. Das führt zum Heroenkult. Heroenkult ist Privatangelegenheit und entzieht sich der objektiven Kritik; wir alle haben unsere Vorbilder und Ideale. Doch wenn der Heroenkult über seine Sphäre hinausstrebt und in das Verhältnis des Volkes zu einem Schaffenden bestimmend eingreifen will, wird er Gegenstand der Beurteilung. Die Beurteilung aber kennt nur einen Maßstab: sie fragt nach dem Ziel. Eine *Pietät*, die danach strebt die Wirkung eines Künstlers auf die Allgemeinheit zu verstärken, kann nützen und kann nicht schaden. Ist das Ziel aber eine künstliche Distanzierung der Kunst von dem Volk, aus dem sie hervorging, und für das sie geschaffen wurde, so wird man diese ungebetenen Makler zwischen der Kunst und ihrem letzten Ziel, der Wirkung, als Wucherer des Geistes beiseite schieben. Sie machen sich, in frommer Kurzsicht, jener gerade von ihnen so gern verfertigten Sünde schuldiger als eine neutrale Allgemeinheit es je werden kann: sie werden *pietätlos* im allein kulturfeindlichen Sinn. Nur in einem Ausnahmefall ist ein Ausnahmegesetz denkbar. Daß eine solche Ausnahme in Richard Wagners *Parsifal-*

dichtung geschaffen wurde, entzieht sich der Beweisbarkeit. Künstlerische Werte werden empfunden oder nicht empfunden: aber nie bewiesen. Ganz sicher nicht beim *Parsifal*. Solange dieser Beweis einer künstlerischen Ausnahmestellung nicht geführt ist, bleibt der ganze Streit ein Streit um Worte. Die Bestrebungen des *Parsifal*-Schutzverbandes aber charakterisieren sich damit als ein Versuch einen Stoff zu schützen. Man will, für ein bestimmtes Unternehmen, ein bestimmtes Stoffgebiet monopolisieren. Daß dieses Stoffgebiet, nach Wagners Worten, die »erhabensten Mysterien des christlichen Glaubens« umfaßt, um sie »in Szene zu setzten«, ändert nichts an dieser Tatsache. Dem Eifer der *Parsifal*-Verteidiger stehen noch große Felder offen. Man kann auch einen Schutzverband gründen, der etwa die Verschließung der gesamten religiösen Kunst des Mittelalters und der Renaissance erstrebt, denn auch hier sind nicht selten die erhabensten Mysterien des christlichen Glaubens Gegenstand künstlerischer Darstellung geworden. Und in schöner Sorge um unser religiöses Empfinden ließe sich gewiß auch Propaganda dafür machen die gesamte religiöse Musik, von Bach und Händel bis zu Rezer (und welcher Musikalische wollte leugnen, daß diese ungleich größer und gewaltiger ist als der *Parsifal*?), der profanen Öffentlichkeit zu entziehen. Das etwa wären die Folgen der von den Bayreuthianern aufgestellten Prämissen. Sie haben mit der künstlerischen Einschätzung des von der Familie Wagner betriebenen Festspielunternehmens nichts zu tun. Wenn dem *Parsifal* jene Kraft künstlerischer Wirkung innewohnt, die in Bayreuth von ihm auf viele Gemüter auszugehen scheint, so kann er diese Kraft auf seiner bevorstehenden Weltreise nicht verlieren: sondern auf größerm Wirkungskreis ausüben. Er wird dann auch die paar Schmierenaufführungen überleben, die ihn neben anderen vollwertigen Darstellungen erwarten. Es werden nicht allzu viele sein. Aber wenn wohlmeinende Gemüter sich nach alter deutscher Gewohnheit zu einem Verein zusammenfinden, der unser religiöses Empfinden vor Beleidigungen schützen will, dann bleibt nur, in aller Gemütlichkeit, die Antwort: Bemühen Sie sich nicht, wir schützen unser religiöses Empfinden selbst. Ob die von dem Entwicklungsgesetz dem *Parsifal* zugewiesene Bahn zur Wirkung oder zur Vergessenheit führt: beides werden wir und wird die Kunst überleben.

X

X

Kurze Chronik Gegen den sympathischen und verdienstvollen Leiter des Berliner *Neuen Schauspielhauses* Alfred Halm wurde von der Anstalt für Aufführungsrecht wegen einer Schuld von etwa 15 000 Mark Konkursantrag gestellt. Nach Einleitung einer Sanierungsoperation wurde der Antrag einstweilen zurückgezogen. Das *Neue Schauspielhaus* wurde schließlich vom Münchener *Dreimaskenverlag* übernommen. X Einige Personalverschiebungen: Tilla Durieux ist zum Berliner *Lessingtheater* übergetreten, an Stelle von Irene Triesch, die in das Ensemble der Meinhardt-Bernauerschen Bühnen übertritt. Lucie Höflich, die sich vom Theater zurückgezogen hatte, ist von Max Reinhardt für die beginnende Saison wieder engagiert worden. X Alfred Lantz, der Direktor des in der frühern *Komischen Oper* zu Berlin am 31. August eröffneten neuen *Deutschen Schauspielhauses*, wird alljährlich im Mai eine Reihe von Opern- und Schauspielaufführungen als Festspielzyklus veranstalten, nach Vorbild der Pariser Frühjahrssaison.

X

X

Literatur Die mit besonderer Spannung verfolgte Veröffentlichung der Aufsätze Ludwig Speidels, des einst berühmten Theaterkritikers der Wiener *Neuen Freien Presse*, werden in der Theaterwelt einer temperierten Enttäuschung kaum entgehen. Die vom Verlag Meyer & Jessen geschmackvoll ausgestatteten Werke bringen unter manchen mehr kulturhistorisch als literarisch bedeutenden Feuilletons eine große Anzahl von Schriften, deren Neudruck entbehrlich gewesen wäre. Der Bühnenhistoriker wird die viel gerühmten Theaterkritiken Speidels mit einem Gefühl der Ernüchterung lesen, das nur durch die gepflegte, flüssige Ausdrucksweise gemildert wird. Alles in allem hat die Ausgabe die erhoffte wertvolle Ergänzung unserer Theaterliteratur nur in sehr beschränktem Maß gebracht; die Schauspielerporträts erweisen sich, von einzelnen Stellen abgesehen, als kultivierte, mit den Mitteln journalistischer Konvention zusammengestellte Schilderungen, die nur hin und wieder den guten mittlern Durchschnitt überragen und dann ahnen lassen, was Ludwig Speidel durch Lässigkeit des Willens und Ausschaltung strenger Selbstzucht seiner Begabung schuldig geblieben ist.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Sonnenkraftanlage Über die bereits hier erwähnte Sonnenkraftanlage, die vom Ingenieur Shuman seit 3 Jahren bei Philadelphia in Betrieb genommen worden ist, bringt die *Zeitschrift des Bayrischen Revisionsvereins* einige nähere Angaben, der ich das folgende entnehme: Die Anlage setzt sich im wesentlichen aus einem Dampferzeuger, einer Niederdruckdampfmaschine und einem Oberflächenkondensator zusammen. Der wichtigste Teil ist natürlich der Dampferzeuger, denn diesem fällt die eigentliche Aufgabe der Energieumwandlung der Sonnenstrahlen zu. Er besteht aus einer großen Zahl (598) von Kästchen aus verzinnem Eisenblech von 28 Quadratzentimeter Grundfläche und geringer Höhe, die in einem Holzrahmen eingeschlossen, innen mit Wellblech überzogen sind und einen Deckel aus 2 Scheiben von gewöhnlichem Fensterglas besitzen. Zwischen den Scheiben befindet sich ein Isolierraum von 25 Millimeter. Jedes der Kästchen ist an dem einen Ende mit einer Wasserleitung, an dem andern mit einer Dampfleitung dicht verbunden. Die Sonnenstrahlen fallen durch den Deckel hindurch auf die Wellblechwände des Kästchens, erwärmen diese und das in den Kästchen enthaltene Wasser und verwandeln es nach und nach in Dampf. Die Kästchen sind auf Tischen, die von Westen nach Osten stehen, so aufgestellt, daß die Oberfläche der Kästen nach Süden gewendet ist und die Sonnenstrahlen möglichst senkrecht auf sie fallen. Zu diesem Zweck können die Tische noch um Achsen gedreht werden. Zur weiteren Erhöhung der Leistungsfähigkeit sind noch Spiegel angeordnet, die so gedreht werden können, daß die Sonnenstrahlen gegen die Wellblechabsorptionsplatten reflektiert werden. Je 23 Kästchen sind auf 26 hinter einander angeordnete Tische verteilt und bilden zusammen eine Gesamtheizfläche von 465 Quadratmeter respektive mit den Spiegelflächen 958 Quadratmeter. Versuche mit dieser Anlage ergaben während eines 8stündigen Sonnenscheins die Umwandlung von zirka 2160 Kilo Wasser in Dampf, womit im Mittel eine Leistung von 32 Pferdestärken erzielt wurde. Dabei wurde an den Absorptionsplatten eine Temperatur von 238° gemessen. Für eine in den Tropen aufzustellende Anlage legt Shuman eine Leistung von

100 Pferdestärken während 350 Tagen im Jahr bei 8stündigem Sonnenschein zugrunde. Hierfür schätzt er die Anlagekosten auf 80 000 Mark, und er veranschlagt die jährlichen Kosten für Bedienung und Wartung inklusive Verzinsung und Amortisation auf 15 000 Mark. Diese Betriebskosten übertreffen die Betriebskosten einer nur halbwegs konstanten Wasserkraft um mehr als das Doppelte.

Motoromnibus und -lastwagen Seine große volkswirtschaftliche Bedeutung erhält der Automobilismus erst dann, wenn er ergänzend zu den bestehenden Eisenbahnverbindungen hinzutritt. Aus diesem Grund sind die Betriebserfahrungen an Motorlastwagen und Motoromnibussen von größerer Wichtigkeit als die Ergebnisse der sportmäßigen Automobilwettfahrten. Über diese Betriebserfahrungen liegt ein reiches von O. Bischoff in Stuttgart gesammeltes Material vor, dem wir folgende Daten entnehmen: Bei Motorlastwagen betragen die Gesamtausgaben für den durchlaufenen Kilometer bei einer Tragfähigkeit von 1,5 Tonnen 36 Pfennig, von 3,0 Tonnen 47 Pfennig, von 5,0 Tonnen 56 Pfennig. Die Hauptausgaben entfallen auf die Gummireifen, die 10 bis 18 Pfennig per Kilometer betragen und auf die Löhne für die Fahrer, die 10 bis 13 Pfennig für die gleiche Leistung betragen. Die Kosten für das Betriebsmaterial bewegen sich zwischen 6 und 10 Pfennig, für Reparaturen zwischen 5 und 7 Pfennig. Die Kosten für Verzinsung und Amortisation sind außer acht gelassen, weil hierzu verschiedene Faktoren in Betracht kommen; außerdem ist zu beachten, daß für 4- bis 5-Tonnen-Wagen die Heeresverwaltung einen Zuschuß von 4000 Mark zu den Anschaffungskosten und 1000 Mark jährlich zu den Betriebsausgaben beiträgt. Die tägliche Wegleistung der Motorlastwagen beträgt rund 130 Kilometer für die 1,5-Tonnen-Wagen und rund 100 Kilometer für die 5-Tonnen-Wagen. Bei den Betriebskostenberechnungen ist bereits darauf Rücksicht genommen worden, daß nach Bedarf ein Anhänger von 3 bis 5 Tonnen Nutzlast mitgeführt werden kann. Die Betriebskostennachweisung für Motoromnibusse bezieht sich ausschließlich auf Überlandverbindungen, für die sich die Omnibusbauart für 15 Sitzplätze mit 28pferdiger Maschine und rund 2,8 Tonnen bei offener und 3,5 Tonnen Dienstgewicht bei geschlossener Bauart

nach den Erfahrungen der bayrischen Postverwaltung als zweckmäßig erwiesen hat. Die Betriebskosten betragen hier für den Motorwagen allein insgesamt 56 Pfennig für den durchfahrenen Kilometer; für den Motorwagen mit Anhänger 62 Pfennig. Hier sind die Kosten für Verzinsung und Amortisation bereits mit einbegriffen. Von den reinen Betriebskosten entfallen 10 bis 11 Pfennig für das Personal, 8 bis 10 Pfennig für Brennstoffe, 8 bis 10 Pfennig für Gummireifen und 6 bis 8 Pfennig für Ausbesserungen.

X

X

Kurze Chronik Eine Brückenau-
wechsellung in nicht
ganz 4 Stunden ist bei der
Arllbergbahn vorgenommen worden. An
Stelle der alten, 260 Tonnen schweren
Konstruktion der Brücke über die Ötz-
taler Ache ist eine solche von 320 Ton-
nen getreten. X Eine neue Schnell-
bahn mit 500 Kilometer Geschwindig-
keit ist von E. Bachelet in New York
gebaut worden, freilich zunächst nur in
einem Modell von 10 Meter Länge mit
einem Wagen von 15 Kilo Gewicht. Die
ungeheure Geschwindigkeit wurde da-
durch ermöglicht, daß der Aluminium-
wagen nicht auf Schienen gleitet sondern
über Schienen schwebt; er wird dadurch
gehalten, daß in die Schienenleitung
Wechselstrom eingeführt wird, der auf
das Aluminium eine abstoßende Wirkung
ausübt, so daß der Wagen von den
Schienen abgehoben wird, aber doch im
Kraftfeld der Leitung bleibt. X Für das
Washingtoner Werk der *Washington
Water Power Company* sind kürzlich
Turbinen gebaut worden, die 9000
Pferdestärken bei 150 Touren leisten.
Für ein zweites Werk dieser Gesellschaft
sind sogar Turbinen hergestellt worden,
die 22 500 Pferdestärken bei 200 Touren
leisten. X Von der *Au Sable Electric
Company* ist zur Stromversorgung eini-
ger Städte im Staat Michigan eine
Kraftübertragungsanlage ge-
baut worden, die mit 140 000 Volt, der
höchsten bisher für Fernleitungen ver-
wendeten Spannung, arbeitet.

X

X

Literatur Eine *Naturwissen-
schaftlich-Techni-
sche Bibliothek* wird
von Dr. Bastian Schmid herausgegeben
(Leipzig, Thomas). Die bisher veröffent-
lichten Bändchen machen einen ver-
trauenerweckenden Eindruck. Da haben
wir eine Darstellung der Metalle nach
Vorkommen, Gewinnung, Verwendung

und wirtschaftlicher Bedeutung von Dr.
K. A. Henniger. Auf 215 Seiten klein-
sten Formats ist ein überraschend rei-
ches Material zusammengetragen, das
sorgfältig und leichtverständlich bearbei-
tet ist. Den Metallarbeitern, die nicht
bloß stumpfsinnig und ohne eindringende
Materialkenntnis ihre Werktagsarbeit
leisten sondern tiefer in ihr Fachgebiet
eindringen wollen, sei diese Arbeit
bestens empfohlen. Eine wertvolle Er-
gänzung zu diesem Bändchen bietet ein
anderes, in dem die Wissenschaft der
Schlossert und Blecharbeiter von L. Wun-
der behandelt ist. Das Bändchen gibt in
populärer Form eine Fülle von Bele-
hrung und Anregung. Selbst dem er-
fahrensten Techniker werden Erklärungen
von technischen oder mechanischen
Vorgängen gegeben, über die er bisher
kaum nachgedacht hatte: warum bei-
spielsweise ein Nagel krumm wird, den
man in einen Lattenzaun treiben will,
wenn man nicht eine schwere Masse von
der andern Seite dagegen hält; warum
man eine große Kupferplatte nicht mit
einem kleinen Lötkolben löten kann;
warum man hart gewordenen Gips mit
Kochsalz wieder erweichen kann; und
anderes mehr. Über Heizung und Hei-
zungsanlagen schreibt K. Radunz. Auch
eine gediegene populäre Arbeit, die treff-
liche Dienste leistet. X *Bild und Film*
nennt sich eine neue Zeitschrift,
die im Verlag der *Lichtbildereigesellschaft*
in München-Gladbach zu erscheinen be-
ginnt. Sie ist im wesentlichen der Kine-
matographie gewidmet. Das 1. Heft
macht einen guten Eindruck. Hoffent-
lich trägt die Zeitschrift dazu bei die
Kinos noch mehr zu ästhetisieren und
sie auch noch mehr als bisher in den
Dienst der wissenschaftlichen Aufklärung
und der Erziehung zum guten Geschmack
zu stellen.

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Volksnäh- In seiner Schrift *Die Er-
nährung unseres Volkes aus
eigener Produktion* / Berlin,
Parey/ kommt Professor von Rümker
zu dem Resultat, daß wir unsere Haupt-
ackererzeugnisse, Roggen, Hafer und
Kartoffeln, die zusammen fast die Hälfte
der ackerfähigen Bodenfläche Deutsch-
lands einnehmen, nicht nur jetzt sondern
wahrscheinlich auch noch für lange Zeit in
ausreichendem Maß durch eigene Pro-
duktion werden decken können. Dagegen
sei die Selbstdeckung unseres Bedarfs
an Weizen und Gerste zurzeit als ziem-
lich hoffnungslos zu bezeichnen. An

Vieh, Fleisch und Fett gewannen wir 1911 33 359 728 Doppelzentner oder 94,88 % unseres Bedarfs durch Eigenproduktion und 1 797 157 Doppelzentner oder 5,12 % durch Einfuhr. Dieses verhältnismäßig geringe Quantum aufzubringen sei weder eine Unmöglichkeit noch überhaupt eine Schwierigkeit. Das rapide Anwachsen unserer Schweinebestände und ebenso die Wiedervergrößerung intensiven Weidebetriebs, wie sie selbst in vielen Rübenwirtschaften stattfindet, seien durchschlagende Mittel dieses geringe Defizit nicht nur zu decken sondern auch bei fortdauernder Bevölkerungszunahme die erforderlichen Vieh-, Fleisch- und Fettmassen weiterhin aus eigener Erzeugung zu beschaffen (siehe hierzu meinen Artikel *Ist eine Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Tierproduktion möglich?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 174 ff.). Um diesen Zustand überwiegender Autarkie durch Selbsthilfe der Landwirte und durch Staatshilfe zu erhalten und zu verbessern, empfiehlt von Rümker Förderung des Hackfruchtbaus, Inkulturnahme und Besiedelung unserer ausgedehnten Moor- und Sandflächen, Veredelung der Pflanzen- und Tierrassen, rationelle Auswahl solcher Sorten und Rassen, deren physiologische Leistungsgrenze möglichst hoch liegt, und die dabei doch den lokalen Bedingungen möglichst angepaßt sind, und endlich Förderung der Pflanzenpathologie. An dieser Stelle möchte ich besonders den letzten Vorschlag unterstützen. Die Erforschung und Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten ist in Deutschland in 3 großen staatlich unterhaltenen Anstalten zentralisiert: der biologischen Reichsanstalt in Dahlem, dem Kaiser Wilhelms-Institut in Bromberg und der agrikulturnbotanischen Anstalt in München. Da aber infolge der hochgeschraubten Lebensbedingungen, unter denen unsere Kulturpflanzen existieren müssen, die Pflanzenschädlinge immer mehr zunehmen und in jedem Jahr Ernteausfälle im Betrag von Millionen Mark verursachen, sollten nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten (siehe hierüber diese Rundschau, 1912, 1. Band, pag. 393 ff.) auch an den beiden landwirtschaftlichen Hochschulen Preußens und an einigen deutschen Universitäten pflanzenpathologische Institute geschaffen werden. Ausführlich beschäftigt sich von Rümker zum Schluß mit unserer Volksschule, die infolge der reinstädtischen Vorbildung der Lehrer die Land-

kinder für die Stadt erziehe, unbewußt die Landflucht fördere und dadurch die agrikole Produktion schädige. Er fordert, daß die Volksschullehrerbildung eine mehr der Natur zugekehrte Wendung erhalten solle, und daß die Volksschulen wie in Nordamerika mit Schülerversuchsgärten ausgestattet werden sollten, um die Jugend zur experimentellen Beobachtung der Naturvorgänge, zur produktiven Arbeit mit den Kräften der Natur und damit zur Schätzung des Landlebens anzuhalten. Auch im gesamten landwirtschaftlichen Fachunterrichtswesen sollen der Anschauungsunterricht und die praktische Mitarbeit der Schüler und Studierenden gegenüber der jetzt überwiegenden theoretischen Unterweisung mehr in den Vordergrund treten.

Vom Standpunkt eines volkswirtschaftlich und statistisch geschulten Nahrungsmittelchemikers schreibt Professor Lichtenfeld über *Volksernährung und Teuerung* /Stuttgart, Kohlhammer/. Interessant ist vor allem, was Lichtenfeld über die Verteuerung unserer 4 hauptsächlichsten Volksnahrungsmittel, Schweinefleisch, Milch, Brot und Kartoffel, durch den Zwischenhandel sagt. Nach seinen Erhebungen verdienten die Schlächter im November 1911 auf den Einkaufspreis der Schweine 33,6 bis 70 %. Zu gleicher Zeit wurde im Durchschnitt der Preisangaben aus 58 Städten die Vollmilch von den Milchhändlern mit 15,1 Pfennig pro Liter eingekauft und mit 21,4 Pfennig verkauft, so daß eine Spannung von 41,7 % bestand. Durch die Bäckerei verteuerten sich die Rohstoffe des Mehls um zirka 106 %, und das Bäckereikapital, einschließlich des Unternehmergewinns, verzinste sich mit 200 %. Die Kartoffeln wurden 1906 bis 1908 in den 4 Städten Berlin, Breslau, Leipzig und Magdeburg, zu 100 Kilo gehandelt (also im Großhandel), für durchschnittlich 54 Pfennig pro 1 Kilo, zu 2 Kilo gehandelt (also im Kleinhandel), für 95 Pfennig verkauft. Die Spannung betrug hier also 81,5 %. Die Belastung der Konsumenten durch den Zwischenhandel ist natürlich in den Großstädten am schwersten. Der durchschnittliche tägliche Nahrungsmittelbedarf eines Mannes stellte sich 1911 in der Kleinstadt Wedlitz auf 71 Pfennig, in Köln auf 92 Pfennig. »Die ganze Nahrung ist also in Wedlitz um 21 Pfennig billiger = 30 % des Aufwands in Wedlitz oder 23 % des Kölner Aufwands. Was sind hiergegen die die Ernährung mit zirka

3,5 % belastenden Zölle auf Lebensmittel?« Als Mittel zur Abhilfe empfiehlt Lichtenfelt Förderung der Konsumvereine, Näherrückung des Landwirts an den Konsumenten, regelmäßige amtliche Feststellung und Veröffentlichung der Preise der wichtigsten Lebensmittel und einen zeitgemäßen Ersatz für die seimerzeit abgeschafften Fleischerei- und Bäckereitaxen. In der Sphäre der Urproduktion verlangt Lichtenfelt ebenso wie von Rümker die systematische Durchführung einer Ansiedlungspolitik, für die der Kredit im weitesten Maß einzusetzen habe (siehe hierüber meine Artikel *Volksernährung und innere Kolonisation im Osten Deutschlands* und *Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bauernguts und der Binnensiedelung in den Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 381 ff., und 2. Band, pag. 613 ff.).

X X

Kurze Chronik Im Juni dieses Jahres starb in München Professor Dr. Baumann, der langjährige Leiter der bayrischen Moorkulturanstalt. Er hat sich durch wissenschaftliche Forschungen und praktische Arbeit, zu der er nach preußischem Vorbild Gefangene verwandte, um die Kultivierung der bayrischen Moore verdient gemacht. Durch Herausbildung der Methoden erfolgreichen Kartoffelbaus im Hochmoor hat er die Vorbedingung ihrer künftigen Besiedelung geschaffen.

X X

Literatur In seinem Buch *Die neuzeitliche Volkswirtschaft und die Existenzbedingungen der Familien in der badischen Pfalz / Karlsruhe, Braun/* schildert F. C. Freudenberg nach der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 und Steuermaterial die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einer der bevorzugtesten und fortgeschrittensten Gegenden des Deutschen Reichs. Die gewerblichen Arbeiter in der industriereichen Ebene zwischen Mannheim und Heidelberg und im gleichfalls stark industrialisierten Odenwald sind danach in überraschendem Umfang am Besitz landwirtschaftlich genutzten Bodens beteiligt und nebenberuflich in der Landwirtschaft tätig. Die liebevolle Darstellung ihrer Lebensverhältnisse macht Freudenbergs Werk zu einem wertvollen Beitrag zur Soziologie jener von unserer Parteidoktrin und -taktik viel zu wenig berücksichtigten breiten Arbeiterschichten, die Genosse Maurenbrecher einmal die

Amphibienschichten genannt und für den wünschenswertesten Typus der deutschen Arbeiterschaft überhaupt erklärt hat (siehe Maurenbrecher *Agrarischer Sozialismus in den Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 438). Im übrigen schätzt Freudenberg die kleinbäuerliche Landwirtschaft der badischen Pfalz mit ihren musterhaft bebauten Feldern und ihrer höchst intensiven Viehhaltung so sehr, daß er sogar die Aufteilung der letzten 3 großen Domänen dieser Gegend verlangt, da sie bei einem Areal von je 400 bis 500 Hektar kaum Menschen beherbergen (1905 zusammen noch keine 300 Einwohner, darunter zum größten Teil Fremde und zwar Polen). Der Wert dieses Domänenlands könnte sehr gesteigert werden, wenn man kleine Bauernrentengüter daraus machen wollte. Es könnte nicht länger geduldet werden, daß inmitten eines Gebiets, wo (ohne die Städte Mannheim und Heidelberg) 244 Einwohner auf dem Quadratkilometer leben, Gutsbezirke mit bestem Boden liegen, die nur 20 Einwohner respektive Fremde auf einem Quadratkilometer beherbergen. Da könnten Hunderte von Familien und Tausende von Kindern gedeihen. Mit seiner verständnisvollen Würdigung der bäuerlichen Landwirtschaft der badischen Pfalz gibt Freudenberg ein Seitenstück zu dem Buch von Dr. Adolf Müller über die Landwirtschaft der bayrischen Pfalz (siehe hierüber meinen Artikel *Die Sozialdemokratie und die süd- und westdeutschen Klein- und Mittelbauern* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 961 ff.).

Verkehr / Felix Linke

Ozeanüberwachung Seit dem Titanicuntergang sind zahlreiche Vorschläge zur Sicherung der Schifffahrt auf dem Ozean aufgetaucht. Von ihnen verdient einer eine besondere Beachtung, der von Harsley, einem Lektor an der Berliner Universität, den dieser in einer englischen Zeitschrift veröffentlicht und später in einem Flugblatt wiederholt hat. Um einen Anfang mit dem umfangreichen, die ganze zivilisierte Welt umfassenden Plan zu machen, empfiehlt Harsley vorerst eine Verständigung Europas mit Amerika für den Atlantischen Ozean. Man solle eine bestimmte Klasse von Schiffen ausrüsten, die auf dem Meer zu patrouillieren hätten, namentlich in solchen Gegenden, wo regelmäßig wiederkehrende Gefahren, wie Eis, treibende Wracks usw., anzutreffen sind. Sie müßten durch Warnungssignale alle

in der Nähe befindlichen Schiffe von vorhandenen Gefahren verständigen, und die größeren für die Weitergabe solcher Meldungen geeigneten Schiffe sollten verpflichtet sein diese Warnungen auch anderen Schiffen mitzuteilen. Die Überwachungsboote müßten internationalen Charakter tragen, um Mißbrauch in Kriegszeiten auszuschließen. Harsley knüpft noch weitergehende Vorschläge zur Internationalisierung und Neutralisierung der Weltmeere überhaupt an.

Der wichtigste Teil der Harsleyschen Vorschläge, nämlich die Überwachung durch internationale Schiffe, ließe sich wohl verwirklichen. Harsley verspricht sich erhebliche Vorteile davon und zählt folgende auf: 1. Ihre Einführung würde dem zur See fahrenden Publikum eine Beruhigung sein; insbesondere auch deshalb, weil diese Schiffe die umhertreibenden Wracks beobachten, vor ihnen warnen und sie gegebenenfalls sprengen können. 2. Sie würden in gewissen Notfällen selber als Rettungsschiffe dienen. 3. Sie ließen sich so einrichten, daß sie auch für wissenschaftliche Zwecke verwendbar würden. 4. Diese (internationale) Einrichtung wäre ein Schritt weiter auf dem Weg internationaler Verständigung und Zusammenarbeit.

Die Verbindung des Sicherheitsdienstes mit den wissenschaftlichen Aufgaben würde die Einrichtung nicht bloß rentabel sondern auch kulturell besonders wertvoll machen. Denn die Erforschung der Ozeane liegt noch sehr im argen, und eine Erweiterung, selbst zwangsweise, wäre nur mit Freuden zu begrüßen.

X
Rhein-Nordsee-Kanal

Vor einiger Zeit ist der Plan aufgetaucht dem Rhein eine deutsche Mündung zu geben, ihm also einen Zugang zur Nordsee lediglich auf deutschem Boden zu schaffen. Man hat sogar schon einen Plan ausgearbeitet, in dem Linienführung und Kosten festgelegt sind. Als Ausgangspunkt am Rhein ist Wesel angenommen. Dort mündet die Lippe in den Rhein. Durch ihre Kanalisation bekommt Wesel an das östlich vom Rhein entstehende Kanalnetz Anschluß. Die projektierte Linie soll vom Rhein in nördlicher Richtung nach Bocholt gehen, dann auf 10 Kilometer an der Landesgrenze entlang laufen, der sie sich bis 1 Kilometer nähert, zwischen Stadtlohn und Vreden an Ottenstein vorbei nach Gronau in Westfalen führen, das sie mit Rücksicht auf

die großen Industriestätten des Ortes nordwestlich umgeht. Von Gronau führt der Kanal in westlicher Richtung an der Landesgrenze weiter, um an der Grenze zwischen Westfalen und Hannover durch eine große Kurve die nördliche Richtung wiederaufzunehmen. An Nordhorn, einem größeren Ort mit Industrie vor Eintritt in die linksemsischen Moorgebiete, führt die Linie südöstlich vorbei. Durch die Kreuzung mit dem Ems-Vechte-Kanal ist der Anschluß an den Dortmund-Ems-Kanal und mittels des Almelo-Nordhorn-Kanals nach Holland ermöglicht. Dann läuft die projektierte Linie in nördlicher Richtung durch die Moorgebiete weiter, die durch den Kanal vorteilhaft entwässert werden können. Der Haren-Rütenbrocker-Kanal wird ebenfalls geschnitten und dadurch eine weitere Verbindung mit dem Dortmund-Ems-Kanal und den holländischen Kanälen erzielt. In nordöstlicher Richtung durchschneidet der Kanal weitere Gebiete des Bourtanger Moors. Auch hier wird eine Entwässerung angängig, durch Schaffung einer Vorflut. Etwa 59 Kilometer oberhalb Ermden-Außenhafen und 9 Kilometer oberhalb der Einmündung des Papenburger Schleusenkanals läuft der Kanal bei Reede in die Ems ein. Unter Benutzung dieser Linienführung, die von den Bauräten Herzberg und Taaks ihrem Projekt zugrunde gelegt ist, wird die Gesamtlänge des Kanals 171 Kilometer betragen. Berücksichtigt man die bereits in Angriff genommene Geradstreckung der untern Ems, so beträgt die Gesamtlänge 220 Kilometer. Der Wasserweg von Wesel durch Holland bis in die See beträgt 230 Kilometer, während er durch den Rhein-Nordsee-Kanal 270 Kilometer, also 40 Kilometer mehr beträgt. Dieser Unterschied wird aber für die nach Osten fahrenden und von dort kommenden Schiffe reichlich durch die erhebliche Verkürzung der Fahrt in der Nordsee aufgehoben, die eine Länge von etwa 300 Kilometer hat.

Dieses Projekt hat jedoch erhebliche Anfeindungen erfahren. Zwar haben die Holländer nicht alles aufgewandt, was eigentlich für eine Wasserstraße von der Bedeutung des Rheins und seiner Mündung beansprucht werden kann, aber darin liegt eigentlich noch kein Grund gleich ein Riesenprojekt auszuhecken und zu betreiben, dessen Ausführung viele Hunderte von Millionen Mark kostet. Es haben sich sehr gewichtige Stimmen, namentlich auch aus der In-

dustric, dagegen ausgesprochen. Besonders hat neuerdings die Duisburger Handelskammer, deren Bezirk an dem Rheinverkehr über die deutsch-holländische Grenze mit 60 % beteiligt ist, starke Gründe dagegen geltend gemacht. Auch von ihr wird bestritten, daß sich die Schiffsinteressen in einer drückenden Abhängigkeit von Holland befänden. Sie führt aber auch eine Reihe rein sachlicher Momente von durchschlagender Bedeutung gegen das Projekt ins Feld. Sie sagt, dem Schiffsverkehr des rheinisch-westfälischen Industriegebiets mit der Nordsee dienen bereits die leistungsfähige Rheinwasserstraße und der Dortmund-Ems-Kanal. Diese beiden Wasserstraßen werden durch 2 das Industriegebiet durchziehende Kanäle, nämlich den Rhein-Herne-Kanal und den Lippekanal, mit einander verbunden. Eines weitern Schiffsahrtswegs vom Industriegebiet zur Nordsee bedarf es nicht. Abgesehen davon, daß durch die neue Wasserstraße den im Bau befindlichen und den bereits vorhandenen, mit sehr großen Opfern geschaffenen Kanalverbindungen eine ganz unnötige Konkurrenz bereitet würde, betrüge der Kostenaufwand mehrere hundert Millionen Mark. Fachleute versichern, daß man mit den auf 235 Millionen Mark veranschlagten Baukosten unter keinen Umständen auskommen würde. Der geplante Kanal soll nämlich längs der holländischen Grenze vorwiegend durch Heide und Moor geführt werden, das heißt durch ein Gebiet, das voraussichtlich auch nach Jahrzehnten dem Kanal kaum nennenswerte Güter zuführen wird. Ebenso wenig wird der geplante künstliche Wasserweg der vorzüglichen natürlichen Wasserstraße des Rheins bedeutenden Verkehr entziehen können. Denn die Kanalschiffahrt wird an Billigkeit, Schnelligkeit und Sicherheit hinter der Güterbeförderung auf dem freien Rheinstrom weit zurückstehen; sie würde auf dem Rhein-Nordsee-Kanal wegen der zu passierenden Schleusen noch besonders erschwert sein. Bei Ausarbeitung der Studie scheinen sich die Verfasser der großen Schwierigkeiten des Baues eines Kanals, der durch Heide und Moor verläuft, nicht ganz bewußt gewesen zu sein. Die Kosten für die Herstellung der Schleusen werden riesige Summen verschlingen, ihre Ausführung in der vorgesehene Weise wird kaum möglich sein. Die Bedeutung des Kanals für die Erschließung von Ödland zu Neuansied-

lungen wird anscheinend überschätzt; dieses Ziel läßt sich auch mit wesentlich einfacheren und weniger kostspieligen Mitteln verwirklichen.

Mit diesen Einwänden kann man wohl das Projekt als gefallen betrachten.

× **Kurze Chronik** Der Tunnel durch den Königsstuhl, durch den die neue Odenwaldbahn gelegt werden soll, ist fertiggestellt worden. Die Tunnellänge beträgt 2476 Meter. × Anfang August wurde die Station Jungfraujoch der Jungfraubahn dem Verkehr übergeben. × Zwischen dem chilenischen Hafen Corral und dem argentinischen San Antonio soll ein großer Eisenbahnbau ausgeführt werden. × Auf Betreiben der Vereinigten Staaten betreibt die kubanische Regierung ernsthaft einen Kanal, der die Insel Kuba in 2 Teile teilen würde. Der Kanal würde den Weg zwischen dem Panamakanal und den atlantischen Häfen der Union wesentlich abkürzen und somit eine Ergänzung des Panamakanals darstellen. Die Baukosten sollen 90 Millionen Dollar betragen. × Eine Fernsprechleitung Berlin-Mailand wird gebaut; sie führt durch den Simplontunnel.

× **Literatur** Eine ungewöhnliche Reisebeschreibung ist André Chevrillons Buch *In Indien* (deutsch von Annette Kolb /Leipzig, Zeitler/). Es ist kein Kunstwerk wie Hamsuns wundervolles Kaukasusbuch, aber es ist ein Werk der erzählenden Literatur, das Erzeugnis eines feinen Kopfes mit feinen Sinnen, bei dem die Beobachtung und die Reflexion gleich stark sind. Die Reise geht von Aden nach Kalkutta, und wir bekommen eine lebendige Anschauung von dem indischen Land und dem geistigen und Seelenleben seiner Bewohner, die uns auch seine Geschichte widerspiegelt. Besonders Wert haben die beigegebenen 10 Illustrationen, auf denen die merkwürdigsten Stätten Indiens ungewöhnlich gut bildhaft reproduziert sind. Das Buch ist vom Verlag mit dem bei ihm gewohnten Geschmack ausgestattet, so daß es auch äußerlich dem Bücherliebhaber eine willkommene Gabe ist.

Kolonisation / Gerhard Hildebrand

Neukamerun Dem Reichstag wird im Herbst ein kolonialer Nachtragsetz vorgelegt werden, durch den die dringendsten Ersterforder-

nisse für die Besetzung und Verwaltung unseres neuen Kameruner Besitzes ihre Regelung finden sollen. Der Arbeitsplan für die Abgrenzungskommissionen ist auf der Berner Konferenz entworfen worden; zur Beschleunigung der Auseinandersetzung sollen 4 getrennt neben einander tätige Vermessungsexpeditionen noch im Herbst hinausgesandt werden, an denen von deutscher und französischer Seite insgesamt je 11 Offiziere, 2 Ärzte und 8 Unteroffiziere teilnehmen. In Verbindung mit den Vermessungsexpeditionen werden Forscher in die noch unbekannteren Gebiete gesandt werden, um Land und Leute zu studieren. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden kaum vor 1914 fertig vorliegen. Etliches wird inzwischen durch rein private Expeditionen geleistet werden können, so vielleicht durch die des bekannten Kolonialreisenden Emil Zimmermann, von dem bereits seit Anfang August vorläufige Reiseberichte aus dem mittlern Osten von Neukamerun (Landstriche um Gaza und Carnot) veröffentlicht werden, den er gegen Ende Mai auf dem Weg über Duala-Jaunde-Dumebaturi erreicht hat. Unter diesen Umständen hat das Reichskolonialamt recht daran getan durch Dr. Karl Ritter alles zugängliche französische und belgische Informationsmaterial bearbeiten zu lassen und den Ertrag als Nummer 4 der *Veröffentlichungen des Reichskolonialamts* durch den Verlag von Gustav Fischer in Jena der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Der Publikation kann man vollständige Unvoreingenommenheit und nüchterne Sachlichkeit nicht absprechen. Es wird nichts Unangenehmes verschwiegen, nichts schön gefärbt und nichts an Vorbehalten gespart. Das hat Anlaß dazu gegeben, daß ein Teil der Presse unter Anführung der *Post* und der *Hamburger Nachrichten* unter Verwertung tendenziös zurechtgestutzter Auszüge im Anschluß an die amtliche Publikation von einer vernichtenden Kritik des Reichskolonialamts an der durch das Auswärtige Amt neu erworbenen *Perle* redeten und ihre Leser mit grauenerweckenden Vorstellungen über Neukamerun erfüllten. Der *Berliner Börsenkurier* muß aber am 1. August an der Hand des amtlichen Berichts zugeben, »daß die bisherige Berichterstattung zum großen Teil den Eindruck nicht wiedergibt, den ein unbefangener Leser von dem neuen Gebiet erhalten muß«. In der Tat ist fast alles Unerfreuliche, über das die Denkschrift be-

richtet, schon vorher bekannt gewesen und überschreitet in keinem einzigen Punkt die Vorstellungen, die jeder, der sich ein wenig mit Äquatorialafrika oder dem tropischen Südamerika, namentlich aber mit dem Kongogebiet beschäftigt hat, schon von vornherein von dem Charakter des neu erworbenen Gebiets und zumal seiner zum Kongobecken gehörigen Teile haben mußte. Jedes tropische Urwaldflachland mit starken Niederschlägen ist eben von Haus aus ein Sumpfgebiet und ein Fieberherd und eine *Mordgrube*. Es ist daher Sensationsmache, wenn dem ahnungslosen Teil des Publikums suggeriert wird, daß Deutschland mit Neukamerun eine ganz besonders minderwertige Erwerbung gemacht habe. Selbst in uralten Kulturgebieten wie auf Ceylon, gibt es noch Hunderte von Quadratkilometern Sumpflands, wo, abgesehen von der Schlafkrankheit, genau die gleichen ungünstigen Klimaverhältnisse bestehen wie in den Urwaldniederungen Neukameruns. Auch die Flußniederungen Deutschlands sind erst im Verlauf tausendjähriger Kulturarbeit aus Sümpfen zu menschlichen Wohnplätzen geworden, zahlreiche Generationen haben ihre beste Kraft daran gesetzt, um ein Stück Sumpf-, Typhus- und Fieberland nach dem andern in Kulturland zu verwandeln, und auch heute noch bilden in den Elb- und Havel-, Oder- und Wartheniederungen meilenweite Frühjahrsüberschwemmungen die Regel. Selbst in den Tropen aber ist es schon vielfach gelungen binnen 10, 20 Jahren aus *Mordgruben* wie Duala durch Entwässerung und Entsumpfung erträgliche Wohnplätze zu schaffen, und man wird zu der Überzeugung kommen, daß im Ausmaß der vorhandenen Kräfte und Mittel auch in Neukamerun dem Urwald und dem Sumpf schrittweise Kulturland abgewonnen werden kann. Selbstverständlich kann heute und in absehbarer Zeit noch niemand daran denken das Paradiesstück der Neukameruner Schwarzfärber, den sogenannten *Sangavorsprung*, das heißt den Südostzipfel von Neukamerun, zu sanieren und zu kultivieren. Das würde eine Umwälzung der gesamten Vorflutverhältnisse des Sanga in seinem ganzen Verlauf, des Likuala Mossaka und des grünen Likuala, also eine geregelte Forstwirtschaft in einem Gebiet von der Größe des gesamten Rheinbeckens mit allen seinen Nebenflüssen einschließlich der Maas sowie ein vollständig ausgeführtes Strombausystem zur Voraussetzung haben. Das ist eine Aufgabe, an

deren Bewältigung Jahrhunderte arbeiten müssen und arbeiten werden. Es genügt auf lange hinaus, wenn der Sangaunterlauf von Wesso bis Bonga an der deutsch-französisch-belgischen Grenze allen Verkehrsbedürfnissen des oberhalb Wesso gegabelten Sanga- und Dschasystems, das durch das Novemberabkommen vollständig zum deutschen Besitz geworden ist, ohne Schwierigkeiten dienstbar gemacht werden kann. Dazu genügen einige wenige Zoll-, Handels-, Verwaltungs- und Militärstationen, die dem Überschwemmungsgebiet abgerungen werden müssen. Wirtschaftspolitisch ist dieser Besitz außerordentlich wichtig, weil er die Aus- und Einfuhr Südostkameruns von Zoll- und anderen Schikanen der französischen Kolonialverwaltung, namentlich auch von den halsabschneiderischen Tarifen der französischen Verkehrsgesellschaften unabhängig macht. Die Kongostrecke unterhalb von Bonga ist ja internationale Schifffahrtsstrecke, auf der es also weder ein französisches noch ein belgisches Verkehrsmonopol gibt, mit Ausnahme zurzeit noch der belgischen Kongoschnellenumgehungsbahn zwischen Matadi und Leopoldville, deren Monopol aber voraussichtlich durch eine französische Konkurrenzbahn Port Noire-Brazzaville durchbrochen werden wird.

Aus den Einzelheiten der Denkschrift sei an dieser Stelle nur das Notwendigste zur Ergänzung und Besichtigung der vorläufigen Übersicht hervorgehoben, die ich schon früher in dieser Rundschau (1911, 3. Band, pag. 1572 ff.) gegeben habe. Bedeutende Gebiete des neuen Südkamerun werden danach übereinstimmend in allen Berichten als die kautschukreichsten in ganz Französisch Äquatorialafrika bezeichnet. Dies gilt von dem Teil etwa östlich des 13. Längengrads östlich von Greenwich. In der westlichen Hälfte nimmt der Kautschukreichtum, der hier schon stark ausgebeutet ist, immer mehr ab, die Bevölkerung dagegen zu. Die Berichte über das Vorkommen der Ölpalmen im Südgebiet widersprechen sich sehr, doch gehört das ganze Gebiet seiner Natur nach zur Kameruner Ölpalmenzone, und man kann annehmen, daß die Palme, wo sie zurzeit noch nicht vorkommt, im Verlauf fortschreitender Urwaldlichtung ebenso heimisch werden wird wie sie weiter nördlich der Eingeboreneniedelung vielfach gefolgt ist. Außer sonstigen Ölfrüchten gedeihen in diesem Gebiet noch Kolanüsse, Ebenholz und das sehr wertvolle,

schon heute vielfach von Gabun nach Hamburg exportierte Okumaholz. Die Eingeborenen bauen auf ihren Pflanzungen vor allem Maniok, Pflanzen, Bananen und Mais, aber auch Reis, Hirse, Bataten, Kartoffeln und europäische Gemüse gedeihen überall vortrefflich. Die Verkehrsverhältnisse sind aber noch recht ungeklärt, so daß namentlich dem Holzexport bis auf weiteres sehr enge Grenzen gezogen sein werden. Von den neuen Gebieten in Nordostkamerun, also von den ausgedehnten Landschaften am Pende, Logone und Mao Kabi, gibt Ritter folgende Charakteristik: »Im Wald kommen große Mengen von *Landolphia owariensis* vor, ferner Ölpalmen und Kaffee, der auch hier wild wächst, aber gute Früchte trägt (im Durchschnitt sind 220 Früchte pro Baum gezählt worden). Besonders in der Ebene zwischen Pende und Logone sollen noch große Kautschukbestände zu finden sein. Zwischen den Uferwäldern ist Busch- und Graslandschaft. Auch hier ist die *Landolphia tonii* noch zahlreich anzutreffen. Auf den Eingeborenenfeldern wechselt Maniok und Hirse ab. Weiter nordwärts in der Ebene kommen hier und da noch einige Kilometer lange Waldstrecken vor; im allgemeinen ist aber die Ebene dort fast ganz baumlos. Die natürlichen, wildwachsenden Erzeugnisse, die den Reichtum des zentralafrikanischen Urwalds und seiner Grenzgebiete gebildet haben, treten hier also an Bedeutung zurück. Dafür zeigen aber die Eingeborenenkulturen eine Sorgfalt, Mannigfaltigkeit und Ertragsfähigkeit, die das Erstaunen und den Beifall aller Forscher hervorgerufen haben. Nicht nur Getreidearten, an erster Stelle Hirse, dann Mais und Reis, gedeihen hier vorzüglich sondern auch die für die Nahrungsmittel- und Fettstoffindustrie wichtigen Erzeugnisse, wie Sesam, Erdnüsse, Schinüsse, kommen hier in großen Mengen und guter Beschaffenheit vor. Dazu ist das Land für den Baumwollbau klimatisch und seiner Bodenbeschaffenheit nach sehr geeignet. Außer diesen Erzeugnissen ist der Tabak ziemlich verbreitet, der besser als der am Tschadsee gebaut ist; zu nennen sind ferner Bohnen, Feigen in verschiedenen Arten, Pissaven usw.« Die Rindviehzucht steht hier auf sehr hoher Stufe, und von dem Wertvollsten, den Menschen, sagt der französische Forscher Lenfant, er habe niemals in Afrika schönere Menschen, schönere Dörfer und schönere Pflanzungen gesehen als hier.

Im übrigen ist an dieser Stelle auf den reichhaltigen Inhalt der Denkschrift selber zu verweisen, deren Lektüre niemandem erspart bleiben kann, der sich über Neukamerun zuverlässig unterrichten will. Ein Gebiet, größer als halb Deutschland, ist mit ihm für die deutsche Kolonialwirtschaft gewonnen worden. Ritter glaubt das sichere Minimum seiner Bevölkerung auf nicht mehr als $\frac{1}{2}$ Million ansetzen zu dürfen. Unter deutscher Verwaltung kann sie sich in wenigen Generationen verzehnfachen, wenn alle Beteiligten das ihrige zur kulturellen Entwicklung des Landes beitragen.

× ×
Kurze Chronik Die Ausfuhr der Goldküste ist von 52 Millionen Mark im Jahr 1910 auf 69,4 Millionen in 1911 gestiegen, darunter allein die Kakaofuhr von 17,3 auf 32,2 Millionen Mark. × In Chile waren Ende letzten Jahres 6375 Kilometer (je zur Hälfte Staats- und Privat-) Eisenbahnen in Betrieb, weitere 2626 Kilometer in Bau auf Staatskosten oder mit Staatsgarantie, 322 Kilometer an Private konzessioniert. × In Argentinien sind 1911 fast 1300 Kilometer Staatseisenbahnen gebaut worden. Ende des Jahres betrug die Gesamtlänge des argentinischen Eisenbahnnetzes 31749 Kilometer, wovon 5384 Kilometer Staatsbahnen waren. × Die hervorragende Bedeutung der Kolonien für die Baumwollindustrie zeigt sich an den Einfuhrziffern von Rangun, dem Haupthafen von Britisch Birma. 1911-1912 kamen von 114,36 Millionen Rupien Einfuhrwert 35,57 Millionen auf Baumwollwaren. 2 Jahre zuvor waren es von 106,63 Millionen Rupien 26,09 Millionen gewesen. Der Anteil der Baumwollwaren ist also binnen 2 Jahren von einem Viertel auf ein Drittel gestiegen. × Die Bevölkerung von Sierra Leone (Kolonie und Protektorat) beträgt nach dem Zensus von 1911 etwas über 1,4 Millionen Köpfe. Die Ausfuhr hat sich 1906 bis 1910 von 14,3 auf 25 Millionen Mark, die Einfuhr von 17,7 auf 23,2 Millionen Mark gehoben.

× ×
Literatur Unter dem Titel *Die deutschen Kolonien (Land und Leute)* hat Dr. Adolf Heilborn in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ 10 Vorlesungen veröffentlicht, die jetzt in 3. verbesserter Auflage erschienen sind. Das Büchlein bildet zusam-

men mit der früher hier besprochenen Schrift von Dr. Chr. G. Barth *Unsere Schutzgebiete nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen* eine gute erste Einführung in die deutsche Kolonialkunde. × Professor Dr. Karl Dove publiziert einen im Januar in der Gesteiftung in Dresden gehaltenen Vortrag *Marokko und die wirtschaftspolitischen Beziehungen in Afrika zwischen Deutschland und Frankreich* /Leipzig, Teubner/. Das ganze Mißverhältnis zwischen französischer und deutscher Kolonialausdehnung, französischem und deutschem Kolonialbedarf, französischer Monopolpolitik und deutschem Außenhandelsinteresse wird uns hier von dem namentlich als Afrikakenner hervorragenden Geographen noch einmal vor Augen geführt. Es weht etwas wie Resignation aus diesen Blättern, die in der Aufforderung gipfeln darauf zu achten, daß wenigstens der Deutschland verbleibende Rest von wirtschaftlichem Einfluß in Marokko vor jeder Gefährdung durch fremdes Übelwollen oder durch offenkundige Gegenmaßnahmen gewahrt bleibe.

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Genossenschaftsiedelung Britz In Britz, einer im Süden Berlins gelegenen Vorortgemeinde, geht jetzt die von der Neuköllner Baugenossenschaft *Ideal* angelegte Gartenstadtsiedelung (siehe die Rubrik *Genossenschaftsbewegung*, 1911, 2. Band, pag. 916) der Vollendung entgegen. Im September wird das erste Viertel der von der Genossenschaft ohne philanthropische Beihilfe errichteten Einfamilienhäuser beziehbar. Von diesem Zeitpunkt an werden wir an einem praktischen Beispiel beweisen können, daß die den deutschen Großstädtern aufgezwungene Mietskaserne nicht einmal wirtschaftlich gerechtfertigt ist, daß es sogar auf hochwertigem Gelände in der nähern Umgebung Berlins bei einer gleich hohen Rentabilität für den Unternehmer möglich ist den Massen eine menschenwürdiger, gesündere und schönere Wohnweise zu bieten, wenn das Terrain- und Bauunternehmertum nur gewillt wäre sich zu moderneren Grundsätzen zu bekennen und die Erkenntnisse aufzugreifen, die ihm von der jungen Städtebaubewegung eifrig und eindringlich genug dargeboten werden. Über diesen Akt der Selbsthilfe hinaus, zu dem die Baugenossen sich hier aufgerafft haben, über die Einzelleistung, die als ein neuer Erfolg des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zu buchen wäre, ist

hier für den Kampf gegen das volksfeindliche System der Mietskaserne eine Waffe geschliffen, die, richtig genutzt, uns ein beträchtliches Stück vorwärts bringen muß. Statt der Berechnungen und Unterweisungen, mit denen bis jetzt die Aufklärungsarbeit geleistet werden mußte, braucht man jetzt nur Tausende und Hunderttausende nach Britz in die Idealsiedlung zu schicken; die Tatsache, daß hier, wenn die Anlage vollendet sein wird, 530 Familien im 2stöckigen, von Gartenland umsäumten Einzelhaus wohnen werden, zu Mietspreisen, die das, was der bessere Berliner Arbeiter für seine elende Etagenwohnung auszugeben gewohnt ist, nicht wesentlich übersteigen, kann auf die Dauer auf diese Massen nicht ohne Rückwirkung bleiben. Nachdem die Durchführbarkeit der von Goecke, Eberstadt, Kuczynski und anderen Städtebauern lange genug gepredigten Reformgedanken so augenfällig erwiesen worden sind, besteht die Hoffnung, daß die überhoch aufgespeicherte Unzufriedenheit sich zu ähnlichen Aktionen verdichten wird. In diesem Sinn wird Britz nicht Erfüllung, sondern kräftigster Ansporn sein.

Das Britzer Experiment war dadurch möglich, daß die Baugenossenschaft im Gegensatz zu den Privatunternehmern den so arg verlästerten *Theoretikern* folgte und bei ihrer neuen Anlage die Mängel der heute üblichen Bauweise zu beseitigen trachtete. Statt der einzelnen, kleinen, schlecht geschnittenen Parzelle wurde ein ganzer Block von 3400 Quadratrußen angekauft und einheitlich aufgeteilt. Durch 2 das Gelände kreuzende Straßen entstanden 4 Gruppen, die am Rand geschlossenen Reihenhausbau, im Innern Gärten und eine Anzahl weiterer Einzelhausgruppen enthalten. Für das Terrain wäre eine 4geschossige Bauweise zulässig. Errichtet werden nur 2stöckige Ein- oder Zweifamilienhäuser mit Ausnahme der Eckbauten, für die je 4 Parteien vorgesehen sind. Die Läden für einen Metzger, einen Bäcker, einen Zigarrenhändler und dergleichen notwendige Betriebe sind in den Randhäusern eingebaut. Sämtliche Häuschen haben nach dem Blockinnern zu eine der Küche vorgelagerte Laube und ein Gärtchen, das an das Nachbarland so angegeschlossen ist, daß einheitliche, architektonisch reizvolle Grünhöfe entstehen. Für die nicht ganz gleichen Bewohnerkategorien mußten verschiedene Wohnungstypen hergerichtet werden. Von Einzimmerwohnungen, die weniger verlangt

werden und ziemlich unwirtschaftlich sind, sind nur ein paar vorgesehen. Am häufigsten ist ein Zweizimmertyp: im Erdgeschoß Küche und Wohnstube; von der Küche eine direkte Treppe zu dem Keller mit dem Vorratsraum, der Waschküche und dem Apparat für die Warmwasserversorgung. Im 1. Stock ein großes Schlafzimmer, daneben Kloset- und Baderaum. Im Giebel ist mitunter noch eine Kammer ausgebaut. Das alles kostet mit dem Garten monatlich 40 bis 43,50 Mark, bei 1 Zimmer und 1 bis 2 Kammern mehr 54 bis 60 Mark.

Man wird fragen, wie das ohne irgendwelche materielle Zubeße möglich geworden ist. Ganz einfach durch die der Mietskaserne gegenüber rationellere Ausnutzung des großen Geländes. Die Mietskaserne ist bekanntlich nur möglich durch die breite Straße. Je breiter die Straße, um so höher das Haus, um so notwendiger die Anlage von Seiten- und Hinterflügeln; denn irgendwo muß der Unternehmer doch das von ihm voll bezahlte Straßenland wieder herauswirtschaften. Es werden also auch in den Wohnbezirken, die nur ganz geringen Verkehr haben, Straßen von nicht weniger als 18 Meter Breite angelegt. Eberstadt nennt dieses System gerade heraus »Verschwendung von Straßenland« und Kuczynski, dessen Anregungen bei der Britzer Siedlung ebenfalls benutzt sind, errechnet an einem Schulbeispiel eine Ersparnis von nicht weniger als 1000 Quadratmeter Land bei der Randbebauung mit Reihenhäusern und der Anlage schmalere Wohnstraßen in den einheitlich aufgeteilten Blockinnern. Wozu noch die Summe käme, die durch die leichtere Bepflasterung dieser Wohnstraßen erspart würde. Bei einer Kleinhäuseranlage wie der in Britz ergeben sich auch sonstige Minderausgaben. Die Fundamentierungskosten sind gegenüber dem Etagenhaus kleiner, die Mauerstärke kann geringer sein (immer natürlich bei den heute das Kleinhaus nicht berücksichtigenden Baupolizeibestimmungen Dispense vorausgesetzt), Raum und Aufwand an Treppenhäusern und Fluren kann gespart, vielleicht auch mit niedrigeren Verwaltungsspesen gerechnet werden. Gewichtiger als all das ist aber der Grundriß, der bis aufs äußerste den Bedürfnissen der Leute, die eine solche Siedlung beziehen, angepaßt sein muß, und zwar wie hier ein Grundriß, für den der Grundsatz ausschlaggebend gewesen ist: möglichst viel Raum für Wohnzwecke, möglichst wenig Raumverlust bei den

hierzu erforderlichen Nebenanlagen, also nicht mehr wie in der Mietskaserne tote, zweck- und sinnlose Winkel, nicht breite, dunkle Flure und unbrauchbare Wohnzimmer. Das praktische Ergebnis aller dieser Erwägungen sind die mitgeteilten Mietpreise, und der Geschäftsführer der Genossenschaft Schlegel versichert, daß sie noch niedriger sein könnten, wenn der Baumaterialienmarkt, insbesondere die Bautischlerei nicht ausschließlich auf das Mietshaus eingestellt wäre und jede abweichende Forderung besonders bezahlt werden müßte. Es will sogar nicht allzuviel besagen, wenn der eine oder andere hier ein klein wenig Miete mehr aufwenden müßte. Das Mietskasernenelend wird von der Mehrzahl dieser Leute so drückend empfunden, daß sie zu ganz erheblichen Opfern bereit wären, um nur ein Stückchen Garten zu haben und im Einzelhaus zu wohnen. Es besagt schließlich genug, wenn auf eine Rundfrage unter den Genossenschaftlern eine ganze Anzahl erklärt dafür im Monat bis zu 10 Mark mehr ausgeben zu wollen. Als ein charakteristisches Dokument, das auch über die in diesen Kreisen herrschende Stimmung Aufschluß gibt, sei das Schreiben einer Frau, die in Britz ein Häuschen für 40,50 Mark erhalten hat, wiedergegeben. »Ich habe«, schreibt sie, »bisher für eine beinahe gleich große Wohnung im Seitenflügel einer großen, sonnenlosen Mietskaserne 38,50 Mark bezahlt. Ich bezahle nun die 2 Mark mehr gern, denn der Garten ist für mich viel mehr wert als 2 Mark monatlich. Wir haben 8 Jahre eine sonnige Wohnung mit Garten gehabt und haben die ganze Zeit weder Arzt noch Apotheke gebraucht. In den 5 Jahren aber, während wir in der Hofwohnung der Mietskaserne hausen mußten, habe ich mein bishen Vermögen für Arzt und Apotheke ausgeben müssen und jeder halbwegs schöne Sonntag kostet uns auch noch 2 Mark Fahrgeld. Das sind im Jahr auch annähernd 60 Mark, die ich durch das Wohnen in der Britzer Gartenstadt-siedlung spare, denn einmal haben wir den Garten bei der Wohnung und dann kann man ohne Eisenbahn in Feld und Wald sein. Ich kann gar nicht sagen, wie ich mich freue, daß endlich mein Wunsch erfüllt ist ein eigenes Häuschen mit Garten zu haben, aus dem mich kein Teufel mehr herausbringen kann.« Derartige Äußerungen sind gar nichts so Ungewöhnliches in einem Kreis, der doch in der Hauptsache aus Arbeitern besteht. Ich brauche nur noch hinzu-

fügen, daß auf die bloße Ankündigung der Einfamilienhaussiedelung hin in einer Woche sich nicht weniger als 1000 neue Mitglieder gemeldet haben, und man bekommt eine Ahnung von der Sehnsucht, die diese kleinen Leute in menschenwürdigeren Heimstätten treibt. Dafür gäbe es noch ein Zeugnis in der Finanzierung. Es ist wie üblich von einem Bankinstitut eine große 1. Hypothek aufgenommen worden, dahinter soll nun aus kleinen Beträgen, die von den Genossenschaftlern selbst oder von kleinen Sparern, die ihr Geld vor Kurschwankungen sicher zu $4\frac{1}{2}$ % anlegen wollen, eine Sammelhypothek gebildet werden. Der Wert einer solchen Sammelhypothek bestände darin, daß die Genossenschaft Kapital zu einem Zinsfuß, der wesentlich höher ist als die Sparkassen etwa ihm dem kleinen Sparner vergüten, ohne drückende Bankverpflichtungen und sicherlich auch billiger erhält. Die Genossenschaftler genießen diese Vorteile in einer schnellern und vermehrten Wohnungsherstellung, in billigeren Mieten und werden außerdem lebhafter an der Entwicklung ihrer Genossenschaft interessiert. Durch Organisation wird so die Masse zum Geldgeber für Zwecke, die ihr direkt wieder zugute kommen. Für die Britzer Sammelhypothek ist bereits die stattliche Summe von 126000 Mark in lauter kleinen Beträgen von 500 bis 6000 Mark einbezahlt worden, ein Erfolg, den man im Hinblick auf die oft schwierige Kapitalbeschaffung für den Kleinhausbau im Auge behalten wird, und der andererseits wieder die Instanzen, die die moralische Verpflichtung hätten hier als Geldgeber zu fungieren, mehr als bisher antreiben sollte.

Natürlich ist ein solches erstes Experiment in kleinen Einzelheiten noch mit Mängeln, unbedeutenden Mängeln, behaftet, die der Kritik nicht entgehen und für die Zukunft zu vermeiden sein werden. Auch die Architektur wird größer, zwingender werden müssen. Was die beiden Baumeister Deute und Paul da in Britz geleistet haben, ist durchaus anständig. Man sieht ihr ehrliches Bemühen mit den geringsten Mitteln einfache, schmutzige Häuschen zu schaffen, spürt ein achtbares Können, das da, wo ihm die Selbständigkeit abgeht, sich auf die besten und brauchbarsten Vorbilder zu stützen weiß, und schließlich spürt man eine anständige, ganz auf die Sache bedachte Gesinnung. Aber bei all diesen Tugenden im kleinen und einzelnen

hätte man für das Ganze einen größeren Zug, einen zwingendern Rhythmus gewünscht. Die Wucht, die in dem Gedanken steckt, daß sich hier die Massen zum höhern Zweck zusammengefunden haben, daß lediglich durch diesen Zusammenschluß es ihnen gelingen konnte ihr Mietskaserneneind von sich abzuschüteln und aus eigener Kraft eine solche Siedelung zu schaffen, der gewaltige Protest, der aus solchem Dokument der aufgezwungenen Selbsthilfe spricht, hätte Form werden müssen. Schließlich handelt es sich doch um mehr als die paar netten Häuschen, die eine Genossenschaft für ihre Leute herrichten kann.

× **Kurze Chronik** In Dresden wurde im August der 4. internationale Kongreß für Kunst-

unterricht abgehalten. Eine umfangreiche, von vielen Staaten besandte Ausstellung bot an charakteristischen Proben Einblick in die von den verschiedenen Nationen geübte Methodik. Eine besondere Abteilung bildete eine 1. internationale Schriftausstellung, auf der außer Deutschland und Österreich-Ungarn allerdings nur England mit einigen Stichproben vertreten war. Das Niveau dieser Schriftschau war ausgezeichnet. Wien mit Löffler und Junk, Berlin mit Wieyck, Sütterlin, Bernhard und Wagner, Düsseldorf mit Ehmcke, Hamburg mit Czeschka, Zürich mit Seifert, Solingen mit Woene bewiesen, daß allerorten die kalligraphische Bewegung sich durchgesetzt hat. Besondere Beachtung verdient ein Raum des *Verbands der typographischen Gesellschaften*, der für seine Mitglieder in einzelnen Städten freiwillige Schriftkurse eingeführt hat, denen man nach dieser Probe eine flotte Weiterentwicklung wünschen möchte. × Der Zweigverein Prag der *Zentralstelle für Wohnungsreform* hat einen Wettbewerb für Studentenwohnungen ausgeschrieben. Für den Anschaffungspreis von 400 Kronen soll eine Bude mit Schlaf-, Wasch- und Schreibgelegenheit, Gelaß für Kleider, Wäsche, Schuhwerk und Bücher entworfen werden.

× **Literatur** Der *Praktische Ratgeber für heimatische Bauweise auf dem Lande* von Philipp Kahm (Wiesbaden, *Westdeutsche Verlagsgesellschaft*) ist eines von jenen Büchern, in denen alles verückt angesehen wird, was aus der guten alten

Zeit stammt. Eine von jenen jetzt häufigen Publikationen, die den Instinkt für sachliche und natürliche Gegenwartsleistungen zu schwächen drohen. Mir scheint, in einem derartigen praktischen Ratgeber müßten weniger Abbildungen von an sich sehr netten alten Häuschen aus Linz, aus Oberlahnstein, Bodenheim oder sonstwo zu finden sein als die Mahnung, daß ein vernünftiges Haus nur ein tüchtiger Baumeister zu schaffen vermöge. × Zu den Fragen des Städtebaus, die jetzt mit Eifer literarisch behandelt werden, ist von Walter Curt Behrendt eine Schrift *Die einheitliche Blockfront als Raumelement im Stadtbau* (Berlin, Bruno Cassirer) erschienen, in der der Autor für die einheitliche Durchgestaltung ganzer Baublocks in Straßen mit gleichartigen Massenmietshäusern plädiert. In einem historischen Teil weist er nach, wie bei der Anlage von Massenquartieren in der alten Zeit von den Klöstern, großen Kaufherren und vor allem dem fürstlichen Absolutismus nach diesem Prinzip mit bemerkenswertem Erfolg für die Schönheit städtischer Straßenschnitte gehandelt worden ist. Voraussetzung für eine Übertragung auf die Gegenwart wäre eine einheitliche Bebauung ganzer Straßenzüge durch ein seiner Verantwortung bewußtes Großkapital oder der von einer Behörde geübte Zwang wider den herrschenden, disziplinlosen Individualismus. Durch Gegenüberstellung des architektonisch formlosen Kölner Hohenzollernrings mit den Blockfronten, wie sie March in der Bismarckstraße und Mebes am Horstweg in Charlottenburg geschaffen haben, will er zeigen, welche Schönheit erreicht werden könnte, wenn mit einem Dilettantismus gebrochen würde, der das einzelne Haus behandelt, als ob es neben seinen Nachbarn ein selbständiges Wesen von eigener baulicher Struktur wäre. × Die Hochbauten, die in den letzten Semestern in Berlin entstanden sind, bietet ein vom Berliner Magistrat bei Wasmuth herausgegebenes Tafelwerk *Neubauten der Stadt Berlin*. Man sieht das neue Rathaus, die Schulen an der Schöning-, Litauer, Tegeler, Thorner, Eckert-, Pasteur-, Bromberger, Christburger, Linien-, Pank- und Greifenhagener Straße, die Feuerwache am Schillerplatz, das Amtsgebäude an der Albrechtstraße und das Torgebäude vom Friedhof in Friedrichsfelde: alles Werke Ludwigs Hoffmanns.